

Landtag Mecklenburg-Vorpommern

97. Sitzung 5. Wahlperiode

Donnerstag, 10. Juni 2010, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider, Vizepräsidentin Renate Holznagel, Vizepräsident Andreas Bluhm und Vizepräsident Hans Kreher

Inhalt	Antrag der Fraktionen der CDU und SPD: Mecklenburg-Vorpommern als Zentrum der Demenzforschung weiterentwickeln	10
Änderung der Tagesordnung 4	– Drucksache 5/3502 –	
	André Specht, CDU	12
	Minister Henry Tesch	13
Fragestunde	Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE	14
- Drucksache 5/3527 4, 101	Jörg Heydorn, SPD	15
Dr. Fritz Tack, DIE LINKE 4, 5	Ralf Grabow, FDP	16
Minister Dr. Till Backhaus 4, 5, 6	Stefan Köster, NPD	17
Raimund Frank Borrmann, NPD 5, 6, 7	Ilka Lochner-Borst, CDU	18
Minister Henry Tesch 6	Beschluss	18
Udo Pastörs, NPD 6, 9		
Torsten Koplin, DIE LINKE 7	A L. L. E. LU. DIELINIKE	
Minister Volker Schlotmann 7, 8	Antrag der Fraktion DIE LINKE: Auswirkungen der Maßnahmepakete	
Gino Leonhard, FDP 8	zur Stabilisierung der Eurozone auf	
Michael Andrejewski, NPD 8, 11	das Land Mecklenburg-Vorpommern und seine Kommunen	
Regine Lück, DIE LINKE 9	- Drucksache 5/3492	18
Ministerin Manuela Schwesig 9	Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE	
Minister Lorenz Caffier 9, 10, 11	- Drucksache 5/3548	18
Barbara Borchardt, DIE LINKE 10	Barbara Borchardt, DIE LINKE	18
Stefan Köster, NPD 10, 11, 12	Sigrun Reese, FDP	20
Ministerin Heike Polzin 11	Rudolf Borchert, SPD	21
Minister Jürgen Seidel 12	Udo Pastörs, NPD	24

Mathias Löttge, CDU	. 25	Antrag der Fraktion DIE LINKE:	
Ministerin Heike Polzin	. 28	Sozialversicherungspflichtige öffentlich geförderte Beschäftigung – eine Alternative zu	
Birgit Schwebs, DIE LINKE	30	Langzeiterwerbslosigkeit und Ein-Euro-Jobs	
Beschluss	32	- Drucksache 5/3496	48
		Regine Lück, DIE LINKE 48,	57
		Minister Jürgen Seidel	49
Antrag der Fraktion der FDP:		Ute Schildt, SPD	52
Videoüberwachung durch Landes- und Kommunalbehörden		Michael Roolf, FDP	54
- Drucksache 5/3488	32	Günter Rühs, CDU	55
Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE		Michael Andrejewski, NPD	56
- Drucksache 5/3544	32	Beschluss	
Cina Langhard EDD	27		
Gino Leonhard, FDP			
Reinhard Dankert, SPD		Antrag der Fraktion der NPD:	
Peter Ritter, DIE LINKE		Klimawandel – Drucksache 5/3481 –	58
Burkhard Lenz, CDU			
Birger Lüssow, NPD		Raimund Frank Borrmann, NPD 58,	
Beschluss	38	Sigrun Reese, FDP	
		Beschluss 65, 66,	104
bei Werbungskosten beenden - Drucksache 5/3480 –	, 40 39	Kindertagesförderung finanziell stärken – für eine chancengleiche Entwicklung der Kinder des Landes – Drucksache 5/3495 – Dr. Marianne Linke, DIE LINKE Ministerin Manuela Schwesig	66
		Peter Ritter, DIE LINKE67,	
		Vincent Kokert, CDU	
Antrag der Fraktionen der SPD und CDU: Opferrente statt Sozialhilfe – Verbesserung		Ralf Grabow, FDP	
des sozialrechtlichen Status für in Deutschland		Stefan Köster, NPD	
lebende jüdische Holocaustüberlebende aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion		Jörg Heydorn, SPD	
- Drucksache 5/3503	. 41	Birgit Schwebs, DIE LINKE	
Änderungsantrag der Fraktion der FDP		Beschluss	
- Drucksache 5/3545	. 41		
Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE – Drucksache 5/3546 – Änderungsantrag der Fraktionen	. 41	Antrag der Fraktion der FDP: Streichung des § 16 Absatz 4 des Achten Buches Sozialgesetzbuch	7.4
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Drucksache 5/3554 –	/11	– Drucksache 5/3490 –	
- Drucksache 3/3034	. 41	Ralf Grabow, FDP	. 74
Mathias Brodkorb, SPD	. 41	Ministerin Manuela Schwesig	. 74
Ministerin Manuela Schwesig	43	André Specht, CDU	. 76
Irene Müller, DIE LINKE	45	Dr. Marianne Linke, DIE LINKE	77
Hans Kreher, FDP	45	Jörg Heydorn, SPD	. 78
Raimund Frank Borrmann, NPD	46	Stefan Köster, NPD	79
André Specht, CDU	. 47	Michael Roolf, FDP	79
Boschluss	17	Roschluss	QΛ

Änderung der Tagesordnung 80
Antrag der Fraktion DIE LINKE: Reform der Erzieherinnen- und Erzieherausbildung – Drucksache 5/3498 –
Änderungsantrag der Fraktion der FDP – Drucksache 5/3547 –
Dr. Marianne Linke, DIE LINKE81
Minister Henry Tesch82
Hans Kreher, FDP84
Marc Reinhardt, CDU85
Stefan Köster, NPD 86
Andreas Bluhm, DIE LINKE86
Beschluss
Antrag der Fraktion der NPD: Deutschlands Austritt aus dem Euro-Verbund umsetzen – die eigene Währungshoheit wieder herstellen – Drucksache 5/3483 –
Stefan Köster, NPD 87, 91
Barbara Borchardt, DIE LINKE89
B e s c h l u s s
Antrag der Fraktion DIE LINKE: Wohnungswirtschaft von den Altschulden entlasten – Zukunft unserer Städte und Gemeinden sichern – Drucksache 5/3499 –
Regine Lück, DIE LINKE 93, 98
Minister Volker Schlotmann
Michael Roolf, FDP
Martina Tegtmeier, SPD
Udo Pastörs, NPD97
Egbert Liskow, CDU
Jörg Heydorn, SPD
Beschluss100
Nächste Sitzung Freitag, 11. Juni 2010

Beginn: 9.03 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 97. Sitzung des Landtages. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratung vereinbarungsgemäß fort.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, gestatten Sie mir noch einen Hinweis: Der Antrag auf Drucksache 5/3485 wurde vom Antragsteller zurückgezogen. Damit entfällt die Beratung des Tagesordnungspunktes 38. Zwischen den Fraktionen bestand Einvernehmen, den Tagesordnungspunkt 28 nach dem Tagesordnungspunkt 37 aufzurufen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 21**: Fragestunde. Die Fragen an die Landesregierung liegen Ihnen auf Drucksache 5/3527 vor.

Fragestunde

- Drucksache 5/3527 -

Ich rufe zunächst auf den Geschäftsbereich des Ministers für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz und hierzu bitte ich den Abgeordneten Professor Dr. Fritz Tack, Fraktion DIE LINKE, die **Fragen 1 und 2** zu stellen.

Dr. Fritz Tack, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Herr Minister!

Welche Folgen sieht die Landesregierung aus der vorgesehenen beziehungsweise bereits erfolgten Streichung der Beiträge von Kommunen für die Neue Verbraucherzentrale in Mecklenburg-Vorpommern und welche Vorstellung zur Aufrechterhaltung der Beratungsstellen in den sechs Kommunen hat die Landesregierung?

Minister Dr. Till Backhaus: Zunächst einmal herzlichen Dank für die Frage. Ich glaube, man darf am Anfang sagen, dass die Neue Verbraucherzentrale in Mecklenburg-Vorpommern wirklich eine sehr gute Arbeit leistet. Wir als Haus stehen zur Neuen Verbraucherzentrale und werden in Kürze ja auch "20 Jahre Verbraucherzentrale" feiern.

Aber konkret: Die Neue Verbraucherzentrale in Mecklenburg-Vorpommern wird vor allem über öffentliche Mittel finanziert, die der Bund, also die Bundesregierung, das Land Mecklenburg-Vorpommern und einige Kommunen zur Verfügung stellen. Die Beiträge der Städte und Gemeinden sowie der Landkreise des Landes Mecklenburg-Vorpommern an den Zuwendungen der Neuen Verbraucherzentrale liegen seit Jahren leider – ich betone, leider –auf sehr niedrigem Niveau.

Von kommunaler Seite erwartet die Neue Verbraucherzentrale im Jahr 2010 auch wiederum finanzielle Zuwendungen von der Stadt und dem Landkreis Güstrow sowie von den Städten Neubrandenburg, Rostock, Schwerin und Stralsund. Die Stadt Wismar stellt im Übrigen Räume für Beratungsstellen vor Ort kostenfrei zur Verfügung und übernimmt auch die dort anfallenden Mietnebenkosten.

(Angelika Peters, SPD: Das möchte wohl sein.)

Von den im Jahr 2009 eingeplanten kommunalen Mitteln in Höhe von 36.000 Euro erhielt die Neue Verbraucherzentrale lediglich 17.400 Euro, was insofern 1,2 Prozent der Einnahmen der Neuen Verbraucherzentrale entspricht.

Problematisch war bisher außerdem, dass die Zuweisung durch die Kommunen häufig leider erst zum Ende des Jahres erfolgte. Daher besteht jedes Jahr aufs Neue die Gefahr, dass Sachkosten hieraus nicht mehr bestritten werden können. Trotz der relativ geringen finanziellen Unterstützung durch die Kommunen beziehungsweise regionale Ebene sind die Beratungsstellen nach Auffassung der Landesregierung und unseres Hauses in ihrer Existenz nicht gefährdet, wenn diese öffentlichen Mittel der Neuen Verbraucherzentrale nicht oder auch erst sehr spät zufließen. Gleichwohl wäre eine breitere Beteiligung der Kommunen und der Landkreise an der Finanzierung, wie dies in anderen Bundesländern, zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen, üblich ist, sehr wünschenswert.

Die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern jedenfalls hat die Notwendigkeit der Verbraucherberatung und vor allen Dingen die Verbraucheraufklärung für die Bürgerinnen und Bürger des Landes Mecklenburg-Vorpommern seit Jahren erkannt. Die Neue Verbraucherzentrale ist somit aus unserer Sicht auch auf solide Beine gestellt.

Dr. Fritz Tack, DIE LINKE: Eine Zusatzfrage: Herr Minister, welche Perspektiven der Weiterführung der derzeit laufenden Projekte der Verbraucherzentrale sieht die Landesregierung?

Minister Dr. Till Backhaus: Also ich hoffe natürlich auch, dass die Neue Verbraucherzentrale durch die Sparvorschläge, die wir ja noch gar nicht im Einzelnen bewerten können, durch die Bundesregierung nicht weiter in Mitleidenschaft gezogen wird. Sie wissen, dass wir eine Reihe von Projekten des Bundes mit dem Land Mecklenburg-Vorpommern kofinanzieren. Wir haben für das Jahr 2011 unsere Schularbeiten gemacht und insofern gehe ich davon aus, dass unsere Projekte – ich will nur eines herausnehmen, das Ernährungsprojekt, aber auch das Energiesparprojekt – mit der Neuen Verbraucherzentrale wirklich solide weitergeführt werden können.

Dr. Fritz Tack, DIE LINKE: Daraus leitet sich eine Zusatzfrage ab: Welche neuen Projektmöglichkeiten beziehungsweise Aufgabenübertragungen an die Neue Verbraucherzentrale sieht die Landesregierung zum Beispiel auf dem Gebiet der unerlaubten Telefonwerbung?

Minister Dr. Till Backhaus: Wie Sie ja sicherlich vernommen haben, haben wir schwerpunktmäßig mit der Neuen Verbraucherzentrale eine, das finde ich jedenfalls, sehr gute Zusammenarbeit aufgebaut. Da sind unter anderem Foren in Bearbeitung. Dazu gehört die unerlaubte Telefonwerbung, dazu gehört aber auch die Patientenberatung und dazu gehört insbesondere die Frage der Vermarktung von Produkten für die ältere Generation. Ich glaube, dass die Art, wie wir das in Mecklenburg-Vorpommern zurzeit laufen haben, in der Bevölkerung und vor allen Dingen in der Zusammenarbeit mit den Verbänden, und zwar übergreifend, eine sehr gute Lösung darstellt.

Dr. Fritz Tack, DIE LINKE: Danke.

 Wie beurteilt die Landesregierung die zunehmende Zahl der Investitionsvorhaben für die Geflügelhaltung im Lande hinsichtlich ihrer Nachhaltigkeit und insbesondere ihrer langfristigen Marktchancen?

Minister Dr. Till Backhaus: Ich erlaube mir eine Vorbemerkung: Ich nehme die Bürgerinitiativen, die es

innerhalb Mecklenburg-Vorpommerns gibt, sehr, sehr ernst. Ich habe gerade ein sehr intensives Telefonforum gehabt, wo sich sehr, sehr viele Bürgerinitiativen gemeldet haben.

Ich will an dieser Stelle auch noch mal Folgendes betonen: Wir haben in Mecklenburg-Vorpommern das Ziel, eine nachhaltige und damit generationsübergreifende Landbewirtschaftung und Landwirtschaft aufzubauen. Sie muss und soll ökologisch tragfähig sein, sie muss natürlich auch den ökonomischen Möglichkeiten entsprechen und sie soll sozial verantwortlich sein. Für mich ist auch klar, dass die Landwirtschaft ressourcenschonend arbeiten muss, denn sie dient als Basis für die nachfolgenden Generationen.

Zur Sicherung all dieser Faktoren, die die Nachhaltigkeit einer Produktionsentwicklung ausmachen, gibt es zahlreiche rechtliche Bestimmungen, wie zum Beispiel das Baurecht, das Bundesimmissionsschutzrecht, das Naturschutzrecht und so weiter. Ich glaube, dass man hier heute noch einmal der Öffentlichkeit sagen kann und auch muss, dass die zuständigen Behörden die Genehmigungsverfahren nicht nur ernst nehmen, sondern dass sie gerichtsfeste Genehmigungsbescheide zu erstellen haben

Und hier nehme ich zur Kenntnis, dass es doch auch in der Aufklärung der Bevölkerung dringend notwendig ist, mehr zu tun. Ich versuche das gerade an einem Modell-projekt auf Usedom, wo wir mit den Verbänden und mit den Bürgerinitiativen deutlich machen, dass wir erstens Aufklärung benötigen und zum anderen auch die gesetzlichen Grundlagen und damit die demokratischen Mitwirkungsrechte dokumentieren. Ich hoffe, dass wir damit auch wirklich weiterkommen.

Außerdem sehen wir in unserem Bundesland – und da bin ich direkt bei der Frage der Geflügelproduktion – die Chance, die Geflügelproduktion in Mecklenburg-Vorpommern tatsächlich weiter auszubauen. Das heißt auch, wenn Sie sich anschauen, wie die Tierkonzentrationen in Deutschland und in Europa verteilt sind, dass Mecklenburg-Vorpommern nach wie vor eines der Länder darstellt, die die geringste Viehbesatzdichte in Europa haben. Hinzu kommt, dass ich mich persönlich und auch dieses Hohe Haus hier sehr stark engagiert habe, dass wir endlich diese großen Käfiganlagen in Deutschland verlieren und sie untersagt werden.

Auf der anderen Seite nehmen wir natürlich auch zur Kenntnis, dass es einen Bedarf an Eigenversorgung in Deutschland gibt, den wir zurzeit nicht – ich betone, nicht – decken können, denn Deutschland versorgt sich zurzeit mit Geflügelprodukten vom Ei bis hin zum Fleisch nur zu 93,6 Prozent. Und darin sehen wir eine Möglichkeit, Wertschöpfungsketten aufzubauen und letzten Endes damit auch Beschäftigung im ländlichen Raum zu ermöglichen.

Somit ist festzustellen, dass der Bedarf durch die Produktion in Deutschland bislang nicht abgedeckt ist. Die Marktchancen für den weiteren Ausbau der Geflügelhaltung in Deutschland werden insgesamt und auch durch Experten deutschlandweit als gut betrachtet. Die Weltgeflügelproduktion, auch das werden Sie sicherlich zur Kenntnis genommen haben, nimmt weiter zu, weil die Essgewohnheiten sich umstellen und Geflügelfleisch im Übrigen ökonomisch und ökologisch eine sehr gute Grundlage für das Thema der Ausnutzung des Futter-Fleisch-Verhältnisses ausmacht. Für einen Ausbau der

Erzeugung steht nicht zuletzt die sehr gute Futterverwertung bei Geflügel.

Insofern will ich an dieser Stelle noch einmal abschließend Folgendes betonen: Es kann eingeschätzt werden, dass die Nachhaltigkeit dieses Wirtschaftszweiges in Mecklenburg-Vorpommern nicht in Gefahr ist, wir aber auf der anderen Seite natürlich bei der Ansiedlung von Projekten doch erhebliche Diskussionen haben, die wir einfach sachlich bewerten müssen. Auf der anderen Seite müssen wir den Behörden aber auch ein Stückchen Rückendeckung geben vor dem Hintergrund, dass solche Ansiedlungsverfahren ausdrücklich nicht im rechtsfreien Raum stattfinden, sondern dass sie durch gesetzliche Grundlagen und die Mitwirkungsrechte vor Ort gesichert werden.

Dr. Fritz Tack, DIE LINKE: Eine Zusatzfrage: Sehen Sie, Herr Minister, Eingriffsmöglichkeiten oder auch gar Notwendigkeiten, wenn sich diese Entwicklung als nicht nachhaltig erweisen sollte?

Minister Dr. Till Backhaus: Diese Eingriffmöglichkeiten sehe ich ganz klar. Es geht einmal um die Frage der Genehmigungsverfahren, denn hier muss ja bei größeren Anlagen, ich nehme nur einmal Sauen oder auch Geflügel heraus, bei 550 Sauen muss ein Impfverfahren durchgeführt werden. Das Bundes-Immissionsschutzgesetz setzt voraus, dass damit eine Umweltverträglichkeitsprüfung auf die Auswirkungen für den Menschen, den Boden, Pflanzen, Wasser und Tiere erfolgt.

Sollten diese Anträge auf Genehmigung nicht diesen Gesetzen bis hin zum Naturschutzrecht und Baurecht entsprechen, sind natürlich auch Genehmigungen zu versagen. Zum anderen, da gibt es ja eine enge Abstimmung mit dem Wirtschaftsminister, der im Übrigen für diese BlmSch-Verfahren zuständig ist, und natürlich auch mit dem Raumordnungsminister, dass man auch über das Raumordnungsverfahren eingreifen kann.

Dr. Fritz Tack, DIE LINKE: Eine zweite Zusatzfrage: Welche Fördermöglichkeiten werden für die Geflügelanlagen gewährt und welche Kriterien spielen bei der Gewährung eine besondere Rolle?

Minister Dr. Till Backhaus: Wir haben ja in unserem AFP, in dem Agrarförderprogramm, klare Festlegungen, wie und in welcher Form Anlagen gefördert werden können. Und wenn es sich um einen Landwirtschaftsbetrieb handelt, der die gute fachliche Praxis ausübt, dann sind auch solche Produktionsanlagen förderfähig. Reine Anlagen, auf industriemäßige Produktion ausgerichtete Anlagen fördern wir nicht.

Dr. Fritz Tack, DIE LINKE: Danke.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich bitte jetzt den Abgeordneten Herrn Borrmann, Fraktion der NPD, die Frage 3 zu stellen.

Raimund Frank Borrmann, NPD:

3. Welche Haltung nimmt beziehungsweise welche Maßnahmen unternimmt die Landesregierung angesichts der offenen beziehungsweise schleichenden Einführung von gentechnisch manipulierten Lebensmitteln, deren Verzehr vom deutschen Volke zu über 80 Prozent radikal abgelehnt wird?

Minister Dr. Till Backhaus: In Mecklenburg-Vorpommern wird die Einhaltung der Kennzeichnungsverordnung und der dafür zuständigen Vorschriften zur Gen-

technik seit Jahren von der Landesregierung sowie den nachgeordneten Einrichtungen kontrolliert und überwacht. Das habe ich im Übrigen ja gerade auch in dem vorgelegten Bericht des Landesamtes für Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheit und Fischerei dargelegt. Darin können Sie erkennen, wie intensiv wir die lebensmittelrechtlichen Vorschriften in Mecklenburg-Vorpommern kontrollieren.

Raimund Frank Borrmann, NPD: Zusatzfrage: Wie kommt es, dass der Anbau von Genmais erst durch Greenpeace entdeckt wurde, ohne die der Mais in den Lebensmittelhandel möglicherweise gelangt wäre oder Teile des Maises?

Minister Dr. Till Backhaus: Wenn Sie sich jetzt auf den ganz aktuellen Vorfall berufen, dann ist diese Vermischung des Maises mit gentechnisch verändertem Mais nicht durch Greenpeace entdeckt worden, sondern durch die Verwaltung in Niedersachsen. Ich gehe davon aus, dass Niedersachsen alles unternimmt, um dieses Problem in den nächsten Stunden endgültig zu regeln und zu lösen.

Ich sage hier an dieser Stelle auch der Öffentlichkeit Folgendes: Für mich ist klar, hier ist in Mecklenburg-Vorpommern in zwei Landwirtschaftsbetrieben Saatgut aus Niedersachsen angewandt worden. Für mich in Mecklenburg-Vorpommern ist vollkommen klar, dieser Mais ist umzubrechen und schadlos zu beseitigen, und zwar sofort!

Raimund Frank Borrmann, NPD: Zweite Zusatzfrage: Wann sind Sie von den Behörden in Niedersachsen informiert worden, da ja Greenpeace das erst an die Öffentlichkeit gebracht hat und nicht die Behörden?

Minister Dr. Till Backhaus: Ich bin vor drei oder vier Tagen informiert worden. Die letzten Entscheidungen, auch die Hinweise des Saatguthändlers und der Verwaltung aus Niedersachsen, laufen noch. Sie wissen, wir haben das auch der Öffentlichkeit bekannt gegeben, dass wir am Montag Unterlagen zur Verfügung bekommen haben durch das Land Niedersachsen, aus denen hervorgeht, dass von zwei Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern in einer Größenordnung von knapp 50 Hektar von einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von 1,3 Millionen Hektar in Mecklenburg-Vorpommern dieser Mais angebaut worden ist. Ich bedauere das sehr, dass man uns nicht früher aus dem Land Niedersachsen diese Informationen zur Verfügung gestellt hat.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Ministers für Bildung, Wissenschaft und Kultur. Hierzu bitte ich den Abgeordneten Herrn Borrmann, Fraktion der NPD, die Frage 4 zu stellen.

Raimund Frank Borrmann, NPD:

4. Wie wird die Landesregierung unter Vorsitz des Ministerpräsidenten Erwin Sellering die Arbeit des Wehrbereichskommandos I Küste an den Schulen des Landes in Form der politischen Arbeit unterstützen, insbesondere unter der Berücksichtigung des Vorstoßes des Bundesverteidigungsministers Karl Theodor zu Guttenbergs, jetzt verstärkt Soldaten in die Schulen zu schicken, um für den Afghanistaneinsatz zu werben? Minister Henry Tesch: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine Antwort zur Frage 4 ist nicht möglich. Grund: Die Fragestellung impliziert eine Äußerung des Bundesverteidigungsministers zu Guttenberg, die es so nicht gegeben hat. Der Bundesverteidigungsminister hat Folgendes geäußert, ich zitiere: "Ich kann Schulen und öffentliche Einrichtungen nur ermuntern, ihre Türen für unsere Soldaten und die Realität zu öffnen, beispielsweise auch für kritische Debatten über Afghanistaneinsätze. Von ihnen können die Mädchen und Jungen aus erster Hand oftmals mehr über die Wirklichkeit vor Ort erfahren und darüber, was es heute bedeutet, Bundeswehrsoldat zu sein." Zitatende.

Raimund Frank Borrmann, NPD: Zusatzfrage: Wie wird die Landesregierung auf Initiativen von Offizieren und Werbern reagieren, wenn diese an den Schulen des Landes für den Einsatz in Afghanistan werben?

Minister Henry Tesch: Wie gesagt, ich kann nur auf meine Antwort verweisen.

Raimund Frank Borrmann, NPD: Was werden Sie konkret unternehmen in einem solchen Fall?

Minister Henry Tesch: Konkret, das können Sie einfach noch mal nachlesen.

Raimund Frank Borrmann, NPD: Das ist aber keine Antwort, Herr Minister.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter, Sie haben die Antwort der Landesregierung nicht zu kommentieren, das ist unzulässig.

(Michael Andrejewski, NPD: So doof sie auch sein mag. – Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Ich bitte jetzt den Abgeordneten Udo Pastörs, Fraktion der NPD, die **Frage 5** zu stellen.

Udo Pastörs, NPD:

5. Ist die Landesregierung der Auffassung, dass mit dem Werbezwecken dienenden Einsatz von Angehörigen der Bundeswehr in öffentlichen Schulen von Mecklenburg-Vorpommern zum Afghanistaneinsatz eine Grundstimmung zugunsten eines Krieges erzeugt werden soll?

(Ilka Lochner-Borst, CDU: Unsinn!)

Minister Henry Tesch: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Landesregierung ist keineswegs der Auffassung, dass mit dem Besuch von Jugendoffizieren der Bundeswehr in den sie einladenden Schulen eine Grundstimmung zugunsten eines Krieges erzeugt wird.

Udo Pastörs, NPD: Zusatzfrage: Wie bewerten Sie, dass in Schleswig-Holstein in den Schulen Bundeswehroffiziere Schüler dazu animiert haben, an sogenannten Schusssimulatoren das Töten von Menschen einzuüben?

Minister Henry Tesch: Frau Präsidentin! Herr Abgeordneter, ich verweise auf meine Antwort.

Udo Pastörs, NPD: Keine Antwort ist auch eine Antwort.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter, ich mache Sie darauf aufmerksam, dass Sie die Antworten der Landesregierung hier nicht zu kommentieren haben.

(Stefan Köster, NPD: Die Landesregierung verletzt die Würde des Hohen Hauses.)

Vielen Dank, Herr Minister.

Herr Köster, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf. Sie haben das, was ich hier oben in Bezug auf die Geschäftsordnung ausführe, nicht zu kritisieren.

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Ministers für Verkehr, Bau und Landesentwicklung und hierzu bitte ich den Abgeordneten Herrn Koplin, Fraktion DIE LINKE, die Fragen 6 und 7 zu stellen.

Torsten Koplin, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Herr Minister!

6. Wie können raumordnerische Belange, insbesondere die Festlegung eines Entwicklungsraumes Tourismus, in einem immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren berücksichtigt werden, wenn von der obersten Landesplanungsbehörde die beantragte Durchführung eines Raumordnungsverfahrens abgelehnt wird?

Minister Volker Schlotmann: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Sehr geehrter Herr Koplin, wenn kein Raumordnungsverfahren durchgeführt wird, werden die raumordnerischen Belange durch eine landesplanerische Stellungnahme in das Genehmigungsverfahren eingebracht. Im Übrigen ist der Bereich Klein Daberkow auch kein Tourismusentwicklungsraum.

Torsten Koplin, DIE LINKE: Eine Zusatzfrage: Die Raumordnungsbetrachtung erfolgt immer einzeln, sprich entsprechend den Investitionsvorhaben. Wie wird die Entwicklung aus dem Gesichtsfeld der Landesentwicklung angegangen, um eine Einzelbetrachtung zu vermeiden und so die Landesentwicklung insgesamt in den Blick zu nehmen? Oder spielt das keine Rolle? Fragezeichen.

Minister Volker Schlotmann: Es spielt in der jetzigen Betrachtung aus raumordnerischer Sicht keine Rolle.

Torsten Koplin, DIE LINKE: Die zweite Frage:

7. Wieso wird im Verfahren zur geplanten Errichtung von zwei Hähnchenmastställen mit je 200.000 Tierplätzen in Klein Daberkow kein Raumordnungsverfahren durchgeführt, obwohl ein raumordnerischer Konflikt nur auf der Ebene der Raumordnung gelöst werden kann, jedoch nicht in einem immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren?

Minister Volker Schlotmann: In der Gemeinde Groß Miltzow Ortsteil Klein Daberkow im Landkreis Mecklenburg-Strelitz sollen durch zwei verschiedene Vorhabensträger zwei Hähnchenmastanlagen mit jeweils 200.000 Tieren errichtet werden. Über die Planungsabsicht ist die Raumordnung im Juli 2008 informiert worden. Die geplanten Hähnchenmastanlagen befinden sich in einem landwirtschaftlich geprägten Raum, der demgemäß auch als Vorbehaltsgebiet für Landwirtschaft im Landesraumentwicklungsprogramm und in dem in der Aufstellung befindlichen regionalen Raumentwicklungsprogramm ausgewiesen ist.

Eine Überlagerung mit anderen Nutzungsinteressen, beispielsweise durch ein Vorbehaltsgebiet für Naturschutzund Landschaftspflege oder durch ein Vorbehaltsgebiet Tourismus, besteht deshalb nicht. Vorbehaltsgebiete für Tourismus, in denen bereits jetzt eine touristische Entwicklung zu verzeichnen ist, befinden sich nördlich der A 20. Der Vorhabensbereich wird also durch die Autobahntrasse deutlich von den touristischen Entwicklungsräumen im Norden getrennt. Südlich besteht durch die Bahntrasse Neubrandenburg-Pasewalk ebenfalls eine klare Trennung zwischen dem Vorhabensraum und den südlich gelegenen Vorbehaltsgebieten für Tourismus.

Ob sich die zu erwartenden Immissionen im Gesetz im vorgesehenen Rahmen bewegen, wird im Zulassungsverfahren zu klären sein und wird dort auch geklärt. Raumordnerische Konflikte mit anderen Nutzungsinteressen, die im Rahmen eines Raumordnungsverfahrens einer Klärung herbeigeführt werden müssen, bestehen im vorliegenden Fall demnach nicht, sodass im August 2008 entschieden wurde, auf die Durchführung eines Raumordnungsverfahrens zu verzichten.

Torsten Koplin, DIE LINKE: Eine Zusatzfrage: Ich möchte Bezug nehmen auf die Antwort von Minister Backhaus,

(Udo Pastörs, NPD: Es sind nur Fragen erlaubt.)

Eingriffsmöglichkeiten waren dort zur Sprache gekommen. Die immissionsschutzrechtlichen Richtlinien wurden für derart gigantische Anlagen, wie sie zum Beispiel in Klein Daberkow in Rede stehen, nicht gemacht. Will die Landesregierung, das ist meine Frage ...

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter ...

Torsten Koplin, DIE LINKE: Ja?

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter, ich muss darauf aufmerksam machen, dass Zusatzfragen keine Stellungnahmen enthalten dürfen, keine Aussagen, sondern lediglich eine Frage. Die muss knapp und präzise formuliert sein ohne Unterteilung.

Minister Volker Schlotmann: Aber ich kann erklären, dass ich Ihnen das gerne schriftlich schnell beantworte.

Torsten Koplin, DIE LINKE: Die Frage präzisiere ich jetzt: Will die Landesregierung auf Bundesebene für eine Anpassung der Immissionsschutzrichtlinien eintreten und, wenn ja, wie?

Minister Volker Schlotmann: Ich werde Ihnen darauf jetzt nicht antworten, weil ich denke, dass diese Frage sich nicht auf meine Antwort bezogen hat. Ich möchte die Geschäftsordnung des Landtages da nicht umgehen. Ich biete Ihnen noch einmal an, diesen Sachverhalt gebe ich Ihnen gerne noch einmal schriftlich zur Kenntnis. Was Sie dann öffentlich damit machen, ist Ihre Entscheidung.

Torsten Koplin, DIE LINKE: Okay.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Herrn Borrmann, Fraktion der NPD.

Raimund Frank Borrmann, NPD: Herr Minister, inwieweit widerspricht das Vorhaben der von Minister Backhaus geäußerten Auffassung oder Intention, Massentierhaltung zu vermeiden?

(Udo Pastörs, NPD: Das weiß er nicht.)

Minister Volker Schlotmann: Nein, ich werde auch das nicht beantworten. Diese Frage bezieht sich doch nicht auf meine Antwort, die ich gerade zu der Frage des Abgeordneten gegeben habe.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Nein, er fragte mich nach einer Kommentierung zum Landwirtschaftsminister. Also, irgendwo hat das hier ein Ende.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Mit Ihnen diskutiere ich schon gar nicht!

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich bitte jetzt den Abgeordneten Herrn Leonhard, Fraktion der FDP, die Fragen 8 und 9 zu stellen.

Gino Leonhard, FDP: Frau Präsidentin! Herr Minister!

8. Ist der Landesregierung bekannt, dass neben dem Seenotrettungskreuzer der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger drei Fischerboote und drei Privatboote im Nothafen Darßer Ort verankert sind, es aber weiteren Booten durch die Nationalparkverwaltung untersagt wird, dort fest anzulegen?

Minister Volker Schlotmann: Herr Abgeordneter Leonhard, das Fahrwasser zum Nothafen Darßer Ort ist seit dem 26. März 2010 wieder freigegeben mit der Festlegung, dass der Hafen ausschließlich in Notfällen von Fahrzeugen angelaufen werden darf. Zur Unterstützung der selbstständigen ortsansässigen Berufsfischer hat das Nationalparkamt Vorpommern in seiner Eigenschaft als Hafenbehörde vier Berufsfischern jeweils ein temporäres Sonderliegerecht für den Nothafen erteilt. Die Berufsfischer besitzen insgesamt elf fischereilich genutzte motorbetriebene Boote. Das Liegerecht regelt, dass davon maximal neun Boote zeitgleich im Hafen liegen können.

Das Nationalparkamt hat darüber hinaus an Privatnutzer keine Liegegenehmigung ausgereicht und entspricht insoweit den Vorgaben der Landesregierung. Bei den angesprochenen Privatboten handelt es sich nach Auskunft des Nationalparkamtes um fischereilich genutzte Boote mit entsprechenden Liegegenehmigungen. Sollte dennoch ein Privatboot im Hafen festmachen, wird dieses umgehend vom Hafenmeister an das Nationalparkamt gemeldet.

Gino Leonhard, FDP: Dann gehen wir davon aus, Herr Minister, dass der Nothafen nicht seiner ehemaligen Nutzung entspricht.

Minister Volker Schlotmann: Das ist Ihre Interpretation. Ich würde das nicht so sehen. Die Ausnahmegenehmigungen sind durch das Nationalparkamt erteilt worden.

Gino Leonhard, FDP:

Welche Maßnahmen trifft die Landesregierung, dass zur Saison 2010 ein Nothafen auf dem Fischland Darß dauerhaft zur Verfügung steht?

Minister Volker Schlotmann: Herr Abgeordneter, die Zufahrt zum Nothafen Darßer Ort ist im ersten Bauabschnitt auf eine Wassertiefe von mindestens drei Metern gebaggert worden. Die im März 2010 aus naturschutzrelevanten Gründen ausgesetzte Baggerung wird seit dieser Woche wieder getätigt. Die Herstellung des Sollprofils, 3,5 Meter Wassertiefe bei einer Solenbreite von 25 Metern, wird einen Zeitraum von drei bis vier Wochen beanspruchen. In dieser Zeit steht der Nothafen in Notfällen gleichwohl zur Verfügung.

Gino Leonhard, FDP: Ihnen ist bekannt, dass die Verklappung, also das, was als Baggergut momentan aus

der Fahrrinne entnommen wird, genau da verklappt wird, wo in den letzten Wochen eben Stege abgebaut worden sind im Nothafen Darßer Ort?

Minister Volker Schlotmann: Es wird da verklappt, wo es in vielerlei Absprachen mit dem Nationalparkamt zwischen den beteiligten Behörden so festgelegt worden ist.

Gino Leonhard, FDP: Sie gehen davon aus, dass Segler, die sich in Not befinden, momentan an der Ostseeküste nicht in den Nothafen Darßer Ort hineinfahren dürfen?

Minister Volker Schlotmann: Nein, ich gehe davon aus, dass sie in Notfällen, das hatte ich gerade auch schon gesagt, natürlich diesen Nothafen Darßer Ort anlaufen können und werden.

Gino Leonhard, FDP: Vielen Dank.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich bitte jetzt den Abgeordneten Herrn Andrejewski von der Fraktion der NPD, die **Frage 10** zu stellen.

Michael Andrejewski, NPD: Herr Minister!

 Unterstützt die Landesregierung Bemühungen um eine bessere Dokumentation des psychologischen Gesprächs, das ein Kernelement der medizinisch-psychologischen Untersuchung – MPU – darstellt?

Minister Volker Schlotmann: Herr Abgeordneter Andrejewski, auf der Grundlage neuer verkehrsmedizinischer Erkenntnisse ist die Begutachtung der Fahreignung von Fahrzeugführern stetig verbessert worden. Dies wurde und wird durch die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern unterstützt.

Michael Andrejewski, NPD: Zusatzfrage: Gibt es aktuelle Bestrebungen, die psychologischen Gespräche aufzunehmen als Bildaufnahmen und den Betreffenden zur Verfügung zu stellen, damit sie das als Beweis verwenden könnten?

Minister Volker Schlotmann: Alle Sachverständigen und Fachleute sagen, sie ist auf einem sehr guten Stand und braucht in der Form nicht verbessert zu werden. Vielleicht spielt persönliche Betroffenheit eine Rolle.

Michael Andrejewski, NPD: Nein, bei mir nicht. Ich bin Antialkoholiker.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Udo Pastörs, NPD: Braucht auch nicht. Nicht drogenabhängig.)

Ich habe eine weitere Zusatzfrage: Soll darüber hinausgegangen werden, wenigstens über den jetzigen Stand, dass die handschriftlichen Notizen des Psychologen ausreichen zur Dokumentation? Soll da irgendetwas verbessert werden?

Minister Volker Schlotmann: Zurzeit nicht.

Michael Andrejewski, NPD: Danke.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich mache noch einmal darauf aufmerksam, dass persönliche Bemerkungen, Kommentierungen und so weiter der Antworten der Landesregierung nicht zulässig sind.

Die Fragen 11 und 12 sollen schriftlich beantwortet werden. – Vielen Dank, Herr Minister.

Ich rufe auf den Geschäftsbereich der Ministerin für Soziales und Gesundheit. Hierzu bitte ich die Abgeordnete Frau Lück, Fraktion DIE LINKE, die Fragen 13 und 14 zu stellen.

Regine Lück, DIE LINKE: Frau Ministerin!

13. Wie und wann wurde die Landesregierung beteiligt oder darüber in Kenntnis gesetzt, zu welchen Bedingungen die Erstattungsbeiträge für Leistungen für Unterkunft und Heizung als Vorauszahlung abgerufen werden können?

Ministerin Manuela Schwesig: Sehr geehrte Frau Abgeordnete Lück, der Bundesrat hat das Sechste Gesetz zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch, mit dem die Höhe der Beteiligung des Bundes an den Kosten für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II für 2010 festgelegt werden soll, in seiner Sitzung am 18. Dezember 2009 abgelehnt und den Vermittlungsausschuss angerufen. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat die Länder daraufhin mit Schreiben vom 21. Dezember 2009 darüber informiert, dass ab Januar 2010 im Vorgriff auf eine ausstehende gesetzliche Regelung Vorauszahlungen in Höhe der im strittigen Gesetzentwurf enthaltenen Beteiligungssätze abgerufen werden können.

Regine Lück, DIE LINKE:

14. Was wurde seitens der Landesregierung unternommen, um die Abrufbedingungen auf Grundlage einer bislang ausstehenden gesetzlichen Neuregelung zu verhindern und in welcher Art und Weise wurde dahin gehend mit den anderen Bundesländern und den kommunalen Spitzenverbänden zusammengewirkt?

Ministerin Manuela Schwesig: Gegen die von Ihnen angesprochene Regelung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zum vorläufigen Abruf der Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft hat die Landesregierung keine Einwände erhoben. Die Übergangsregelung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales vom 21. Dezember 2009 stellt sicher, dass in 2010 überhaupt die Bundesbeteiligung anteilig zeitnah als Abschlagszahlung an die Kommunen fließt, bis eine endgültige gesetzliche Regelung vorliegt. Damit erhalten die Kommunen zumindest Mittel in der Höhe, wie sie sich formal nach der Berechnung des Gesetzentwurfes zu Paragraf 46 Absatz 7 SGB II für 2010 ergeben.

Wie bereits auf Ihre Frage in der Fragestunde am 11. März 2010 erläutert, hat sich Mecklenburg-Vorpommern im Bundesrat gegen die Formel in Paragraf 46 Absatz 7 SGB II gewandt, nach der die Höhe der Beteiligung des Bundes an den Kosten für Unterkunft und Heizung nach SGB II entsprechend der Entwicklung der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften angepasst wird.

In konsequenter Fortführung dieser Auffassung wurde der Entwurf des Sechsten Gesetzes zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch der Bundesregierung abgelehnt und auch mit Zustimmung unseres Landes der Vermittlungsausschuss angerufen. Die kommunalen Spitzenverbände haben dieses Vorgehen ausdrücklich begrüßt. Hierbei war der Landesregierung bewusst, dass bis zur endgültigen gesetzgeberischen Lösung einige Zeit vergehen würde, zumal sich der Vermittlungsausschuss auch erst noch konstituieren musste. Dies war jedoch im Falle einer zu geringen Höhe der Beteiligung des Bundes an den Kosten für Unterkunft und Heizung erforderlich, da die nach der derzeitigen Berechnungsformel zu niedrige Bonusbeteiligung auch in den Folgejahren fortgewirkt hätte.

Die Länder haben erst am letzten Freitag im Bundesrat in ihrer Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung der Organisation der Grundsicherung für Arbeitsuchende auf die ausstehende gesetzliche Regelung hingewiesen und ihre gemeinsame Auffassung wiederholt. Hierbei gehen alle Länder davon aus, dass möglichst bald eine belastungsgerechte Kostenbeteiligung des Bundes zustande kommt. Wie aus Beratungen mit den kommunalen Landesverbänden deutlich wurde, unterstützen diese die Haltung der Landesregierung auch weiterhin. Das Verfahren im Vermittlungsausschuss bleibt abzuwarten.

Regine Lück, DIE LINKE: Danke.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Ministerin.

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Innenministers. Die Fragen 15 und 16 werden schriftlich beantwortet.

Ich bitte den Abgeordneten Herrn Pastörs, Fraktion der NPD, die **Frage 17** zu stellen.

Udo Pastörs, NPD: Herr Minister!

17. In welchem Umfang wurde in den letzten fünf Jahren gegen Menschenhandel in Mecklenburg-Vorpommern seitens der Landesregierung vorgegangen?

Minister Lorenz Caffier: Herr Abgeordneter, in den letzten fünf Jahren, das heißt in der Zeit von 2005 bis 2009, wurden für Mecklenburg-Vorpommern insgesamt 26 Fälle des Menschenhandels in der polizeilichen Kriminalstatistik erfasst. 25 davon wurden aufgeklärt und 39 Tatverdächtige der Justiz zugeführt.

Im Weiteren darf ich darauf verweisen, dass die Landesregierung ein Konzept zur Bekämpfung von Menschenhandel und Zwangsprostitution in Mecklenburg-Vorpommern verabschiedet hat. Das Konzept ist als Drucksache 4/2265 am 15. Mai 2006 veröffentlicht worden.

Die Betreuung der Opfer von Menschenhandel wird landesweit überwiegend durch die Fachberatungsstelle für Opfer von Zwangsprostitution und Frauenhandel, kurz genannt ZORA, wahrgenommen, die sich in Trägerschaft der AWO Soziale Dienste gGmbH befindet und durch die Landesregierung unterstützt wird. Nähere Informationen dazu finden Sie auf der Internetseite der AWO.

Udo Pastörs, NPD: Zusatzfrage: In welchen Bereichen wurde Menschenhandel aufgeklärt und in welchen Verhältnissen bei den 29 aufgeklärten Fällen, die Sie nannten, in welchen Fällen handelte es sich um Prostitution?

Minister Lorenz Caffier: Herr Abgeordneter Pastörs, ich will das noch einmal korrigieren. Ich habe gesagt, von 26 Fällen wurden 25 aufgeklärt und wir haben 39 ...

Udo Pastörs, NPD: Dann beziehe ich mich auf die 25.

Minister Lorenz Caffier: Wir haben 39 Tatverdächtige. Die 35 Fälle sind in der bekannten Bandbreite eingetreten, wie sie üblicherweise in den einschlägigen Milieus der jeweiligen Länder auch auftreten.

Udo Pastörs, NPD: Zusatzfrage: Was kann man unter "einschlägige Milieus" verstehen, Herr Innenminister?

Minister Lorenz Caffier: Herr Abgeordneter Pastörs, das interpretieren Sie so, wie Sie es interpretieren.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Ich rufe jetzt auf den Geschäftsbereich der Justizministerin. Die Fragen werden in Vertretung von Herrn Innenminister beantwortet.

Ich darf den Abgeordneten Herrn Köster bitten, die Frage 20 zu stellen. Oh, Entschuldigung, ich habe Frau Borchardt unterschlagen.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Na so was!)

Ich bitte zunächst die Abgeordnete Frau Borchardt, Fraktion DIE LINKE, die **Fragen 18 und 19** zu stellen.

Barbara Borchardt, DIE LINKE: Herr Minister!

18. Welche konkreten Maßnahmen sind seitens der Landesregierung für Inhaftierte in Mecklenburg-Vorpommern vorgesehen?

Minister Lorenz Caffier: Frau Abgeordnete, ich trage vor: Für Mecklenburg-Vorpommern besteht derzeit kein sofortiger Handlungsbedarf. Derzeitig befinden sich drei Personen in Sicherungsverwahrung. Lediglich ein Sicherungsverwahrter könnte von der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte betroffen sein, weil bei ihm die Zehnjahresfrist im Jahr 2014 abläuft.

Die im Urteil angesprochene Frage der Unterbringung wird zurzeit in einer länderübergreifenden Arbeitsgruppe erörtert, die sich mit der Erarbeitung von Mindeststandards für den Vollzug der Sicherheitsverwahrung befasst.

Barbara Borchardt, DIE LINKE:

19. Welchen politischen Handlungsauftrag sieht die Landesregierung im Hinblick auf die Bundesebene und die Justizministerkonferenz?

Minister Lorenz Caffier: Frau Abgeordnete, die rechtspolitischen Überlegungen konzentrieren sich derzeit auf den Umgang mit Untergebrachten, bei denen die Höchstfrist von zehn Jahren rückwirkend aufgehoben wurde. Dabei wird der durch den Europäischen Gerichtshof festgestellte Konversionsverstoß im Fordergrund stehen.

Andererseits wurde die Diskussion von der grundgesetzlichen Pflicht des deutschen Staates geprägt, seine Bürger vor gefährlichen Straftätern zu schützen. Es gibt bereits Überlegungen, welche Maßnahmen im Fall der Entlassung von Straftätern aus dem Vollzug der Sicherungsverwahrung zu ergreifen wären. In Betracht kommt hierbei etwa die Einführung der sogenannten elektronischen Fußfessel im Rahmen der Führungsaufsicht. Die rechtliche und praktische Umsetzungsmöglichkeit bedarf aber noch einer eingehenden Prüfung und Abstimmung.

Am 23. und 24. Juni im Hamburg auf der 81. Konferenz der Justizminister wird man sich intensiv mit einer grundlegenden Reform der Anordnungsvoraussetzung und des Vollzuges der Sicherungsverwahrung befassen.

Barbara Borchardt, DIE LINKE: Darf ich eine Nachfrage stellen? (Zustimmung)

Ist damit zu rechnen, dass der Landtag in diesen Prozess mit einbezogen wird und, wenn ja, wann?

Minister Lorenz Caffier: Ich leite Ihre Frage gerne weiter. Selbstverständlich ist es Aufgabe der Landesregie-

rung, sich auch mit solchen konkreten Fällen innerhalb der Ausschüsse oder im Landtag zu befassen. Den Zeitpunkt leite ich weiter, dazu kann ich derzeit keine Aussagen treffen, weil es nicht mein Fachressort ist.

Barbara Borchardt, DIE LINKE: Danke.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Borchardt.

Ich bitte jetzt den Abgeordneten Herrn Köster, Fraktion der NPD, die **Frage 20** zu stellen.

Stefan Köster, NPD: Herr Minister!

20. Aus welchen konkreten Gründen strebt die Landesregierung bei den Gerichtsvollziehern eine Änderung des Status von Beamten in sogenannte Beliehene, also Privatpersonen, die im Auftrag des Staates handeln, an?

Minister Lorenz Caffier: Herr Abgeordneter Köster, die vorliegende Frage hat mich etwas überrascht – nicht etwa, weil ich inhaltlich zur Reform des Gerichtsvollzieherwesens Stellung nehmen soll, sondern weil die Kollegin Frau Kuder genau zu dieser Frage bereits auf Antrag der Fraktion DIE LINKE am 30. April 2010 im Rahmen des Tagesordnungspunktes 35 ausführlich Stellung bezogen hat. Das ist noch nicht einmal sechs Wochen her. Damals hat sie ausführlich erläutert, aus welchen Gründen Mecklenburg-Vorpommern bei den Gerichtsvollziehern eine Änderung des Status von Beamten in sogenannte Beliehene anstrebt.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Über den Antrag haben Sie sich lächerlich gemacht.)

Ich habe den Verdacht, dass Sie während dieser Ausführungen körperlich oder zumindest geistig abwesend waren. So werde ich den Stoff für Sie noch einmal wiederholen:

Eine schnelle und effiziente Zwangsvollstreckung ist für das Funktionieren des Rechtsstaates unerlässlich. Dies ist in den derzeitigen Strukturen nur eingeschränkt gewährleistet. Wichtig erscheint es, Leistungsanreize für eine schnelle und effektive Durchführung der Zwangsvollstreckung durch die Gerichtsvollzieher zu schaffen. In den vorhandenen Strukturen des Gerichtsvollzieherkostengesetzes ist dies definitiv nicht möglich. Die Effizienz der Zwangsvollstreckung lässt sich daher nur erhalten und verbessern, wenn anstelle der Ausübung der Gerichtsvollziehertätigkeit durch Beamte die Gerichtsvollziehertätigkeit auf Beliehene übertragen wird, also das sogenannte Beleihungssystem in Anspruch genommen wird. Der Beliehene wird grundsätzlich auf eigene Rechnung tätig und nicht vom Staat besoldet. Dazu wird das Gerichtsvollzieherkostenrecht kostendeckend ausgestaltet.

Wichtigste Folge der eigenverantwortlichen wirtschaftlichen Tätigkeit des Gerichtsvollziehers im Beleihungsmodell ist jedoch, dass die Leistungsanreize in der Zwangsvollstreckung verstärkt werden sollen. Anstelle des bisherigen Bezirkssystems ist ein beschränkter Wettbewerb unter den Gerichtsvollzieher vorgesehen, der es den Gläubigern ermöglicht, sich zwischen der Beauftragung mehrerer Gerichtsvollzieher innerhalb eines Bezirkes, also innerhalb des Amtsbereiches zu entscheiden. Dieses trägt zudem zu einer erheblichen Verbesserung der Effizienz der Zwangsvollstreckung bei.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: So ist das, wenn man nachsitzen muss. Selber schuld!)

Dieses sind die Gründe, aus denen die Landesregierung – federführendes Ressort Justizministerium – sich für diesen Weg entschieden hat.

Stefan Köster, NPD: Gut.

Eine Zusatzfrage: In welchem Umfang sollen die Gerichtsvollzieher denn weiterhin in Sorgerechtsstreitereien oder -streitigkeiten tätig werden?

Minister Lorenz Caffier: Herr Abgeordneter Köster, ich bin gerne bereit, Ihre Frage an die Fachkollegin weiterzuleiten, die dann dementsprechend antwortet.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Stefan Köster, NPD: Eine zweite Frage: Wie will die Landesregierung verhindern, dass die dann privatisierten Gerichtsvollzieher in Zukunft Verhaltensweisen wie beispielsweise von Inkassounternehmen bekannt übernehmen?

Minister Lorenz Caffier: Auch dieses will ich gerne weiterleiten.

Stefan Köster, NPD: Danke schön.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Das hatte sie erläutert.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist ja eine Flegelei! – Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE, und Stefan Köster, NPD)

Ich rufe auf den Geschäftsbereich der Finanzministerin und bitte ...

Herr Pastörs, ich erteile Ihnen für Ihre Bemerkung einen Ordnungsruf. Gemäß der Geschäftsordnung habe ich die Entscheidung darüber zu treffen, ob weitere Zusatzfragen zulässig sind oder nicht. Sie haben das nicht zu bewerten, wie ich meine Entscheidung hier treffe. Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass ein weiterer Ordnungsruf dafür sorgen wird, dass Sie heute hier nicht mehr sprechen dürfen.

(Udo Pastörs, NPD: Was machen Sie denn jetzt, gnädige Frau?)

Oh, Entschuldigung.

(Stefan Köster, NPD: Entschuldigung! – Udo Pastörs, NPD: Jetzt mal ganz ruhig und sachlich!)

Das war jetzt verkehrt. Das war jetzt verkehrt. Das muss ich zurücknehmen.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Das war Ihr erster Ordnungsruf heute. Ich entschuldige mich dafür.

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Ich rufe auf den Geschäftsbereich der Finanzministerin und bitte den Abgeordneten Herrn Andrejewski, Fraktion der NPD, die **Frage 21** zu stellen.

Michael Andrejewski, NPD: Frau Ministerin!

21. Welche Haltung nimmt die Landesregierung zu den Bestrebungen ein, die nach gegenwärtiger Gesetzlage von der GEZ eingetriebenen Rundfunkgebühren durch eine Haushaltsabgabe zu ersetzen? Ministerin Heike Polzin: Herr Abgeordneter, ich würde gerne das Wort "eingetrieben" relativieren. Aber um auf Ihre Frage zu kommen: Eine Neuregelung der Rundfunkgebühr wird, wie wir wissen, seit vielen Jahren diskutiert. Einerseits geht es darum, dass die technische Entwicklung dafür gesorgt hat, dass man über immer neue Geräte Rundfunk empfangen kann, und zum anderen sind die Kontrollen in den Wohnungen in der Tat zunehmend mit Schwierigkeiten verbunden, wie ich auch als ehemaliges Mitglied des NDR-Rundfunkrates sehr wohl und detailliert weiß.

Im Auftrag des Ministerpräsidenten wurde geprüft, ob das derzeitige an ein Gerät anknüpfende Rundfunkgebührenmodell verändert werden kann oder ob die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks künftig über eine vom Gerät unabhängige Medienabgabe sichergestellt wird. Wie der Presse zu entnehmen war, ist die geräteunabhängige Erhebung zwischenzeitlich durch Professor Kirchhof verfassungsrechtlich überprüft und für möglich befunden worden. Er schlägt einen Rundfunkbeitrag vor.

Die Länder haben unter Einbeziehung des Gutachtens zwischenzeitlich Eckpunkte für einen Rundfunkbeitrag ausgearbeitet. Wir sehen die Vorgaben der Protokollerklärung von Mecklenburg-Vorpommern zum Zehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag als erfüllt an. Der forderte nämlich: Der künftige Rundfunkbeitrag soll aufkommensneutral sein sowie die soziale Gerechtigkeit und Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern verbessern. Das Verfahren soll transparent sein, einen möglichst geringen Verwaltungsaufwand haben und den Datenschutz berücksichtigen.

Auch für den Bereich des Beherbergungsgewerbes zeichnet sich eine Lösung ab, die für unser Land als Tourismusland akzeptabel ist. Der gestern von der Rundfunkkommission einstimmig gefasste Beschluss wird Grundlage weiterer Diskussionen der heute stattfindenden Ministernkonferenz sein. Findet der Beschluss dort Zustimmung, wovon ich ausgehe, wird es in der Folge zu Verhandlungen über einen weiteren Rundfunkänderungsstaatsvertrag kommen, der voraussichtlich noch in diesem Jahr unterzeichnet werden soll. Der Staatsvertrag wird danach selbstverständlich zur Ratifizierung auch in diesem Hause diskutiert.

Michael Andrejewski, NPD: Eine Zusatzfrage bitte: Inwieweit bestehen Aussichten, dass Hartz-IV-Empfänger und auch Kleinverdiener von den neuen Gebühren, von der neuen Haushaltsabgabe befreit werden könnten?

Ministerin Heike Polzin: Das wird Sache der Durchführungsbestimmungen sein. Aber da ich vorhin über die soziale Ausgewogenheit sprach, wird das sicherlich ein Diskussionspunkt werden.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Ministerin.

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Ministers für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus und bitte den Abgeordneten Herrn Köster, Fraktion der NPD, die **Frage 22** zu stellen.

Stefan Köster, NPD: Herr Minister!

22. Aus welchen konkreten Gründen soll die Fachaufsicht für Europas größte Sondermülldeponie, die landeseigenen Deponie Ihlenberg, auf den Landkreis Nordwestmecklenburg übergehen? Minister Jürgen Seidel: Frau Präsidentin! Herr Abgeordneter, die Landesregierung hat dem Parlament einen Entwurf eines Aufgabenübertragungsgesetzes vorgelegt. In diesem Rahmen sollen die Vollzugsaufgaben aus den Bereichen Immissionsschutz und Abfallwirtschaft kommunalisiert werden. Zuständigkeiten ändern sich ansonsten nicht. Das heißt, dass die Fachaufsicht verbleibt, und zwar beim Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus als oberste Abfallbehörde. Eine abweichende Einzelfallentscheidung zur IAG wäre aus Sicht der Landesregierung nicht sachgerecht, nicht angemessen und nicht notwendig, sodass sie auch aus unserer Sicht nicht vorgenommen werden sollte.

Stefan Köster, NPD: Eine Zusatzfrage: Also sind die Vorbehalte, die der Landkreis, der Kreistag Nordwestmecklenburg hat, dass er die Fachaufsicht übernehmen soll, falsch?

Minister Jürgen Seidel: Es hat zumindest Gespräche mit der Landrätin gegeben. In diesen Gesprächen, denke ich, wurde Aufklärung erreicht. Mein Eindruck ist, dass im Parlament, im Kreistag selbst nach wie vor die Sorgen etwas größer sind. Aber ich glaube, die kann man auch ausräumen.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Damit sind wir am Ende der heutigen Fragestunde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bevor ich jetzt den Tagesordnungspunkt 22 aufrufe, möchte ich es nicht versäumen, unserer Kollegin Frau Ilka Lochner-Borst zu ihrem heutigen runden Geburtstag zu gratulieren. Herzlichen Glückwunsch!

> (Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Gratulationen)

Wir kommen damit zum **Tagesordnungspunkt 22**: Beratung des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD – Mecklenburg-Vorpommern als Zentrum der Demenzforschung weiterentwickeln, auf Drucksache 5/3502.

Antrag der Fraktionen der CDU und SPD: Mecklenburg-Vorpommern als Zentrum der Demenzforschung weiterentwickeln – Drucksache 5/3502 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Specht für die Fraktion der CDU.

André Specht, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In Deutschland leben gegenwärtig 1,2 Millionen Menschen, die an Demenz erkrankt sind. Allein zwei Drittel davon sind von der Alzheimerkrankheit betroffen. Hinzu kommen jährlich circa 250.000 Neuerkrankungen und nach vorsichtigen Schätzungen wird sich die Zahl der Demenzkranken bis zum Jahr 2020 auf 1,4 Millionen und bis zum Jahr 2050 auf mehr als 2 Millionen erhöhen.

Das sind beängstigende Zahlen, nicht nur für die potenziell Betroffenen und deren Angehörigen, sondern auch für unsere Gesellschaft im Ganzen. Demenz stellt damit eine der großen Herausforderungen unserer Gesellschaft dar. Bisher gibt es kaum Erkenntnisse, wie die Krankheit verhindert werden kann, und es gibt auch keine Heilungsmöglichkeiten. Weitere Forschung ist daher ein zwingendes menschliches Gebot.

Aber natürlich geht es nicht nur um die Erforschung der Krankheitsursachen, sondern es ist auch wichtig, die gewonnenen Erkenntnisse in die praktische Versorgung einfließen zu lassen. Denn nur die Kombination aus beidem muss das Ziel von nachhaltiger Politik sein.

Meine Damen und Herren, an Demenz Erkrankte und ihre Angehörigen benötigen in besonderer Weise Hilfe und Unterstützung. Dazu gehört zum einen, Fachpersonal zu qualifizieren, zum anderen, die Angehörigen in ihrer Pflege zu unterstützen, aber auch ehrenamtlich Engagierte zu gewinnen und zu befähigen, soziale Netzwerke zu schaffen und insbesondere die Versorgungsforschung voranzutreiben.

Daher wurde am 3. April 2009 das Deutsche Zentrum für Neurodegenerative Erkrankungen, kurz DZNE, gegründet. Dessen Ziel ist es, den eben beschriebenen Herausforderungen zu begegnen, die eine wachsende Belastung durch neurodegenerative Erkrankungen in einer stetig alternden Gesellschaft mit sich bringt. Das DZNE verfolgt hierbei einen integrativen Forschungsansatz

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Das wollen wir ein Jahr später begrüßen.)

und kombiniert Grundlagen und klinische Forschung sowie Pflegeforschung. Das DZNE kooperiert hierzu mit Universitäten und Universitätskliniken, um die langfristige Forschungsförderung, die von der Bundesregierung und der Landesregierung bereitgestellt wird, mit dem Forschungsprogramm der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG und anderen Drittmittelgebern zu verbinden.

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Die Kombination von grundständiger Förderung und Drittmitteln

(Irene Müller, DIE LINKE: Deswegen den Antrag zurücknehmen.)

in einer strategischen Kooperation weist Vorteile und Flexibilität auf. Sie stellt die benötigte Infrastruktur für Spitzentechnologieforschung durch grundständige Förderung bereit, aber unterstützt auch die Entwicklung von Excellenzzentren innerhalb der Universitäten. Die enge Verzahnung mit den Medizinischen Fakultäten an den DZNE-Standorten ermöglicht es, eine kritische Masse zu bilden, die die ausreichende Größe hat, um dann international wettbewerbsfähig zu sein. Das DZNE arbeitet somit an seinem Standort in Rostock und Greifswald wissenschaftlich eng mit den dortigen Universitäten und Universitätskliniken zusammen.

Es gilt hierbei, Mecklenburg-Vorpommern als eine Modellregion für die Auswirkungen des demografischen Wandels zu untersuchen, den demenzbedingten Bedarf an medizinischer und pflegerischer Versorgung zu erfassen und neue Versorgungsnetzwerke zu entwickeln, umzusetzen und auf ihre Wirksamkeit hin zu überprüfen. Ziel eines solches Versorgungsnetzwerkes ist es, die Lebenssituation der älteren Menschen mit Demenz und ihrer Familien bereits heute in Mecklenburg-Vorpommern zu verbessern und hieraus Lösungen für die demografischen Probleme von morgen in anderen Regionen Deutschlands zu entwickeln.

Meine Damen und Herren, das DZNE verfolgt dabei folgende Ziele: zum Ersten die Erfassung des Bedarfs an pflegerischer und medizinischer Unterstützung sowie deren tatsächlich vorhandenen medizinischen, sozia-

len, familiären und pflegerischen Ressourcen. Diese Erhebung erfolgt im Rahmen einer populationsbasierten Stichprobe im Land Mecklenburg-Vorpommern und stützt sich auf eine bestehende epidemiologische Infrastruktur, die bereits weite Bereiche der Bevölkerung unter gesundheitsbezogenen Fragestellungen untersucht hat.

Darüber hinaus ist es Ziel, die Etablierung eines regionalen subsidiären Versorgungsnetzwerkes voranzutreiben. Ziel dieses Netzwerkes ist es, vorhandene Ressourcen zu identifizieren und durch Kenntnis der tatsächlichen regionalen Bedarfssituation optimal aufeinander abzustimmen. Entsprechend dem subsidiären Ansatz würden neue Elemente wie zum Beispiel die Funktionalität eines ambulanten Betreuungsmanagers in ein solches Netzwerk neu eingefügt, wenn der Versorgungsbedarf auf der regionalen Ebene nicht ausreichend bewältigt werden kann. Im Rahmen der prospektiven populationsbasierten Stichproben soll die Wirksamkeit des subsidiären Versorgungsnetzwerks im Vergleich zur bislang üblichen Versorgungsstruktur bezüglich klinischer Endpunkte sowie soziodemografischer und sozioökonomischer Endpunkte überprüft werden.

Meine Damen und Herren, Mecklenburg-Vorpommern bietet mit seinen Standorten Rostock und Greifswald die Möglichkeit, neuartige diagnostische und therapeutische Ansätze in der Realsituation einer populationsbasierten Stichprobe in der Häuslichkeit auf ihre Praktikabilität und ihren klinischen Nutzen hin zu evaluieren. Zusammengefasst bietet damit der Standort Rostock/Greifswald im Kontext der Forschungsbemühungen des DZNE eine Brücke hinein in die Realsituation der Bevölkerung. Ziel des Standorts ist es, eine Plattform bereitzustellen, über die neuartige Diagnose- und Therapieverfahren aus dem DZNE rasch auf ihre klinische Bedeutsamkeit und bevölkerungsbezogene Versorgungsrelevanz hin überprüft werden können und gleichzeitig die Bereitstellung von sinnvollen diagnostischen und therapeutischen Maßnahmen in der Breite der Bevölkerung beschleunigt wird.

Meine Damen und Herren, wir tragen bereits heute dazu bei, die Lebenssituation älterer Personen mit Demenz und ihrer Familien im Lande Mecklenburg-Vorpommern zu verbessern und daraus Erkenntnisse zu gewinnen, die auch für andere demografische Problemregionen in Deutschland in naher bis mittlerer Zukunft bedeutsam sein werden. Die Erforschung der Demenz in Deutschland ist eine der wichtigsten Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte. Mecklenburg-Vorpommern mit seinen beiden Universitäten in Rostock und in Greifswald wird hierbei deutschlandweit eine führende Rolle übernehmen. Dies gilt es auch durch die Landespolitik positiv zu begleiten und weiterhin nachhaltig zu unterstützen. Ich bitte Sie daher, unserem Antrag zuzustimmen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Specht.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Um das Wort gebeten hat der Bildungsminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern Herr Tesch.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Minister Henry Tesch: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! In der vergangenen Woche, der eine oder andere wird sich daran erinnern, trafen sich in Rostock ausgewiesene Medizin- und Wirtschaftsexperten aus Deutschland und aus dem Ausland sowie Gesundheitspolitiker, um auf der Branchenkonferenz "Gesundheitswirtschaft" unter anderem über das Thema Vorsorge zu sprechen. Auf dieser Konferenz wurde einmal mehr deutlich, dass nur mit vereinten Kräften aus Politik und Forschung Methoden zur Bekämpfung und zum Umgang mit Krankheiten wie Demenz gefunden werden können.

Der vorliegende Antrag der Regierungsfraktionen ist eine gute Gelegenheit, den bisher erreichten Stand in der strukturellen Verankerung der Demenzforschung in unserem Lande zu reflektieren. Ich danke den Abgeordneten der Regierungsfraktionen, dass sie dieses bedeutende Thema im Kontext der alternden Gesellschaft erörtern.

Demenzforschung ist kein Selbstzweck,

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

sondern soll den gesellschaftlichen Akteuren durch Versorgungs- und Vorsorgeforschung sowie Beratung neue Antworten auf alte Fragen geben.

(Udo Pastörs, NPD: Wer hätte das gedacht?!)

Gesundheitsforschung ist Forschung für den Menschen und ein wesentliches Ziel staatlicher Vorsorge. Daher wird die Gesundheitsforschung von der Bundesregierung und den Ländern in großem Umfang unterstützt und finanziell gefördert. Es ist ein Arbeitsgebiet, für das Engagement und Anstrengungen nicht groß genug sein können, denn die Erwartungen und Hoffnungen der Betroffenen und ihrer Angehörigen sind aufgrund der Entwicklung in der klinischen Forschung sehr, sehr hoch.

Bestes Beispiel für die hervorragende Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern in Forschungseinrichtungen auf dem Gebiet der Gesundheitsforschung ist das Deutsche Zentrum für Neurodegenerative Erkrankungen.

Wie Ihnen bekannt ist, gelang es der Universität Rostock im Verbund mit der Universität Greifswald und dem Max-Planck-Institut für demografische Forschung, das Thema Demenzforschung unter dem Dach der Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren Ende des Jahres 2008 nach Mecklenburg-Vorpommern zu holen. Ich halte es für eine gute und richtige Entscheidung, denn als wissenschaftliche Kraftzentren des Landes sind Rostock und Greifswald hervorragend geeignete Orte, um den neuesten Stand klinischer Studien, die Verbesserung der Behandlungsmethoden, Präventionsmethoden sowie die Folge von Demenzen wissenschaftlich fundiert zu diskutieren.

Auf der Basis einer Ausführungsvereinbarung zwischen dem Bund und den Bundesländern Baden-Württemberg, dem Freistaat Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt haben wir am 3. April 2009 in Bonn alle gemeinsam das Deutsche Zentrum für Neurodegenerative Erkrankungen durch einen Gründungsakt einschließlich der Unterzeichnung der Gründungssatzung durch die Gründungsmitglieder ins Leben gerufen. Die feierliche Eröffnung fand dann durch die Bundesministerin Frau Dr. Annette Schavan statt.

Das Deutsche Zentrum für Neurodegenerative Erkrankungen hat sein Kernzentrum in Bonn sowie sechs Partnerzentren in Witten/Herdecke, Tübingen, München, Göttingen, Magdeburg und eben in Rostock und Greifswald

Der seitens des Bundesministeriums für Bildung und Forschung angekündigte Finanzrahmen wird schrittweise in der vollen Ausbaustufe 2012 bei 66 Millionen Euro Bundes- und Ländermittel liegen. Das Deutsche Zentrum für Neurodegenerative Erkrankungen widmet sich gemäß seiner Satzung im Wesentlichen den Forschungsthemen Krankheitsursachen und Prävention, Früherkennung, Medikamententherapie, Verhaltenstherapie, psychosoziale Folgen von Demenzen, Pflegeforschung sowie der Evaluation der Leistungsfähigkeit des Versorgungssystems.

Die inhaltlichen und örtlichen Festlegungen der Gründungskommission für das Kernzentrum und die Partnerzentren basieren auf einer externen und international exzellent besetzten Begutachtung der Bewerbung und dabei konnte sich eben das Partnerzentrum Rostock und Greifswald erfolgreich durchsetzen.

Das Partnerzentrum in Mecklenburg-Vorpommern ist ein Kooperationsverbund eben zwischen der Universität Rostock, der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie, dem Rostocker Zentrum zur Erforschung des Demografischen Wandels als Kooperation zwischen der Universität Rostock und dem Max-Planck-Institut für demografische Forschung Rostock sowie der Universität Greifswald, Institut für Community Medicine.

Mit der Einrichtung des Partnerzentrums werden insgesamt 41 Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen, davon 22 in Rostock und 19 in Greifswald. Die Gründung der Partnerstruktur fand am 19. April 2010 in Rostock-Gehlsdorf statt. Diese Struktur sichert die Anbindung an die sich ergänzenden klinischen beziehungsweise versorgungsepidemiologischen Kompetenzen beider Universitäten sowie der demografischen Kompetenz des Max-Planck-Institutes in Rostock. Die zwei Standorte bilden zudem die Voraussetzung für die wohnortnahe Umsetzung und bevölkerungsbezogene Evaluation des geplanten Zentrums hier in Mecklenburg-Vorpommern.

Von den 66 Millionen Euro in der vollen Ausbaustufe fließen schrittweise bis zu 2,5 Millionen Euro nach Rostock und Greifswald. Der Landeshaushalt ist daran mit zehn Prozent beteiligt. Der erforderliche Landesanteil konnte im Haushaltsvollzug 2009 sowie in den Verhandlungen zum Haushaltsentwurf 2010/2011 und zur Mittelfristigen Finanzplanung dann bis 2014 des Landes erfolgreich eingeworben werden.

(Harry Glawe, CDU: Sehr gut.)

Dank der engen Zusammenarbeit zwischen dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur und den beiden Landesuniversitäten konnte die Landesregierung eine weitere wissenschaftliche Struktur unter dem Dach der Helmholtz-Gemeinschaft und mit Alleinstellungscharakter für Mecklenburg-Vorpommern gewinnen und, was viel wichtiger ist, dauerhaft aufbauen. Das Deutsche Zentrum für Neurodegenerative Erkrankungen ist nach dem Max-Planck-Institut für Plasmaphysik, Teilinstitut Greifswald, und dem Deutschen Zentrum für Luftund Raumfahrt in Neustrelitz die dritte Einrichtung der Helmholtz-Gemeinschaft in Mecklenburg-Vorpommern. Das ist ein großer und gemeinschaftlicher Erfolg, zu dem nicht zuletzt auch der Bildungsausschuss dieses Hohen

Hauses am 28. Mai 2009 durch seine Zustimmung zum Entwurf des Vertrages entscheidend beigetragen hat.

Inzwischen sind alle wesentlichen wissenschaftsorganisatorischen Schritte durchgeführt. Dazu gehören die Wirtschaftspläne 2009 und 2010, die Zuwendungsbescheide des Landes Mecklenburg-Vorpommern sowie anderer Länderressorts und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Durch die Kooperationsverträge mit den Universitäten und das Zusammenarbeiten mit dem Zentrum für Neurodegenerative Erkrankungen allgemein in Rostock und Greifswald haben wir Fahrt aufgenommen.

Der vorliegende Antrag fordert die Landesregierung auf, im Rahmen der Verhandlungen zu den Zielvereinbarungen, die gerade laufen, den Aufbau eines universitären Zentrums für Demenzforschung zu unterstützen. Insbesondere soll der Forschungsschwerpunkt im Bereich der Community Medicine an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald als wichtiges Standbein für die Entwicklung in den kommenden Jahren betrachtet werden.

Nach meiner Einschätzung bildet die von mir dargestellte Struktur, nämlich als kooperative und partnerschaftliche Struktur zwischen Rostock und Greifswald unter dem Dach des Deutschen Zentrums für Neurodegenerative Erkrankungen, die beste Lösung. Mein Haus geht davon aus und ist sich darin mit dem Vorstand des Deutschen Zentrums für Neurodegenerative Erkrankungen einig, dass diese Struktur eine wesentliche Voraussetzung dafür bilden wird, um die in naher Zukunft bereits anstehende wissenschaftliche und wissenschaftsorganisatorische Evaluierung des gesamten Deutschen Zentrums für Neurodegenerative Erkrankungen und seiner Untereinheiten erfolgreich absolvieren zu können, denn die von mir als komfortabel dargelegte 90:10-Finanzierung ist seitens des Bundes nur für die Zeit bis 2010 verankert, wenngleich natürlich dauerhaft angedacht.

Wir sollten also im Bewusstsein und im Kontext dieser forschungs- und finanzpolitischen Argumente die Zeit bis zur Evaluierung nutzen und den Demenzforschern in Rostock und Greifswald gleichermaßen – und dazu rufe ich uns alle auf –, gleichermaßen gemeinsam verlässliche Partner für ihren sehr wichtigen gesellschaftlichen Auftrag sein. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU – Andreas Bluhm, DIE LINKE: Das war aber ein müder Beifall.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Professor Dr. Methling für die Fraktion DIE LINKE.

Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Als ich den Antrag las, habe ich darüber nachgedacht, wie die Koalitionäre diesen Antrag kommentiert hätten, wenn wir ihn eingebracht hätten.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Ich denke, wir hätten, wie das hier üblich ist, Hohn und Spott geerntet für einen solchen Antrag, denn die Landesregierung handelt ja bereits, nach der Devise: Ik bün all hier.

(Hans Kreher, FDP: Ja.)

Die Koalition nutzt den Antrag nun dazu, ihr eigenes Loblied zu singen und das eigene Wohlbefinden auf diese Art und Weise zu steigern. Das ist nachvollziehbar, aber von uns keinesfalls zu unterstützen.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: So richtig Wohlbefinden war das wohl auch nicht. – Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Lassen Sie mich die Punkte des Antrags kurz zusammenfassen. Der Minister und auch der Antragseinbringer haben ja bereits darüber gesprochen, aber ich will das dann noch mal in aller Kürze tun. Die Punkte sind: Der Landtag begrüßt, dass die Medizinischen Fakultäten in Rostock und Greifswald am Deutschen Zentrum für Neurodegenerative Erkrankung teilhaben. Der Landtag betrachtet den "Ausbau der Versorgungsforschung in Mecklenburg-Vorpommern als sehr wichtig". Er "fordert die Landesregierung auf, … den Aufbau" des "Zentrums für Demenzforschung zu unterstützen".

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Donnerwetter!)

"Der Landtag sieht in der Vernetzung der beiden Universitäten" mit Ärzten und Pflegeeinrichtungen einen wichtigen "Schritt für die weitere Optimierung der … Versorgung der Demenzkranken" in Mecklenburg-Vorpommern.

(Udo Pastörs, NPD: Toll! – Harry Glawe, CDU: Was ist daran falsch?)

Selbstverständlich freuen auch wir uns darüber, dass unsere Hochschulen und Institute an diesem Zentrum für Demenzforschung beteiligt sind,

(Harry Glawe, CDU: Was ist daran falsch? – Andreas Bluhm, DIE LINKE: Nichts.)

aber ich frage Sie: Sind wir Claqueure der Landesregierung und brauchen wir dazu diesen Antrag?

(Irene Müller, DIE LINKE: Das ist eine Selbstverständlichkeit, die man nicht in einen Antrag zu packen braucht.)

Wo steckt denn der Handlungsbedarf für das Parlament?

(Udo Pastörs, NPD: Das ist ein Teil des Übels.)

Wo steckt der Handlungsbedarf für das Parlament? In dem Antrag geht es um Dinge – der Minister hat darüber berichtet –,

(Zuruf von Hans Kreher, FDP)

die bereits gelaufen sind, und um Inhalte, die der Landtag nicht zu beraten oder gar zu entscheiden hat.

(Hans Kreher, FDP: Ja.)

Denn, meine Damen und Herren, das Partnerzentrum des Deutschen Zentrums für Neurodegenerative Erkrankungen in unserem Land arbeitet bereits seit 2009, das ist dargestellt worden. Es ist ein Kooperationsverbund der beiden Universitäten mit ihren Spezialinstituten und dem Max-Planck-Institut für demografische Forschung. Das Partnerzentrum trägt den Namen "Center for Integrated Dementia Care Research". Die Finanzierung des Deutschen Zentrums für Neurodegenerative Erkrankungen ist bis zum Jahr 2013 gesichert. Der Bund übernimmt 90 Prozent der Kosten, die restlichen 10 Prozent tragen die sechs beteiligten Bundesländer. Auf Mecklenburg-Vorpommern entfallen 3,7 Prozent. Das waren im Jahr 2009 150.000 Euro und werden in 2013 247.000 Euro sein.

Die Landesregierung hat für die Kofinanzierung im vergangenen Jahr einen Kabinettsbeschluss erlassen und die Abgeordneten durch die Drucksache 5/2425 vom 2. April 2009 unterrichtet. Der Sozialausschuss hat sich damit befasst, der Herr Minister hat das vorgetragen, und auf Antrag meiner Fraktion stellte sich die Landesregierung den Fragen im Sozialausschuss am 9. Dezember vergangenen Jahres. Ich kann also zunächst keinen Handlungsbedarf für das Parlament entdecken, aber vielleicht werden wir darüber in der Debatte noch aufgeklärt.

Mit dem vorliegenden Antrag fordern die einbringenden Fraktionen zumindest aus unserer Sicht auch gar keine Handlung. Sie wollen nur die Demenzforschung in unserem Land begrüßen. Die Wissenschaftler in diesem Zentrum werden sich über solche Anerkennung ihrer Arbeit sicherlich freuen, gelobt haben wir sie aber bereits vor wenigen Wochen anlässlich eines parlamentarischen Informationsabends der Universitätsmedizin Rostock, wie wir uns sehr wohl erinnern können.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Lieber wäre ihnen doch wohl eine Planungssicherheit über das Jahr 2013 hinaus, bessere Arbeitsbedingungen, bessere Finanzausstattung – alles Dinge, die wir im Landtag durchaus beeinflussen könnten. Ich denke, wir werden auch gemeinsam zu entsprechend angemessener Zeit das tun. Inhaltsleere Anträge, wie der hier vorgelegte, befriedigen vielleicht die Antragsteller, hart arbeitende Abgeordnete, und das wollen wir ja wohl sein und sind wir, können darauf wohl verzichten.

(Udo Pastörs, NPD: Wer lacht da, Herr Professor? Wer lacht da?)

Ja, Sie sind ein besonders harter Arbeiter. Ja, ja.

(Udo Pastörs, NPD: Wer lacht da?)

Wir haben keine Zeit, meine Damen und Herren, für Schaufensteranträge.

(Udo Pastörs, NPD: Oh wei, oh wei, oh wei!)

Wir lehnen diesen Antrag der Koalitionsfraktionen deshalb ab. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Harry Glawe, CDU: Das ist ja unglaublich.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Professor Dr. Methling.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Heydorn für die Fraktion der SPD.

Jörg Heydorn, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Herr Professor Methling, ich bin Ihnen ausgesprochen dankbar für Ihre Ausführungen, weil mir dadurch Gelegenheit gegeben wird, die wesentlichen Dinge noch einmal herauszuarbeiten.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Oh ja! Wir haben noch nicht verstanden, machen Sie mal! – Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Ja, das machen wir jetzt ja auch.

In Mecklenburg-Vorpommern leben zurzeit 70.000 Menschen, die 80 Jahre alt sind und älter. 70.000! Im

Jahr 2020 wird sich der Anteil der Personengruppe der 80-Jährigen und Älteren verdoppelt haben.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Das heißt, wir haben dann 140.000 Menschen, die 80 Jahre sind und älter. Wenn man sich die Prävalenzund Inzidenzraten von Demenz – gerade vom Typus Alzheimer – ansieht, dann sind die besonders hoch jenseits der 80 Jahre. Das heißt, der Kollege Specht hat die Daten vorgetragen für die Bundesrepublik Deutschland, wenn ich das richtig sehe, haben wir zurzeit rund 1,2 Millionen Demenzerkrankte in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt,

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

jährliche Steigerungsraten von 250.000.

Bei uns in Mecklenburg-Vorpommern macht sich das besonders bemerkbar, das heißt, wir gehen aufgrund unserer demografischen Situation stark vorweg. Das ist so. Das kann man beklagen, man kann es aber auch begrüßen und man kann sehen, welche Maßnahmen man letztendlich ergreifen kann, um hier gegebenenfalls auch modellhaft für andere zu zeigen, was man tun kann und was man machen kann.

Sie sagen ja, der Antrag ist ein Schaufensterantrag. Das sehe ich völlig anders.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ja, klar. – Irene Müller, DIE LINKE: Das ist so.)

Man muss eins sehen: Das Deutsche Zentrum für Neurodegenerative Erkrankungen, da haben mehrere Vorredner darauf hingewiesen, ist in Bonn errichtet worden. Der Bund finanziert das mit insgesamt 65 Millionen Euro für die Laufzeit von fünf Jahren – von fünf Jahren! Danach ist eine Evaluation vorgesehen. Und es ist so, dass nur ausgewählte Konzepte zu Partnerprojekten gemacht worden sind. Es ist nicht so, dass jedes Bundesland quasi jetzt ein Partnerprojekt abbekommen hat, sondern es sind sehr wenige. Fünf oder sechs, wenn ich da aus dem Kopf richtig weiß,

(Irene Müller, DIE LINKE: Sechs.)

sind Partnerprojekte geworden,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Sie wissen aber, dass wir das wissen.)

unter anderem wir bei uns in Mecklenburg-Vorpommern. Und die Frage ist ja zu stellen: Wie geht es denn nach fünf Jahren weiter?

> (Andreas Bluhm, DIE LINKE: Das steht aber im Antrag nicht. – Irene Müller, DIE LINKE: Na, das steht aber im Antrag nicht.)

Wie geht's nach fünf Jahren weiter?

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Wenn Sie den letzten Absatz unseres Antrages sehen,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

dann können Sie erkennen, was für Vorstellungen wir haben.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Nebel! Nebel!)

Wir sind ganz klar der Meinung, dass wir auch das Thema Forschung darauf zu konzentrieren haben, wo wir besonders gut sind. Und der vorletzte Absatz in unserem Antrag lautet: "Der Landtag fordert die Landesregierung auf, im Rahmen der Verhandlungen zu den Zielvereinbarungen den Aufbau eines universitären Zentrums für Demenzforschung zu unterstützen."

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Welche Überraschung!)

Das ist eine ganz klare Aussage.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Welche Überraschung!)

Irgendwann stehen die Verhandlungen mit den Universitäten an, welche Schwerpunkte im Bereich von Forschung gesetzt werden, und da sind wir der Meinung,

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

dass das ein Thema ist, was bei uns schwerpunktmäßig weiterzuverfolgen ist

(Zuruf von Hans Kreher, FDP)

aufgrund unserer Qualifikation

(Irene Müller, DIE LINKE: Das stimmt doch nicht.)

und aufgrund unserer besonderen demografischen und regionalen Situation in Mecklenburg-Vorpommern. Das ist eine ganz klare Aussage und das ist so ein Bekenntnis unserer Politik zu sagen, das wollen wir schwerpunktmäßig weiterbearbeitet wissen. Und da verstehe ich überhaupt nicht, was daran zu kritisieren ist,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Der Antrag. Das haben Sie noch nicht gewusst?)

und deswegen werbe ich um Zustimmung für unseren Antrag. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Heydorn.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Grabow für die Fraktion der FDP.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Hat er heute mal die Handbremse ein bisschen angezogen, Herr Heydorn? – Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ist noch zu früh. – Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Ralf Grabow, FDP: Frau Präsidentin! Meine lieben Kollegen! Als ich diesen Antrag gelesen habe, habe ich gedacht, ich werde ja häufiger mal kritisiert von wegen Schaufensteranträgen, aber, Herr Glawe, Sie müssen sich an dieser Stelle eins gefallen lassen: Dies ist nun wirklich ein klassisches Schaufensterthema. Denn ich sage mal ehrlich: Wie lange arbeiten wir daran? Herr Heydorn und ich waren bei der Eröffnung, als dieses Zentrum in Rostock eröffnet worden ist, der Ministerpräsident hat da geredet, hat das unterstützt.

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Also ich finde, da ist die Landesregierung voll involviert. Und wenn ich mir dann den Antrag angucke,

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

gehe ich davon aus, als wir dieses Zentrum nach Rostock und Greifswald bekommen haben, dass das Land sich in gewisser Weise beteiligen musste, wie auch immer, sonst würde fast kein Bundesprojekt, glaube ich, nach Mecklenburg-Vorpommern kommen. Eine gewisse Beteiligung des Landes ist fast immer dabei.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Das ist auch gut so.)

Was mich dann gefreut hat, sage ich an dieser Stelle auch gleich, wir werden diesem Antrag zustimmen,

(Ilka Lochner-Borst, CDU: Ui!)

weil dieses Thema ein wichtiges Thema ist.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Trotzdem dürfen Sie einmal hören, dass es doch ein Schaufensterantrag ist. Das muss ich dann noch einmal hinterherschicken,

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

weil Herr Glawe sich jetzt schon wieder freut.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Doch, Herr Glawe, Sie machen das ja auch. Warum sollten wir das nicht auch einmal tun?

(Zurufe von Harry Glawe, CDU, und Michael Andrejewski, NPD)

Fakt ist und, was ich wichtig finde, ist -

(Harry Glawe, CDU: Peinlich!)

und das bringt der Antrag -, das Thema ist sehr wichtig

(Harry Glawe, CDU: Das ist so peinlich, Herr Kollege!)

und wir haben eine Chance mit diesem Hohen Hause, wenn wir uns darauf einigen können, dieses Thema in die Öffentlichkeit zu bringen, und das sehe ich als sehr wichtig an.

(Irene Müller, DIE LINKE: Wie viel Prozent hat die FDP im Bund noch? Fünf?)

Ich glaube, darüber wird in der Öffentlichkeit viel zu wenig gesprochen, viele Menschen verdrängen dieses Thema, viele Menschen mit Angehörigen sind häufig immer noch alleingelassen. Deswegen, Herr Glawe, stimmen wir zu,

(Irene Müller, DIE LINKE: Einem Schaufensterantrag. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

weil wir glauben, dass es wichtig ist, das Ding in die Öffentlichkeit zu bringen. Inhaltlich haben wir dazu eine ganze Menge gesagt. Wir waren bei der Konferenz, wir haben den Parlamentarischen Abend erlebt. Dort ist fachlich uns alles mitgeteilt worden, was da machbar ist.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und, Herr Methling, an der Stelle habe ich da auch nichts fortzusetzen, aber ich finde es wichtig, und das will ich an dieser Stelle noch mal wiederholen.

Und an dieser Stelle vielleicht, weil ja auch die Öffentlichkeit und die Presse da ist, auch mal ein Dank an die Angehörigen. Ich glaube manchmal, und das sehe ich als sehr wichtig an, die werden in meinen Augen oft viel zu wenig hervorgehoben, denn es ist schon eine Krankheit, die, glaube ich, ganz schön – ich sage es mal klar deutsch, ich kriege jetzt wahrscheinlich einen Ordnungsruf – beschissen ist,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD)

das ist noch fein gesagt. Aber ich sage es mal ehrlich:

(Zurufe von Harry Glawe, CDU, und Hans Kreher, FDP)

ein Dank an die Betroffenen,

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

die dort ihre Angehörigen pflegen, und das meine ich ehrlich, da ich in der Verwandtschaft auch einen Fall habe. Und ich glaube, deswegen werden wir auch diesem Antrag zustimmen. – Danke.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter, natürlich muss ich diesen Ausdruck als unparlamentarisch zurückweisen.

(Udo Pastörs, NPD: Sehr gut. Dann wissen wir das.)

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Köster für die Fraktion der NPD.

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben uns in diesem Hause mittlerweile schon daran gewöhnt, dass die Regierungsfraktionen SPD und CDU ihre eigene Landesregierung in einem Antrag zum Handeln aufforderten. Ebenso ist es inzwischen üblich, dass sowohl das betreffende Ministerium als auch die Redner der Regierungsfraktionen in der Aussprache feststellen, dass sie das angesprochene Thema schon längst behandeln, und die Regierungsfraktionen der Landesregierung hierfür Beifall spenden, so auch wieder heute beim wichtigen Thema der Demenzforschung.

Demenz, also die durch Erkrankungen oder irgendwelche sonstigen Schädigungen im Laufe des Lebens erworbene bleibende Intelligenzminderung, ist erst seit einigen Jahren im öffentlichen Bewusstsein. Allerdings gibt es schon seit vielen Jahrzehnten wissenschaftliche Erkenntnisse zu den Ursachen und Folgen von Demenz. Dabei haben Wissenschaftler zunehmend auch eine falsche Lebensführung, zum Beispiel hohen Alkoholkonsum, für die Schädigungen und deren Folgen nachgewiesen.

Auch diese Erkenntnisse sind nicht neu, aber auch die zunehmende Vereinsamung vieler Bürger in dieser Gesellschaft soll einen nicht zu unterschätzenden Anteil an der Häufung von Demenzerkrankungen haben. Dennoch ließen die politisch Verantwortlichen über viele Jahre die Betroffenen und ihre Angehörigen mit ihren Sorgen und Nöten weitestgehend allein. Erst in den letzten 10 bis 15 Jahren rückt die Versorgung der Demenzkranken mehr und mehr ins Blickfeld der Politik, offensichtlich als Folge der alternden Gesellschaft in der BRD.

Ungeachtet dessen ist es selbstverständlich zu begrüßen, dass sich die Universitäten im Land der Demenzforschung so intensiv annehmen. Schließlich soll 2050 die Anzahl der Demenzerkrankten in der Bundesrepublik weltweiten Erhebungen zufolge bis zu vier Millionen betragen. Unzweifelhaft kommt sowohl der Vorbeugung als auch der umfassenden Krankenversorgung in Zukunft eine wesentliche Rolle zu. Auch das Krankenund Sozialsystem in der BRD steht vor ungeahnten Herausforderungen.

Der Landtag steht heute aber nicht vor einer Herausforderung. Der Antrag der Regierungsfraktionen SPD und CDU ist absolut entbehrlich und wir lehnen ihn ab.

(Reinhard Dankert, SPD: Wir Sie auch.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Lochner-Borst für die Fraktion der CDU.

Ilka Lochner-Borst, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Demenz ist ein ernstes und ein wichtiges Thema, es braucht viel mehr Öffentlichkeit, als dies bislang der Fall ist, und ich glaube, mit unserem Antrag werden wir dieser Forderung auch heute hier gerecht.

Meine Damen und Herren, warum altern wir? Wie altern wir gesund? Was läuft schief bei altersbedingten Krankheiten? Welche Prozesse spielen für ein erfolgreiches Altern eine Rolle? Sind dieselben Prozesse bei deren Scheitern für Krankheit verantwortlich? - Fragen, die für jeden Einzelnen von uns von großer Bedeutung sind, aber auch für unsere Gesellschaft als solche. Während die Alterung lange Jahre als zufälliger Verfallsprozess betrachtet wurde, der durch Umwelt und andere schädliche Einflüsse verursacht wird, hat die jüngste Forschung herausgearbeitet, welche Rolle komplexe genetische Merkmale bei der Bestimmung der Lebensspanne in verschiedenen Organismen spielen. Damit haben wir nunmehr die Möglichkeit, altersbedingte Krankheiten zu steuern und zu kontrollieren, wenn wir die interdisziplinäre Forschung in diesem Bereich weiter unterstützen und ausbauen.

Vor einigen Wochen hat uns die Universitätsklinik Rostock auf einem parlamentarischen Abend das Deutsche Zentrum für Neurodegenerative Erkrankungen vorgestellt. Wir haben heute bereits einiges zu den Zielen und der Struktur des Zentrums gehört. Besonders wichtig ist für meine Fraktion, dass die Forschung des DZNE, die auf Ursachen, Mechanismen, Diagnose und Therapie neurodegenerativer Erkrankungen abzielt, vor allem die Versorgungssituation älterer Patientinnen und Patienten im Blick hat. Wir sind eine demografische Brennpunktregion und gerade für uns ist die ausreichende ärztliche und pflegerische Versorgung älterer Menschen, basierend auf interdisziplinären Forschungsergebnissen, von größter Bedeutung.

(Harry Glawe, CDU: Ja, Professor, so ist das. – Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Das habe ich noch gar nicht gewusst. Donnerwetter!)

Das kann natürlich nur in einem nationalen beziehungsweise

(Harry Glawe, CDU: So ist es. – Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Gut, dass ich hier zuhören kann.)

in einem internationalen Verbund bewältigt werden, da die Forschungsfelder von genetischen und umweltbedingten Risikofaktoren über die Rolle fehlgefalteter Proteine bei der Entstehung und Ausbreitung von Neurodegeneration bis hin zur Untersuchung von Faktoren, welche die Lebensqualität von Patientinnen und Patienten und dem Pflegepersonal verbessern soll, reichen. Und dies ist nur ein minimaler Ausschnitt aus den zu betrachtenden Forschungsfeldern und, Herr Kollege Professor Methling, in meinen Augen alles andere als unwesentlich.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Das habe ich ja auch nicht gesagt.)

In diesem innovativen Forschungsgebiet kann und soll Mecklenburg-Vorpommern eine führende Rolle spielen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Aber Sie haben Geburtstag heute.)

Wir wollen, dass dieser Forschungszweig in unserem Land weiter ausgebaut werden soll, und das soll auch bei den Zielvereinbarungen berücksichtigt werden.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Sehr gut.)

Meine Damen und Herren, wir alle wollen möglichst gesund alt werden, aber wir wissen auch, dass mit einer höheren Lebenserwartung altersassoziierte Krankheiten einschließlich neurodegenerativer Störungen einhergehen. An dieser Stelle tragen wir als Politikerinnen und Politiker eine mehrseitige und hohe Verantwortung, in erster Linie gegenüber den einzelnen Menschen, die davon betroffen sind, im Weiteren für die wirtschaftlichen und sozialen Folgen, die dies für unsere Gesellschaft hat. Wir müssen die Krankheitsmechanismen erforschen, die der Neurodegeneration zugrunde liegen, weil dies zu einem langfristigen Nutzen für den Einzelnen und die Gesellschaft insgesamt führen wird. Ich bitte in diesem Sinne um Zustimmung für unseren Antrag und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 5/3502. Wer dem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 5/3502 bei Zustimmung der Fraktion der SPD, der CDU, der FDP, Gegenstimmen der Fraktion DIE LINKE und der NPD angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 23**: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Auswirkungen der Maßnahmepakete zur Stabilisierung der Eurozone auf das Land Mecklenburg-Vorpommern und seine Kommunen, Drucksache 5/3492. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3548 vor.

Antrag der Fraktion DIE LINKE: Auswirkungen der Maßnahmepakete zur Stabilisierung der Eurozone auf das Land Mecklenburg-Vorpommern und seine Kommunen – Drucksache 5/3492 –

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE – Drucksache 5/3548 –

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Borchardt von der Fraktion DIE LINKE.

Barbara Borchardt, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es vergeht wohl nicht ein Tag, an dem in der Presse nicht über die Folgen der Wirtschaftsund Finanzkrise berichtet wird.

Erinnern wir uns: Im August 2007 begann die Finanzkrise. Sie verschlimmerte sich nach dem Zusammenbruch der Lehman Brothers im September 2008 dramatisch. Im

letzten Quartal 2008 und im ersten Quartal 2009 brach die Produktion weltweit ein. Und obwohl die Krise in den USA ihren Ursprung hatte, blieb auch Europa nicht von ihr verschont. Seit 2008 sind allein in Deutschland die Staatsschulden um 180 Milliarden Euro angestiegen.

(Udo Pastörs, NPD: Wenn Sie regieren würden, würden Sie sich verdreifachen in zehn Jahren.)

Dies meldete die Bundesbank vor wenigen Wochen. Und auch das sei an dieser Stelle gesagt: Mehr als die Hälfte der neuen Schulden geht auf das Konto der Bankenrettung, immerhin rund 100 Milliarden Euro. Mehr als fraglich ist, ob der Staat jemals Nennenswertes zurückbekommt.

(Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Es ist zu vermuten, dass weitere Milliarden im Sumpf der Banken versenkt werden. Bereits Ende 2008 tönte lauthals die Bundeskanzlerin, ich zitiere: "Wir müssen alles unternehmen, damit die Finanzkrise sich nicht wiederholt." Dabei ist es geblieben, denn geschehen ist praktisch nichts. Im Gegenteil, es wurde nach wie vor weiter gezockt. Allein die Deutsche Bank hat wieder Milliarden mit Spekulationsgeschäften einkassiert.

Forderungen der LINKEN, von sozialen Bewegungen und den Gewerkschaften nach Überprüfung des privaten Banksektors und öffentlicher Kontrolle oder nach Schließung des Casinos laufen ins Leere. Weder die Bundesregierung noch die Europäische Union trauen sich an die Banken, die Zocker und die Krisenprofiteure heran. Weiter werden breite Teile der Bevölkerung, vor allem sozial Schwache, abkassiert. Ein Sozialabbau in historisch bislang unbekannter Größenordnung wird auf den Weg gebracht. Alternativen zu den bevorstehenden Kürzungsorgien gibt es zuhauf, angefangen mit einer Millionärssteuer, mit der das Vermögen von mehr als 1 Million Euro mit fünf Prozent besteuert werden könnte. Dieses brächte alleine 80 Milliarden Euro. Oder durch eine Finanztransaktionssteuer, die Heraufsetzung des Spitzensteuersatzes oder weitere Schritte könnten insgesamt 160 Milliarden Euro zusätzliche Einnahmen erzielt werden. Aber was macht die Bundesregierung? Sie übt sich im Schattenboxen gegen die Finanzmärkte. Festzustellen ist, dass trotz vollmundiger Ankündigung sich die Bundesregierung nicht um eine einheitliche europäische Regelung zum Verbot von Spekulationsgeschäften beziehungsweise die Einführung einer Transaktionssteuer bemüht, ganz zu schweigen von einem vollständigen Verbot von Leerverkäufen und faulen Krediten.

Und was passiert bei den Banken? Die Deutsche Bank spekuliert mit Kreditausfallversicherungen gegen Eurostaaten, sie leihen sich zudem billiges Geld bei der Europäischen Zentralbank und verleihen es dann zu Wucherzinsen an Eurostaaten weiter. Eine Alternative wäre die direkte Zahlung der Eurozentralbank an die betroffenen europäischen Staaten. Davon ist ebenfalls nichts zu hören. Nein, im Gegenteil.

Und wie steht es mit den Bemühungen der Bundesregierung zur Auflegung eines europäischen Konjunkturprogramms, in dem sich jeder Staat dazu verpflichtet, mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes pro Jahr aufzunehmen, um den wirtschaftlichen Niedergang zu bremsen? Nein, stattdessen werden von Griechenland, Portugal und Spanien drastische Kürzungsmaßnahmen gefordert.

Da muss doch die Frage erlaubt sein, wie angesichts dieser Einsparung ein Weg aus der Krise gefunden werden soll. Angeblich sollen diese Kürzungen die Märkte beruhigen und Vertrauen bei den Anlegern schaffen. Das bezweifle nicht nur ich. Kürzungsprogramme sind für diese Ziele nicht die richtigen Maßnahmen. Kürzungsprogramme führen nur dazu, dass die Binnennachfrage sinkt und letztlich die Konjunktur in den Ländern und damit in Europa geschwächt wird.

Meine Damen und Herren, wir dürfen gemeinsam doch nicht zulassen, dass wieder einmal die Ursachen in keinster Weise beseitigt werden, es ein "Weiter so!" gibt. Nein, im Gegenteil, ein "Weiter so!" darf es nicht geben. Wir müssen gemeinsam verhindern, dass zum wiederholten Mal die Bürgerinnen und Bürger zur Kasse gebeten werden. Um es gleich vorweg zu nehmen: Wir sind uns sehr wohl bewusst, dass viele der diskutierten Vorschläge nur in Europa beziehungsweise weltweit umgesetzt werden müssen, aber tun wir bitte nicht so, als ob Deutschland international keinen Einfluss hat. Wir durften in jüngster Zeit nicht nur einmal Zeuge davon sein. Die Meldungen, wie tapfer sich Frau Merkel auf europäischer Bühne und auf dem weltweiten Parkett durchgesetzt hat, erfolgten.

(Harry Glawe, CDU: Tja, sie ist eben tapfer.)

Ja, auch mit Ergebnissen im Sinne derer, die vom Prinzip her Ihre Lobbyisten sind,

(Harry Glawe, CDU: Haben Sie doch gut festgestellt. Ist doch alles in Ordnung.)

aber dieses Mal geht es um die Interessen der Bürgerinnen und Bürger hier in Mecklenburg-Vorpommern,

(Harry Glawe, CDU: Ja, das macht sie doch.)

in der Bundesrepublik Deutschland und europaweit.

(Harry Glawe, CDU: Ja.)

Da können Sie mal beweisen, inwieweit Sie europafähig sind.

Meine Damen und Herren, auf der Drucksache 5/3548 liegt Ihnen ein Änderungsantrag meiner Fraktion vor. Gestern haben Sie im Zusammenhang mit unserem Dringlichkeitsantrag erklärt, dass Sie noch keine konkreten Aussagen treffen können, weil noch nicht alle Tatsachen auf dem Tisch liegen. Mal abgesehen davon, dass das falsch ist, denn diese Streichliste wird Ihnen allen bekannt sein, sehen wir die Krise in Europa, die Beseitigung hier in Deutschland und das – in Anführungsstrichen – Sparpaket in einem engen Zusammenhang.

Wenn man sich dann anguckt – und das finde ich schon sehr bemerkenswert, wir sind in diesem Jahr im Europäischen Jahr gegen Armut und Diskriminierung –, dass genau da angesetzt wird, zukünftig, und nicht mehr erst im Jahr 2011, sondern die meisten Maßnahmen sollen schon in diesem Jahr umgesetzt werden, bei denjenigen, die schon nichts mehr zu verteilen haben. Schauen wir uns das an: die Neujustierung von Sozialgesetzen, Ersatzpflicht durch Ermessensleistungen, SGB II und SGB III, also die Langzeitarbeitslosen werden zur Kasse gebeten, die Abschaffung von Elterngeld für Arbeitslosengeld-II-Empfängerinnen und -Empfänger, die Abschaffung des Zuschusses an die Rentenversicherung bei Arbeitslosengeld-II-Empfängern, das heißt, Altersarmut wird weiter vorprogrammiert.

Gucken wir uns die Statistik hier im Land Mecklenburg-Vorpommern an: Viele ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen. Das bisschen, was bisher in die Rentenversicherung eingezahlt wurde, soll wiederum gekürzt werden. Nein, meine Damen und Herren, ich glaube, wir stehen alle in der Pflicht. Wir sollten uns informieren, die Bürgerinnen und Bürger informieren und wir sollten gemeinsam dafür Sorge tragen, dass die Maßnahmen, die auf Bundesund Landesebene nötig sind, einzuleiten sind, dass die Bundeskanzlerin ihre Versprechen auch im Zusammenhang mit der Gesetzgebung zur Erschaffung von Sparmaßnahmen einlösen wird. In diesem Sinne bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Borchardt.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Reese für die Fraktion der FDP.

Sigrun Reese, FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kollegen Abgeordnete! Es hat mich kaum verwundert, dass das Thema Eurorettungsschirm gerade von den LINKEN auf die Tagesordnung gesetzt wurde.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Das ehrt uns doch, ne?! – Torsten Koplin, DIE LINKE: Ist ja gut.)

Auch wir haben das Rettungspaket stark diskutiert und uns die Entscheidung dazu nicht einfach gemacht.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Das ist schon so eine Hintertür.)

Auch meine Fraktion ist zu dem Schluss gekommen, dass man sich der Verantwortung zum Schutz der Gemeinschaftswährung stellen muss, und wir sehen die beschlossenen Maßnahmen als derzeit alternativlos an.

Es galt, die Frage zu beantworten, wie es mit Europa weitergehen soll. Soll die Gemeinschaft solidarisch bestehen oder soll der europäische Gemeinschaftsgedanke aufgegeben werden und wieder jeder Nationalstaat isoliert sein eigenes Süppchen kochen? Natürlich sind die Bürgschaften, die Deutschland in diesem Rahmen leistet, kein Pappenstiel und sie sind mitnichten ein Blankoscheck. Der deutsche Anteil bemisst sich nach der Wirtschaftskraft. Die Haltung der LINKEN verwundert gerade in diesem Punkt, denn sind sie es doch, die sonst die Solidarität der Stärkeren für die Schwächeren fordern.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Wir haben nicht gegen das Rettungspaket gesprochen, sondern gegen die Einsparungen. Lesen Sie den Antrag!)

Die Hilfen für Griechenland helfen letztendlich auch uns und unserer Währung, dem Euro. Sie sichern die Wirtschaft und die Stabilität und auch den Wohlstand, den wir in Europa haben.

(Wolfgang Griese, DIE LINKE: Frau Reese, Punkt 1.)

Die gewährte Unterstützung ist ein Ausnahmefall und soll die künftigen Probleme der Staaten regeln.

Nachdem diese Maßnahmen nun beschlossen sind, ist es wichtig, die Ursache der Finanz- und Wirtschaftskrise, die steigende Staatsverschuldung, nachhaltig zu beheben.

> (Rudolf Borchert, SPD: Och! Wenn die Ursachen der Definition schon nicht stimmen, dann kann ja nichts klappen.)

Dringliches Ziel, werte Kollegen, muss es jetzt sein, die Staatsverschuldung abzubauen und dem Finanzmarkt Grenzen zu setzen, die ein nochmaliges Entstehen einer solchen Krise verhindern.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Aber diese Mittel müssen gut durchdacht sein. Die von Ihnen und speziell von Ihnen, Herr Borchert, referierte Finanztransaktionssteuer sehe ich unter den gegebenen Umständen als ungeeignet an. Hier stimme ich den ablehnenden Argumenten des IWF zu.

Werte Kollegen der LINKEN, Ihr Antrag beschreibt lediglich eine bekannte Situation und wesentliche Punkte gehen unserer Meinung nach in die falsche Richtung. Ich kann nach wie vor nicht verstehen, dass Sie unter den gegebenen Umständen das Wort "sparen" meiden wie der Teufel das Weihwasser.

(Irene Müller, DIE LINKE: Weil es kein Sparen ist, sondern Kürzen. – Torsten Koplin, DIE LINKE: "Sparen" ist positiv besetzt.)

Sparen heißt immerhin Ausgaben zu dezimieren und nicht Einnahmen zu erhöhen. Sparen ist etwas anderes, als Einnahmen zu erhöhen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Dann ziehen wir mal die Steuererleichterungen für die Gaststätten zurück.)

Es ist wohl so, dass aus volkswirtschaftlicher Sicht ein antizyklisches Staatsverhalten oftmals Sinn macht.

(Wolfgang Griese, DIE LINKE: 1 Milliarde geht für die Hoteliers weg.)

Die aktuelle Situation darf dabei aber nicht aus den Augen verloren werden. Die Aussage Ihrer Bundestagsabgeordneten Katja Kipping bei "Maybrit Illner" am vergangenen Donnerstag,

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

dass Sparen der falsche Weg aus der Krise ist, ist für mich nicht nachvollziehbar,

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

denn es ist offensichtlich, dass ohne Spardiktate die Wirkung der bereitgestellten Gelder verpuffen würde. Ohne Spardiktat kommt es nie zur Ausgabenkontrolle und die nächste Krise wäre bereits in Sicht.

(Hans Kreher, FDP: Ganz genau. – Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Weiterhin fordern Sie die Auflage eines europäischen Konjunkturprogramms.

(Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

Auch hier möchte ich Ihnen widersprechen, denn wichtig ist, die Rahmenbedingungen zu koordinieren.

(Rudolf Borchert, SPD: Das haben wir doch vor neun Monaten gerade gemacht in Europa.)

Mit Ihrem Vorschlag wollen Sie lediglich weitere Fehlanreize schaffen und in staatliche Hoheiten eingreifen.

Zum Punkt II bleibt zu sagen, dass die Bundesregierung gerade bei den Spekulationsgeschäften und im Steuervollzug bereits im erheblichen Umfang tätig ist.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Und sehr erfolgreich!)

Wie die FDP zur Steuererhöhung steht, brauche ich hier nicht zu wiederholen.

(Zurufe von Rudolf Borchert, SPD, und Irene Müller, DIE LINKE)

Zur Unterrichtungsforderung an die Landesregierung gehe ich davon aus, dass die Landesregierung so wie in der Vergangenheit auch dieser Pflicht im Ausschuss und gegebenenfalls auch hier rechtzeitig nachkommen wird. Denn wichtig und von entscheidender Bedeutung ist die Frage, wann der richtige Zeitpunkt für eine Unterrichtung ist. Die Auswirkungen müssen dann auch wirklich seriös beziffert werden können, damit nicht wieder Nebelkerzen gezündet werden, die sich im Nachhinein nicht bewahrheiten. Wir lehnen den Antrag ab. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Reese.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Borchert für die Fraktion der SPD.

Rudolf Borchert, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der vorliegende Antrag der LINKEN gibt uns während dieser Landtagssitzung die Möglichkeit, wieder über die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise zu diskutieren. Im Mittelpunkt steht dieses Mal der Eurorettungsschirm.

Am 9. Mai haben die EU-Finanzminister der IWF und EZB ein in der Geschichte der EU beispielloses Maßnahmenbündel zur Rettung des Euros geschnürt. Insgesamt sage und schreibe 750 Milliarden Kredite und Bürgschaften, davon 500 Milliarden von EU und 250 Milliarden vom IWF, sollen nicht nur Griechenland, sondern auch bedrohte Staaten vor dem Bankrott retten und damit auch den Euro stabilisieren. Deutschland wird sich mit Garantien für Kredite in Höhe von insgesamt 147,6 Milliarden Euro an diesem Hilfspaket beteiligen. Wichtig dabei ist vor allem, dass durch dieses Rettungspaket ermöglicht wird, dass in Not geratene Staaten Kredite aufnehmen können, ohne die überhöhten Zinsen an den Kapitalmärkten zahlen zu müssen.

Ich möchte jetzt im Einzelnen auf die Punkte des Antrages der LINKEN eingehen und zuerst zu Punkt 1 die Position der SPD deutlich machen. Ja, es ist zutreffend, dass diese finanziellen Hilfen für Griechenland und andere Euroländer notwendig und alternativlos sind. Warum? Der Zusammenbruch europäischer Staaten und ein instabiler Euro würden in Europa und in Deutschland Hunderttausende von Arbeitsplätzen kosten. Gerade Deutschland als Exportnation der Welt Nummer zwei wäre besonders negativ betroffen.

Insofern ist die Hilfe für Griechenland und andere europäische Staaten bester Selbstschutz für Deutschland. Trotzdem hat die SPD im Bundestag nicht zugestimmt. Sie hat sich der Stimme enthalten. Warum? Das ist bekannt:

Als Erstes kritisiert die SPD das schlechte Krisenmanagement der Bundesregierung, insbesondere der Bundeskanzlerin, weil aus unserer Sicht diese Maßnahmen viel zu spät eingeleitet wurden und Deutschland dort viel zu lange gezögert hat.

Zweitens wurden in einer beispiellosen Art und Weise die Rechte des Bundestages, des Parlaments, ausgehebelt, was zu Recht vom Bundespräsidenten Lammert kritisiert wurde und von vielen anderen Parlamentariern.

Drittens, das ist das Entscheidende für die SPD, es ist nicht erkennbar, dass diese Bundesregierung in der Lage oder bereit ist, wirklich verbindliche Festlegungen zur Beteiligung der Verursacher der Krise an den Kosten zu treffen.

Zum zweiten Punkt des Antrages der LINKEN. Ja, es stimmt, Sparpakete - und ich sage jetzt ganz bewusst nicht "Spardiktate" - können die Krise und damit die wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Probleme verschärfen. Zurzeit werden in mehreren europäischen Staaten Sparprogramme aufgelegt: in Italien, Spanien, Portugal, Griechenland, Irland, Frankreich, Großbritannien und jetzt auch in Deutschland. Nach Berechnung der Commerzbank wollen diese Länder ihr Defizit bis 2013 insgesamt über 300 Milliarden Euro senken. Durch das Absenken der Staatsausgaben in dieser Grö-Benordnung besteht die große Gefahr, dass die Konjunktur absackt, in die Tiefe fällt, die Binnennachfrage weiter geschwächt wird. Das heißt, es besteht die große Gefahr, dass Wachstum kaputt gespart wird und wir von der bisher richtigen Strategie abweichen. Denn die Strategie gerade in den letzten Monaten war auch mit Einbeziehung der Konservativen und der Liberalen, durch Konjunkturprogramme und durch Kurzarbeit, sprich Arbeitszeitverkürzung, der Krise entgegenzusteuern.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Richtig.)

Das soll jetzt auf einmal alles nicht mehr wahr sein?

(Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Jetzt gibt es eine neue Strategie und für die SPD

(Hans Kreher, FDP: Das war damals schon mit festgelegt, auch von Steinbrück. – Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

ist an der Stelle ganz klar: Wir halten diese neue Strategie für falsch.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Aus aktuellem Anlass möchte ich kurz auf das 80-Milliarden-Sparpaket in Deutschland eingehen, ohne auf Einzelheiten einzugehen. Wir werden in der nächsten Landtagssitzung noch einmal Gelegenheit haben, ausführlicher darüber zu sprechen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das hätten wir gestern schon haben können, Rudi.)

Aus Sicht der SPD ist dieses Sparpaket nicht sozial gerecht und es ist auch nicht konjunkturunschädlich.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist kein Sparpaket, das ist ein Kürzungspaket. Sparen ist was anderes.)

Das wäre die Voraussetzung für eine sinnvolle Haushaltskonsolidierung.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist ein Einsparpaket, kein Sparpaket.)

Um es noch einmal deutlich zu sagen: Es ist unstrittig, übrigens auch bei LINKEN, damit meine ich nicht ausdrücklich die Fraktion DIE LINKE, in Europa, dass selbstverständlich die öffentlichen Haushalte konsolidiert werden müssen. Allerdings,

(Hans Kreher, FDP: Nicht bei mir, sondern bei anderen.)

ich wiederhole: sozial gerecht und konjunkturunschädlich.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Barbara Borchardt, DIE LINKE: Richtig.)

Das Sparpaket in Deutschland ist ...

(Unruhe bei Barbara Borchardt, DIE LINKE, und Ralf Grabow, FDP)

Meine Damen und Herren, nachdem es auch Stimmen in der CDU gibt, die dem allgemeinen Stimmungsbild in Deutschland entsprechen, kann ich mich hier wirklich kurzfassen: Das Sparpaket der Bundesregierung ist ungerecht, es ist unsozial, es ist untragbar und es ist konjunkturschädlich. Es ist konjunkturschädlich, weil durch das Sparprogramm die Konjunktur belastet wird, denn wenn bei Hartz-IV-Empfängern, bei Arbeitslosen weniger Geld im Portemonnaie ist, dann geben sie auch weniger aus, und das schwächt logischerweise die Binnennachfrage.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Es kommt hinzu, dass Einnahmeverbesserungen, die es auch gibt in diesem Sparpaket, eben nicht zur Konjunkturbelebung eingesetzt werden, sondern ausschließlich zur Konsolidierung. An dieser Stelle, glaube ich, ist es auch richtig, noch einmal auf Herrn Westerwelle einzugehen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Oh ja!)

Ich finde, es gibt da ein sehr bezeichnendes Zitat von Herrn Westerwelle, wo manches klarer wird. Ich zitiere Herrn Westerwelle bei Verkündung des Sparpakets: "Freibier für alle macht beliebt, aber dann fährt der Karren vor die Wand."

(Hans Kreher, FDP: Recht hat er, recht hat er,

Freibier für alle macht beliebt, so ist es, und deswegen haben auch Herr Westerwelle und die Westerwelle-FDP

(Peter Ritter, DIE LINKE: Es ist einfach schäbig, so was.)

vor den Bundestagswahlen Freibier für alle versprochen,

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktionen DIE LINKE und FDP – Peter Ritter, DIE LINKE: Er ist selber trunken. – Hans Kreher, FDP: Quatsch!)

Freibier für alle, weil 80 Milliarden Euro das Geschenkpaket der FDP vor der Bundestagswahl war.

(Zuruf von Ute Schildt, SPD)

Allein bei der Einkommenssteuer wollte man 35 Milliarden Euro schenken, dazu noch alle anderen Wahlversprechen. Aus dem 80-Milliarden-Euro-Geschenkpaket ist ein Kasten Freibier geworden,

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

nämlich das sogenannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz, damit man die Möwenpicksteuer auch finanzieren konnte.

(Hans Kreher, FDP: Das war auch in eurem Programm so geplant. Seid ehrlich! Seid ehrlich! Seid ehrlich!)

Aber es geht hier nicht nur um Freibier, meine Damen und Herren. Ich glaube, auch im zweiten Halbsatz hat Herr Westerwelle recht.

(Hans Kreher, FDP: Ihr habt es auch gefordert hier fürs Land und jetzt wird es uns vorgeworfen.)

Wenn man Freibier für alle verspricht, macht man sich beliebt, und dann fährt man den Karren vor die Wand.

(Hans Kreher, FDP: Jetzt bleibt doch mal ehrlich!)

Aus Sicht der SPD ist es die Westerwelle-FDP, die gerade dabei ist, Deutschland vor die Wand zu fahren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Hans Kreher, FDP: Man kann das immer noch mal wieder sagen, aber es bleibt trotzdem falsch. – Michael Andrejewski, NPD: Die einen sind wie die anderen.)

Man kann nur hoffen, dass der Koalitionspartner CDU diese Westerwelle-FDP möglichst stoppt.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: So schnell wie möglich abschütteln. – Ralf Grabow, FDP: Ihr seid ja auch abgeschüttelt worden. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Zur dritten Position der LINKEN ist Folgendes zu sagen: Es ist richtig, die Stärkung der Wirtschaft und des Wachstums braucht Konjunkturimpulse, das heißt für die Europäische Union natürlich auch Konjunkturprogramme, wie übrigens auch in den letzten Monaten. Dazu allerdings ist eine koordinierte Wirtschafts- und Finanzpolitik notwendig, die auch in der Europastrategie 2020 ausdrücklich vereinbart ist. Allerdings sieht die aktuelle Praxis anders aus, denn, ich sagte es bereits, viele Staaten in Europa legen keine Konjunkturprogramme auf, sondern Sparprogramme, die in Europa natürlich auch nicht das Wachstum fördern, sondern die Binnennachfrage schwächen.

Anders machen es USA, China und Japan. Die gehen den Weg, dass sie das Wachstum fördern, und es besteht die große Gefahr, dass Europa dabei abgehängt wird.

(Ralf Grabow, FDP: Bis zur nächsten Bankenkrise.)

Dann kommt immer das Argument, wir hätten kein Geld für Konjunkturprogramme. Ich mache es kurz, stichpunktartig: Energiesteuer, Finanztransaktionssteuer, Steuerharmonisierung in Europa und eine vernünftige Unternehmens- und Vermögensbesteuerung in Europa würde genügend Geld auf der Einnahmenseite sichern, um natürlich auch Konjunkturprogramme zu finanzieren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Heinz Müller, SPD: Sehr richtig. – Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Insofern kann man zusammenfassend deutlich sagen: Man sollte auf jeden Fall Reiche und Spekulanten besteuern, statt Löhne und Soziales zu kürzen.

> (Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Torsten Koplin, DIE LINKE: Genau. – Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Ich komme zum vierten Punkt des Antrages der LINKEN. Hier wird zu Recht festgestellt: Mit den bisherigen Maßnahmen können die Ursachen der Krise nicht wirkungsvoll genug bekämpft werden. Da geht es natürlich los mit der Frage: Was sind denn eigentlich die Ursachen dieser Krise? Wenn ich dem glauben sollte, was man Frau Reese aufgeschrieben hat, dann hat die Staatsverschuldung Schuld an dieser Krise. Das ist natürlich eine interessante Interpretation. Unter Ökonomen, Volkswirten und Politikern, ob konservativ oder LINKE, ist eigentlich völlig unstrittig, dass die Ursache dieser Krise eindeutig die regulierten entfesselten Finanzmärkte sind.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Ich dachte, das wäre unstrittig, zumindest das.

Die zweite Ursache sind die schwache Binnennachfrage und die extrem globalen Ungleichgewichte, die wir in Europa haben in den Volkswirtschaften,

(Zuruf von Ralf Grabow, FDP)

einerseits starke Exportnation, andererseits andere Staaten, die abhängig sind in ihrer Volkswirtschaft von diesen führenden Staaten, und die Spanne, die in Deutschland immer weiter auseinandergeht, zwischen reichen und armen Staaten.

(Hans Kreher, FDP: Nicht mal ein Jahr und vorher habt ihr regiert. Wer ist denn da nun schuld? – Michael Andrejewski, NPD: EU-Wahnsinn ist das. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Das heißt, wenn man diese Wirtschafts- und Finanzkrise wirkungsvoll bekämpfen will, dann muss man an die Ursachen ran. Zur Binnennachfrage habe ich schon mal etwas gesagt.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Jetzt zur Regulierung der entfesselten Finanzmärkte. Ich mache es kurz und möchte nur noch einmal stichpunktartig die Punkte der SPD nennen, die wir seit Langem auf den Tisch gelegt haben, um die Finanzmärkte zu regulieren:

(allgemeine Unruhe – Stefan Köster, NPD: Aber nie umgesetzt.)

 Finanztransaktionssteuer international europäisch und ansonsten natürlich als nationale Börsenumsatzsteuer

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

- 2. Kampf gegen Steuerhinterziehung und Steueroasen
- 3. Beteiligung der Banken an den Finanzierungen der öffentlichen Lasten

(Zuruf von Ralf Grabow, FDP – Heinz Müller, SPD: Also die getroffenen Hunde bellen ziemlich laut. – Ralf Grabow, FDP: Ja. – Irene Müller, DIE LINKE: Es ist bloß nicht richtig, das ist das Problem.)

- Begrenzung der Bankerboni, Begrenzung der steuerlichen Abzugsfähigkeit überhöhter Bonuszahlungen als Betriebsausgaben
- Regulierung und strenge Kontrolle von Ratingagenturen und Gründung einer europäischen Ratingagentur
- Spekulative Geschäfte mit Kreditausfallversicherungen auf Staatsanleihen und Leerverkäufe sind zu verbieten.

An dieser Stelle finde ich es völlig richtig, dass zu diesem Punkt zumindest die Bundeskanzlerin und Herr Schäuble die Initiative ergriffen haben. Morgen im Bundestag wird ein Gesetzentwurf zum Verbot von Leerverkäufen – zumindest in Deutschland – beraten. Es ist sehr erfreulich, dass sich Sarkozy und Merkel dahin gehend verständigt haben, dass es noch viel besser ist, wenn die Leerkäufe in ganz Europa schnellstmöglich verboten werden.

(Udo Pastörs, NPD: Na, dann machen die das eben in Amerika oder sonstwo. – Zuruf von Wolfgang Griese, DIE LINKE)

Ich möchte im Folgenden kurz begründen, warum die Fraktion der SPD den Antrag der LINKEN ablehnt.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Ach lassen Sie es lieber sein!)

Ich beziehe mich auf II und III des Antrages der LINKEN.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Lass das, wir wissen das. – Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

In II wird gefordert, dass die Landesregierung handeln soll im Rahmen ihrer Möglichkeiten

(Zurufe von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE, und Irene Müller, DIE LINKE)

zur Regulierung der Finanzmärkte, für stärkere Besteuerung und natürlich auch zur Eindämmung riskanter Spekulationsgeschäfte. Es wird Sie nicht überraschen, wenn die Koalitionsfraktionen feststellen: Unsere Landesregierung handelt bereits,

(allgemeine Unruhe – Peter Ritter, DIE LINKE: Man sieht sie förmlich schwitzen. – Michael Andrejewski, NPD: In Zeitlupe.)

und es bedarf keiner Aufforderung des Landtages.

Herr Ritter, nehmen Sie zur Kenntnis, dass auf der Jahreskonferenz der Finanzminister am 20. Mai 2010 die Finanzminister der Länder – übrigens auch CDU und SPD und damit auch unsere Landesregierung – unter anderem folgende wichtige Punkte beschlossen haben:

Erstens. Die öffentlichen Haushalte müssen zügig auf die Zeit nach der Krise vorbereitet werden, ich zitiere: "Dabei

ist gleichermaßen ein entschiedenes Vorgehen wie auch Augenmaß nötig,"

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Das ist ein sehr entscheidender Punkt.)

"um einerseits die notwendigen Maßnahmen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte einzuleiten,"

(Zurufe von Torsten Koplin, DIE LINKE, und Peter Ritter, DIE LINKE)

"andererseits aber die anspringende Konjunktur nicht zu gefährden."

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Das ist ein programmatischer Satz. – Irene Müller, DIE LINKE: Das ist ein tolles Ziel.)

Dazu gehört natürlich auch der folgende Satz: "Unbeschadet der dringenden Konsolidierungserfordernisse ist es wichtig, dass die Finanzpolitik nach der Krise eine kräftige, nachhaltige wirtschaftliche Erholung unterstützt. Dazu gehört, auf der Ausgabenseite – wo immer möglich – Umschichtungen", jetzt kommt's, "zugunsten zukunftswirksamer und wachstumsstärkender Ausgaben vorzunehmen."

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Ein weiterer Satz: "Eine wesentliche Voraussetzung für die Gesundung der öffentlichen Finanzen ist … die Stabilisierung der Einnahmen". Und abschließend: "Die Finanzministerinnen und Finanzminister der Länder unterstützen daher die auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene unternommenen Anstrengungen zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuerflucht."

Folgendes bleibt festzuhalten:

Erstens. Unsere Landesregierung handelt bereits.

Zweitens. Die Bundesregierung nimmt nach meinem Dafürhalten nicht zur Kenntnis und hat nicht begriffen, was ihre eigenen Länder, CDU-Finanzminister, in der Finanzministerkonferenz, beschlossen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD –
Birgit Schwebs, DIE LINKE: Weil Sie
die schwarz-gelbe Brille aufhaben. –
Zurufe von Torsten Koplin, DIE LINKE,
und Irene Müller, DIE LINKE –
Vizepräsidentin Renate Holznagel
übernimmt den Vorsitz.)

Drittens. Meine Damen und Herren der Opposition, wir achten und respektieren die Rechte der Opposition, das ist bekannt. Es besteht immer und jederzeit die Möglichkeit, im Finanzausschuss – und den halte ich allemal für geeignet und qualifiziert genug – mögliche eventuelle Auswirkungen des Eurorettungsschirms auch für Mecklenburg-Vorpommern und seine Kommunen zu gegebener Zeit zu berichten und zu beraten.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Zu gegebener Zeit.)

Das ist ein guter Brauch seit vielen Jahren und daran sollten wir festhalten. Insofern ist auch dieser Punkt III Ihres Antrages nicht notwendig.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Das sehen wir ganz anders.)

Die Koalitionsfraktionen werden den Antrag der LIN-KEN inklusive des Änderungsantrages ablehnen. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD – Birgit Schwebs, DIE LINKE: Das ist aber sehr schade.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Borchert.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der Fraktion der NPD der Abgeordnete Herr Pastörs.

Udo Pastörs, NPD: Vielen Dank, Frau Präsidentin!

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die ganze Ratlosigkeit der kommunistischen Fraktionen offenbart sich in diesem Antrag.

(Wolfgang Griese, DIE LINKE: Definieren Sie doch mal "Kommunismus"!)

Sie fordern im Kern zur Stärkung der europäischen Wirtschaft die Auflage eines koordinierten europäischen Konjunkturprogramms. Vorschläge hierzu unterbreiten Sie nicht. Und unter II sollen dann Ihrem Antrag nach größere Vermögen und Spitzeneinkommen stärker besteuert werden. Aber was sind größere Vermögen, Herr Holter?

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Da denken Sie wahrscheinlich an die stärkere Besteuerung auch von Betriebsvermögen. Sie haben gelernt, bei der Verstaatlichung der Produktionsmittel steht am Ende der Bankrott, weil die LINKEN noch nie mit Geld umgehen konnten.

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Zurufe von Irene Müller, DIE LINKE, und Peter Ritter, DIE LINKE)

Was Ihnen offensichtlich vorschwebt, ist, dass die Betriebe und größere Vermögen zwar formal in Privatbesitz bleiben,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

jedoch in Ihren Augen nichts anderes sein dürfen als Grundlage für Besteuerungsmöglichkeiten, und dies bis zum Kaputtgehen. Wir kennen das von Ihnen.

(Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

Es ist doch bekannt, dass es auch durch zu hohe Abgabenlast der Betriebe zu einer Wettbewerbsunfähigkeit kommen kann. Aber das interessiert die LINKEN nicht.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Wenn privat organisierte Betriebe kaputtgehen, dann heißt das für Sie, sie waren halt nicht leistungsfähig genug. Ihre Denkschule ist von gestern, Herr Holter und Professor Methling.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Sie sind nicht leistungsfähig, das ist wohl wahr. – Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

Was Sie versuchen, ist doch nur mitzuschwimmen, den Menschen Kompetenz und Verantwortungsbewusstsein vorzugaukeln.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ja, das machen wir nachher mal beim Antrag 34 der NPD.)

Sie sprechen in der Begründung Ihres Antrages von einem Teufelskreis der Kürzungen im Staatshaushalt und einer daraus resultierenden Nachfrageschwächung im Binnenmarkt. Da ist was dran. Aber bitte schön, wer hat diesen Teufelskreis denn in Gang gesetzt?

(Peter Ritter, DIE LINKE: Herr Holter.)

Es ist die irrwitzige Vorstellung mittlerweile in allen Parteien vorhanden, dass es so etwas wie ewiges Wachstum geben könne.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Und in der Tat, das BRD-System, also auch Ihr System, geht sonst kaputt.

(Reinhard Dankert, SPD: Sie träumen doch auch von Wachstum, Herr Pastörs.)

Ewiges Wachstum jedoch gibt es nicht auf Dauer.

In der Kürze der Zeit noch ein paar Anmerkungen zum neuerlichen Schutzschirm für den Euro. Der Normalbürger auf der Straße fragt sich mittlerweile: Wie viel Schutzschirme gibt es eigentlich bereits? Und vor allen Dingen: Ist es nicht mittlerweile schon so, dass erhebliche Mittel der zu schützenden Substanz bereits für diese Schutzschirme verpfändet sind?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der IWF-Chef Strauss-Kahn unterschrieb, 250 Milliarden Euro als oberste Summe an Krediten für das Rettungspaket des Euros zur Verfügung zu stellen. Da jedoch der IWF aktuell im Notfall zurzeit maximal nur knapp 190 Milliarden flüssige Mittel hat, muss die Bundesregierung dann zusätzlich zu den bereits gegebenen 147 Milliarden Garantien anteilmäßig bezogen auf ihre prozentuale Beteiligung am IWF, nämlich 5,98 Prozent, diesem frisches Geld zur Verfügung stellen, und das Ganze für 0,25 Prozent Zinsen. Der IWF verleiht dann weiter zu Konditionen, die noch bestimmt werden sollen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, um den verfluchten Euro zu retten, ist also die Bundesregierung bereit – quasi unter billigender Inkaufnahme, dass die Deutschen am Ende alles verlieren –, dieses Gaunerstückchen mitzumachen. Sie, Frau Borchardt, sind naiv, wenn Sie glauben, mit Ihrem Antrag überhaupt nur ansatzweise etwas bewirken zu können. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Peter Ritter, DIE LINKE: Das hat ja nun wieder die Welt erschüttert eben, die Rede.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Löttge von der Fraktion der CDU.

Mathias Löttge, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten!

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der Fraktion DIE LINKE.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ihr Antrag ist ja wieder richtig spannend, ...

(Zurufe von der Fraktion DIE LINKE: Ja, ja! – Wolfgang Griese, DIE LINKE: Das lässt ja wenigstens erkennen, dass Sie das gelesen haben.)

Natürlich, immer.

... weil er ganz einfach wieder mal die Möglichkeit gibt, so interessante europapolitische und bundespolitische Themen in dieses Haus zu holen. (Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ja, da sind sie wohl Bestandteil. – Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, da gehören sie hin.)

Ja, klar. Ich sage ja nichts anderes.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Wir hatten ja gestern die Aktuelle Stunde.)

Genauso gibt es natürlich auch die Möglichkeit, die unterschiedlichen Positionen deutlich zu machen, die es logischerweise in der Sache gibt. Teilweise gibt es dann eben auch unterschiedliche Positionen zu bestimmten Fragen – aber das sage ich immer gerne wieder, wenn ich über Ihre Anträge diskutiere – zwischen den Koalitionspartnern. Das bleibt gar nicht aus, das ist eben so. Wenn wir bundespolitische Themen in diesem Hause diskutieren, dann wird es auch mal unterschiedliche Auffassungen geben. Das halte ich für normal und das hindert uns überhaupt nicht an einer gemeinsamen erfolgreichen Finanzpolitik hier im Land

(Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

Insofern, Kollege Borchert, wir haben uns gestern darauf geeinigt, das Sparpaket eigentlich noch nicht zu diskutieren. Sie haben es jetzt angeschnitten.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Aber der Innenminister hat schon Vorschläge gemacht. – Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

Dass es auch dazu unterschiedliche Auffassungen gibt, wissen wir beide.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Spitzensteuersatz anheben und so weiter.)

Aber da freue ich mich natürlich auf die weitere Debatte zu diesem Thema.

Aber, meine Damen und Herren der Linksfraktion, ein Weiteres muss ich auch feststellen: Sie versuchen natürlich, mit solchen Anträgen auch so ganz typische ideologische Positionen deutlich zu machen, die nicht ganz neu sind,

(Irene Müller, DIE LINKE: Ja, über Kochrezepte unterhält man sich ja hier nicht.)

die wir dann aber logischerweise in diesen Anträgen immer so wiederfinden und mit denen wir uns natürlich gerne auseinandersetzen werden.

> (Peter Ritter, DIE LINKE: Die Anhebung des Spitzensteuersatzes ist keine ideologische Position, sondern der Vorschlag Ihres Landesvorsitzenden.)

Das ist ganz einfach die Aufgabe in diesem Parlament.

Nun also, meine Damen und Herren, zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. Ich fange mal mit dem Guten an. Es gibt sogar Gemeinsamkeiten,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE, und Birgit Schwebs, DIE LINKE: Och!)

nämlich: Das Positive an Ihrem hier gestellten Antrag ist

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Dass wir ihn gestellt haben.)

die erste Feststellung, dass finanzielle Hilfen für Euroländer tatsächlich notwendig sind.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Ja.)

Ich darf Ihnen versichern, das sehen wir genauso,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Das sagen Sie mal Frau Reese! Die hat das nicht gelesen.)

und deswegen haben wir auch den Rettungsschirm als Maßnahmenpaket vorgeschlagen und beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit erschöpfen sich dann aber auch die Gemeinsamkeiten.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Das ist aber schade. – Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE, und Wolfgang Griese, DIE LINKE)

Nämlich gleich im nachfolgenden zweiten Punkt soll festgestellt werden, dass die dringend notwendigen Sparprogramme, die gemeinsam von IWF und der Europäischen Union für die betroffenen Länder entwickelt wurden, in eine Depression führen sollen. Dabei wird durch Sie völlig ausgeblendet, dass die aktuellen Probleme der europäischen Schuldenkrise,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Da hätten Sie mal zur IHK kommen und den Vortrag hören sollen.)

wegen der jetzt die finanziellen Hilfen notwendig geworden sind, überhaupt erst oder doch zumindest zu großen Teilen durch die völlig überzogene Ausgabenpolitik

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Nee, nee, da hat Rudi Borchert was ganz anderes gesagt. Das hat mir viel besser gefallen.)

und die dadurch angefallenen Schulden der betroffenen Länder entstanden sind.

Was hat Ihnen besser gefallen?

(Heinz Müller, SPD: Das, was Rudi Borchert gesagt hat.)

Ja, das ist mir doch klar. Das ist doch logisch.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das war fachlich fundiert.)

Aber, meine Damen und Herren der Fraktion DIE LINKE, ich muss ja nun nicht unbedingt das sagen, was Ihnen gefällt, sondern ich habe hier die Position zu vertreten, und das tue ich auch gerne, die unsere ist. Wir leben hier nicht in einer Debatte, wo jeder das sagen muss, was dem anderen gefällt. Das ist eben das Schöne an Debatten.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Das wäre aber auch nicht schlimm. – Zuruf von Wolfgang Griese, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, es ist eine einfache Rechnung: Man kann auf Dauer nicht mehr ausgeben, als man einnimmt. Ich glaube, das weiß jeder.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU – Barbara Borchardt, DIE LINKE: Die ideologisch begründete Rechnung. – Zurufe von Egbert Liskow, CDU, und Udo Pastörs, NPD)

Ein Verstoß gegen diesen Grundsatz, und das muss man so deutlich sagen, löst kein Problem,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

sondern er wird dauerhaft die bestehenden finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme nachhaltig verschärfen.

(Michael Andrejewski, NPD: Wer hat eigentlich die Schulden gemacht? – Irene Müller, DIE LINKE: Warum werden nicht die herangezogen, die das verzockt haben?)

Die gegenwärtigen Schwierigkeiten im EU-Raum können nur dadurch gelöst werden, dass wiederum die Ausgaben den Einnahmen angepasst werden.

(Zurufe von Birgit Schwebs, DIE LINKE, und Irene Müller, DIE LINKE)

Und, meine Damen und Herren der Fraktion DIE LINKE, wenn natürlich dann in der Begründung zu Ihrem Antrag wieder solche Begriffe erscheinen wie "Sozialabbau" und "Lohndumping",

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Ja, ja.)

dann sei es auch mal gestattet, darauf hinzuweisen,

(Irene Müller, DIE LINKE: Was ist denn das anderes?)

dass wir zum Beispiel in Griechenland die Rente mit 58 hatten, dass wir 15 Monatsgehälter hatten und dass man sich natürlich auf Dauer solche Sozialstandards nicht leisten kann.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Vielleicht müssen wir mal unsere Maßstäbe prüfen?!)

Insofern immer gleich die Horrorszenarien nach vorne zu bringen, ist dann auch nicht ganz redlich, sondern man muss schon differenziert betrachten,

(Irene Müller, DIE LINKE: Deshalb nehmen wir es den Hartz-IV-Empfängern weg.)

welche Sozialstandards gibt es in den unterschiedlichen europäischen Staaten und wie wollen wir damit umgehen.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Da sag ich nachher noch was dazu. – Irene Müller, DIE LINKE: Was ist denn das für ein Sozialstandard bei Hartz IV?!)

Meine Damen und Herren, auch die dritte von Ihnen angeregte Feststellung, mit welcher nun die Auflegung weiterer koordinierter europäischer Konjunkturprogramme gefordert wird, ist schlechterdings nicht nachvollziehbar. In der gesamten Eurozone versuchen die EU-Staaten, wie aktuell ja auch die Bundesregierung, die erdrückenden Schuldenlasten durch Einsparungen zurückzufahren. Wir wissen alle, dass das nicht einfach ist, und dazu gibt es nun auch viele Diskussionen.

(Rudolf Borchert, SPD: Viel zu hohes Risiko.)

In dieser Situation, meine Damen und Herren, aber noch zusätzliches Geld in Form von europäischen Konjunkturprogrammen zu fordern, das wirkt dem einzig richtigen Ziel entgegen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ach so!)

Auch die vierte Feststellung ist für uns nicht nachvollziehbar und dementsprechend abzulehnen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Mal gucken, was die Kanzlerin heute zu Opel sagt. – Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE) Die Behauptung, dass mit den beschlossenen Maßnahmenpaketen die Ursachen der Krise nicht bekämpft werden können, ist schlichtweg falsch. Gerade das jetzt beschlossene Programm "Schutzschirm für Europa" ist sicherlich ein richtiger und wichtiger Schritt, um die Folgen der Finanz- und Schuldenkrise für Europa und somit auch für Deutschland abzuschwächen und den Euro zu stärken.

Was die Ursachen der Krise angeht, so müssen diese differenziert betrachtet werden. Die eben schon genannte völlig überzogene Ausgabenpolitik, welche maßgeblich zur europäischen Finanzkrise beigetragen hat,

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Wer hat was ausgegeben?)

muss ein Ende haben. Das geschieht und das ist auch gut so.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, was die negativen Entwicklungen an den Finanzmärkten betrifft, so ist es sicherlich notwendig, auf eine wirksame und ausgewogene Regulierung von nicht gewollten riskanten Spekulationsgeschäften Einfluss zu nehmen. Eine solche Regulierung kann natürlich nur im europäischen beziehungsweise internationalen Rahmen effektiv erfolgen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Was hat die Kanzlerin versprochen? – Birgit Schwebs, DIE LINKE: Herr Schäuble hat auch schon was anderes gesagt.)

Das geschieht zurzeit und die Bundesregierung setzt sich intensiv für entsprechende Regelungen ein.

(Irene Müller, DIE LINKE: Aber nur im Prinzip.)

In den Bereichen, wo sofortige Maßnahmen auch auf nationaler Ebene möglich sind,

(Irene Müller, DIE LINKE: Anfrage an den Sender Jerewan. So ist das.)

wurden diese bereits durchgesetzt. Herr Kollege Borchert hat schon auf das Verbot bestimmter Leerverkäufe hingewiesen, was kurz vor der Beschlussfassung steht.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Na schau'n wir mal, was das für ein Eiertanz wieder wird.)

Im Ergebnis ist also festzustellen, dass die pauschale Aussage, die ergriffenen Maßnahmen können die Ursachen nicht bekämpfen, nicht den Tatsachen entspricht.

Meine Damen und Herren, nun zu der Aufforderung an die Landesregierung, sich auf allen Ebenen für eine Regulierung der Finanzmärkte einzusetzen. Wie Ihnen bereits dargelegt wurde, wurden und werden durch die Bundesregierung schon regulierende Maßnahmen ergriffen

(Irene Müller, DIE LINKE: Deswegen können wir uns hier auf die faule Haut legen.)

Es wird intensiv daran gearbeitet,

(Irene Müller, DIE LINKE: Macht mal!)

diese auf internationaler und europäischer Ebene durchzusetzen, und ich denke, auch die Landesregierung bringt sich entsprechend ihren Möglichkeiten da ein, um effiziente Lösungen zu erreichen. (Barbara Borchardt, DIE LINKE: Vor allen Dingen bei den Widersprüchen.)

Lassen Sie mich noch auf ein Weiteres eingehen: Die völlig selbstverständliche Forderung nach der Durchsetzung des Steuervollzugs müssen Sie, meine Damen und Herren, nicht unbedingt in einem Antrag formulieren. Ich finde, das versteht sich in einem Rechtsstaat von selbst und darüber werden wir, denke ich, auch weiterhin intensiv diskutieren und daran arbeiten.

Lassen Sie mich nun, meine Damen und Herren, zum letzten Punkt Ihres Antrages kommen: die Aufforderung an die Landesregierung, umgehend über die möglichen und zu erwartenden Auswirkungen des Schutzschirms auf das Land und die Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern zu berichten. Hierzu ist festzustellen, dass die Landesregierung und insbesondere das Finanzministerium das Parlament bereits heute sowohl im Rahmen von Finanzausschusssitzungen als auch im Rahmen anderer Beratungen laufend über die finanzielle Situation und eventuelle Änderungen derselben mit Bezug auf unser Bundesland Mecklenburg-Vorpommern und unsere Kommunen,

(Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

insbesondere auch im Zusammenhang mit bundes- und europapolitischen Entscheidungen, informiert.

(Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

Und ich glaube, Frau Schwebs, da werden Sie auch als Ausschussvorsitzende nicht widersprechen.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Nicht wirklich.)

Frau Polzin und ihr Haus sind sehr bemüht, uns wirklich dazu auf dem Laufenden zu halten und eine entsprechende Unterrichtung des Finanzausschusses vorzunehmen.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Aber das ersetzt ja keine Finanzpolitik.)

Dass von diesem Prinzip nun gerade in diesem Fall abgewichen wird, ist, so meine ich, nicht zu erwarten.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Diese Vorgehensweise hat unter anderem auch den großen Vorteil, dass umfangreich über die laufenden Entwicklungen und die aktuelle Lage berichtet wird. Eine umfassende Unterrichtung über alle möglichen und zu erwartenden Auswirkungen dieser weitreichenden Maßnahmenpakete – wir haben ja jetzt noch mit einbezogen in dem Änderungsantrag das Bundessparpaket, so will ich es jetzt mal bezeichnen –

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Das kann man ja nicht trennen. – Birgit Schwebs, DIE LINKE: Kürzungspaket.)

ist hingegen zum jetzigen Zeitpunkt ganz einfach so nicht möglich und würde damit nur zu unsicheren Prognosen führen.

(Torsten Renz, CDU: Richtig.)

Insofern, meine Damen und Herren, sehe ich hier keine Veranlassung, von dem bewährten Prinzip der laufenden Unterrichtung über aktuelle finanzielle Entwicklungen abzuweichen.

Zusammenfassend lässt sich also feststellen, dass wir den hier gestellten Antrag ablehnen werden. Die getroffenen Feststellungen vermitteln eine Auffassung von Finanzpolitik, deren Folge eine Überschuldung der europäischen Volkswirtschaften wäre. Die Aufforderung an die Landesregierung ist aus den bereits genannten Gründen heraus nicht notwendig und insofern noch mal: Wir werden als CDU-Fraktion Ihren Antrag ablehnen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Sie wiederholen sich.)

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU – Zuruf von Wolfgang Griese, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Löttge.

Das Wort hat jetzt die Finanzministerin Frau Polzin.

Ministerin Heike Polzin: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine sehr interessante Debatte – erwartungsgemäß. Ich will es nicht zur Regel machen, aber ich wollte gerne mal abwarten, wie die einzelnen Fraktionen sich zu diesem Antrag positionieren. Ich muss feststellen, jede hat ihr unverwechselbares Profil mit Alleinstellungsmerkmalen, und mir obliegt es jetzt als Finanzministerin, da irgendwie auch ein bisschen einen Bogen zu schlagen, denn ich muss vorwegnehmen, ich finde, mal abgesehen von den Herrschaften rechts außen, es gibt in jeder Position bedenkenswerte Punkte. Aber Herr Griese sagte gerade, schönen Dank für den ideologiefreien Beitrag. So ein bisschen war es vielleicht überall zu verspüren. Gut, wer macht es schon frei davon.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Aber doch nicht bei der CDU.)

Ich habe eine etwas andere Aufgabenstellung und deshalb lassen Sie mich mal eins vorwegschicken:

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Gar keine Ideologie.)

Die Auswirkungen auf unser Land, die sowohl durch den Rettungsschirm für die Banken 2008 als auch die folgenden, die jetzt für Europa aufgelegt wurden, lassen uns schon elektrisiert sein. Und Sie dürfen mir eins glauben, wir sind immer sehr schnell und umfassend dran, dieses auch zu prüfen und Ihnen mitzuteilen. Ich glaube, das haben wir in den letzten Jahren deutlich bewiesen.

(Rudolf Borchert, SPD: Richtig.)

Die Auswirkungen sind gerade bei den letzten Maßnahmen beim sogenannten Sparpaket nur in einem gewissen Bereich überhaupt festzumachen. Das ist der Sozialbereich, zu dem schon viel gesprochen wurde. Der hat auf das Land – und das ist die eine Antwort – signifikant so gut wie keine Auswirkungen,

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

im Gegenteil, weil das Fiskusprivileg eingeführt wurde bei Insolvenzen. Wir kriegen also jetzt vor den Banken als Finanzamt das Geld, was ich persönlich sehr richtig finde.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Das ist in Ordnung.)

Das sichert uns zusätzliche Einnahmen. Die zweite Antwort ist aber immer, wie betrifft es die Bürger und dann mittelbar uns alle. Das ist eine Antwort, die kann verlässlich heute wirklich keiner geben,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

und insofern verweise ich auf meine Vorredner, dass man das im Kontext erst prüfen muss, was auf das Land und die Kommunen nachgeordnet zukommt.

Zum Zweiten höre ich auch immer das Thema, welche Auswirkungen die Pakete zur Bankenrettung zurzeit schon auf die Bürger haben. Die ehrliche Antwort ist: nur virtuelle. Es gibt zurzeit überhaupt keine,

(Michael Roolf, FDP: Richtig.)

weil das Ganze über Schulden läuft und über Bürgschaften.

(Michael Roolf, FDP: Richtig.)

Dass wir Ungeheueres zu befürchten haben, da stimme ich Ihnen zu. Aber im Moment sind wir überhaupt noch nicht mit dabei. Die einzigen Auswirkungen der Krise spüren wir über die Steuermindereinnahmen und dadurch, dass man über den Verlust von Arbeitsplätzen natürlich Auswirkungen hat. Aber wir verschieben das Problem damit in die Zukunft und das ist das eigentliche Problem.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: So ist das, genau so.)

Insofern meine ich auch immer, wenn man über die Ursachen dieser Krisen redet – und darauf muss man sich schon verständigen, weil man nur dann die richtigen Schritte tun kann –, gibt es zwei Antworten:

Es gibt die Antwort, dass völlig entfesselte Finanzmärkte – ja, aber auch dank der legeren Politik in der Richtung –

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Die FDP-nahe.)

europäisch und weltweit ihre Chancen genutzt haben und auch nicht haltmachen davor, Staaten quasi in den Bankrott zu kippen, wenn das gute Wettergebnisse zeitigt

(Michael Andrejewski, NPD: Die müssen vorher schon Schindluder getrieben haben.)

Insofern sind natürlich die Antworten darauf auch international, zumindest europäisch zu geben, Regularien einzuführen, und zwar etwas konsequenter als nach 2008.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Ich möchte einen Punkt dabei noch mal etwas konkretisieren. Es ist nicht so, dass nach 2008 nichts passiert ist.

(Rudolf Borchert, SPD: Richtig.)

Peer Steinbrück war damals noch der Finanzminister und er hat einige Gesetze zur Regulierung auf den Weg gebracht. Das Problem war nur, dass das Ganze europäisch noch nicht durchsetzbar war

(Michael Roolf, FDP: Eben, eben.)

und dass man teilweise Maßnahmen auch zurückgenommen hat. Darauf komme ich jetzt gleich noch mal.

Es waren zum Beispiel Gesetze zur Regulierung der Vorstandsvergütung, zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung, zur bilanziellen Aufdeckung der Zweckgesellschaften, zur Verschärfung der Haftung der Manager, zur Erhöhung der Transparenz bei Unternehmensbeteiligungen sowie Maßnahmen zur Begrenzung der Vergütung in der Finanzbranche. Sie erinnern sich an einige Zei-

tungsmeldungen. Das hat Steinbrück in ziemlich schneller Schlagzahl auf den Weg gebracht. Auch das kürzlich veranlasste Verbot von Leerverkäufen war schon von Peer Steinbrück eingeführt,

(Rudolf Borchert, SPD: Wurde auch wieder abgeschafft zwischendurch. – Birgit Schwebs, DIE LINKE: Wurde auch wieder abgeschafft.)

ist dann allerdings durch die neue Bundesregierung wieder geknickt worden. Aber ich merke, man hält es inzwischen für das richtige Instrument.

(Rudolf Borchert, SPD: Man ist ja lernfähig anscheinend.)

Es ist nie zu spät, auch bei diesem Thema noch etwas dazu zu tun. Ich meine, hier ist ganz dringend Handlung notwendig und hier erwarte ich von Deutschland eine Vorreiterposition. Wir sind es in anderen Bereichen auch. Dann muss man sich hier auch an die Spitze der Bewegung setzen. Dafür gibt es, meine ich, genügend gute Gründe.

Der zweite Punkt aber, und insofern habe ich jetzt vielleicht hier die fünfte Position, ich sage auch ganz deutlich: Verschuldete Staaten haben es erst möglich gemacht, dass der Euro angreifbar wurde und europäische Staaten natürlich kurz vor dem Bankrott stehen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Diese beiden Säulen sind in der Tat gleichermaßen in den Blick zu nehmen.

Ich will doch einfach mal daran erinnern, in diesem Land Mecklenburg-Vorpommern wissen wir das eigentlich schon lange, denn wir handeln danach. Ein konsolidierter Haushalt ist doch nicht erst seit gestern auf unserer Tagesordnung und wir sind sehr konsequent dabei gewesen über lange Jahre, auch gegenüber einer viel schöneren Ausgabepolitik, bei der es an Wünschen nicht mangelte, zu sagen, wir können nur das ausgeben, was wir auch einnehmen. Und diese Konsequenz für unser kleines Land hat immerhin dazu geführt, dass wir nicht nur seit 2006 keine neuen Schulden aufgenommen haben, sondern sogar über die guten Steuerjahre die Zeit genutzt haben, um Schulden zurückzuführen. Auf diesen Weg muss sich Europa begeben, ob man drum herumredet oder nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU – Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

Ich stimme Ihnen natürlich zu, dass man die Konsolidierung der Haushalte immer über zwei Wege erreichen kann. Es geht einmal um die Ausgabenseite.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Prima.)

Auch da sage ich ganz kritisch, hier muss man überprüfen, was Staat sich wirklich leisten kann.

(Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

Aber wenn er Standards abbauen muss,

(Zuruf von Ute Schildt, SPD)

manchmal auch aufgrund von Demografie, auch das haben wir hier gemacht, dann muss er im Blick behalten, wie ausgewogen das ganze Paket ist. (Rudolf Borchert, SPD: Ja, sozial ausgewogen.)

Und die Verursacher der Krise und Leute, die es sich viel besser leisten können,

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Das ist nicht ausgewogen.)

nicht mit an den Tisch zu holen oder zur Kasse zu bitten, wie wir Finanzer immer sagen, das kann auch nicht gehen. Das ist für mich ein wesentlicher, ausgewogener Beitrag,

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Ja.)

das so hinzubekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Zurufe von Rudolf Borchert, SPD, und Birgit Schwebs, DIE LINKE)

So weit zur Ausgabenseite.

Es lässt sich im Konkreten mit vielen Maßnahmen sagen – und alle Anträge des gestrigen Tages haben das ja noch mal untermauert –, was man sich auf der einen Seite wünscht und was man sich auf der anderen Seite leisten kann, muss uns immer als Überschrift begleiten, was ist langfristig für uns realisierbar und womit überheben wir uns. Damit hat man, denke ich, einen richtigen inneren Kompass auch für unser gemeinsames Handeln, sowohl in der Regierung als auch im Parlament.

Aber auch die Einnahmenseite will ich dabei nicht unberücksichtigt lassen,

(Rudolf Borchert, SPD: Richtig.)

denn konsolidierte Haushalte sind nicht mehr zu schaffen, wenn man es auf der einen Seite, und ich nehme da mal wieder den Landeshaushalt, mühevoll schafft, seine Ausgabenseite stabil zu halten trotz größerer Aufgabenfülle, trotz Tarifverhandlungen und anderen Dingen,

(Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

wenn auf der anderen Seite uns die Einnahmenseite weggehauen wird und auf einen Schlag mal 30 oder 42 Millionen pro Jahr fehlen, weil man ziemlich unausgewogen jemandem Geschenke macht.

(Rudolf Borchert, SPD: Ja.)

Da fehlen mir auch das Augenmaß und die Ausgewogenheit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Wolfgang Griese, DIE LINKE: Das begreift die Partei der Besserverdienenden nicht.)

Wohlgemerkt, Konjunkturpakete sind im Zusammenhang mit der Krise zu Recht auf den Weg gebracht worden. Ich will nicht jede einzelne Maßnahme davon verteidigen.

> (Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE, und Birgit Schwebs, DIE LINKE)

Aber vom Grundsatz her sieht man ja schon in unserem Land, wie das Konjunkturpaket bei der Sanierung von Schulen und Kitas, bei den Auftragsleistungen für unsere hiesigen Handwerke eigentlich ein gutes Beispiel dafür sind, dass die Konjunktur wieder anspringen konnte.

(Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

Im Übrigen, alle Wirtschaftsdaten in Deutschland sind positiv. Das muss man auch zur Kenntnis nehmen dabei. Es kommt also meiner Meinung nach im Moment nicht mehr darauf an, da noch mal eine Kohle aufzulegen, sondern aufzupassen, dass man diese Positiventwicklung nicht stört durch unausgewogene Handlungen. Aber ein zusätzliches Konjunkturpaket halte ich zurzeit für nicht angemessen an der Stelle.

Insofern muss man vermutlich bei all den unterschiedlichen Auffassungen pragmatisch bleiben: Was nützt diesem Land? Welche Dinge müssen wir ins Auge fassen? Was können wir uns auch in Zukunft nicht leisten? Und worin versuchen wir, auch mal einen gemeinsamen Nenner zu finden? Denn, meine lieben Damen und Herren Abgeordnete, zum Schluss möchte der Bürger ein Ergebnis. Was wir zumindest in unserer Verantwortung sagen, wir wissen den Weg, wir wissen, wie man es weiter macht.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Alles gemacht.)

Wir wissen,

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Den Weg in den Abgrund, den kennt ihr.)

wie wir in unserem Land damit vorankommen. Das ist unsere Verantwortung.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Von Anfang an in den Bankrott.)

Mehr will ich mir nicht anmaßen. Auch da werde ich nach meiner Kraft als Finanzministerin meinen Beitrag leisten. Aber mir ist völlig klar, wir können von Schwerin aus nicht die Welt retten,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Das ist wohl wahr.)

aber wir können unsere Hausaufgaben machen und das zumindest in Ordnung bringen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Und ich meine, das tun wir mit guten Ergebnissen. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Ministerin.

Die angemeldete Redezeit wurde mit zwei Minuten überschritten, sodass entsprechend Paragraf 85 unserer Geschäftsordnung dies der Opposition zur Verfügung gestellt wird.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Das ist nur, weil wir sie unterbrochen haben. Da kann sie gar nichts für.)

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Schwebs von der Fraktion DIE LINKE.

Birgit Schwebs, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Frau Ministerin, herzlichen Dank für Ihre Worte, die Sie hier so offen gesprochen haben, und für die weitgehend inhaltliche Übereinstimmung in den Ausführungen. Und mein Dank geht natürlich auch an Herrn Borchert. Es ist schade, dass wir letztendlich in der Beschlussfassung nicht zusammenfinden können.

Frau Reese, internationale Solidarität ist etwas anderes als das Eurorettungspaket.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Das Eurorettungspaket ist nämlich eine blanke Erpressung von Eurostaaten, wie die Forderungen an Griechenland zum Sozialabbau, zur Mehrwertsteuererhöhung zeigen. Und deshalb haben wir LINKEN das abgelehnt.

(Stefan Köster, NPD: Und Sie wollen wieder Schulden machen, ne?)

Und wenn Sie mal genau hinsehen, dann ist es im Kern eine zweite gigantische Bankenrettung innerhalb von zwei Jahren, denn allein die deutschen Banken sind mit über 30 Milliarden Euro in Griechenland engagiert,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

und da hält sich natürlich unsere Solidarität in Grenzen.

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Meine Damen und Herren, Fehler zu machen, ist menschlich.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Das ist kein Fehler, das ist ein System.)

Sie zu wiederholen, tut weh. Nicht daraus zu lernen hingegen, zeugt von großer Ignoranz.

Sie wissen doch gar nicht, wovon ich spreche, Herr Borrmann.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Raimund Frank Borrmann, NPD: Selbstverständlich.)

Die CDU wiederholt mit der FDP die gleichen schwerwiegenden Fehler,

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Das muss man nicht verstehen.)

die sie bereits mit der SPD im Jahr 2008 gemacht hat. Die Bundesregierung war der Ansicht, dass die Finanzkrise 2008 ein Problem der USA sei, kein Problem Deutschlands. Was tat sie? Erst mal nichts! Dann schnürte sie ein Milliardenpaket zur Bankenrettung, nahm die Bundesländer kurzerhand in Mithaftung und bügelte damit das volkswirtschaftsschädliche Handeln der Banken wieder glatt – ein großer und vor allen Dingen teurer volkswirtschaftlicher Fehler.

2010 ging die Kanzlerin davon aus, dass die Eurokrise kein Problem Deutschlands ist, sondern ausschließlich ein Problem Griechenlands. Und Frau Merkel tat wieder nichts. Auch das war falsch und wurde mit jedem Tag des Pokerns teurer.

2008 meinte der damalige Finanzminister, dass die Finanzkrise auch ohne Konjunkturpaket zu überwinden wäre. Erst auf massiven Druck und aufgrund der realen Entwicklung wurde ein Konjunkturprogramm aufgelegt. Und jetzt will die Bundesregierung die Eurokrise allein mit dem beschlossenen zweiten Bankenrettungsschirm ohne ein Konjunkturprogramm, aber mit erheblichen finanziellen Einschnitten in den Bundeshaushalt in den Griff kriegen. Und wieder lernt die Bundesregierung nicht aus alten Fehlern. Das nenne ich ignorant. Statt Konjunkturprogrammen wird es nun Kürzungsprogramme, genannt Sparprogramme, geben. Statt

nach Einnahmemöglichkeiten für den Staatshaushalt zu suchen, setzt die Bundesregierung auf Ausgabenkürzungen und schwächt damit Binnennachfrage und Kaufkraft. Die Konjunktur in ganz Europa wird auch so durch das Handeln der deutschen Regierung ausgebremst.

Aber, meine Damen und Herren, aus der Krise kann man sich nicht heraussparen. Ein schneller Verzicht auf Neuverschuldung ist nicht möglich, weil das eine Abwärtsspirale aus Haushaltskürzungen und Steuermindereinnahmen in Gang setzt, wie wir ja heute auch gehört haben. Stellenabbau und Rotstiftpolitik in der Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Sozialpolitik, wie mit dem Kürzungspaket der Bundesregierung angekündigt, sind volkswirtschaftlich schädlich und verschärfen die soziale Spannung. Notwendig sind hingegen öffentliche Investitionen mittels Konjunkturprogramm, damit Steuereinnahmen entstehen.

Und die Auswirkungen der jetzt angekündigten Politik werden natürlich auch Mecklenburg-Vorpommern und unsere Kommunen ereilen, denn das Kürzungspaket der Bundesregierung fällt mittelbar und unmittelbar auf den Landeshaushalt zurück. Ausbaden werden es die Kommunen und die ALG-II-Empfänger/-innen. Und jeder von uns weiß, dass gerade Kürzungen im sozialen Bereich vor allem Bürgerinnen und Bürger, die wenig Geld zur Verfügung haben, tragen müssen. Die Kaufkraft in den strukturschwachen Regionen – und dazu gehört Mecklenburg-Vorpommern – sinkt noch weiter, Altersarmut verschärft sich und die Kommunen müssen die Sozialkosten letztlich allein tragen.

Zu Recht forderte der Geschäftsführer des Städteund Gemeindetages Herr Deiters, dass sich das Land schnellstmöglich im Bundesrat für die Interessen der Kommunen einsetzen müsse, denn gerade der Wegfall der Rentenzuschüsse für Hartz-IV-Bezieher/-innen führt zu mehr Altersarmut und den Kommunen bleibe die Aufgabe, diese mithilfe der Grundsicherung aufzufangen. Dann sind die Kommunen nämlich in der Mithaftung für das Sparpaket der Bundesregierung.

Alternativen, meine Damen und Herren, auf die mittlerweile nicht nur DIE LINKE aufmerksam gemacht hat, nämlich Reiche und Spekulanten sowie große Vermögen und Erbschaften stärker zu besteuern und damit die Einnahmeseite deutlich zu stärken, bleiben weiterhin ausgeschlossen. Obwohl – mein Kollege Ritter hat darauf hingewiesen – selbst aus den Reihen der CDU darauf hingewiesen wird, wie zum Beispiel durch den Innenminister Caffier am gestrigen Tag, dass eine stärkere Einbeziehung hoher Einkommen notwendig sei, lehnt die Bundesregierung das ab.

Und, meine Damen und Herren, wir haben über unsere Verhältnisse gelebt, behaupten Bundeskanzlerin und ihr Vize unisono. Und da frage ich mich eigentlich: Wer ist "wir"?

(Irene Müller, DIE LINKE: Wer? Wer?)

Wer lebt über seine Verhältnisse? Doch nicht die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen,

(Hans Kreher, FDP: Das ist doch auch klar gesagt worden.)

nicht Rentner und Rentnerinnen, nicht Familien und Arbeitslose.

(Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Nein, sie haben nicht über ihre Verhältnisse gelebt, im Gegenteil.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Schauen Sie sich nur die stagnierende Reallohnentwicklung der letzten Jahre in der deutschen Wirtschaft an, die Zunahme von Leiharbeit und Teilzeitarbeit und Rente mit 67!

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Wer lebt über seine Verhältnisse? Über die Verhältnisse gelebt und eben nicht gespart haben Banken, Spekulanten und Lobbyisten,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig.)

denen die rot-grüne Regierung alle Türen geöffnet hat, und Schwarz-Gelb weigert sich beharrlich, sie in die Schranken zu weisen.

> (Unruhe bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU – Gino Leonhard, FDP: Hören Sie auf!)

Das Eurostabilisierungspaket wird nicht dazu beitragen,

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

die hoch verschuldeten Länder aus der Finanz- und Wirtschaftskrise zu führen,

(Gino Leonhard, FDP: Alle anderen sind schuld.)

denn der Bankensektor soll weiterhin dereguliert bleiben.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Über die Finanztransaktionssteuer wird nur geredet, statt sie endlich einzuführen. Sie wäre aber nur ein Schritt. Weitere Maßnahmen sind erforderlich, damit der Bankensektor an den Lasten der Krise wirklich beteiligt wird.

Meine Damen und Herren, wir haben heute schon über die Ursachen, die in diese Situation geführt haben, geredet. Es sind eine Vielzahl von Ursachen benannt worden. Mein Kollege Borchert hat es dargestellt. Eine Ursache ist aber auch die Geldmenge, die dramatisch zugenommen hat, aber kaum in der Realwirtschaft angekommen ist, weil der Gewinn anderweitig eingesetzt wurde, nämlich in spekulativen Finanzprodukten.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Oh!)

Dass dies so möglich ist, daran trägt die Bundespolitik ein hohes Maß an Verantwortung und damit auch für die Krise, in der wir uns befinden.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Und solange auf europäischer Ebene kein Wille da ist, tatsächlich eine gemeinsame Wirtschaftspolitik zu betreiben, wird eine weitere wichtige Ursache nicht bekämpft.

(Michael Andrejewski, NPD: Weil die EU Blödsinn ist.)

Die Debatte über die notwendige Stabilisierung des Euros, meine Damen und Herren, müsste ebenfalls mit solchen Fragen wie Verlässlichkeit künftiger europäischer Förderprogramme,

> (Raimund Frank Borrmann, NPD: Ihr seid Teil dieses ganzen Spekulationsgebarens.)

also die Frage, ob die Kohäsions- und Strukturfondspolitik weiterhin wie im bisherigen Maße gewährleistet werden kann oder nicht, verbunden werden. Das wäre doch nur logisch, passiert aber nicht – ein weiterer Fehler. Eine strukturelle Lösung der Verschuldung ist zudem nur durch eine andere Steuergesetzgebung möglich, die die Steuerkraft von Bund, Ländern und Kommunen stärkt und ihnen perspektivisch die Rückzahlung der Schulden erlaubt.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Und, meine Damen und Herren, ich finde es schon grotesk, wenn die Bundesregierung die Beschlüsse der zuständigen Landesminister missachtet. Mein Kollege Borchert hat auf die Beschlüsse der Finanzministerkonferenz hingewiesen. Die Bundesregierung taktiert, um die FDP bei der Stange zu halten, und hat doch schon andere Pläne in der Schublade, die nichts Gutes ahnen lassen. Anstelle der stärkeren steuerlichen Belastung der Reichen, der Bürgerinnen und Bürger mit höherem Einkommen und Vermögen,

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

der Einbeziehung der Finanzmarktakteure in die Finanzierung der öffentlichen Aufgaben wird über die Erhöhung der Mehrwertsteuer nachgedacht, über die Besteuerung bisher steuerfreier Schichtzuschläge und die Kürzung der Pendlerpauschale. Damit werden wiederum die Kleinen in Haftung genommen und die Großen relativ geschont. Und das, meine Damen und Herren, ist mit den LINKEN nicht zu machen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Schwebs.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3548 abstimmen. Wer diesem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3548 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion der FDP und der Fraktion der NPD abgelehnt.

Wer dem Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3492 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3492 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der CDU, der Fraktion der FDP und der NPD abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 24**: Beratung des Antrages der Fraktion der FDP – Videoüberwachung durch Landes- und Kommunalbehörden, Drucksache 5/3488. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3544 vor.

Antrag der Fraktion der FDP: Videoüberwachung durch Landesund Kommunalbehörden – Drucksache 5/3488 –

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE – Drucksache 5/3544 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Leonhard von der Fraktion der FDP. Bitte schön, Herr Leonhard

Gino Leonhard, FDP: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! 99 Prozent, meine Damen und Herren, 99 Prozent von 3.345 überprüften Videokameras weisen Mängel auf. Das ist das Ergebnis einer Untersuchung des niedersächsischen Datenschutzbeauftragten. Dieser hatte von Dezember 2008 bis März 2010 die von einem Großteil der dortigen Landesbehörden und von 34 Kommunen in Niedersachsen eingesetzten Videokameras abgefragt und ihren Einsatz datenschutzrechtlich überprüft. Das Ergebnis und, ich denke, diese Zahl von 99 Prozent war mehr als eindeutig. Bei gerade mal einem Prozent gab es in Sachen Datenschutz nichts zu beanstanden, meine Damen und Herren. Fast jeder Betrieb einer Videokamera durch Landes- oder Kommunalbehörden in Niedersachsen war unter datenschutzrechtlichen Belangen zu beanstanden.

Natürlich kommt man dann sehr schnell zu der Frage, ob eine solche Erhebung in Mecklenburg-Vorpommern zu einem ähnlichen Ergebnis führen würde. Und deshalb wollen wir heute, will meine Fraktion, meine Damen und Herren, dem Datenschutzbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern – und ich will das einfach noch mal angesichts der gestrigen Diskussion hier in diesem Hause feststellen –

(Heinz Müller, SPD: Oh!)

empfehlen, eine entsprechende Untersuchung vorzunehmen und dem Landtag hier in diesem Hohen Hause zu berichten.

Erste Erkenntnisse des Landesdatenschutzbeauftragen gibt es ja dem Vernehmen nach bereits. In der Vergangenheit gab es immer mal wieder Beispiele, in denen auch hiesige Behörden gegen geltendes Datenschutzrecht verstoßen haben. So sollen an einem Ministerium in Schwerin Kameras montiert sein, die bis auf die nächste Straßenseite blicken. Die Landesregierung hat aber nach eigener Aussage keine Erkenntnisse. Regelmäßig verweist man bei entsprechenden Nachfragen mit datenschutzrechtlichem Hintergrund auf die Zuständigkeit des Landesdatenschutzbeauftragten.

In der Fragestunde der Aprillandtagssitzung hatte ich zuletzt gefragt, wie viele Videokameras Landes- und Kommunalbehörden in Mecklenburg-Vorpommern installiert haben. Und weiter hatte ich – übrigens nach der Veröffentlichung der Ergebnisse des niedersächsischen Datenschutzbeauftragten – gefragt, wie die Landesregierung den Einsatz dieser Kameras unter datenschutzrechtlichen Gesichtspunkten und Aspekten bewertet. Die Antwort war – wie im Grunde immer –, man habe keine Kenntnisse und man verweist sowieso auf den Landesdatenschutzbeauftragten. Die Landesregierung sieht also trotz der schlechten Ergebnisse aus Niedersachsen keinen Anlass, die Situation nur ansatzweise in Mecklenburg-Vorpommern näher zu betrachten.

Umso näher liegt eben, meine Damen und Herren, der Antrag der FDP-Fraktion. Wird bei dem Einsatz von Videokameras bei Landes- und Kommunalbehörden in Mecklenburg-Vorpommern ebenfalls gegen datenschutzrechtliche Belange verstoßen, und wenn ja, dann wollen wir wissen, in welcher Anzahl.

Natürlich soll das Ergebnis der Untersuchung dann gegebenenfalls Ausgangspunkt für Verbesserungen sein. Ähnlich macht das auch der niedersächsische Datenschutzbeauftragte. Mit der Feststellung des dort schlechten Ergebnisses hört es ja nicht auf, eher im Gegenteil, meine Damen und Herren. Jetzt geht es darum, den Einsatz der Kameras rechtskonform zu gestalten. In der Veröffentlichung des niedersächsischen Datenschutzbeauftragten gibt es dazu Forderungen und Hilfestellungen. Einige Behörden sind dort aufgefordert worden, bis zum Ablauf einer gesetzten Frist die aufgezeigten Mängel zu beseitigen und die Beseitigung entsprechend nachzuweisen. Weiterhin gibt es aber auch eine Orientierungshilfe zur Videoüberwachung.

Meine Damen und Herren, bereits vor längerer Zeit hatte ich zu einem anderen datenschutzrelevanten Thema, zu Google Street View – gerade wenn wir uns hinten die jungen Gäste anschauen –, nach einer Bewertung durch die Landesregierung gefragt. Damals ging es um die Fahrten von Google in Bützow, nämlich in Bützow um die Justizvollzugsanstalt. Ich hatte damals im Rechtsausschuss gefragt, ob man angesichts der Fahrten auch im Bereich der Justizvollzugsanstalt in Bützow Sicherheitsbedenken habe. Das wurde damals mit dem Hinweis auf die Höhe der Gefängnismauern verneint.

In einer Kleinen Anfrage hatte ich dann später gefragt, ob man beispielsweise durch Street View in anderen Bereichen Bedenken habe. Beispielhaft hatte ich in der Kleinen Anfrage gefragt: "Wie bewertet die Landesregierung unter datenschutzrechtlichen Aspekten eine etwaige Präsentation von Privatgrundstücken, z. B. des Ministerpräsidenten, einzelner Minister oder des Generalstaatsanwaltes, im weltweit für jedermann verfügbaren Internet?" Die Antwort darauf war dann für uns eindeutig. Man versteckte sich wieder mal hinter formalen Erklärungen: Die Veröffentlichung von Gesichtern, Kraftfahrzeugkennzeichen und Hausnummern ist unzulässig, hieß es. Und das war's, mehr wurde dazu nicht gesagt. Aus unserer Sicht ist das wieder eine Situation, mit dem Problem nicht ordentlich umzugehen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Meine Damen und Herren, ich habe das Beispiel Google Street View auch deshalb an dieser Stelle erwähnt, um noch einmal aufzuzeigen, dass das Bewusstsein für Datenschutz weiter verbessert werden muss.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Michael Roolf, FDP: Sehr richtig.)

Gerade erst wurde öffentlich, dass Google, um bei dem Beispiel Street View zu bleiben, auch Informationen über sogenannte WLAN-Netze gesammelt hatte.

Der Europa- und Rechtsausschuss – und dafür bin ich ausdrücklich den Mitgliedern des Europa- und Rechtsausschusses noch mal dankbar – hatte vor Kurzem auf Initiative der FDP-Fraktion eine Anhörung zu dem Thema Google Street View durchgeführt. Dazu war auch das Unternehmen Google ausdrücklich eingeladen worden, meine Damen und Herren. Allerdings, und mein Kollege hatte mich da vertreten, hatte man nur wenige Stunden vorher seine Teilnahme abgesagt. Und ich denke, das ist schon durchaus bezeichnend, meine Damen und Herren.

(Peter Ritter, DIE LINKE: TomTom war nicht in Ordnung.)

Und zufälligerweise war es genau der Tag, an dem die Sammelwut von Google in Sachen WLAN-Netze öffentlich wurde, meine Damen und Herren.

Ich hätte mir gewünscht, dass die Landesregierung zu dem Thema Street View frühzeitig ein entsprechendes Problembewusstsein entwickelt hätte. Dies ist offensichtlich bis zum heutigen Tage nicht der Fall. Deshalb geht es jetzt darum, im Hinblick auf die Rechtmäßigkeit des Einsatzes von Videokameras durch Landes- oder Kommunalbehörden Klarheit zu erzielen und gegebenenfalls auch Abhilfe zu schaffen, denn dies liegt unmittelbar im Einfluss unseres Landes. Im weiteren Fortgang wird man dann konsequenterweise auch um die Frage nicht herumkommen, ob eigentlich der Einsatz jeder einzelnen Videokamera notwendig ist und den erhofften positiven Effekt erzielen kann.

Der niedersächsische Datenschutzbeauftragte wird dazu folgendermaßen zitiert: "Nach Ansicht von Wissenschaftlern ist es sehr fraglich, ob Überwachungstechnik den Alltag sicherer macht oder ob es sich bei Überwachungstechnik nicht vielmehr um symbolische Installationen handelt, die Sicherheit demonstrieren sollen und bestenfalls im Nachhinein in Einzelfällen zur Aufklärung von Straftaten geeignet sind", meine Damen und Herren.

Ich habe zu Beginn meiner Rede auf die festgestellte Mängelquote von 99 Prozent hingewiesen. Und ich will noch mal betonen, es geht hier um 99 Prozent der überwachten und kontrollierten,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Niedersachsen.)

durch den niedersächsischen Datenschutzbeauftragten kontrollierten Landes- und Kommunalkameras, die angebracht worden sind. Wenn man sich diese genauere Anzahl der Untersuchungen ansieht, dann sah es in Niedersachsen folgendermaßen aus. Es wurden hier Einzelbereiche überprüft, einmal in den Ministerien, in der Staatskanzlei, Mängelquote 100 Prozent, meine Damen und Herren. Es wurden vier Landesbehörden überprüft, Mängelquote 100 Prozent.

(Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

Es wurde die Justiz überprüft, Mängelquote 100 Prozent. Es wurde die Polizei überprüft, Mängelquote sage und schreibe 96 Prozent. Und es wurden 34 Kommunen überprüft, Mängelquote 100 Prozent, meine Damen und Herren. Im Umkehrschluss heißt das aus unserer Sicht: Mit Ausnahme des Bereichs Polizei gab es in den anderen Bereichen keinen Kamerabetrieb, keinen öffentlichen Kamerabetrieb in Niedersachsen ohne Mängel, meine Damen und Herren.

Die vier in Niedersachsen untersuchten Landesbehörden betreiben nach deren Aussage derzeit 250 Kameras. 2001 waren es übrigens 43, damit wir auch mal einfach überlegen, in welchem Spannungsfeld wir uns bewegen. 2001 gab es noch 43 Kameras, heute reden wir über 250 Kameras. Von diesen 250 Videokameras kann man bei knapp zehn Prozent Bilder ins Internet stellen und damit jedermann zugänglich machen. Also auch das müssen wir uns verinnerlichen. Man hat offensichtlich Zugang von außen in öffentliche Videokameras gehabt. Im Bereich der dortigen Justiz und der Polizei gab es je zwei Kameras beziehungsweise Kamerakabel und Aufzeichnungsgeräte, an die auch Unbefugte gelangen konnten.

Meine Damen und Herren, die Ergebnisse aus Niedersachsen sind eindeutig, aus unserer Sicht zu eindeutig. Daraus ergibt sich unsere ganz klare Forderung: Wir wollen Klarheit im Umgang mit Videokameras in Landesund Kommunalbehörden in Mecklenburg-Vorpommern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Michael Roolf, FDP: Jawohl.)

Nur ein sachgerechter und rechtskonformer Umgang mit dieser Technik bietet die Gewähr für einen verfassungsgemäßen Einsatz, nämlich dem Schutz der informationellen Selbstbestimmung, den wir für uns als Liberale, für uns als FDP-Fraktion hier im Landtag nach wie vor als Grundsatz verfassungsmäßig anerkennen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Wir haben zu unserem Antrag einen Änderungsantrag der LINKEN, der noch ein Stück weit darüber hinausgeht und konkretisiert, nämlich ganz klar sagt, dass wir bis zum 31. August 2010 hier eine Forderung aufstellen, die sehr ambitioniert ist, aber die durch uns ganz klar unterstützt wird.

Und ich will es noch einmal ganz klar formulieren, denn es könnte ja jetzt die Diskussion entstehen, dass wir wieder ähnlich, wie wir mit dem Rechnungshof praktizieren wollen, den Landesdatenschutzbeauftragten auffordern wollen. Nein, ich will es hier noch mal ganz klar und deutlich sagen: Wir empfehlen uns als Plenum heute, diese Überprüfung, die in Niedersachsen ganz automatisch durch den niedersächsischen Landesdatenschutzbeauftragten übernommen worden ist, auch hier in Mecklenburg-Vorpommern an unseren Landesbeauftragten für Datenschutz zu empfehlen. Und dafür biete ich Ihnen hier heute diesen Antrag an und ich hoffe auf Ihre Unterstützung. Den Antrag der LINKEN werden wir natürlich übernehmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Leonhard.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Dankert von der Fraktion der SPD.

Reinhard Dankert, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im vorliegenden Antrag wird Bezug auf ein Ersuchen des niedersächsischen Beauftragten für den Datenschutz genommen. Dieser hat, wie wir gehört haben, einen Großteil der Landesbehörden und 34 Kommunen abgefragt. Unter anderem wurden untersucht Standorte von Videokameras an Straßen und Plätzen, die zur Gebäudesicherung eingesetzt sind in Schulen, Badeanstalten, Museen. Und danach verstoßen, Sie haben es gesagt, viele niedersächsische Behörden und Kommunen beim Betrieb von Videokameras gegen datenschutzrechtliche Vorschriften. Es war die erste Erhebung und Kontrolle dieses Umfangs in Niedersachsen.

Hinzufügen möchte ich: Nach meiner Kenntnis verständigen sich die Landesdatenschutzbeauftragten einmal im Jahr, schwerpunktmäßig in einem Land bestimmte Dinge zu tun. Und Niedersachsen war hier schwerpunktmäßig für dieses Thema zuständig. Nicht Bestandteil dieser Erhebung über öffentliche Videoüberwachungsanlagen waren unter anderem folgende Bereiche: rund Tausend weitere Kommunen, Eigenbetriebe der Kommunen, Hochschulen und Universitäten, Hafenämter, Einsatz von Polizeikameras bei Versammlungen, öffentlichen Veran-

staltungen und bei Anhalte- und Kontrollsituationen, um nur einige Beispiele zu nennen.

Die FDP scheint davon auszugehen, und das hat der Kollege Leonhard auch ganz deutlich gesagt, dass die Ergebnisse der Untersuchungen in Niedersachsen Rückschlüsse auf die Situation in unserem Land zuließen, und es gebe Anlass, die entsprechenden Behörden in Mecklenburg-Vorpommern einer umfassenden Prüfung zu unterziehen.

Ich halte die beantragte Empfehlung des Landtages an den Landesbeauftragten für den Datenschutz weder für angemessen noch für gerechtfertigt. Offensichtlich wollen Sie, und Ihr Redebeitrag ließ das so ein bisschen in die Richtung zu, so ziemlich sämtliche kommunalen Landesbehörden untersucht haben. Bei allem Respekt vor dem Ansinnen, und Sie wissen, dass die SPD auch sehr kritisch bei der Videoüberwachung ist, das geht ganz einfach nicht. Wenn Sie die Stellensituation bei unserem Landesdatenschutzbeauftragten sehen, dann müsste er, wenn er jetzt beauftragt wäre, selbst mit der Verlängerung bis August, sich von wesentlich anderen Aufgaben trennen und nur dieses tun. Und dass das jetzt geboten ist, das glauben wir jedenfalls nicht.

Und es ändert nichts daran, dass die Landesregierung in ihren Zuständigkeitsbereichen zuständig ist für die gesetzliche und datenschutzrechtlich konforme Aufstellung von Videokameras. Insofern kann ich an dieser Stelle auch die Landesregierung nur einfach mal bitten, sich die Untersuchungen in Niedersachsen noch einmal zu Gemüte zu führen, falls das noch nicht geschehen ist, und in den eigenen Ministerien und Zuständigkeitsbereichen zu schauen, ob es möglicherweise Hinweise auf Parallelen gibt. Das ist auf alle Fälle leistbar.

Was der Landesdatenschutzbeauftragte machen kann, ist, beispielhaft in den jeweiligen Jahresberichten auf einige Fälle einzugehen. Das tut er. Dazu wird allerdings mein Kollege Lenz etwas sagen und ich möchte an dieser Stelle dann schon aufhören. Der Landesdatenschutzbeauftragte sollte bei der bisherigen Praxis bleiben.

Sollte es von der FDP konkrete Hinweise geben, sind wir natürlich als SPD-Fraktion auch jederzeit bereit, dem konsequent nachzugehen. Wir lehnen Ihren Antrag ab. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Dankert.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Ritter von der Fraktion DIE LINKE.

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die FDP-Fraktion hat ein Thema aufgegriffen, das kürzlich in Niedersachsen für Schlagzeilen sorgte. Der Kollege Leonhard hat das hier dargestellt, dass dort 99 Prozent aller Überwachungskameras an öffentlichen Gebäuden von Ministerien, Landes- und Kommunalverwaltungen, Polizei oder Justiz nach Auffassung des dortigen Datenschutzbeauftragten gegen die geltenden Bestimmungen des Datenschutzes verstoßen haben.

Ein derart hoher Anteil von Rechtsverstößen hat selbstverständlich zu Recht für einen Aufschrei in der Öffentlichkeit gesorgt. Die Presse hat ausführlich darüber berichtet. Und wenn man sich die wesentlichen Verstöße einmal im Einzelnen anschaut, ist das auch kein Wunder.

So erlaubten doch viele Kameras den Blick in Wohnungen, in Seniorenheime, in Hotels, in Büros, in Arztpraxen und Krankenhäuser sowie in Hallenbadumkleidekabinenbereiche. JVA-Insassinnen und -insassen wurden in besonders gesicherten Hafträumen bei der Benutzung der Toilette videoüberwacht. Auf zahlreiche Polizeikameras hatten auch andere Behörden und Firmen Zugriff, die mitunter die Kamerabilder sogar ins Internet stellten. Einige Kameras und Aufzeichnungsgeräte waren ohne Probleme für Unbefugte zugänglich und leicht manipulierbar. So weit nur einige Ausführungen des niedersächsischen Datenschutzbeauftragten.

(Hans Kreher, FDP: So ist es. Jawohl.)

Und da, liebe Kolleginnen und Kollegen, stellt sich schon die Frage, ob wir in Mecklenburg-Vorpommern nicht auch ähnliche Verhältnisse haben, und ich glaube, es ist berechtigt, dass dieses Thema hier im Landtag auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Hilft uns deswegen der FDP-Antrag weiter? Ich glaube, nur einen Teil, denn nur auf den ersten Blick ist der Antrag zielführend. Dass der Datenschutzbeauftragte mit einer Empfehlung des Parlaments in die Spur geschickt werden soll, mag zwar gut klingen, ist aber nicht die Lösung des Problems, denn zum einen übersieht die FDP, dass der Datenschutzbeauftragte ohnehin den Landtag regelmäßig in seinen Tätigkeitsberichten über wichtige Belange informiert, auch zum Thema Video-überwachung. So findet sich das Stichwort Videoüberwachung in seinem letzten Bericht über 50-mal. Hinzu kommt, dass der Neunte Tätigkeitsbericht unmittelbar bevorsteht. Insofern bedarf es hier heute eigentlich keiner gesonderten Aufforderung an den Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, viel entscheidender ist deshalb, dass nicht der Datenschutzbeauftragte, sondern die Landesregierung am Zug ist. Deshalb, Herr Dankert, stimmen Sie unserem Änderungsantrag zu, denn allein eine Bitte von dieser Stelle aus an die Landesregierung gerichtet hilft offenbar nicht weiter, denn wenn nicht mal Sie als regierungstragende Fraktionen wissen, ob sich die Regierung schon auf den Weg gemacht hat, um die Zustände in unserem Land zu überprüfen, ist das ein hilfloses Zeichen Ihres Agierens.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen DIE LINKE und FDP – Helmut Holter, DIE LINKE: Richtig.)

Herr Dankert hat etwas anderes zum Ausdruck gebracht, lieber Kollege Ringguth.

Denn die Ministerien üben als Rechtsaufsichtsbehörden in ihren jeweiligen Geschäftsbereichen auch eine Kontrollfunktion im Hinblick auf die Einhaltung datenschutzrechtlicher Bestimmungen aus. Es ist also vielmehr nahe liegend, etwa vom Bildungsministerium zu erfahren, wie die Situation an den Schulen unseres Landes ist, vom Justizministerium Ausführungen zu den JVA oder Gerichten zu erfahren, vom Finanzministerium von den Finanzämtern oder vom Innenministerium zu der Praxis in den Kommunen und, und, und. Diese Erhebung, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann der Landesbeauftragte für den Datenschutz mit seinen, sagen wir mal, überschaubaren personellen Ressourcen im Übrigen kaum leisten, die Landesregierung jedoch schon. Und vor allem: Es ist die Aufgabe der Landesregierung, so etwas zu tun.

(Michael Roolf, FDP: Richtig.)

Zuletzt ist auch der Berichtszeitraum 31. Dezember 2010 meiner Auffassung nach zu lang bemessen. Bei einer solchen Situation sollte sich die Regierung schnell auf den Weg machen und das Parlament zügig informieren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Ziel sollte es sein, den Bericht über die Praxis der Videoüberwachung zusammen mit dem Neunten Tätigkeitsbericht des Datenschutzbeauftragten zu beraten. Dieser wird den Landtag aller Voraussicht nach schon etwas verspätet Anfang des zweiten Halbjahres erreichen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nach alledem bitte ich Sie um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag, der sowohl den Berichtszeitraum vorverlegt als vor allen Dingen auch die Landesregierung in die Verantwortung nimmt. Einem unveränderten Antrag könnten wir nicht zustimmen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen DIE LINKE und FDP)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Ritter.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Klare Worte.)

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Lenz von der Fraktion der CDU.

Burkhard Lenz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die FDP-Fraktion hat dem Landtag jetzt einen doch etwas ungewöhnlichen Antrag vorgelegt. Dem Landesbeauftragten für den Datenschutz soll empfohlen werden, darauf sind meine Vorredner ja auch schon eingegangen, dem Landtag einen Bericht über die Praxis der Videoüberwachung in den Landes- und Kommunalbehörden bis Ende dieses Jahres vorzulegen.

Die CDU-Fraktion ist der Auffassung, dass solch ein Bericht des Datenschutzbeauftragten nicht erforderlich ist – das werde ich begründen –, weil erstens ausschließlich auf den Bericht des niedersächsischen Datenschutzbeauftragten vom 20. April eingegangen worden ist. Und in der Tat, Herr Leonhard und auch Herr Ritter haben massive Verstöße bei dieser Untersuchung festgestellt. Ich bin aber der Meinung, das ist doch eigentlich verwunderlich, dass gerade kommunale Behörden – und Niedersachsen ist nun ein sehr großes Land – solche Verstöße gegen den Datenschutz getan haben. Es ist aber meiner Meinung nach auch kein Anlass und ausreichender Grund, diese Verstöße, die in Niedersachsen vorgekommen sind, eins zu eins auf unser Land umzusetzen.

(Michael Roolf, FDP: Sagt doch auch gar keiner. – Peter Ritter, DIE LINKE: Wir wollen die Verstöße nicht umsetzen, sondern verhindern. – Rudolf Borchert, SPD: Das ist ja schon mal was.)

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz legt nach Paragraf 33 Absatz 1 unseres Landesdatenschutzgesetzes dem Landtag und der Landesregierung alle zwei Jahre einen Bericht über das Ergebnis seiner Tätigkeit vor. Einen solchen Tätigkeitsbericht hat der Datenschutzbeauftragte zuletzt im Jahr 2008 für den Berichtszeitraum 1. Januar 2006 bis 31. Dezember 2007 vorgelegt. Und darin geht es – und das haben Sie auch bereits gesagt, Herr Leonhard – um die Videoüberwachung durch öffentliche Stellen.

Beispielsweise wurde die anlasslose Verkehrsüberwachung mit Videotechnik in diesem Bericht gerügt. Die vorbeifahrenden Fahrzeuge wurden damals aufgenommen, um Verstöße gegen die Gurtanlegepflicht und das Handyverbot zu erfassen. Diese Bildaufzeichnungen erfolgten ohne einen konkreten Verdacht und betrafen alle Verkehrsteilnehmer. Nachdem der Datenschutzbeauftragte diesen Verstoß festgestellt hatte, hatte die betroffene Polizeidirektion die Verkehrsüberwachung mittels Videotechnik eingestellt. Darüber hinaus hatte das Innenministerium den Vorfall zum Anlass genommen, die anderen Direktionen des Landes auf die rechtliche Situation hinzuweisen.

Dieses Beispiel zeigt doch einerseits, dass der Datenschutzbeauftragte seine Tätigkeit sehr ernst nimmt, es zeigt aber auch, dass die Behörden in unserem Land die Rügen durch den Datenschutzbeauftragten respektieren und ihr eventuell rechtswidriges Handeln sofort einstellen. Ich könnte auch noch weitere Beispiele aus dem Achten Tätigkeitsbericht nennen, ich glaube aber, dass dieses eine Beispiel reicht. Ich bin überzeugt, dass der Datenschutzbeauftragte auch in seinem nächsten Tätigkeitsbericht Fehler beim Umgang mit Videotechnik, sollten sie denn überhaupt vorgekommen sein, aufzeigen wird.

Meine Damen und Herren, ich fasse noch mal kurz zusammen: Dieser Bericht aus Niedersachsen lässt meiner Meinung nach keine Rückschlüsse auf unser Land zu. Der Datenschutzbeauftragte prüft stichprobenartig auch den Einsatz von Videotechnik in den Landes- und Kommunalbehörden. Die Ergebnisse dieser Prüfung sind in seinem nächsten Tätigkeitsbericht bestimmt enthalten. Ich glaube, wenn die FDP diesen Tätigkeitsbericht abgewartet hätte, dann hätte sich dieser Antrag auch erledigt. Auch den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE werden wir ablehnen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU – Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr schlecht. Sehr schlecht.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Lenz

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Lüssow von der Fraktion der NPD.

Birger Lüssow, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bei der Videoüberwachung durch Landesund Kommunalbehörden wird erheblich gegen geltendes Recht verstoßen. Sie von den Blockparteien haben längst den absoluten Überwachungsstaat installiert, um unser Volk ständig überwachen und ausspionieren zu können. Orwells Vision von der totalen Überwachung der Bürger ist längst Wirklichkeit geworden. Die Behörden haben überhaupt keine Hemmungen mehr, alle Bürger regelrecht rund um die Uhr zu überwachen.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Wenn das so wäre, wären die Anschläge auf die Wahlkreisbüros schon aufgeklärt.)

Der Antrag der Liberalen ist ja auch recht drollig formuliert. So soll der Landtag dem Landesbeauftragten für den Datenschutz eine Empfehlung für einen Bericht geben. Nach unserer Auffassung müsste der Landesbeauftragte für den Datenschutz schon eine konkrete Aufforderung für einen entsprechenden Bericht erhalten. Aber da kommen wir schon auf das eigentliche Problem

zu sprechen: Der Europäische Gerichtshof hat in seiner Entscheidung vom 9. März dieses Jahres bereits festgestellt, dass die BRD gegen Artikel 28 der Europäischen Datenschutzrichtlinie verstößt.

So verstößt auch Mecklenburg-Vorpommern gegen die Datenschutzrichtlinie, weil der Landesbeauftragte für den Datenschutz Herr Karsten Neumann eben nicht unabhängig arbeiten kann, sondern der Landesregierung untersteht. Er ist somit weisungsgebunden und kann ohne die Genehmigung der Landesregierung eigentlich überhaupt nichts machen.

(Zurufe von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE, und Peter Ritter, DIE LINKE)

Seine Berichte müssen im Prinzip von der Landesregierung abgesegnet werden, Herr Ritter.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist völlig Unsinn, was Sie erzählen.)

So kann die Regierung direkten Einfluss nehmen auf die Arbeit des Datenschutzbeauftragten. Ansonsten sind Sie doch immer ganz schnell, wenn es darum geht, Gesetze und Richtlinien europafreundlich zu gestalten.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Jetzt, wo es darum geht, Bürgerrechte zu garantieren, den Datenschutz zu sichern, werden Sie plötzlich in Ihrem Handlungszwang ganz langsam.

Der Europäische Gerichtshof in Luxemburg hat festgestellt, dass allein die bloße Gefahr der politischen Einflussnahme auf die Entscheidung des Datenschutzbeauftragten ausreicht, um dies als rechtswidrig zu bewerten. Somit müsste konsequenterweise die Regelung in Paragraf 33a des Datenschutzgesetzes von Mecklenburg-Vorpommern gestrichen werden. Sollten Sie einen entsprechenden Gesetzentwurf nicht einbringen, werde ich meiner Fraktion vorschlagen, einen solchen einzubringen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Peter Ritter, DIE LINKE: Jawohl.)

Unser Volk muss vor Ihrem Überwachungsterror wirksam geschützt werden.

Gestatten Sie mir noch einige Anmerkungen zu Ihrem Umgang mit linksextremem Terror gegen mich und mein Bürgerbüro sowie das von mir einmal betriebene Ladenlokal in Rostock.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Wenn da eine Videokamera wäre, wäre das längst aufgeklärt.)

Es ist mir schleierhaft, warum die Polizei nicht in der Lage war, Täter zu ermitteln, die auf mein Auto einen schweren Brandanschlag verübten.

> (Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ich warte auch noch auf die Täter, die mein Büro angegriffen haben. – Michael Andrejewski, NPD: Ich auch. – Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

Die Täter, die schwerste Brandanschläge auf mein Bürgerbüro und meinen Laden verübten, konnten bis jetzt nicht ermittelt werden. Lediglich beim letzten Brandanschlag konnten zwei Täter ermittelt werden, obwohl doch eine Videoüberwachung installiert worden war.

(Michael Andrejewski, NPD: Weil sie stockbesoffen waren.)

Genau.

Ich habe den Verdacht, dass der Terror gegen mich und meine Familie vom politischen Gegner gesteuert und gewollt war.

(Udo Pastörs, NPD: Natürlich.)

Wundern würde es mich auch nicht, wenn auch der Innenminister das Treiben gegen mich klammheimlich als förderlich für das demokratische Klima im Land halten würde.

(Udo Pastörs, NPD: Richtig.)

Sie sollten erst mal Ihre Hausaufgaben machen und den Datenschutz auf eine rechtmäßige Überwachungsgrundlage stellen. Erst dann wäre eine Aufforderung an den Datenschutzbeauftragten vor einem Gericht überhaupt sinnvoll. Zum jetzigen Zeitpunkt würden wir mit einer solchen Aufforderung den Bock zum Gärtner machen, denn unser Datenschutzbeauftragter ist der Dienstaufsicht durch die Landesregierung unterstellt und somit weisungsabhängig.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie haben keine Ahnung.)

Der Antrag ist in der Form, wie er jetzt vorliegt,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

nutzlos und sinnlos und wird deshalb von der NPD abgelehnt.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Peter Ritter, DIE LINKE: Mann, Mann, Mann, Mann!)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Leonhard von der Fraktion der FDP.

Gino Leonhard, FDP: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu dem, was jetzt hier zuletzt geäußert wurde, muss ich mich nicht äußern.

(Udo Pastörs, NPD: Warum denn nicht? Tun Sie das doch mal! Gehen Sie doch mal konkret ein darauf!)

Das ist einfach der Unkenntnis geschuldet.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, ja, das ist immer Ihre Phrase, die Sie dann loslassen.)

Das, denke ich, trägt zu der sachlichen inhaltlichen Debatte überhaupt nicht bei.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, ja. Das ist immer Ihre Phrase.)

Aber was mich dann doch etwas stutzig macht ...

(Udo Pastörs, NPD: Damit kann ich jedes Argument beiseitewischen.)

Ja, es wird nicht besser, wenn Sie einfach ...

Gar nicht. Das ist mir völlig egal.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, das sage ich Ihnen trotzdem dreimal, weil Sie schwer von Kapee sind.) Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter Pastörs!

Gino Leonhard, FDP: Was mich dann doch etwas stutzig macht, ...

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Einen Moment, Herr Abgeordneter.

Gino Leonhard, FDP: ...ist, Herr Dankert, dass Sie ...

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, einen Moment bitte.

Herr Abgeordneter Pastörs, auch die Zwischenrufe sind so zu stellen, dass Sie die Würde des Hauses beachten. Also ich weise diesen Zwischenruf als unparlamentarisch zurück.

Gino Leonhard, FDP: Lieber Kollege Dankert, da Sie offensichtlich ja der Auffassung sind, dass die Landesregierung alleine in den Ministerien ihre inhaltliche Überprüfung vornehmen soll, offensichtlich ohne dass der Landesbeauftragte für Datenschutz überhaupt Einblick hat

(Udo Pastörs, NPD: Bisschen einseitig die ganze Sicht.)

das ist eben nicht das, was wir wollen,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Hans Kreher, FDP: Genau.)

sondern wir wollen empfehlen.

Und, lieber Kollege Ritter, wir fordern nicht, sondern wir empfehlen. Da liegt ja seit gestern auch ein gewisser Zungenschlag drin. Ich will das noch mal ausdrücklich sagen. Lieber Kollege, er sitzt hinten,

(Udo Pastörs, NPD: Betteln, das passt zu Ihrem Wesen.)

ich will einfach noch mal deutlich darauf hinweisen: Wir können hier keine Forderung aufmachen, das würde das Amt beschädigen. Und deswegen wollen wir angesichts dessen, was in einem Nachbarbundesland passiert ist und was zum Tragen gekommen ist, empfehlen. Und ich will das noch mal wiederholen, wir reden hier über 99 Prozent Verstöße, Verstöße bei einer öffentlichen Videokamera.

Ich will gar nicht, lieber Kollege, lieber Burkhard Lenz, ich will gar nicht darauf erweitern, was im privaten Bereich passiert, wir reden jetzt nur über den öffentlichen Bereich. Wenn wir alleine nur beim privaten Bereich schauen und unsere lieben Reedereien nehmen, die überall auf den Schiffen zu Recht – aus Sicherheitsgründen, meinen sie – eben auch Kameras angebracht haben, da will ich gar nicht fragen, was denn eigentlich mit den Bändern passiert.

(Zuruf von Burkhard Lenz, CDU)

Ja, das ist eine ganz andere Frage, die wir heute zunächst einmal nicht zu betrachten haben, sondern wir als Liberale, wir als FDP nehmen für uns in Anspruch zu sagen, wir stehen nach wie vor zu dem Grundsatz der informationellen Selbstbestimmung.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Und das ist für uns Maßgabe auch als Liberale und darin lassen wir uns einfach nicht beirren. Aus diesem Grund empfehlen wir dem Landesbeauftragten für Datenschutz, hier in diesem Land genau die gleiche Überprü-

fung vorzunehmen, wie sie eben in Niedersachsen über die Bühne gegangen ist. Und mehr und weniger fordern wir nicht und empfehlen wir, für uns selber hier im Land Mecklenburg-Vorpommern in Anspruch zu nehmen. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Leonhard.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3544 abstimmen. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3544 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, Zustimmung der Fraktion der FDP, Gegenstimmen der Fraktion der SPD, Gegenstimmen der Fraktion der CDU und Gegenstimmen der Fraktion der NPD abgelehnt.

Wer dem Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/3488 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/3488 bei Zustimmung der Fraktion der FDP mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion der NPD abgelehnt.

Meine Damen und Herren, wir treten jetzt in die Mittagspause ein. Die Sitzung wird um 13.00 Uhr fortgesetzt. Ich unterbreche die Sitzung.

Unterbrechung: 12.12 Uhr

Wiederbeginn: 13.05 Uhr

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 25**: Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Diskriminierung von Geringverdienern bei Werbungskosten beenden, Drucksache 5/3480.

Antrag der Fraktion der NPD: Diskriminierung von Geringverdienern bei Werbungskosten beenden – Drucksache 5/3480 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Andrejewski von der Fraktion der NPD.

Michael Andrejewski, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist immer wieder herzerwärmend zu sehen, wie viele Politiker sich für Themen wie Hartz IV interessieren.

(Jörg Heydorn, SPD: Da können Sie mal sehen, wie unbedeutend Ihre Anträge sind.)

Jetzt schon einmal beantrage ich für meine Fraktion namentliche Abstimmung,

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Bedeutend genug für Sie, Herr Heydorn. – Zuruf von Stefan Köster, NPD) um das Publikum ein bisschen zu vergrößern.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Wer Arbeitslosengeld II bezieht und sich genau 401 Euro hinzuverdient, bei dem werden Werbungskosten vom Staat anerkannt und bei der Berechnung dessen berücksichtigt,

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

was er von seinem Einkommen behalten darf. Voraussetzung ist, dass er nachweist,

(Zurufe von Raimund Frank Borrmann, NPD, und Udo Pastörs, NPD)

dass er mehr als 100 Euro an mit der Erzielung seines Verdienstes verbundenen Ausgaben aufbringen muss. Das kann sehr schnell zusammenkommen. Bei manchen Tätigkeiten muss man seine eigenen Arbeitsmittel mitbringen, etwa Werkzeuge. Das sind klassische Werbungskosten. Genau das Gleiche gilt für die Kosten, die sich aus einer doppelten Haushaltsführung ergeben, wenn diese für die Ausübung der Erwerbstätigkeit unumgänglich ist.

Am wichtigsten sind in einem Land der Pendler natürlich die Ausgaben für Fahrten vom Wohn- zum Arbeitsort und zurück sowie alles, was die Benutzung eines Pkw so mit sich bringt – Wartungs- und Reparaturkosten, TÜV-Gebühren, sogar die Finanzierungskosten für ein Auto, sofern es für die Arbeit angeschafft wurde. Schließlich kommt auch die Anrechnung von Aufwendungen für die Kinderbetreuung infrage für diejenigen Leistungsempfänger, die nur dann beruflich tätig sein können, wenn jemand währenddessen auf ihre Kinder aufpasst.

Menschen, bei denen all dieses zusammenkommt, können ohne Weiteres 700, 800 Euro im Monat netto verdienen und trotzdem einen Anspruch auf Arbeitslosengeld II haben, was auch berechtigt und nachvollziehbar ist, wenn die Ausübung ihrer Tätigkeit mit hohen Ausgaben verbunden ist. Und auch für die Gesellschaft und den Staat lohnt es sich, denn der Betreffende arbeitet wenigstens, er fällt nicht aus der Erwerbswelt heraus, sodass man ihn nach langen Jahren der Beschäftigungslosigkeit wieder integrieren müsste. Man muss ihn nicht in irgendwelchen hirnlosen Umschulungen oder Beschäftigungsmaßnahmen stecken, damit er für eine gewisse Zeit nicht in der Statistik auftaucht.

Indem der Staat seine Werbungskosten in voller Höhe anerkennt, subventioniert er Arbeit und nicht Arbeitslosigkeit, was ja immer als großes Ziel angepriesen wurde. Warum tut er das aber nur für diejenigen, die 401 Euro und mehr im Monat hinzuverdienen? Wer nämlich nur einen Monatslohn in Höhe von 400 Euro erhält, dem wird lediglich eine Pauschale in Höhe von 100 Euro an Werbungskosten zugestanden, der normale Freibetrag, ganz egal, wie hoch seine mit dem Beruf verbundenen Ausgaben in Wirklichkeit sind.

Wo steht denn geschrieben, dass geringfügig Beschäftigte, die nicht mehr als 400 Euro verdienen, automatisch kürzere Arbeitswege haben und daher weniger Fahrtkosten, dass sie keine Arbeitsmittel benötigen, ihre Kinder nicht betreut werden müssten, während sie arbeiten, und ihre Autos nie zur Reparatur und nie zum TÜV müssten? Ich möchte nicht wissen, wie viele Arbeitsgelegenheiten nicht wahrgenommen werden konnten, weil die betreffenden Hartz-IV-Empfänger einfach nicht in der Lage waren, die Fahrtkosten zum Arbeitsort aufzubringen, und der Staat die nicht übernahm.

Der Gleichbehandlungsgrundsatz aus Artikel 3 Grundgesetz besagt, dass im Wesentlichen Gleiches gleich und im Wesentlichen Ungleiches ungleich behandelt werden soll. Kann mir mal jemand erklären, worin das im Wesentlichen Ungleiche bestehen soll zwischen einem Leistungsempfänger, der 400 Euro verdient, und einem, der 401 Euro bekommt, sodass eine solche Ungleichbehandlung gerechtfertigt wäre, dass der eine nur eine Pauschale von 100 Euro Werbungskosten hat und der andere sämtliche wirklich anfallenden Kosten im Zusammenhang mit seiner Arbeitsausübung angerechnet bekommt, unter Umständen ein Vielfaches, obwohl beide vielleicht sogar haargenau den gleichen Arbeitsweg haben? Das ist reiner Wahnsinn.

Die neue Regierungskoalition in Berlin wollte doch ursprünglich einmal bewirken, dass Hartz-IV-Empfänger mehr hinzuverdienen dürfen, was jetzt, da man ihnen das Elterngeld streichen will, umso notwendiger werden dürfte. Hier wäre ein ganz einfacher Vorschlag, das zu erreichen, indem man – wie der Antrag es vorsieht – den Paragrafen 11 Absatz 2 SGB II Satz 2 ersatzlos streicht.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat Herr Heydorn von der Fraktion der SPD.

(Stefan Köster, NPD: Der Sozialretter Deutschlands.)

Jörg Heydorn, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Schauen wir uns die Sache doch mal an, die uns dieser NPD-Antrag hier vorstellt! Zur Sache kann man sagen: Jeder, der bis zu 400 Euro verdient, erhält einen Pauschalfreibetrag von 100 Euro im Monat, das sind 25 Prozent – eine sehr großzügige Regelung,

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

eine sehr großzügige Regelung, weil auch der, der 120 oder 130 Euro verdient, kriegt einen Pauschalfreibetrag von 100 Euro.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Das ist Moralisieren, aber kein Rechtsanspruch.)

Darauf hat uns der Antragsteller nicht aufmerksam gemacht.

(Udo Pastörs, NPD: Sehr großzügig im Bereich der Banken. – Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Und das ist, denke ich, auch nicht des Pudels Kern. Ich will heute in meiner Rede mal untersuchen, wie authentisch das denn ist, was hier Herr Andrejewski uns immer vorträgt zum Thema SGB-II-Leistungsbezug.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist nötig, dass er das tut.)

Der Antrag der NPD ist ja auch unvollständig, weil es müsste,

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

wenn er ausführlich und vollständig wäre, ja auch drinstehen, dass Sozialleistungen nur zu gewähren sind an deutsche Volkszugehörige,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

wie es das NRW-Parteiprogramm aussagt:

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Das steht aber dort nicht.)

"Sozialleistungen in Deutschland haben allein den Deutschen zu dienen!",

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Zitat aus dem Wahlprogramm NRW 2010.

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

NPD-Bundestagswahlprogramm: "Deutsches Geld für deutsche Aufgaben!",

(Stefan Köster, NPD: Richtig. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

"die Beschränkung von Sozialleistungen nur auf deutsche Familien".

(Udo Pastörs, NPD: So ist es richtig.)

Das steht in den SGB-II-Anträgen,

(Stefan Köster, NPD: Vollkommen in Ordnung.)

in den SGB-II-Anträgen, die die NPD hier immer wieder vorlegt, nicht drin.

(Udo Pastörs, NPD: Aber es ist konkludent so gemeint.)

Und um das ideologisch ein bisschen zu erklären, würde ich gerne mal zitieren aus einem Urteil des Verwaltungsgerichtes Greifswald vom 23.03.2010. Da heißt es, Zitat: "Die Vorstellung von der 'Volksgemeinschaft', in der das 'Volk' als kollektive, nach ethnischen und rassischen Kriterien definierte – Ganzheit verstanden wird,"

(Udo Pastörs, NPD: Ist vorbei.)

"ist der Gegenentwurf zum Grundgesetz"

(Vincent Kokert, CDU: Genau.)

"und gilt der NPD als Allheilmittel für alle Probleme, die Globalisierung und die Immigration mit sich bringen. Dabei werden diejenigen Teile der Bevölkerung" – jetzt kommt es –, "die nach Ansicht der Partei nicht der "Volksgemeinschaft" angehören, oft als "Asoziale" und "Schmarotzer" diffamiert".

(Stefan Köster, NPD: Vollkommen falsch.)

Und wenn man sich jetzt – und damit kommen wir also zu der Authentizität der Reden von Herrn Andrejewski –, wenn man sich jetzt die Biografie von Herrn Andrejewski mal ansieht, dann muss man sagen, na ja, ist ja beeindruckend. 36 Semester hat Herr Andrejewski studiert.

(Udo Pastörs, NPD: Darum ist er so gut.)

36 Semester, das sind 18 Jahre.

(Stefan Köster, NPD: Sie hätten auch ein paar nötig. – Zuruf von Dr. Marianne Linke, DIE LINKE)

Wenn man davon ausgeht, dass ein Studienjahr den deutschen Steuerzahler rund 10.000 Euro kostet, dann hat Herr Andrejewski 180.000 Euro an Steuermitteln verbraucht.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Da sehen Sie mal, was der wert ist!)

Und nachdem er sein Studium abgeschlossen hat, hat er sich unmittelbar nach Anklam begeben und hat ja dann weiter Hartz IV studiert.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Vorher war er noch in Lichtenhagen. – Udo Pastörs, NPD: Vorher war er auch in Lichtenhagen. – Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

Er war nämlich mehrere Jahre Transferleistungsempfänger. Transferleistungsempfänger, frei gewähltes Schicksal, er hat sich nicht als Jurist um Arbeit bemüht,

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Versuchen Sie doch mal, als Jurist Arbeit zu bekommen! Es gibt Tausende von Arbeitslosen.)

um nicht dem Steuerzahler auf der Tasche zu liegen. Er ist nach Anklam gegangen, hat sich da hingestellt,

(Glocke der Vizepräsidentin)

hat einen Antrag gestellt auf Sozialleistungen und Aufbauarbeit für die NPD betrieben, auf Kosten des Steuerzahlers.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Das ist die Realität.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Und dieser Herr Andrejewski steht jedes Mal hier vorne, redet zu SGB-II-Leistungen und tut so, als wenn man davon nur sterben kann. Das ist die Realität des Herrn Andrejewski,

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Es gibt Millionen von Bürgern in diesem Land.)

frei gewählt über mehrere Jahre lang SGB-II-Leistungen bezogen und gut davon gelebt.

(Michael Andrejewski, NPD: Ja, hervorragend. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Das ist die Realität.

(Gelächter bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Und jetzt zum Abschluss muss man sich ja mal die Frage stellen: Wer ist denn hier eigentlich der Schmarotzer? Wer ist der Schmarotzer und wer serviert uns hier immer wieder Anträge, die letztendlich mit seiner eigenen Biografie gar nichts zu tun haben? Denn Herrn Andrejewski scheint es ja im Sozialleistungsbezug in diesem Staat so schlecht nicht gegangen zu sein.

Wir lehnen Ihren Antrag natürlich ab. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE – Zurufe von Stefan Köster, NPD, und Udo Pastörs, NPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke.

(Stefan Köster, NPD: Zum Glück ist er nicht mehr Leiter des Sozialamtes hier in Schwerin.)

Das Wort hat jetzt noch einmal der Abgeordnete Herr Andrejewski von der Fraktion der NPD.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Michael Andrejewski, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Haken wir das mal ab, wie authentisch sind denn diese SGB-II-Anträge. Die sind authentischer, als Sie es sich vorstellen können, weil dieser Antrag speziell aus der Praxis kommt. Ich rede mit Leuten, die betroffen sind und die genauso großartig leben, wie ich damals von Hartz IV gelebt habe, und genauso freiwillig sich diesem Schicksal gestellt haben wie ich, denn es gibt ja Massen von Arbeitsgelegenheiten für Juristen, für Klempner, für alle möglichen Berufe.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Für Juristen allemal, wenn sie gut sind und nicht 36 Semester studiert haben. Die kriegen Arbeit.)

Und von diesen Leuten weiß ich das. Ich muss zugeben, dass ich aus dem Juristenchinesisch in den Paragrafen die Schärfe der ganzen Problematik auch nicht so herausgelesen habe, solange ich nur die Theorie kannte. Aber unterhalten Sie sich mal mit den Leuten, da erleben Sie wahre Authentizität!

Was nun Ihre Ausführungen zur NPD-Ideologie betrifft: Volksgemeinschaft soll das Gegenteil vom Grundgesetz sein? Ich sage Ihnen, was das Gegenteil ist: Sklavenhaltergesellschaft, wie Sie sie hier etablieren,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

mit Millionen von Ausländern, die nur reingeholt werden,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Wie bei Ihnen in der Fraktion, bei Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.)

um dem System als billige Sklaven zu dienen und die Deutschen zu Sklaven zu machen, extreme Unterschiede im Einkommen, Massenvermögen in den Händen von Reichen und gleichzeitig Massen von Armen.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Das ist Sozialdemokratie.)

Das ist der Gegenentwurf zum Grundgesetz, und nicht die Volksgemeinschaft.

Und großzügig? Hartz IV eine sehr großzügige Regelung? Sie haben jetzt speziell gemeint die 100 Euro Freibetrag.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist zynisch, was der da loslässt.)

Es ist lächerlich, im Zusammenhang mit Hartz IV von Großzügigkeit zu sprechen.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Ich freue mich wirklich, dass die alte Schröder-SPD noch am Leben ist, die Hartz IV eingeführt hat, knallhart, und die garantiert die jetzigen Einsparungen genauso erbarmungslos durchpauken würde wie CDU und FDP. Wahrscheinlich haben bei Ihnen die Sektflaschen geknallt, als die neuesten Arbeitslosengeld-II-Kürzungen durchkamen. Wunderbar, keine Rentenzuschüsse mehr für die Betroffenen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wer erzählt denn so einen Mist?)

Dafür können wir die Rente mit 35 in Griechenland finanzieren. Wunderbar, kein Elterngeld mehr für Hartz-IV-Betroffene,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Was erzählen Sie denn da, Herr Andrejewski?)

auch sehr schön,

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

brauchen die ja nicht, die leben ja fett und im höchsten Wohlstand. Das ist immer noch die SPD-Auffassung. Es gäbe keinen Unterschied bei einer Großen Koalition.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ih, das ist Stammtischniveau!)

Sie können nicht unsozialer sein als Westerwelle. Der kann nicht unsozialer sein als Sie, die SPD ist da wirklich immer noch Nummer eins.

Und was meine 36 Semester betrifft: Das hat den Staat Geld gekostet, wunderbar,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Da sind Sie auch noch stolz drauf, oder?)

und dafür habe ich dem Staat und dem deutschen Volk auch schon viel genützt,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja?)

zum Beispiel indem ich in Lichtenhagen vor Überfremdung gewarnt habe,

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

und durch meine politische Arbeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Peter Ritter, DIE LINKE: Brandstifter Andrejewski.)

Und es ist mir ein Vergnügen, Sie in Widersprüchen und Klagen zu ersäufen, denn das wird Ihnen irgendwann das Genick brechen. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Die Fraktion der NPD hat gemäß Paragraf 91 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung zum Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3480 eine namentliche Abstimmung beantragt.

Meine Damen und Herren, wir beginnen nun mit der Abstimmung. Dazu werden Sie hier vom Präsidium namentlich aufgerufen und gebeten, vom Platz aus Ihre Stimme mit Ja, Nein oder Enthaltung abzugeben. Ich bitte jetzt den Schriftführer, die Namen aufzurufen.

(Die namentliche Abstimmung wird durchgeführt.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat?

(Die Abgeordneten Dr. Till Backhaus, Rudolf Borchert, Reinhard Dankert, Ralf Grabow und Ute Schildt werden nachträglich zur Stimmabgabe aufgerufen.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Abstimmung.

Ich bitte die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen, und unterbreche für zwei Minuten.

Unterbrechung 13.23 Uhr

Wiederbeginn: 13.24 Uhr

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Ich eröffne die unterbrochene Sitzung und gebe das Ergebnis bekannt.

An der Abstimmung haben insgesamt 57 Abgeordnete teilgenommen. Mit Ja stimmten 5 Abgeordnete, mit Nein stimmten 52 Abgeordnete. Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3480 abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 26**: Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und CDU – Opferrente statt Sozialhilfe – Verbesserung des sozialrechtlichen Status für in Deutschland lebende jüdische Holocaustüberlebende aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, Drucksache 5/3503. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und CDU, DIE LINKE und FDP auf Drucksache 5/3554 vor. Die bereits zu diesem Tagesordnungspunkt verteilten Änderungsanträge der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/3545 sowie der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3546 wurden zwischenzeitlich zurückgezogen.

Antrag der Fraktionen der SPD und CDU: Opferrente statt Sozialhilfe – Verbesserung des sozialrechtlichen Status für in Deutschland lebende jüdische Holocaustüberlebende aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion – Drucksache 5/3503 –

Änderungsantrag der Fraktion der FDP – Drucksache 5/3545 –

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE – Drucksache 5/3546 –

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP

- Drucksache 5/3554 -

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Brodkorb von der Fraktion der SPD.

Mathias Brodkorb, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor 20 Jahren hat die Bundesrepublik Deutschland Menschen jüdischer Herkunft oder Religion

(Udo Pastörs, NPD: Ja, was denn nun? Das ist doch wohl das Problem.)

dazu eingeladen, als Akt der Wiedergutmachung in Deutschland ihren Wohnsitz zu nehmen und in dieses Land einzuwandern.

(Michael Andrejewski, NPD: Was, im bösen Land der Täter?)

Unter diesen Einwanderern befinden sich auch

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

einige Hundert jüdische Überlebende des Holocaust aus den postsowjetischen Staaten.

Trotz dieser Einladung zur Immigration

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

ist die Lage dieser Holocaustüberlebenden alles andere als zufriedenstellend. Es bestehen insbesondere,

(Michael Andrejewski, NPD: Wieso? Von Hartz IV kann man doch gut leben, haben Sie doch immer gesagt. – Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

es bestehen insbesondere zwei Probleme.

(Udo Pastörs, NPD: Aha! Nur zwei.)

Erstens geht es um den rechtlichen Status dieser Holocaustüberlebenden. Bis Ende 2004 fielen sie unter die Flüchtlingsbestimmungen des Gesetzes über Maßnahmen für im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen aufgenommene Flüchtlinge.

(Udo Pastörs, NPD: Kontingentflüchtlinge.)

Mit dem 01.01.2005 sind die entsprechenden Bestimmungen auf das Aufenthaltsgesetz übergegangen und gelten für die bisherigen Eingewanderten fort. Für alle anderen jüdischen Zuwanderer gelten ab dem 01.01.2005,

(Udo Pastörs, NPD: Was denn nun: Einwanderer oder Zuwanderer? Das ist auch wieder ...!)

gelten seit dem 01.01.2005 jedoch andere Bestimmungen. Aus dieser Situation ergeben sich aus unserer Sicht absurde und inakzeptable Konsequenzen.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Erstens werden jüdische Immigranten auf diese Weise ohne sachlichen Grund unterschiedlich behandelt aufgrund einer Stichtagsregelung und zweitens werden hierdurch jüdische Immigranten noch immer als Flüchtlinge behandelt.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Auch ihr Rechtsstatus ist entsprechend und sie genie-Ben dadurch einen prekäreren Aufenthaltsstatus, als es sich eigentlich gehört. Denn, meine Damen und Herren, Wiedergutmachung und Gastfreundschaft sehen anders aus.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Jüdische Immigranten sind keine Flüchtlinge, sondern Menschen, die auf unsere Einladung hin in unser Land gekommen sind. Also sollten wir sie auch entsprechend behandeln.

(Michael Andrejewski, NPD: Auf Ihre Einladung!)

Der zweite, viel gravierendere Missstand

(Udo Pastörs, NPD: Fragen Sie die Deutschen mal dazu! Machen Sie doch eine Volksabstimmung!)

ist jedoch der soziale Status der Holocaustüberlebenden.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Halten Sie da hinten doch einfach mal die Klappe! – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ihnen wird bis heute die Anerkennung des Status als Verfolgte des NS-Regimes verweigert. Sie verfügen nicht über einen originären Rentenanspruch, sondern beziehen Leistungen nach der Grundsicherung im Alter.

(Stefan Köster, NPD: Dann legen Sie doch als Abgeordnete Ihre Diäten zusammen!)

Alexander Popov,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Halt doch mal die Klappe, Herr Köster!)

Alexander Popov, der Erste Vizepräsident der Bundesassoziation Deutschlands Holocaustüberlebender –

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

jüdischer Immigranten aus den postsowjetischen Staaten, hat am 28. November 2009 in einem Vortrag darauf aufmerksam gemacht, was damit verbunden ist:

Diese Regelung untersagt den Betroffenen erstens das Ansparen von Geld über einen festgelegten niedrigen Betrag hinaus.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, das trifft alle anderen genauso.)

Dieses entsprechende Geld kann auch nicht vererbt werden.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Es untersagt zweitens Nebenverdienste.

Es untersagt drittens Vermögensbesitz.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Schafft doch gleich Hartz IV ab!)

Es ist im Gegensatz zur Rente keine stabile, konstante, sondern eine zeitlich auf ein Jahr beschränkte Sozialleistung, die jährlich einen Neuantrag und dessen Prüfung durch das Sozialamt erfordert.

(Udo Pastörs, NPD: Aus gutem Grund.)

Und im Todesfall wird das Vermögen aus Kompensationszahlungen der Claims Conference für NS-Verfolgte als gesetzlich nicht geschütztes Vermögen der Witwe oder des Witwers angesehen und vom Sozialamt angerechnet.

Herr Popov kam in seinem Vortrag deshalb zu einem sehr drastischen Urteil. Ich darf mit Erlaubnis der Präsidentin zitieren: "Die Opfer des NS sind durch die Sozialhilfe auf die unterste Stufe (der) Gesellschaft gedrängt worden. Dies erniedrigt sie in ihrer Menschenwürde und stellt eine …"

(Michael Andrejewski, NPD: Das war aber großzügig. – Stefan Köster, NPD: Die anderen müssen es erleiden können. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

"Dies erniedrigt sie in ihrer Menschenwürde und stellt eine Barriere für ihre Integration in die deutsche Gesellschaft dar." Zitatende.

Ich möchte mich diesen harten Worten, dass hier also die Menschenwürde tangiert sei, nicht vollumfänglich anschließen. Das ist vielleicht ein zu hartes Wort. Aber wir alle, denke ich, können die Wut und das Unverständnis der Betroffenen und ihrer Vertreter gut nachvollziehen

(Udo Pastörs, NPD: Finde ich gar nicht.)

und daher gilt aus unserer Sicht oder jedenfalls aus meiner eine andere Aussage von Herrn Popov auf alle Fälle, und die lautet – und ich zitiere wieder mit Genehmigung der Präsidentin –: "Auf Grund des biologischen Alters der Holocaustüberlebenden ist eine sofortige Lösung dieser Probleme absolut notwendig." Zitatende.

Deshalb, meine Damen und Herren, unterbreiten Ihnen die Koalitionsfraktionen den Vorschlag,

(Udo Pastörs, NPD: Also Geldsack auf!)

dass wir hier und heute eine Bundesratsinitiative mit dem ersten Schritt auf den Weg bringen, um den sozialen Status dieser Betroffenen schnellstmöglich zu korrigieren.

(Michael Andrejewski, NPD: Wer war denn da in der Bundesregierung?)

Es geht um einen ganz einfachen Vorgang. Jüdische Holocaustüberlebende aus den ehemaligen Sowjetrepubliken sollen zukünftig eine Rente und nicht die Grundsicherung im Alter erhalten. Wir schließen uns damit der Resolution der Jubiläumskonferenz der Bundesassoziation Deutschlands der Holocaustüberlebenden – jüdischer Immigranten aus dem ehemals sowjetischen Raum an. Es geht hier nicht um zusätzliches Geld, sondern um die Abschaffung überflüssiger und wenig gastfreundlicher Regelungen.

Nun könnte man meinen, es handele sich ja nur um einige Hundert Betroffene. Warum dieser Aufwand?

(Udo Pastörs, NPD: Das werden danach noch mehr.)

Ich sage ausdrücklich für die Antragsteller: Im Angesicht von Vertreibung, Diskriminierung, sozialer Ausgrenzung und Massenmord und eben dem Anspruch Deutschlands auf Wiedergutmachung verbietet sich ein solches Zahlenspiel aus moralischen Gründen.

Und zweitens: Der Hinweis wäre geradezu zynisch, denn die Tatsache, dass wir es heute nur noch mit wenigen Hundert Personen zu tun haben, liegt eben auch daran, dass Deutschland seit 20 Jahren eine entsprechende in sich schlüssige und gerechte Regelung verweigert hat beziehungsweise sich dieser Regelung nicht angenommen hat.

(Udo Pastörs, NPD: Wer war denn da in der Regierung? – Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und Raimund Frank Borrmann, NPD)

Und insofern wäre ein solcher Hinweis fehl am Platze.

Professor Christoph Stölzl hat hierzu im März 2010 in der "Jüdischen Zeitung" Folgendes ausgeführt, ich darf zitieren: "Wir wissen, dass angesichts der Katastrophe des Holocaust alle politischen, rechtlichen und materiellen Leistungen unzulänglich bleiben müssen. Wieder gut, wieder heil machen im naiven Sinn des Wortes kann man hier gar nichts. Diese Einsicht ist aber kein Entlassungsschein aus der Pflicht, das Machbare auch so gut zu machen, wie möglich." Zitatende.

Und dies, meine Damen und Herren, wäre ein fabelhaftes Schlusswort gewesen für die Einbringungsrede, aber es ist auch eine schöne Überleitung zu dem Änderungsantrag, der Ihnen vorliegt. Und ich bin sehr dankbar dafür, dass es uns an dieser Stelle gelungen ist, im Interesse der Sache einen interfraktionellen Änderungsantrag einzubringen, denn alle vier demokratischen Fraktionen hatten noch Veränderungsbedarf. Und ich habe die Ehre, jetzt diese Änderungen für alle vier Fraktionen kurz vorstellen zu dürfen.

SPD, CDU und LINKE haben sich dazu entschlossen, die Punkte 1 und 3 vorzuschlagen, nämlich die Formulierung "NS-Opfer-Renten" und "Opferrente" durch "Rente" zu ersetzen. Es könnte zu Missverständnissen führen. Selbstverständlich ließe sich für diesen Spezialfall auch eine gesonderte Opferrente konstruieren, die nicht angerechnet wird, aber das hätte eben noch weitere gesetzliche Konsequenzen zur Folge und um da keine Missverständnisse zu schaffen, wollen wir lieber von "Rente" und einem eigenen "Rentenanspruch" sprechen.

Zweitens. DIE LINKE, namentlich Frau Müller, hat darauf hingewiesen, dass eine detaillierte Aufzählung der

einzelnen Holocaustüberlebendengruppen unterbleiben sollte, weil diese so nicht vollständig ist und gegebenenfalls dann wiederum Anlass zu Irritationen geben könnte. Deswegen bleiben wir bei der Formulierung der "jüdischen Holocaustüberlebenden".

Die Koalitionäre schließen sich der Resolution der Jubiläumskonferenz der Bundesassoziation Deutschlands der Holocaustüberlebenden an und schlagen vor in Punkt 4, hinter Satz 2 einen dritten Satz einzufügen, der lauten soll: "Diese Rente soll die Leistungen der "Grundsicherung im Alter" nicht unterschreiten", denn es geht ja nur darum, dieselben Leistungen zu gewähren, aber ohne in der Sache unsinnige, jährlich sich wiederholende Antragstellungen und Prüfungen.

Und die FDP, namentlich Herr Kreher, hat den Vorschlag unterbreitet, und das wäre dann der letzte Satz des Antrages, der Regierung freizustellen, ob sie dieses Ziel, das wir hier alle gemeinsam verfolgen, durch eine Bundesratsinitiative erreicht oder gegebenenfalls durch eine andere Maßnahme, sofern diese dann schneller zum Erfolg führt als eine Bundesratsinitiative. Der Satz lautet: "Sofern eine andere Maßnahme geeignet und aussichtsreich ist, dieses Ziel schneller zu erreichen als durch eine Bundesratsinitiative, kann auf eine Bundesratsinitiative verzichtet werden."

(Stefan Köster, NPD: Vielleicht macht ja Frau Polzin ihre Schatzkammer auf. – Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Meine Damen und Herren, ich habe auch schon gesagt, würde es aber gerne noch mal wiederholen: Ich bin Ihnen außerordentlich dankbar, dass es uns gelungen ist, als demokratische Fraktionen hier insgesamt ein gemeinsames Vorgehen zu finden, einen gemeinsamen Antrag auf den Weg zu bringen, und dass dies auch ermöglicht, dass alle vier Fraktionen – ich nehme an, vollständig – zustimmen werden.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Das ist ein Zeichen, ein angemessenes Zeichen an die Betroffenen und auch ein deutliches politisches Zeichen an die antisemitischen und pöbelhaften Bemerkungen, die auch während dieser Einbringungsrede von der Fensterfront

(Stefan Köster, NPD: Mein Gott! – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

entsprechend in diesem Saal zu hören waren. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Brodkorb.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Sozialministerin Frau Schwesig.

Ministerin Manuela Schwesig: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Die Fraktionen, die demokratischen Fraktionen des Landtags, greifen mit ihrem Antrag das Thema der Entschädigung für erlittenes NS-Unrecht zugunsten einer Opfergruppe auf, der wir in ganz besonderer Weise moralisch, politisch zutiefst verpflichtet sind.

(Michael Andrejewski, NPD: Aber nicht mit eigenem Geld.)

Es geht um jüdische Immigranten aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion,

(Udo Pastörs, NPD: Die Frage ist: Wer ist Jude?)

die als ehemalige Gefangene der NS-Konzentrationslager und Ghettos den Holocaust überlebten.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist die große Frage.)

Wir haben die jüdischen Immigranten aus der ehemaligen Sowjetunion vor dem Hintergrund der historischen Verantwortung der Bundesrepublik für die Verbrechen des Nationalsozialismus bei uns aufgenommen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Und nachdem bereits der Ministerrat der ehemaligen DDR am 11. Juli 1990 beschlossen hatte, ausländischen jüdischen Bürgern unter bestimmten Voraussetzungen aus humanitären Gründen Aufenthalt in der DDR zu gewähren, hat sich auch die Bundesregierung unmittelbar nach der Wiedervereinigung zu ihrer moralischen und politischen Verantwortung bekannt.

Durch den Beschluss der Ministerpräsidenten vom 9. Januar 1991 konnten sowjetische Juden in der Bundesrepublik eine neue Heimat finden. Der Bund hat eine Vielzahl von Gesetzen erlassen, um die Opfer des NS-Unrechts zu entschädigen, so das Bundesentschädigungsgesetz, das Allgemeine Kriegsfolgengesetz und das Entschädigungsrentengesetz. Entstandene Lücken des Entschädigungsrechts sind in den vergangenen Jahren immer wieder durch gesetzliche Neuregelungen oder durch andere Regelungen geschlossen worden.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist zu wenig. Wir wollen mehr.)

Als wichtigste Härterichtlinien nenne ich den Artikel 2-Fonds, den Härtefonds "Hardship Fund" und den Mittel- und Osteuropafonds. Sie sind im Ergebnis der jahrelangen intensiven Verhandlungen eingerichtet worden und sehen Entschädigungen in Form von monatlichen Beihilfen beziehungsweise Einmalzahlungen für Holocaustüberlebende vor. Ein Rechtsanspruch auf Leistungen aus den genannten Fonds besteht jedoch nicht.

Darüber hinaus haben die alten Bundesländer landesgesetzliche Regelungen erlassen oder gewähren Leistungen durch Landesstiftungen beziehungsweise eigene Härtefonds. In Mecklenburg-Vorpommern und den anderen neuen Bundesländern gibt es solche Landesregelungen nicht.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, die eingewanderten Holocaustüberlebenden aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion haben nach den genannten Bundesgesetzen keine Rechtsansprüche auf Entschädigungsleistungen, denn sie sind gesetzlich nicht als Opfer des NS-Regimes anerkannt. Zudem sind die gesetzlichen Antragsfristen bereits abgelaufen. Aus den Härtefonds können die Betroffenen nur in Einzelfällen und ohne einen Rechtsanspruch Leistungen erhalten.

(Michael Andrejewski, NPD: Das ist doch alles Ihr Versagen und das Ihrer Partei.)

Die sozialrechtliche Stellung der immigrierten Holocaustüberlebenden lässt sich wie folgt skizzieren. Herr Brodkorb hat einiges angesprochen, (Udo Pastörs, NPD: Jeder Russe ist Holocaustüberlebender.)

ich möchte es noch mal unterstreichen und ausführen, weil es offensichtlich noch nicht alle Abgeordneten in diesem Landtag begriffen haben, worum es geht.

Ihre ausländerrechtliche Stellung ist in der Rechtsprechung äußerst umstritten und wird auch in der Verwaltungspraxis von Bund und Ländern unterschiedlich aufgefasst.

Zweitens. Die immigrierten Holocaustüberlebenden und ihre Familien besitzen keinen gesetzlich verankerten Status als Verfolgte des NS-Regimes

(Udo Pastörs, NPD: Sehr gut.)

und haben derzeit keinen Rechtsanspruch auf Entschädigungsleistung.

(Udo Pastörs, NPD: Auch das ist gut.)

Das Dritte. Sie sind nicht als Rentner anerkannt und finanziell von Sozialhilfe in Form der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung abhängig.

(Udo Pastörs, NPD: Wie viele Deutsche auch.)

Die damit verbundenen Nachteile und Einschränkungen sind bei dieser Opfergruppe moralisch nicht zu rechtfertigen.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, diese offenen Fragen müssen dringend geklärt werden. Darüber hinaus ist zu prüfen, ob und welche neuen gesetzlichen Regelungen für die Betroffenen geschaffen werden müssen. Dies betrifft zum einen den gesetzlich zivilrechtlichen Status und auch die Änderung ihres sozialrechtlichen Status, der sie zum Bezug von Rentenleistungen berechtigt.

Im Hinblick auf das hohe Alter der Holocaustüberlebenden wird sich die Landesregierung dafür einsetzen, dass über eine Bundesratsinitiative oder eine vergleichbare schneller zum Erfolg führende Maßnahme die aktuelle Situation der Betroffenen so schnell wie möglich verbessert wird. Die Abgeordneten der demokratischen Fraktionen können sich darauf verlassen, dass die Einigkeit, hier nachzubessern, hier unseren Verpflichtungen nachzukommen, durch die Landesregierung voll unterstützt wird.

Und das ist keine Einheitspartei, sehr geehrte Abgeordnete der NPD, sondern das ist demokratischer Schulterschluss gegen Ihre verachtenswürdigen Gedanken, gegen Ihren Rechtsextremismus.

Und, Herr Andrejewski,

(Stefan Köster, NPD: Volksfront, das ist Ihre Volksfront. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Herr Andrejewski, Sie sagen ja oft, der Staat setzt Geld in den Sand. Da, wo wir Ihr Studium finanziert haben, habe ich wirklich den Eindruck. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Ministerin.

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Stefan Köster, NPD: Viel gesagt, nichts gesagt.)

Meine Herren, ich bitte doch jetzt hier um Aufmerksamkeit.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Müller von der Fraktion DIE LINKE.

Irene Müller, DIE LINKE: Werte Frau Präsidentin! Werte Abgeordnete der demokratischen Fraktionen! Bisher ist die Debatte ruhig und sachlich abgegangen zu einem Thema, was hier auch nicht verdient hat, auf irgendeine Weise dafür instrumentalisiert zu werden, seinen Schmutz durch die Gegend zu schmeißen.

(Michael Andrejewski, NPD: Das machen Sie doch gerade.)

Holocaustüberlebende gibt es, das ist richtig, nicht mehr sehr viele. Und täglich werden es weniger. Sie sind schon sehr alt und sie haben in ihrem Leben Dinge erfahren müssen, die wir, denke ich, ziemlich alle, jedem anderen Menschen nicht wünschen, uns selbst natürlich auch nicht.

(Udo Pastörs, NPD: Andere auch.)

Ja, wir haben sie eingeladen, in unser Land zu kommen

(Udo Pastörs, NPD: Wer ist "wir"? Ich habe keine verschickt.)

und als jüdische Sowjetbürger ...

Na Sie doch nicht!

(Udo Pastörs, NPD: Das wollte ich ja nur erwähnt wissen.)

Ich spreche von den demokratischen Parteien.

(Udo Pastörs, NPD: Alles klar.)

Also manche Krümel brauchen sich wirklich nicht zu melden, wenn ich von der Wüste spreche.

(Stefan Köster, NPD: Sie sind Marxistin. Und eine Marxistin kann keine Demokratin sein.)

Wir haben also jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger eingeladen aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, um hier in Deutschland leben zu können und von uns auch entsprechende Wiedergutmachung zu bekommen. Demzufolge kann ich nur den Koalitionsfraktionen danken dafür, dass sie unsere Änderungsanträge sehr ernst genommen haben – selbstverständlich nehmen wir unseren Antrag zurück, das hat Frau Holznagel auch schon gesagt –, unseren Änderungsantrag so ernst genommen haben, dass er jetzt in den gemeinsamen Antrag Eingang gefunden hat.

Ja, wir wollen, alle vier demokratischen Parteien, dass der Stand der Holocaustüberlebenden, der soziale Stand der Holocaustüberlebenden auf feste Füße,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

vor allen Dingen auf menschenwürdige Füße gestellt wird und es hier in Deutschland keine zwei verschiedenen Holocaustüberlebenden mehr gibt, die unterschiedlich durch Gesetzlichkeiten behandelt werden, was wir auch gar nicht dürfen. Wir haben das Grundgesetz, da ist der Artikel 3, und an den haben wir uns zu halten. Diese Lücke, diese Fehler, die bisher bestanden, werden also auf diese Art und Weise dann geglättet werden können.

Es ist wichtig für unsere Fraktionen, dass wir auch nicht nur Lippenbekenntnisse ablegen, sondern handeln, handeln, indem wir genau durchdenken, was welche Aktion bringt. Deshalb ist es gut, dass wir jetzt von Rente sprechen und demzufolge alle Misshelligkeiten, die auf dem Wege passieren könnten in verschiedenen Interpretationen, beiseitebringen. Es handelt sich um Menschen, die würdig leben sollen, die ein Einkommen haben sollen, mit dem sie nicht in Armut leben müssen, wo – und das ist sehr, sehr wichtig – auch Opferrenten, Beihilfen und so weiter und so fort anerkannt werden und nicht, wie es bei der Grundsicherung ist, gegengerechnet werden und unterm Strich dieser niedrige Regelsatz der Grundsicherung erhalten bleibt.

Es ist auch wichtig, dass wir durch die Anerkennung der Holocaustüberlebenden als NS-Opfer denen die Möglichkeit geben, in medizinischer Hinsicht Sonderversorgungen zu bekommen,

(Udo Pastörs, NPD: Sonderversorgungen!)

schnellere Versorgungen zu bekommen und vor allen Dingen auch alle zwei Jahre zur Kur fahren zu dürfen.

(Udo Pastörs, NPD: Jedes Jahr, schlage ich vor, damit es deutlich wird.)

Ihnen ist genug Leid angetan worden. Es ist davon auszugehen, dass sie massive gesundheitliche Schädigungen haben können und demzufolge auch die entsprechende medizinische Hilfe von uns brauchen.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist doch menschenverachtend, alle zwei Jahre. Wo kommen wir denn da hin?)

Alle Aktionen, die wir in den letzten Stunden miteinander gemacht haben, zeigen, dass es Themen gibt, mit denen wir als demokratische Fraktionen sachlich, ruhig und inhaltlich zielführend umgehen können.

(Michael Andrejewski, NPD: Ohne Geld.)

Vielen Dank, und ich bin fest davon überzeugt, dass wir diesem Antrag zustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Müller.

Das Wort hat jetzt der Vizepräsident und Abgeordnete der Fraktion der FDP Herr Kreher.

Hans Kreher, FDP: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin froh, dass die demokratisch gesinnten Fraktionen in diesem Landtag zu einem einheitlichen Antrag gekommen sind, dass wir alle hier Handlungsbedarf sehen. Uns ging es als FDP-Fraktion vor allem darum, dass hier so schnell wie möglich gehandelt wird, denn wie von allen Seiten bisher richtig gesagt wurde, sind es ältere Leute, es sind nicht mehr viele, aber sie haben in der Vergangenheit viel Leid ertragen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: So ist es.)

Und deshalb, meine Damen und Herren, ist es gut, wenn wir eine Bundesratsinitiative starten. Aber wenn wir erreichen, dass es schneller geht mit unbürokratischen Maßnahmen, dann ist das umso besser. Deshalb war es aus unserer Sicht notwendig, hier auch etwas zu tun,

(Stefan Köster, NPD: Suchen Sie die Schatzkammer! – Zuruf von Udo Pastörs, NPD) vielleicht über die Wege, die mit anderen Ländern möglich sind, so schnell wie möglich zu handeln. Das ist das Ziel, wir haben uns geeinigt, wir sind da vorangekommen und ich finde das wunderbar, dass wir hier zusammenstehen in dieser Frage. – Danke schön, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Kreher.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Borrmann von der Fraktion der NPD.

Raimund Frank Borrmann, NPD: Frau Präsidentin! Abgeordnete des Landtags! Bürger des Landes! Zum gemeinsamen Antrag der SPD- und CDU-Fraktionen und den Änderungsanträgen der anderen Fraktionen beziehungsweise dem gemeinsamen nehmen wir Nationaldemokraten folgenden Standpunkt ein:

Erstens. Wir verurteilen unmenschliche Verbrechen, Folter, Verfolgung und Vertreibung Unschuldiger, das heißt nicht am Krieg und an Kriegsverbrechen Beteiligter, unabhängig von ihrer Volks-, Religions- oder Rassezugehörigkeit, nicht nur weil sie wider die Menschlichkeit gegenüber den Opfern erfolgen, sondern auch weil sie die Tathandelnden entmenschlichen und verrohen.

Zweitens. Wir lehnen die Überhöhung und Herabsetzung, die Privilegierung oder die Entrechtung einzelner Opfergruppen oder gar ganzer Völkerschaften im Sinne einer Auserwähltheit oder Einzigartigkeit vor Gott oder anderen Menschen ab.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Selbst den Völkermord durch Ihre Vorgänger.)

Drittens. Die Aufnahme der in Deutschland lebenden jüdischen Holocaustüberlebenden aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion erfolgte und erfolgt auf einer falschen rechtlichen Grundlage und ist damit vorsätzlich rechtswidrig.

(Irene Müller, DIE LINKE: Na, wenn Sie uns das sagen, dann stimmt's gewiss.)

Begründung, "Jüdische Zeitung" vom 28. Mai 2010: "Seit 1991 hatten jüdische Emigranten aus der ehemaligen Sowjetunion die Möglichkeit, als so genannte "Kontingentflüchtlinge" nach Deutschland einzureisen. ... "Flüchtlinge" aus Kriegs- oder Krisengebieten waren die aus Osteuropa einwandernden (ca. 200.000) Juden ... nicht. ... Das" Einheitskriterium "war ... sinnvoller Weise auch nicht eine Bedrohung von Leib und Leben, sondern ganz allgemein die Zugehörigkeit zum Judentum." Zitatende.

Viertens. Es ist fraglich, ob 200.000 jüdische Zuwanderer alle Überlebende des Holocaust sind oder nur eine extrem kleine Minderheit,

(Udo Pastörs, NPD: So ist es. – Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE)

die zur Zeit des Nationalsozialismus und Stalinismus lebten und Opfer von Verfolgungen wurden, denn die wurden auch verfolgt. Bezieht sich das Einheitskriterium auf alle Juden als Überlebende des Holocaust, dann hätten die Nachfahren aller Juden aus der Sowjetunion bis in alle Ewigkeit Anspruch auf Zuwanderung nach Deutschland.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Was erzählen Sie denn da für'n Blödsinn, Mann?)

Fünftens. Aus Gründen der Gleichheit und des grundgesetzlich garantierten Gleichbehandlungsgebotes müssten alle und nicht nur die Juden der Exsowjetunion als Überlebende des Holocaust das Recht auf Wirtschaftsmigration in die BRD haben, also das gesamte Weltjudentum. Damit hat, wenn jeder Jude ein Überlebender des Holocaust ist, dann auch jeder Jude einen Anspruch auf Opfer- statt Sozialrente.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wer hat denn das behauptet?)

Sechstens. Die Überlebenden des Holocaust ...

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wer hat denn das behauptet, Herr Borrmann? Was erzählen Sie denn da? Zu welchem Antrag nehmen Sie gerade Stellung?)

Moment, lassen Sie mich doch mal ausreden!

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Zu welchem Antrag reden Sie gerade? – Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Sechstens. Die Überlebenden des Holocaust,

(Glocke der Vizepräsidentin)

die keinen gesetzlich verankerten Status als Verfolgte des Nationalsozialismus erhalten – "nur eine kleine Minorität bilden die ehemaligen Gefangenen"

(Peter Ritter, DIE LINKE: Hauptsache koppelbreit überm Ohr.)

"der Konzentrationslager und Ghettos" –, sind finanziell schlechtgestellt. Zitat "Jüdische Zeitung": "Sie beziehen deshalb … keine NS-Opfer-Renten, sondern sind finanziell von Sozialhilfe in Form der 'Grundsicherung im Alter' abhängig."

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Genau das.)

"Wer sich in den Details auskennt, weiß, dass dies empfindliche Nachteile mit sich bringt, bis hin zu beschämenden Einschränkungen." Zitatende.

Siebtens. Die "Jüdische Zeitung" konstatiert völlig zu Recht, dass damit volksdeutsche Nichtjuden, die auf Sozialhilfe angewiesen sind, dauerhaft "empfindliche Nachteile" gegenüber Opferrenten haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Achtens. Der jüdische Geschichtsprofessor Shlomo Sand aus Tel Aviv in Israel vertritt die Auffassung, dass Juden weltgeschichtlich kein Volk sind, keine ethnische und keine kulturelle Homogenität aufweisen,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Deswegen wollten Sie sie ja ausrotten, ja?)

sondern eine Religionsgemeinschaft darstellen, die lediglich daran glauben, eine Volksgemeinschaft aus Abstammung zu sein. In seinem wissenschaftlichen Werk "Die Erfindung des jüdischen Volkes" weist er nach, dass das Judentum geistig durch die Missionierung in fremden Völkern,

(Irene Müller, DIE LINKE: Und wem, glauben Sie, erzählen Sie da was Neues?)

nur durch die Missionierung in fremden Völkern und wirtschaftlich durch Geldverleihgeschäfte überleben konnte, womit Antijudaismus damit vom Wesen her kein Antisemitismus ist, da die heutigen Juden nur noch zu einem Bruchteil Semiten seien.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Neuntens. Da das Judentum kein semitisches Volk, sondern eine Religionsgemeinschaft ist, kann jeder Deutsche prinzipiell dieser Gemeinschaft beitreten.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Er ist dann Überlebender des Holocaust und hat Anspruch auf Zahlung einer Opferrente, müsste also nicht mehr die laut "Jüdischer Zeitung" demütigende Sozialrente erbetteln.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist doch Quatsch, was Sie da erzählen. Noch mal ein bisschen ernsthafter! – Zurufe von Irene Müller, DIE LINKE, Peter Ritter, DIE LINKE, und Udo Pastörs, NPD)

Zehntens. Würden alle Deutschen zur Religionsgemeinschaft des Judentums übertreten, wären sie dann noch Überlebende des Holocaust und hätten damit wie auch immer eine,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Sie haben sich doch wieder verlaufen, Herr Borrmann.)

keine wie auch immer gearteten Reparationen für das Dritte Reich mehr zu zahlen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Elftens. Bei der Frage, wer dann die Opferrente erwirtschaftet, verweisen wir auf die US-amerikanische Fed, das Federal Reserve System von zwölf amerikanischen Privatbanken, die weitgehend Personen gehören, die der jüdischen Religionsgemeinschaft angehören. Die Fed kann unbegrenzt Dollars drucken. Damit ließe sich jede beliebige Zahl von Opferrenten bezahlen.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Sie sollten sich schämen! – Stefan Köster, NPD: Sie schämen sich doch schon genug. Das reicht doch.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Specht von der Fraktion der CDU.

André Specht, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Kollegen! Die Tatsache, dass der Antrag gemeinsam von SPD und CDU eingebracht und auch gemeinsam mit den weiteren demokratischen Fraktionen in diesem Hause, der LINKEN und der FDP, noch eine Änderung erfahren hat, zeigt, dass wir uns in der Sache einig sind und dass es an dem Ziel dieses Antrages auch nichts zu relativieren gibt.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Helmut Holter, DIE LINKE: Das ist auch richtig. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Alle Abgeordneten dieses Hohen Hauses, die ein moralisches Empfinden haben, sind für diesen Antrag und

haben ihn gemeinsam eingebracht, aufgesetzt und am Ende auch optimiert.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Die inhaltliche Gemeinsamkeit von allen demokratischen Fraktionen zeigt sich hier noch einmal deutlich in diesem Antrag.

Und das, was von Ihnen, meine Herren von der NPD, hier gebracht worden ist, ist nicht nur beschämend für dieses Haus, sondern es ist auch zynisch, wenn Sie in Ihren Ausführungen in Gutmenschenart unterstellen, dass letztendlich die Juden selbst,

(Stefan Köster, NPD:
Die Gutmenschen sind Sie. –
Raimund Frank Borrmann, NPD: Ich
würde jederzeit Jude werden, habe ich ja gesagt.)

selbst an dem schuld sind, was ihnen durch das NS-Regime widerfahren ist.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: So ist es.)

Es ist,

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

es ist wirklich unerträglich, wenn Sie solche Anträge, die hier zu einer moralischen Wiedergutmachung führen sollen, mit pseudowissenschaftlichen Ausführungen versuchen zu relativieren, Sie am Kern völlig vorbeireden und glauben, durch Ihr Auftreten hier Ihre Klientel zu bedienen. Zum Glück ist es so, dass die demokratischen Parteien in diesem Landtag dem geschlossen entgegenstehen, und das wird auch so bleiben.

(Stefan Köster, NPD: Die SED war auch demokratisch. – Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und Udo Pastörs, NPD)

Insofern freue ich mich, dass dieser Antrag mit deutlicher Mehrheit angenommen werden wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Specht.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP auf Drucksache 5/3554 abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP auf Drucksache 5/3554 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion der FDP und Gegenstimmen der Fraktion der NPD angenommen.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 5/3503 mit den soeben beschlossenen Änderungen zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktio-

nen der SPD und CDU auf Drucksache 5/3503 mit den soeben beschlossenen Änderungen durch die Fraktion der SPD, die Fraktion der CDU, die Fraktion DIE LINKE, die Fraktion der FDP und Gegenstimmen der Fraktion der NPD angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 27**: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Sozialversicherungspflichtige öffentlich geförderte Beschäftigung – eine Alternative zu Langzeiterwerbslosigkeit und Ein-Euro-Jobs, Drucksache 5/3496.

Antrag der Fraktion DIE LINKE: Sozialversicherungspflichtige öffentlich geförderte Beschäftigung – eine Alternative zu Langzeiterwerbslosigkeit und Ein-Euro-Jobs – Drucksache 5/3496 –

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Lück von der Fraktion DIE LINKE.

Regine Lück, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Immer wieder bringt meine Fraktion die öffentlich geförderte Beschäftigung auf die Tagesordnung des Landtages. Wir tun das aus mehreren Gründen:

Erstens, weil wir uns nicht jeden Monat nach Erscheinen der Arbeitsmarktstatistik auf die Schultern klopfen und sagen, alles läuft bestens, denn die offiziellen Zahlen sinken. Wenn wir ehrlich sind, wissen wir doch alle hier im Hause, dass die Statistik nicht das tatsächliche Bild widerspiegelt.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Über 30.000 Menschen in Mecklenburg-Vorpommern sind in sogenannten Maßnahmen wie zum Beispiel Ein-Euro-Jobs geparkt, raus aus der Statistik, aber nicht raus aus der Arbeitslosigkeit.

Zweitens, weil 106.000 offiziell geführte arbeitslose Frauen und Männer für uns kein Grund zur Zufriedenheit sind.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Die sind aber trotzdem sehr viel niedriger als seinerzeit. Das müssen Sie auch mal sagen.)

Drittens, weil seit der Einführung von Hartz IV der massive Druck auf die Löhne einen beispiellosen Niedriglohnsektor hervorgebracht hat, und der Slogan "Arm trotz Arbeit" ist für mehr als ein Drittel aller Beschäftigten in Mecklenburg-Vorpommern Tag für Tag zur harten Realität geworden.

Viertens, weil hohe Arbeitslosenzahlen Unternehmen dazu verleiten, ihren Arbeitnehmerinnen gegenüber Druck aufzubauen. Dabei sind niedrige Löhne und schlechte Arbeitsbedingungen immer mehr ein Standortnachteil für Mecklenburg-Vorpommern.

Und fünftens, weil es für uns keine Überraschung ist, dass in nur wenigen Jahren massenhafte Altersarmut droht.

(Vizepräsident Andreas Bluhm übernimmt den Vorsitz.)

Ich kann mich noch sehr gut daran erinnern, dass der Ministerpräsident im Land damit aufgetreten ist,

> (Udo Pastörs, NPD: Am besten, die konvertieren alle zum Judentum, dann ist das Problem erledigt.)

dass in diesem Bereich etwas getan werden müsse.

Erst kürzlich hat die Sozialministerin gefordert, den Rentenbeitrag bei Hartz-IV-Empfänger/-innen zu erhöhen. Aber die Bundesregierung scheint dies nicht gehört zu haben, denn sie streicht die Rentenbeiträge für Hartz-IV-Betroffene nun ganz. Eine Schande, finde ich.

Wir haben also eine Situation auf dem Arbeitsmarkt in Mecklenburg-Vorpommern, die alles andere als zufriedenstellend ist. Die weiter verlängerte Kurzarbeit ist da noch gar nicht mitgerechnet. Das Sparpaket der Bundesregierung, so nebulös es in vielen Punkten auch noch ist, lässt auf den Gebieten der Arbeitsmarkt- und Familienpolitik nichts Gutes erwarten. Allein die Aussage von Herrn Westerwelle, wir hatten das Thema ja heute schon, dass es nicht darum ginge, Freibier für alle zu spendieren, ist, finde ich, eine Unverschämtheit.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Ich bin Antialkoholiker.)

Für Hartz-IV-Empfänger/-innen und Menschen, die seit Jahren zu Niedriglöhnen arbeiten müssen, ist das ein Schlag ins Gesicht. Sie haben nicht über ihre Verhältnisse gelebt. Es ist eben keine gerechte Verteilung der Lasten, wenn – das wissen wir – Zocker und Banker nicht für die Krise zahlen müssen und stattdessen die weiterbelastet werden, die ohnehin schon wenig haben. Wo ist denn die Gerechtigkeit, wenn alle Beiträge, die die Wirtschaft leisten soll, wie zum Beispiel die Finanztransaktionssteuer, Luftschlösser am Horizont sind?

Und wieder kommen wir und stellen den Antrag, einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor zu schaffen, um zusätzliche und gesellschaftlich wichtige Tätigkeiten nach Bedarf der Kommunen zu erledigen.

(Harry Glawe, CDU: Da hatten Sie ja acht Jahre Zeit zu.)

Darüber hinaus wollen wir, dass diese Arbeitsplätze voll sozialversicherungspflichtig sind

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

und den Bedingungen genügen, die der DGB und DIE LINKE als gute Arbeit bezeichnen. Ich bin gespannt, wie dieses Mal die Koalitionsfraktionen und der Arbeitsminister darauf reagieren, denn es ist zu beobachten,

> (Harry Glawe, CDU: Der Arbeitsminister hat die niedrigsten Arbeitslosenzahlen seit 1990 vorzuweisen. Das können Sie nicht. Das konnte auch Herr Holter nicht.)

dass es zumindest in der Bundestags-CDU-Fraktion ein Umdenken gibt.

Fest steht:

- Sowohl die Große Koalition als auch die jetzige schwarz-gelbe erkennen an, dass der freie Markt nicht jedem, der Arbeit haben will, auch die Chance dazu gibt.
- 2. Sie erkennen an, dass in den Kommunen Aufgaben brachliegen und nicht erfüllt werden, die jedoch gesellschaftlich notwendig sind, die von den Kommunen aber nicht mehr bezahlt werden können.
- Der Bund ist bereit, für eine begrenzte Zahl solcher Stellen einen weit höheren Beitrag zu leisten, als nach dem Ende von SAM oder ABM jemals für möglich gehalten wurde.

(Harry Glawe, CDU: Immerhin, immerhin.)

Ich meine das Konzept der Bürgerarbeit. Damit hat es sich aber auch schon mit unserem Lob.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Eines der Hauptprobleme bei diesem oder anderen ähnlichen Projekten ist, dass sie nicht dauerhaft und auch nicht ausreichend finanziert werden. Sie helfen den meisten Beteiligten nämlich nicht aus der Bedürftigkeit heraus. Außerdem laufen sie immer noch unter dem Titel "Modellprojekte". Dabei haben wir längst bewiesen, dass es geht, gerade in der rot-roten Zeit, auf die Sie verwiesen haben, Herr Glawe.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Die Zeit von Modellprojekten, meinen wir, ist aber jetzt vorbei. Wir wissen, dass ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor notwendig und richtig ist

(Heinz Müller, SPD: Das habe ich ja schon immer gewusst.)

und dass dafür Geld und ausreichend Personal zur Verfügung gestellt werden muss.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Was auch funktioniert.)

Wir wissen auch, dass Betreuung für Menschen mit sogenannten Vermittlungshemmnissen ganz, ganz wichtig ist. Und auch dafür braucht man gut geschultes Personal. Wir wissen auch, dass es für die Betroffenen gerade aus psychologischer Sicht wichtig ist, einen richtigen Arbeitsvertrag zu erhalten, mit Rechten und Pflichten, wie jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer, mit einem Lohn, von dem sie und er selbst und natürlich auch die Familie leben können. Für all das brauchen wir keine Modelle mehr, das ist hinreichend erprobt. Wir wissen auch, dass in den Regionen bei den Beschäftigungsgesellschaften und den Regionalbeiräten die Kompetenz vorhanden ist, genau zu wissen, was vor Ort gebraucht wird und wie solche Prozesse geführt werden müssen.

Und noch eine Kritik: Die von uns stets kritisierten Ein-Euro-Jobs sind geschaffen worden, um aus Ihrer Sicht die "Arbeitswilligkeit" und "Arbeitsfähigkeit" von Erwerbslosen zu erhalten.

(Harry Glawe, CDU: Genau, um die Arbeitswilligkeit zu fördern.)

Da es bei der großen Mehrheit der Erwerbslosen aber an beidem nicht mangelt, sind Ein-Euro-Jobs von Beginn an ein Placebo im Interesse einer geschönten Statistik gewesen. Darüber hinaus hat sich gezeigt, dass bestehende Arbeitsplätze im öffentlichen Bereich durch Ein-Euro-Jobs verdrängt wurden, die betroffenen Erwerbslosen aber nicht aus ihrer Hilfebedürftigkeit herausgeführt wurden.

DIE LINKE sagt: Wir brauchen einen stabilen und ausreichend finanzierten Beschäftigungssektor, der natürlich vor allem auch in der Verantwortung der Kommunen liegt beziehungsweise der Regionalbeiräte. Und dass wir das nicht nur für die Gruppe der Langzeitarbeitslosen meinen, sondern für weitere Zielgruppen und Berufe, darauf werde ich in der Debatte eingehen. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Abgeordnete.

Im Ältestenrat ist eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 30 Minuten vereinbart worden. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster hat ums Wort gebeten der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Herr Seidel. Bitte schön, Herr Minister, Sie haben das Wort.

Minister Jürgen Seidel: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Frau Lück, das ist immer so ein bisschen mein Problem, Sie sind eine nette Kollegin, das will ich Ihnen hier gleich mal sagen.

> (Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Heinz Müller, SPD: Jetzt wird's interessant. – Harry Glawe, CDU: He!)

Aber genau da liegt mein Problem. Sie haben in der Tat die Fähigkeit, in relativ kurzer Zeit so viel Dinge falsch darzustellen, dass man furchtbar aufpassen muss, dass man es überhaupt mitbekommt.

Ich will mal ein Beispiel herausgreifen: Sie behaupteten hier eben glattweg, es wird nichts getan gegen diejenigen, die im Hinblick auf die Finanzkrise als die Verantwortlichen gesehen werden.

(Regine Lück, DIE LINKE: Fast nichts.)

Nebenbei gesagt, darüber können wir uns lange streiten, wer da alles die Verantwortlichen sind. Für meine Begriffe halte ich die Verkürzung auf die Bankspekulanten für wirklich sehr gewagt.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Jetzt bringen Sie mal einen Beweis!)

Aber das will ich jetzt gar nicht bestreiten. Ich will nur sagen, es steht die Finanztransaktionssteuer drin und es gibt die Bankenabgabe, die vereinbart ist.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Das berührt die doch gar nicht. Das trifft doch nur die Kunden und nicht die Macher. Das betrifft uns.)

Sie können das doch nicht einfach negieren, Sie müssen es doch wenigstens mal zur Kenntnis nehmen. So, mehr will ich doch gar nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Und jetzt will ich auch gleich etwas zum Zweiten sagen: Es ist ja richtig, dass Sie sagen, das will ich gerne zugeben, Sie haben ja eben behauptet, dass wir uns hier auf die Schenkel schlagen und jubeln würden über die monatliche Arbeitsmarktstatistik.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das kann man jeden Monat nachlesen.)

Also wenn Sie von mir ein Zitat haben, wo ich das tue, dann nehme ich Ihnen das ab. Sie werden es nicht finden, denn ich weiß sehr wohl, dass ich das differenziert zu bewerten habe. Und das tue ich auch in der Öffentlichkeit, und zwar richtig. Sie machen es wirklich immer wieder, und zwar mit penetranter Wiederholung kommen Sie mit dem Thema öffentlicher Beschäftigungssektor

(Regine Lück, DIE LINKE: Da werde ich auch nicht müde.)

als die Lösung aller Probleme.

(Irene Müller, DIE LINKE: Das ist eine Lösung der Probleme. Dann müssen Sie mal zuhören! – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Sie wissen ganz genau, dass Sie in Ihren acht Jahren daran rumgebastelt haben wie die Wilden. Ich habe die Liste ...

Das habe ich schon mehrfach gesagt, aber man muss es ja immer wiederholen. Wenn Sie es vorbringen, muss es auch wiederholt werden.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Wir auch, wir auch.)

Ich habe die Liste von über 450 Modellprojekten vor Augen. Ich sage es Ihnen noch mal: Die berühmten Zimmerergesellen, die auf der Insel Rügen herumgelaufen sind und über ihre Erlebnisse berichtet haben,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das ist das einzige Beispiel, was Sie immer bringen. – Regine Lück, DIE LINKE: Jetzt müssen Sie sich mal ein neues Beispiel suchen. – Peter Ritter, DIE LINKE: Mehr fällt Ihnen auch nicht ein. – Zurufe von Wolf-Dieter Ringguth, CDU, und Beate Schlupp, CDU)

die "Königin Luise", die da als Schiff gelegen hat, ist auch erst einmal über die Seen geschippert und hat dann über Erfahrungen berichtet. Es sind Unmengen von Geldern dort verbraten worden. Und was hat's gebracht? So gut wie nichts. Das ist die Situation.

(Regine Lück, DIE LINKE: Bringen Sie doch mal ein positives Beispiel. – Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Ich will Ihnen mal was sagen, Frau Lück, aber ich will es gar nicht so formulieren: Ich bitte Sie einfach,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

den Gedanken konsequent einmal zu Ende zu denken. Sie stellen das dar und sagen dann noch, als eine dauerhafte Lösung wollen Sie den öffentlichen Beschäftigungssektor haben.

(Michael Roolf, FDP: Ja, ja.)

Wissen Sie, das kommt mir wirklich so vor, ich habe mir mal drei Punkte aus meiner Erinnerung herausgekramt, wo ich diesen öffentlichen Beschäftigungssektor gesehen habe: das erste Mal bei meiner Reise in Russland. Da sitzt, wenn Sie in die Verwaltung laufen, auf jedem Flur noch eine Dame extra und beobachtet, wenn Sie durch die Gegend laufen. Das ist öffentlicher Beschäftigungssektor. Da können Sie sich mal angucken, wie es den Leuten in Russland geht.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist doch Quatsch!)

Oder ich gehe nach Kuba, da war ich vor zwei Jahren,

(Irene Müller, DIE LINKE: Jeder sieht das, was er sehen will. – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

da sitzen Hundert Frauen in einer Etage und rollen Zigarren. Das ist ja eine ganz nette Geschichte. Vorne sitzt einer am Mikrofon und liest denen den ganzen Tag die offiziellen Staatsnachrichten vor. Also so ein Vorleser, das ist auch öffentlicher Beschäftigungssektor.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Peter Ritter, DIE LINKE: Steht das in unserem Antrag drin? – Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

Oder wenn ich mir die Demonstrationen der Macht in Nordkorea ansehe, da habe ich so ein Bild vom öffentlichen Beschäftigungssektor.

> (Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist doch völliger Blödsinn, was Sie da erzählen! Das ist doch Quatsch, so was. Jetzt setzen Sie sich ernsthaft mit unserem Antrag auseinander und quatschen Sie nicht über Nordkorea! Das ist doch Unsinn!)

Das tue ich gleich noch, haben Sie mal keine Sorge. Bleiben Sie doch ruhig! Schonen Sie doch Ihre Nerven! Sie haben schon so wenige Haare auf dem Kopf,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Und jetzt werden Sie auch noch ausfällig.)

das wird noch schlimmer, wenn Sie jetzt so rumbrüllen.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ich glaube, jetzt gehen Sie zu weit, Herr Minister.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Minister, einen kleinen Moment.

Herr Abgeordneter Ritter, ich bitte Sie, sich genauso in den Zwischenrufen zu zügeln wie den Minister in der Bewertung der Persönlichkeit von Abgeordneten.

Minister Jürgen Seidel: Ja, ich bitte um Nachsicht. Da ist man etwas empfindlich, das gebe ich zu.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das muss man aushalten können.)

Nein, das muss ich eben nicht aushalten.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Wir müssen Ihr Gequatsche auch aushalten können.)

Ich finde, die Zeit ist zu kostbar in der gegenwärtigen Situation, um über Dinge zu sprechen, die wirklich in zweistelligen Übungen hier auch ausdiskutiert sind.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der CDU und FDP – Peter Ritter, DIE LINKE: Dann faseln Sie nicht über Nordkorea!)

Nun will ich Ihnen noch einmal ganz klar sagen – es wird Sie nicht wundern –, ich lehne dieses Instrument als ein dauerhaftes gesellschaftliches Instrument ab, weil erstens der öffentliche Beschäftigungssektor keine Nachhaltigkeit bringt, sondern nur Strohfeuereffekte,

(Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE, Irene Müller, DIE LINKE, und Peter Ritter, DIE LINKE)

zum Zweiten, weil er ordnungspolitisch abzulehnen ist, da er am Ende mit Wettbewerbsverzerrung verbunden ist, und drittens, weil er auch finanzpolitisch nicht durchzustehen ist. Auch das bitte ich Sie, sich im Hinblick auf die finanzielle Entwicklung der nächsten Jahre einfach mal vor Augen zu führen.

Meine Damen und Herren, ich halte im Gegenteil dazu an der Ausrichtung, wie wir Sie vorgenommen haben, fest. Wir haben uns gesagt, die Steigerung der Wirtschaftskraft, die Schaffung nachhaltiger Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt durch nachhaltiges Wachstum,

flankiert durch Nebenziele, wie – das ist übrigens auch alles nachzulesen in den entsprechenden operationellen Dokumentationen – maßgeblich die soziale Integration, das ist der richtige Weg, den müssen wir gehen, und zwar auch deshalb, weil der finanzielle Handlungsspielraum des Landes zunehmend enger wird. Wir müssen uns vergegenwärtigen, dass wir jeden Euro, den wir für den zweiten Arbeitsmarkt einsetzen, dann natürlich nicht zur Verfügung haben für den ersten Arbeitsmarkt.

Wir haben damals, wenn Sie sich daran erinnern, den ESF umgebaut und haben die ESF-Mittel, die in der Tat für die vielen, vielen Projekte in Ihrer Zeit dort eingesetzt wurden, jetzt eingesetzt für Bildung, Forschung und Innovation. Ich halte dies für richtig.

Meine Damen und Herren, mit Investitionen in Ausbildung, Qualifizierung, lebenslanges Lernen sowie Forschung und Entwicklung setzen wir auf Hebel, mit denen wir das Ziel einer entsprechenden Beschäftigung auch nachhaltig erreichen können. Das Thema gut ausgebildete Fach- und Nachwuchskräfte, das kennen Sie, Forschung und Entwicklung in enger Verbindung von Wissenschaft und Wirtschaft, das Thema Verbundforschung oder Innovation in Unternehmen, die Umsetzung von neuen Erkenntnissen, von Erfindungen in marktfähige Produkte, all das sind für mich Chancen, um zu zukunftsfähigen Arbeitsplätzen zu kommen.

Ich denke, auch die Situation auf dem Arbeitsmarkt gibt uns recht. Ich glaube, wir können uns erst einmal generell freuen, dass die Arbeitsmarktzahlen besser werden, ohne darüber zu jubeln. Da gebe ich Ihnen recht. Aber wir können uns trotzdem freuen. Ich weiß auch, dass die sinkende Arbeitslosigkeit nicht ausschließlich auf gute Wirtschaftspolitik zurückzuführen ist, aber sie ist auch darauf zurückzuführen.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Richtig.)

Insofern darf man an diesem Zusammenhang durchaus festhalten.

Ich weiß, dass die Wirtschafts- und Finanzkrise natürlich auch bei uns Auswirkungen hinterlässt. Wem will ich das bestreiten. Denken wir an den Schiffbau, denken wir an die Holzwirtschaft, denken wir an den gesamten Automobilsektor, wo wir die Zulieferung im Lande haben. Trotzdem ist es so, dass die Arbeitslosenzahl mit 106.400 die geringste Zahl seit 1991 ist.

(Irene Müller, DIE LINKE: Beschönigt ja, alles rausgerechnet. Beschönigt, alles rausgerechnet, was man nicht gebrauchen konnte.)

Und jetzt kommt wieder der Vorwurf der Manipulation, das ist doch ganz klar, das erwartet man auch förmlich, den Sie natürlich dann der Arbeitsagentur machen.

(Regine Lück, DIE LINKE: Nicht der Agentur. Die Statistik hat die Regierung hier beschlossen.)

Da staune ich auch immer. Ich will an dieser Stelle nur sagen, dass die Arbeitslosenquote, die durchaus vergleichbar ist – ich komme gleich noch darauf –, jetzt bei 12,3 Prozent liegt und wir im Mai 2010, verglichen zum Mai 2009, einen Rückgang um 12.000 Arbeitslose haben, dass wir jetzt drei Kreise haben, die unter zehn Prozent liegen, und davon zwei Kreise unter neun Prozent. Ich muss Ihnen sagen, das ist eine Entwicklung, die ich so vor drei, vier Jahren noch nicht für möglich gehalten hätte. Aber ich finde sie natürlich gut.

(Irene Müller, DIE LINKE: Man braucht ja nur neue Spalten in der Statistik zu erfinden.)

Von daher gesehen will ich auch auf die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung verweisen, die einigermaßen konstant bleibt zum Vorjahr. Das ist angesichts der Krisensituation auch noch als relativ gut zu bewerten. Dass dabei die Situation in den Branchen unterschiedlich ist, will ich am Rande nur erwähnen. Das können Sie auch nachlesen.

Sie wissen, dass wir im Bereich des Gesundheits- und Sozialwesens 2.800 Plätze, immer zum Vorjahr verglichen, dazubekommen haben. Wir haben auch Arbeitsplätze im Gastgewerbe dazubekommen. Wir haben – und das ist problematisch – ganz klar Arbeitsplätze verloren im verarbeitenden Gewerbe. Da müssen wir alle Möglichkeiten, die uns zur Verfügung stehen, nutzen, um gegenzusteuern, weil dies am Ende die Einkommenssituation im Lande verschlechtert. Dort haben wir 1.900 Arbeitsplätze verloren.

Ich will auch sagen, dass ich es hervorheben möchte, dass die Zahl der Langzeitarbeitslosen zurückgegangen ist. Ich will hier noch einmal zitieren,

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

dass nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit die Zahl von 60.694 Langzeitarbeitslosen – das sind jetzt vergleichbare Zahlen, damit wir das klar sehen – im April 2006 heute zu vergleichen ist mit circa 30.000, wenn auch die Optionskommune noch dazuzählt im April des Jahres 2010. Das sind die Fakten. Und da schreiben Sie nun eine Zahl in Ihren Antrag von 85.000. Wir haben wirklich alles unternommen, um diese Zahlen nachzuempfinden. Sie rechnen schlichtweg alles zusammen. Das kann man so nicht machen. Das wissen Sie aber auch. Ich bin ganz sicher, das wissen Sie auch.

(Irene Müller, DIE LINKE: Dann gucken Sie mal bei den Gewerkschaften rein, da haben Sie die Zahlen ganz schnell gefunden.)

Aber es macht sich leichter, wenn man alles draufrechnet. Im Übrigen will ich ganz klar sagen, wenn Sie zum Beispiel den Trick anwenden und sagen, wir rechnen die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, die nicht als arbeitslos gezählt werden, natürlich alle mit rein, dann will ich Ihnen sagen, das macht man bereits seit 2004.

(Regine Lück, DIE LINKE: Ja.)

Da liegen Sie aber falsch, wenn Sie das so machen. Dann müssen Sie zum Jahr 2004 auch die Sache drauflegen, dann hätten Sie eine realistische Zahl.

(Regine Lück, DIE LINKE: Aber so ist die Statistik.)

Das sind also keine Taschenspielertricks. Da muss man wirklich dreimal hingucken, um zu sehen, dass Sie schlichtweg falsche Zahlen verwenden.

Meine Damen und Herren, ich denke, dass es wichtig ist, Arbeitslose in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren und sie nicht durch öffentliche Beschäftigung von diesem Arbeitsmarkt förmlich abzuschotten. Ich begrüße deshalb auch alle aktuellen Anstrengungen des Bundes in diesem Bereich, die Beschäftigungschancen insbesondere für junge Menschen, Alleinerziehende und ältere Leistungsempfänger zu erhöhen. Ich will auch drei Beispiele nennen:

Erstens, die Aktivierungs- und Vermittlungsoffensive. Ich halte es in der Tat für richtig, dass man jungen Menschen sehr schnell ein Angebot macht. Die dürfen nicht erst lange durch die Instanzen laufen, sie müssen sehr schnell ein Angebot bekommen, um dann auch in Arbeit zu kommen.

Das Zweite ist das Beschäftigungschancengesetz für ältere Menschen. Hier geht es um die Entgeltsicherung für ältere Arbeitnehmer, Eingliederungszuschüsse für Ältere, die in Weiterbildung beschäftigten älteren Arbeitnehmer in kleinen und mittleren Unternehmen.

Das sind übrigens alles Punkte, die nicht vom Sparpaket betroffen sind, um das auch gleich an dieser Stelle zu sagen. Und ja, ich bin auch der Meinung, eine von vielen Möglichkeiten ist die Bürgerarbeit. Konkret ist die Situation hier so, dass bei uns im Lande von 18 Argen plus Kommune 12 diesbezüglich einen Antrag gestellt haben. Wir haben ein entsprechendes Begleitschreiben mitgemacht.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Wie der Kommunalkombi. – Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Ja, ist doch gut gelaufen mit dem Kommunalkombi. Wir haben über 2.000 Stellen im Lande gehabt.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Widerstand hat sich da entwickelt. – Irene Müller, DIE LINKE: Sie haben die Zahlen doch gar nicht erreicht.)

Ich kann nur sagen, dass wir auch bei der Bürgerarbeit unsere Möglichkeiten nutzen werden.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Wir wollten den Kommunalkombi nicht. – Harry Glawe, CDU: Stimmt gar nicht. Stimmt doch gar nicht.)

Nach gegenwärtiger Sicht könnten dies auch an die 2.000 Arbeitsplätze sein, die über diesen Weg, allerdings befristet für drei Jahre, hier erreicht werden können.

(Irene Müller, DIE LINKE: Dann haben Sie die wenigstens runter von der Arbeitsmarktstatistik.)

Ich will noch einmal sagen, dass natürlich auch die soziale Integration für uns wichtig ist. Ich will hier erwähnen, dass in Zuständigkeit des Sozialministeriums für den Zeitraum 2009 bis 2013 für Integrationsprojekte 12,5 Millionen Euro

(Irene Müller, DIE LINKE: Und wer bezahlt die Rentenversicherung?)

und für Kleinprojekte 6 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Das landesweite Integrationsprojekt PHARAO will ich auch noch erwähnen, wo immerhin 500.000 Euro eingesetzt werden.

Es geht darum, dass wir nach wie vor den Schwerpunkt auf den ersten Arbeitsmarkt richten, dass wir dort helfen, wo jemand sich selbst nicht helfen kann.

(Harry Glawe, CDU: Richtig, und das sind Langzeitarbeitslose.)

Das muss der Grundsatz bleiben und den werden wir weiterhin verfolgen. Insofern, es wird Sie nicht wundern, empfehle ich die Ablehnung Ihres Antrages. (Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke, Herr Minister.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der SPD die Abgeordnete Frau Schildt. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Ute Schildt, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin ein bisschen aufgewühlt: Es geht nicht um Statistiken, es geht nicht nur um Zahlen, es geht um Menschen.

(Helmut Holter, DIE LINKE, und Regine Lück, DIE LINKE: Eben.)

Es geht um Menschen, denn wir sprechen hier über Menschen, die langzeitarbeitslos sind. Und man muss einfach mal beginnen, sich in die Situation dieser Menschen hineinzuversetzen, die sich zum Teil sozial ausgegrenzt fühlen,

(Irene Müller, DIE LINKE: Denen hilft die Statistik überhaupt nicht.)

die darüber krank werden, sich ungebraucht fühlen, die in ihren Familien das zum Teil weitergeben, was sie selbst erleben. Aus dieser Sicht sollten wir diese Themen diskutieren und nach Antworten suchen für die Menschen, die davon betroffen sind. Ich glaube, wir werden glaubwürdiger, wenn wir das viel tiefgründiger tun würden.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Sehr gut, Frau Schildt.)

Und da meine ich beide Seiten, Herr Professor Methling, beide Seiten. Wir dürfen es nicht dramatisieren,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Oh, na ja. – Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Sie haben aber ganz dramatisch angefangen.)

was auf der einen Seite passiert, und nicht schiefreden, was es an Positivem gibt.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Sie haben aber ganz dramatisch angefangen.)

Und wir dürfen es nicht schönreden, sondern wir müssen nach Lösungen suchen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Da kommen mir fast die Tränen.)

Ich möchte hier für die Sozialdemokraten sagen, dass es nach wie vor unser höchstes Ziel bleibt, Vollbeschäftigung zu erreichen – dass das ein fernes Ziel ist, darüber sind wir uns im Klaren –,

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Vollbeschäftigung, wo jeder die Chance hat, den eigenen Lebensunterhalt durch seine Arbeit zu verdienen. Das ist schwer, denn wir sehen, dass Arbeit nicht immer gerecht und fair ist, sondern immer noch als Ziel formuliert sein muss. Wir wollen daher, dass die Leiharbeit begrenzt wird, dass die Mitbestimmung gestärkt wird, Mindestlöhne sich durchsetzen, und den sozialen Arbeitsmarkt ausbauen. Das alles trägt zur Würde der Menschen bei und dazu gehört auch der Mindestlohn.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Aber, meine Damen und Herren, die Arbeitsmärkte sind unter Druck geraten. Die deutsche Wirtschaft befindet sich im Strukturwandel, der bis zum Jahr 2030 einen Verlust von geschätzten 1,5 Millionen Arbeitsplätzen in der Produktion kosten wird. Es ist eine Umstellung, die müssen wir zur Kenntnis nehmen. Wir müssen auf diese Umstellung reagieren. Das tun wir im Land auch, denn es entstehen neue Beschäftigungsfelder. Wir haben in der vergangenen Woche die Branchenkonferenz Gesundheitswirtschaft durchgeführt. Das sind zum Beispiel Potenziale für die nächsten Jahre für sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Aber auch im Dienstleistungsbereich, im Bereich der erneuerbaren Energien gibt es absolute Chancen. Und es ist unsere Aufgabe, da wirklich Wege zu bereiten.

Hinzu kommt, dass der demografische Wandel zwischen 2020 und 2030 und damit verbunden der Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter Arbeitsplätze um 5,5 Millionen abbauen wird. Das heißt, wir befinden uns in einer Insgesamtbewegung, auf die wir jetzt langfristig reagieren müssen. Das hilft denen nicht, die jetzt unmittelbar davon betroffen sind. Fest steht, dass wir in Zukunft eine Arbeitsmarktlücke von mehreren Millionen schließen müssen. Natürlich ist diese Entwicklung mit Problemen verbunden und birgt Risiken, sie bietet aber auch die Chance, die Zeiten hoher Arbeitslosigkeit zu überwinden. Dafür tun wir alles, insbesondere in der Bildung, bei der Qualität und bei Weiterbildungsmaßnahmen.

Allein mit arbeitsmarktpolitischen Mitteln das Ziel der Vollbeschäftigung zu erreichen, wäre nicht möglich, aber die Instrumente, die wir gegenwärtig haben, müssen wir mit Konsequenz auch nutzen. Dazu gehört der Kommunalkombi, dazu gehören Jobperspektiven, das heißt ergänzende Zuschüsse, wenn es eine Neuanstellung gibt,

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

dazu gehören ebenso die Ein-Euro-Jobs, auch wenn sie verteufelt werden. Sprechen Sie mit den Menschen, die sie nutzen. Arbeitsverhältnisse vor Ort, sich sozial integrieren zu können, wieder gebraucht zu werden, einen geregelten Tagesablauf zu haben, das wird von den Betroffenen auch angenommen, denn es ist ein Instrument, wieder dabei zu sein.

(Heinz Müller, SPD: Richtig.)

Und deshalb darf man es nicht schlechtreden, sondern wir müssen schauen, wie können wir dieses Instrument verbessern oder andere solche Instrumente schaffen.

(Irene Müller, DIE LINKE: Aber man darf das auch nicht als Dauereinrichtung nutzen. – Regine Lück, DIE LINKE: Das ist keine Lösung.)

Uns ist bewusst, dass angesichts der derzeitigen konjunkturellen Lage die Zahl der Langzeitarbeitslosen ohne öffentlich geförderte Beschäftigung

(Irene Müller, DIE LINKE: Ausbeutung!)

nicht nachhaltig gesenkt werden kann.

(Rudolf Borchert, SPD: So ist es.)

Wir Sozialdemokraten haben uns daher am 15. März 2010 über die Grundlinien der sozialdemokratischen Arbeitspolitik für die kommenden Jahre verständigt. Teil unserer Politik wird der Ausbau des sozialen Arbeitsmarktes im öffentlich geförderten Beschäftigungssektor sein. Um Langzeitarbeitslosen eine neue Perspektive zu geben, wollen wir in den kommenden zwei Jahren zusätzlich bundesweit 200.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse anbieten.

Für die Entwicklung eines sozialen Arbeitsmarktes können wir insbesondere die Programme Kommunalkombi und Jobperspektive ausbauen. Die Finanzierung soll aus dem Bundeshaushalt erfolgen. Vorgesehen ist, dass wir im Rahmen der Haushaltsplanberatungen zusätzlich 3 Milliarden Euro zur Verfügung stellen können. Unser vorrangiges Ziel bleibt jedoch, mit den gegebenen arbeitsmarktpolitischen Instrumenten in Zusammenarbeit mit der Bundesagentur und den Argen eine nachhaltige Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt zu erreichen.

Wer sich den Ausbau öffentlich geförderter Beschäftigung vorgenommen hat, muss mit Augenmaß vorgehen. Gerade im kommunalen Bereich besteht die Gefahr, dass reguläre Arbeitsverhältnisse verdrängt werden. Zu bedenken ist auch, dass öffentlich geförderte Beschäftigung mit zusätzlichen Kosten verbunden ist, denn zusätzlich zum Ausgleich der geringeren individuellen Produktivität der Betroffenen muss die Anpassung der Arbeitsabläufe finanziert werden.

Über die genaue Ausgestaltung eines Konzeptes für einen sozialen Arbeitsmarkt wird die SPD in den nächsten Wochen einen intensiven Dialog mit Gewerkschaften, Unternehmerverbänden, Trägern der Wohlfahrtspflege und kommunalen Spitzenverbänden führen. Auf dem Bundesparteitag im September 2010 in Berlin werden wir unsere Grundsätze für die Arbeitsmarktpolitik neu fassen und verabschieden.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Wir brauchen also keinen Nachhilfeunterricht, meine Damen und Herren von der LINKEN,

(Irene Müller, DIE LINKE: Na, den haben Sie ja jetzt jahrelang gekriegt. – Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

wir sind selbst auf dem Weg.

Ein Ausbau eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors mit Landesmitteln ist vor dem Hintergrund der angespannten Finanzlage in unserem Land kritisch zu sehen.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Wir wissen, wie schwer es war, die Mittel für den Kommunalkombi zusätzlich zur Verfügung zu stellen,

(Raimund Frank Borrmann: Für die Griechenlandhilfe, auch für Spanien, Italien und Portugal.)

ganz besonders dann, wenn die Fraktion DIE LINKE in ihrem Antrag fordert, dass die finanziellen Mittel pauschal zur eigenverantwortlichen Verwendung an die Gemeinden ausgereicht werden sollen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Welch eine Gefahr!)

Nicht eine Gefahr, aber Sie wissen, dass es immer darum gehen muss, dass bestehende wirtschaftliche Tätigkeiten keine konkurrierenden Einsätze zur Seite haben.

(Michael Roolf, FDP: Ach ja?! Ach ja?!)

Das muss in den Beiräten abgestimmt werden. Das wissen Sie, dass das schon bei den Maßnahmen wie ABM

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

und den bisherigen Arbeitsmarktproblemen häufig ein Problem dargestellt hat, dass die Konkurrenz zu berücksichtigen ist.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ja, das wissen aber auch die Bürgermeister, Frau Kollegin.)

Auch im Hinblick darauf, dass wir kein eigenständiges Finanzprogramm haben, der Haushalt verabschiedet und die Mittel des Europäischen Sozialfonds bis 2013 festgelegt sind, werden wir Ihren Antrag ablehnen.

(Harry Glawe, CDU: Sehr gut.)

Nicht zu vergessen, wir sind in einer Koalition, in der unser Partner eine gänzlich andere Auffassung hat. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Schildt.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der FDP der Fraktionsvorsitzende Herr Roolf. Bitte schön, Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Michael Roolf, FDP: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Frau Schildt, ich denke, Sie haben es zu Recht angesprochen, dass es inhaltlich eigentlich darum geht, sich den Menschen zuzuwenden und nach Lösungen zu suchen, wie möglichst viele Menschen ein würdiges Leben erhalten und wir die Möglichkeit schaffen können, dass sie durch eigener Hände Arbeit ihre Familien ernähren können. Da sind wir, glaube ich, unmittelbar beieinander.

Ob der Ansatz, den die Kollegen von der LINKEN hier gesucht haben, der richtige ist, dazu hat Minister Seidel sehr viel gesagt. Es ist in der Tat gebetsmühlenartig in vielen Anträgen – ich habe sie mir mal raussuchen lassen – immer wieder die Aussage vorhanden, das Land muss generell seine Arbeitsmarktpolitik umsteuern, und das, was Herr Minister Seidel vor vier Jahren in Gang gebracht hat, nämlich dass wir uns auf den ersten Arbeitsmarkt zu fokussieren haben,

(Gino Leonhard, FDP: Ganz genau.)

das wieder infrage zu stellen und sich dem zweiten Arbeitsmarkt zuzuwenden.

Wir als Liberale sehen es klar und deutlich so, dass die Neuausrichtung, die die Landesregierung aus CDU und SPD in Richtung erster Arbeitsmarkt gemacht hat,

> (Helmut Holter, DIE LINKE: Sie können ja mal die Klischees bedienen. Davon wird es auch nicht anders.)

klar die richtige Richtung gewesen ist. Das Land Mecklenburg-Vorpommern hat leider acht Jahre verschenkt, in denen wir wirklich hätten aktive Arbeitsmarktpolitik machen können.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Sie haben ja gar keine Ahnung.)

Aber es berührt mich etwas anderes, dass wir mit Begrifflichkeiten schon Probleme haben, wenn wir über öffentlichen Beschäftigungssektor sprechen. Da werden viele Dinge durcheinandergewürfelt und da werden viele Dinge hin und her geschoben.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ja, es ist schon sehr bedenklich.

(Heinz Müller, SPD: Wie gut, dass Sie uns jetzt aufklären. – Helmut Holter, DIE LINKE: Vor allen Dingen die Zigarrendreher in Kuba.)

Wir bekommen offensichtlich ein neues Problem auf den Tisch, und zwar reden wir nicht mehr über den öffentlichen Beschäftigungssektor, sondern wenn LINKE, CDU und SPD sich in Mecklenburg-Vorpommern durchsetzen, reden wir zukünftig auch darüber – ich zitiere –: "Kommunen sollen stärker die Möglichkeit eigener wirtschaftlicher Beteiligungen nutzen."

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Heinz Müller, SPD: Das wäre sehr gut. – Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Und wir wissen das.)

Ich lese es noch mal vor: CDU, SPD und LINKE sind dafür, dass Kommunen zukünftig stärker die Möglichkeit haben, wirtschaftliche Betätigung zu nutzen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD – Zurufe von Helmut Holter, DIE LINKE, und Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Und da, sehr geehrter Herr Minister Seidel, haben wir Liberalen jetzt doch sehr, sehr große Befürchtungen, dass Sie dem Charme der Kollegin Linke, Entschuldigung, der Kollegin Lück hier doch erliegen und über den Hinterweg einen völlig neuen Ansatz finden, indem Sie sagen, wir geben jetzt dem Bürgermeister die Möglichkeit, wirtschaftliche Betätigung in der Kommune in einer völlig neuen Dimension, in einer völlig neuen Art und Weise aufzubauen.

(Udo Pastörs, NPD: Solange das nicht mit öffentlichen Geldern subventioniert wird. – Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

Das heißt, wir haben eine Situation in Mecklenburg-Vorpommern, und das sollte man allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern,

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

die momentan in privatwirtschaftlichen Unternehmen arbeiten, heute schon sagen, wir haben eine Gefahr vor uns,

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

dass es einen Wettbewerb geben wird zwischen der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen – so sich CDU, SPD und LINKE in diesem Land durchsetzen – und denen, die sich am freien Markt betätigen.

(Heinz Müller, SPD: Haben Sie Angst vor Wettbewerb, oder wie?! – Peter Ritter, DIE LINKE: Seit wann hat die FDP Angst vor Wettbewerb? – Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Wir Liberalen haben ein Forum ...

(Zurufe von Peter Ritter, DIE LINKE, und Hans Kreher, FDP)

Wenn Sie mich vielleicht einmal zu Ende reden lassen würden!

Wir Liberalen haben ein Forum dazu gemacht. Wir haben gesagt, es ist nämlich in der Form eine Riesengefahr,

weil diejenigen, die jetzt versuchen, in ihren Unternehmen mit ihren Mitarbeitern die Arbeitsplätze in Mecklenburg-Vorpommern zu erhalten, werden in einen Wettbewerb geschickt, den sie nicht gewinnen können,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Die Kommunen leisten Daseinsvorsorge. – Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

denn Kommunen haben einen Wettbewerbsvorteil. Kommunen haben die Möglichkeit, Privatwirtschaft aus dem Markt zu drängen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Das ist gut so. – Peter Ritter, DIE LINKE: Gestern haben Sie noch erklärt, den Kommunen geht es schlecht, heute sehen Sie den Vorteil. Na, was denn nun? Was denn nun?)

Herr Kollege Seidel, ich kann Sie wirklich nur eindringlich darum bitten, um den Menschen in Mecklenburg-Vorpommern, so, wie Kollegin Schildt es gesagt hat, nicht eine neue Angst zukommen zu lassen, dass Sie sich als Wirtschaftsminister sehr stark dafür einsetzen, dass zumindest die CDU alles in ihrer Macht Stehende tut, um zu verhindern, dass Kommunen sich zukünftig noch stärker wirtschaftlich betätigen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Wenn Sie das zulassen würden, dann würden Sie den Arbeitsmarkt in Mecklenburg-Vorpommern völlig durcheinanderbringen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: So ein Quatsch! – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Frau Kollegin Schildt, wir würden völlig neue Probleme bekommen.

(Irene Müller, DIE LINKE: Dann schaffen wir mal die Bürgerarbeit gleich wieder ab.)

Wir würden eine Entlassungswelle aus privatwirtschaftlichen Unternehmen bekommen. Wir würden genau das nicht erreichen, was wir erreichen wollen,

(Heinz Müller, SPD: Herr Schnur konnte nicht ein Beispiel nennen. Anschließend stufen wir noch die Straßen ab.)

nämlich dass wir wirklich etwas für die Menschen tun.

Herr Müller, das war jetzt wenig Qualität, aber ist auch egal.

(Heinz Müller, SPD: Ja, Gleiches mit Gleichem, Herr Roolf, Gleiches mit Gleichem. Was Sie sagen, hat noch weniger Qualität als das, was Sie gestern präsentiert haben. – Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Sie müssen sich einfach überlegen, was Sie mit Ihrem Politikansatz machen.

Und noch einmal: Herr Kollege Seidel, nicht dem Charme der attraktiven Frau Kollegin erliegen, sondern den Verstand weiter behalten!

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Das macht schon Herr Roolf.)

Wir sollten den Weg des ersten Arbeitsmarktes konsequent umsetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Rühs. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Günter Rühs, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist ja bekannt, dass die Fraktion DIE LINKE gerne, ich muss es so nennen, ideologisch geprägte Forderungen zu wirtschaftlichen und beschäftigungspolitischen Themen stellt.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Das, was Sie machen, ist Ideologie.)

Dazu ist sicher auch dieser Antrag mit der erneuten Forderung zu zählen,

(Zurufe von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE, und Udo Pastörs, NPD)

auf einen dritten sogenannten öffentlichen Beschäftigungsmarkt zu setzen.

(Irene Müller, DIE LINKE: Wir sind ja auch nicht zum Kaffeeklatsch hier! – Zuruf von Gino Leonhard, FDP)

Dennoch erlauben Sie mir bitte zu sagen, dass ich über die Formulierung in diesem Antrag doch erstaunt bin. So ist es meiner Meinung nach mit der tatsächlichen Situation auf dem Arbeitsmarkt in Mecklenburg-Vorpommern nicht zu vereinbaren, einen grundlegenden Kurswechsel in der Arbeitsmarktpolitik zu fordern. Hier sei auch noch einmal daran erinnert, dass wir Anfang des Monats mit 106.400 arbeitslos Gemeldeten die niedrigste Arbeitslosenzahl in einem Monat Mai seit 1991 aufweisen.

(Irene Müller, DIE LINKE: Ja, gemeldet und erfasst. – Zurufe von Regine Lück, DIE LINKE, und Peter Ritter, DIE LINKE)

Auf die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt hat ja der Wirtschaftsminister als mein Vorredner schon hingewiesen.

> (Udo Pastörs, NPD: Ja, rechnen Sie mal die Versteckten da rein, dann kommen Sie auf realistischere Zahlen. – Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Es sei noch einmal daran erinnert, dass seit Jahresbeginn auch die Anzahl der gemeldeten offenen Stellen

(Udo Pastörs, NPD: Rechnen Sie die einfach mit.)

deutlich im Vergleich zum Vorjahreszeitraum zugenommen hat, und das trotz der Wirtschaftskrise, in der wir uns befinden.

Aber, Frau Kollegin Lück, wir sind trotzdem nicht zufrieden damit.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Wirklich?! – Irene Müller, DIE LINKE: Also wissen Sie in Wirklichkeit, dass die Zahlen ganz anders sind.)

Nun aber zu Ihrem Antrag im Einzelnen: Zu den Feststellungen lässt sich bemerken, dass es sich natürlich von selbst versteht, die Langzeiterwerbslosigkeit von einem Teil der Arbeitslosen nicht zu akzeptieren. Im Gegenteil, es muss die Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt als oberste Priorität aller Arbeitsmarktpolitik bleiben.

Auch hier stimme ich mit dem Wirtschaftsminister dahin gehend überein, dass eine nachhaltige Beschäftigungspolitik nur darin bestehen kann, die Wiedereingliederung auf diesem ersten Arbeitsmarkt zu gewährleisten und nicht einen öffentlichen Beschäftigungssektor auf Dauer einrichten zu wollen.

(Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE)

Zur zweiten Feststellung des Antrags sei hier nochmals darauf hingewiesen, dass die angegebene Zahl von 85.000 Langzeitarbeitslosen nicht mit den Tatsachenzahlen in Einklang zu bringen ist. Vielmehr ist eine Zahl von Langzeitarbeitslosen im SGB II, plus diejenigen im Rechtskreis des SGB III, einschließlich der Optionskommunen, von insgesamt 56.000 realistisch. Der Wirtschaftsminister hat berechtigterweise bereits darauf hingewiesen, dass die Anzahl der Langzeitarbeitslosen insbesondere im Vergleich zum April 2006 deutlich abgenommen hat. Insofern ist die hier vorgeschlagene Feststellung unter 2. nicht nur von der Anzahl her zu hoch gegriffen, sondern auch von der Grundaussage her falsch.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wie schon eingangs gesagt, kann ich auch die Forderung nach einem grundlegenden Kurswechsel in der Arbeitsmarktpolitik gerade angesichts der jetzigen positiven Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern nicht unterstützen. Im Gegensatz zu dem im Antrag geforderten Konzept darf eine sozialversicherungspflichtige öffentlich geförderte Beschäftigung als dauerhaftes Instrument nicht als Ersatz zur Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt etabliert werden. Oberstes Ziel jeder Arbeitsmarktpolitik muss es sein, die Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt erfolgreich umzusetzen.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Dazu muss man auch entsprechend aufnahmefähig sein, Herr Rühs. – Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE, und Regine Lück, DIE LINKE)

Das ist jetzt nicht Gegenstand meiner Rede.

(Regine Lück, DIE LINKE: In der Wissenschaft gibt es nur einen Arbeitsmarkt.)

Die Forderungen von der Partei DIE LINKE verkennen, dass dies die einzige nachhaltige Lösung des Problems darstellen kann.

(Zurufe von Peter Ritter, DIE LINKE, und Udo Pastörs, NPD)

Auch hier wurde bereits dargelegt, welche Möglichkeiten auch auf der Bundesebene zur Umsetzung dieses Ziels ergriffen werden. Noch einmal sei erinnert an das Beschäftigungschancengesetz für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Aber auch eine in das Vermittlungssystem richtig und moderat eingebaute öffentliche Beschäftigung kann Teil einer solchen Eingliederungsanstrengung sein.

Von besonderer Wichtigkeit ist dabei aber der Unterschied zu dem hier geforderten dauerhaften Instrument, das Arbeit am ersten Arbeitsmarkt langfristig ersetzen soll. Die schon genannte Bürgerarbeit tut dies eben gerade nicht. Vielmehr ist im Rahmen der jetzt anlaufenden Bürgerarbeit ein vierstufiger Plan zur Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt zu durchlaufen. Nur wenn am Ende dieser Maßnahmen auf der vierten Stufe kurzfristig keine Eingliederung in den ersten Arbeits-

markt möglich ist, kann zu einer Übergangszeit eine öffentliche Beschäftigung aus dieser vermittelt werden. Ziel bleibt es aber nach wie vor, aus dieser öffentlichen Beschäftigung wieder in den ersten Arbeitsmarkt herüberzuwechseln.

Insofern erweist sich die Forderung des Antrags in beiden Punkten als überflüssig. Der geforderte Kurswechsel hin zu einem öffentlich geförderten und langfristig angelegten Ersatzarbeitsmarkt ist eben gerade nicht richtig.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Es gibt nur einen Arbeitsmarkt.)

Dort, wo öffentliche Beschäftigung kurzfristig Sinn machen kann, wird diese nun im Rahmen des Projektes Bürgerarbeit sinnvoll in die Vermittlungsaktivitäten in den ersten Arbeitsmarkt integriert.

Ihre Forderung, meine sehr geehrten Kollegen von der Linksfraktion, ist somit nicht zielführend. Sie versuchen mit Ihrem Antrag, die bereits erreichten Erfolge auf dem Arbeitsmarkt in Mecklenburg-Vorpommern kleinzureden. Wir lehnen uns aber an der Stelle nicht zurück, wie es hier verschiedentlich gesagt wurde, und demonstrieren Zufriedenheit. Im Gegenteil, für mich ist jeder Arbeitslose, insbesondere jeder Langzeitarbeitslose, einer zu viel. Ich bleibe dabei, in der Arbeitsmarktpolitik müssen wir auf den ersten Markt setzen und die hier erreichten Erfolge weiter ausbauen.

(allgemeine Unruhe)

Ich bitte Sie daher um die Ablehnung des Antrags.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Herr Andrejewski. Bitte, Herr Abgeordneter.

Michael Andrejewski, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der Tat, der Arbeitnehmerwechsel ist ein Konzept, in dem man Ausländer reinholt. Komisch, dass DIE LINKE dafür ist.

Vor uns liegt ein Antrag der LINKEN, zu dem man sich die Frage stellen muss: Was haben Sie eigentlich in den acht Jahren gemacht, als Sie hier in Mecklenburg-Vorpommern die Regierungsbank drückten?

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Bla, bla, bla! – Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Wir haben das gemacht, was die SPD und die CDU nicht gemacht haben.)

Ja, acht Jahre waren das, zumal die Forderung mit dem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor nicht erst seit gestern oder gar vorgestern in Ihrem Programm steht,

> (Barbara Borchardt, DIE LINKE: Wir haben zum Beispiel Sozialarbeiter eingestellt. – Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

sondern schon von vorangegangenen Generationen erhoben und streckenweise auch recht gut umgesetzt wurde. Das ist ja keine völlig neue Idee. Darauf hätten Sie auch früher kommen können. Aber jedes Mal, wenn Sie an die Macht kommen, verlieren Sie Ihr Gedächtnis und verwandeln sich von so einer Art sozialistischem Dr. Jekyll in einen ultrakapitalistischen Mr. Hyde, schlimmer als die FDP.

Tatsächlich sind, wie Sie im Antrag auch schreiben, die Ein-Euro-Jobs dazu angetan, die Erwerbslosenstatistiken zu schönen. Sie sind darüber hinaus nur bedingt ein geeignetes Instrument, Menschen dem ersten Arbeitsmarkt zuzuführen.

Wie mehrere Kleine Anfragen meines Kollegen Stefan Köster ergaben, betrug die durchschnittliche Eingliederungsquote für Teilnehmer an Ein-Euro-Maßnahmen zwischen dem 01.01.2005 und Oktober 2007 14,6 Prozent, 2008 lag sie bei 11,9 Prozent, im Jahr darauf bei 10,4. Mithilfe dieser Quote wird statistisch erhoben, wie viele Maßnahmeteilnehmer sich stichtagsbezogen sechs Monate nach Austritt aus der Maßnahme in einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung befanden. Ob sie von dem Lohn in Gänze Ihren Lebensunterhalt bestreiten konnten, geht daraus natürlich nicht hervor. Vermutlich befinden sich in ihren Reihen eine ganze Reihe oder eine ganze Schar von Aufstockern.

Dass die sogenannten Eingliederungsvereinbarungen ebenfalls nicht die gewünschten Effekte erzielen, ist ein offenes Geheimnis, eine reine Show meistens, mehr noch, hier wird eine Vertragsfreiheit vorgegaukelt, die so in Wirklichkeit nicht gegeben ist. Wir als NPD-Fraktion forderten dazu die entsprechende Abschaffung des Paragrafen 15 im SGB II. DIE LINKE stimmte wie alle anderen pseudodemokratischen Fraktionen auch diesem Vorstoß von uns Nationalen nicht zu.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Gegen Ihre Anträge kann man nur sein.)

Natürlich!

Alles in allem wäre das Geld, um einen natürlich streng definierten öffentlich geförderten Beschäftigungssektor aufzubauen, durchaus vorhanden. Ein Finanzproblem ist es nicht, es ist nur die Frage: Wo geht das Geld hin?

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Wer sehenden Auges durch die Welt läuft, der sieht, wofür in dieser glorreichen Bundesrepublik so alles Geld verplempert wird: für Auslandseinsätze Millionen, die Zahlen sind wahrscheinlich geschönt, Ausländerintegration, millionenschwere Agitation gegen die böse NPD,

(Helmut Holter, DIE LINKE: 36 Semester Studium. – Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

Beiträge für die Europäische Union, Rettungsaktionen für alle lieben europäischen Bruderländer, die sich ein bisschen verspekuliert haben – Griechenland, Spanien und wer weiß, wer noch dazukommt –, für die NATO, für die UN.

(Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

für den Internationalen Währungsfonds und so weiter und so fort. Bei den Kommunen, die am Ende der Nahrungskette zappeln, kommt letztlich immer weniger Geld an, natürlich bei den deutschen Kommunen, meine ich, nicht bei den griechischen. Hier müssten die LINKEN den Hebel ansetzen, aber dazu sind Sie mit Ihrer weltfremden internationalistischen Ideologie gar nicht in der Lage. Fast hätte ich übrigens noch Steuergeschenke an Großkonzerne und sogenannte Investoren aus Übersee sowie milliardenschwere Hilfen für Zockerbanken vergessen.

Es ist zu hoffen, dass wir irgendwann mal einen streng definierten öffentlich geförderten Beschäftigungssektor haben, den wir allerdings nicht brüchten,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Kaufen Sie sich mal 'ne Tüte Deutsch! Kaufen Sie sich mal 'ne Tüte Deutsch!)

wenn wir Zuwanderer aus aller Welt nicht in Massen beschäftigen würden. Würden wir diejenigen von diesen Leuten zurückschicken, deren Arbeitsplätze von Deutschen übernommen werden könnten, von Volksdeutschen,

(Heinz Müller, SPD: Volksdeutschen!)

hätten wir keine Arbeitslosigkeit und brüchten auch keinen Beschäftigungssektor. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Das Wort hat jetzt noch einmal für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Lück. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Jetzt kommt die Charmeoffensive.)

Regine Lück, DIE LINKE: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! DIE LINKE will: den Ausbau und nicht den Abbau von Daseinsvorsorge, den Ausbau und nicht den Abbau von sozialen und anderen Dienstleistungen, die Erledigung von für die Gesellschaft wichtigen Aufgaben und die Anerkennung dieser Leistungen durch gute Arbeit und durch guten Lohn. Das ist für uns soziale Gerechtigkeit.

Aus vielen Bereichen hat sich der Staat zurückgezogen und somit dafür gesorgt, dass Kultur, Bildung, Naturund Umweltschutz, medizinische Versorgung und in der sozialen Betreuung, in der Kinder- und Jugendarbeit und auch im Sport immer mehr unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet wird. Und das ist genau unser Punkt.

Ich möchte jetzt einfach mal meinen Redebeitrag beiseitelegen und Ihnen das noch mal erklären. Auf den Punkt gebracht sehen wir es wirklich so: Hier ist die Privatwirtschaft, da ist der öffentliche Dienst. Und wir sehen den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor als etwas Gleichrangiges.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Ich will Ihnen das auch mit Beispielen untersetzen. Wir sehen natürlich in erster Linie auch die Zielgruppe der Langzeitarbeitslosen,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

aber eben nicht nur. Gleichberechtigt heißt, dass auch andere Zielgruppen und Berufsfelder in diesen Bereich des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors einbezogen werden. Und wir hatten gute Beispiele in den acht Jahren unter Rot-Rot, zum Beispiel die der Schulsozialarbeiter,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig. Da haben die CDU-Landräte sehr gerne zugegriffen. – Zuruf von Hans Kreher, FDP)

die bewusst nicht im Schuldienst stehen, um nicht für den Vertretungsunterricht herangezogen zu werden, sondern die Sozialarbeit machen mit den Kindern und Jugendlichen in den Schulen.

> (Helmut Holter, DIE LINKE: Ja, richtig. – Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Das ist nämlich der Punkt. Und nehmen Sie die Jugendsozialarbeiter.

(Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Auch die Jugendsozialarbeiter gehören nicht in den öffentlichen Dienst,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

weil sie zum Beispiel bei uns in Rostock in den Stadtteilund Begegnungszentren nicht den Leitern der Zentren unterstellt sind,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das fand Herr Seidel als Landrat sehr toll.)

sondern dem jeweiligen Träger oder Verein, und unabhängig davon ihre Arbeit leisten. Und genau das ist auch öffentlich geförderter Beschäftigungssektor.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Helmut Holter, DIE LINKE, Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE, und Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig. – Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Ich möchte erinnern an unseren Antrag, den wir hatten, nämlich den, wenn Sie sich erinnern, zum Sport, zum Beispiel Trainer. Wir hatten gesagt, der Übergewichtigkeit von Kindern in den Kindereinrichtungen wollen wir entgegensetzen, dass in die Kitas, in die Kindergärten professionell ausgebildete Trainer gehen und altersgerecht und zielgerecht zum Beispiel Kindersport machen, um Übergewicht abzubauen.

(Sigrun Reese, FDP: Das gibt es doch schon. – Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Solche Projekte haben wir in Rostock. Und wenn wir solche Dinge flächendeckend angehen, dann ist das öffentlich geförderte Beschäftigung. Und genau das ist die Zielstellung.

(Hans Kreher, FDP: Die Betreuungsrelation, wenn wir die verändern, dann wäre das doch schon ein wesentlicher Fortschritt.)

Ich will abschließend zu der Argumentation mit der Statistik noch einmal sagen, es gibt über neun Gruppen, die nicht in die Arbeitslosenstatistik mit einbezogen sind.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Das sind nämlich die Älteren ab 58 Jahren, die Arbeitslosengeld I bekommen, das sind die 58-Jährigen, die Arbeitslosengeld II bekommen, die sind nicht mehr in der Statistik erfasst, das sind die Ein-Euro-Jobber, das sind die, die in beruflicher Weiterbildung sind,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Arbeiten bis 67!)

das sind die, die in Eignungs- und Trainingsmaßnahmen sind, das sind die, die in beruflicher Eingliederung sind, die den Beschäftigungszuschuss erhalten, die in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen integriert sind. Und die letzte Gruppe, nämlich die kranken Arbeitslosen, das sind auch noch mal 37.000 in Deutschland, die sind auch aus der Statistik raus. Also erzählen Sie mir nichts davon, wir haben immer die alte Platte an!

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ändern Sie über Bundesregierungsbeschluss, dass die BA nicht solche Statistiken machen muss, dann haben wir schon viel erreicht.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig. – Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Lück.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3496. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schon. Die Gegenprobe? – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Danke schön. Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3496 bei Zustimmung durch die Fraktion DIE LINKE, Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, CDU und FDP sowie Stimmenthaltung vonseiten der Fraktion der NPD abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 29**: Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Klimawandel, Drucksache 5/3481.

Antrag der Fraktion der NPD: Klimawandel

- Drucksache 5/3481 -

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Borrmann. Bitte, Herr Abgeordneter.

Raimund Frank Borrmann, NPD: Bürger des Landes! Herr Präsident! Was zahlt eigentlich ein Bürger im Jahr an Steuern gegen den Klimawandel? Summa summarum, Bürger Landtagsabgeordnete, sind es nach einem Bericht der "Berliner Zeitung" vom Dezember 2009 877 Euro jährlich, die allen Deutschen abgenommen werden, auch mit Ihrer Hilfe. Mit diesem Geld soll der Klimawandel verhindert werden, ich sage: soll, denn ob wie bei der Ökosteuer nicht doch etwas in andere Kanäle fließt, sei dahingestellt, aber trauen kann man in diesem maroden Staat niemandem.

Also, Klimawandel soll verhindert werden. Aber nein, das ist zu viel verlangt. Selbst die Landesregierung antwortet auf meine Zusatzfrage in der Fragestunde am 29. April 2010, Zitat: "Das Klima unserer Erde hat sich in der Vergangenheit geändert und ändert sich auch aktuell, was auf verschiedene Ursachen zurückzuführen ist." Zitatende.

(Udo Pastörs, NPD: Gute Antwort.)

Aha! Wenn es immer einen Klimawandel gab, ändert sich das Klima auch heute. Die Frage ist nur: Warum, Bürger des Landes, werden euch 877 Euro abgezwackt, und das jedes Jahr mit steigender Tendenz, wenn es sowieso immer einen Wandel gab? Die Antwort: Dieser heutige Klimawandel ist ein besonderer, er ist vom Menschen verursacht und geht einher mit steigenden Temperaturen. Die Landesregierung beruft sich auf den Vierten Sachstandsbericht des IPCC, des Intergovernmental Panel on Climate Change,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Das macht sie zu Recht.)

aus dem sie zitiert, die Landesregierung, dass, und ich zitiere jetzt noch mal, "der größte Teil des beobachteten Anstiegs der mittleren globalen Temperatur seit Mitte des 20. Jahrhunderts sehr wahrscheinlich durch den beobachteten Anstieg der anthropogenen Treibhausgaskonzentrationen verursacht" ist. Zitatende.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: So ist es. Ja, ja.)

Jedem wissenschaftlich gebildeten Menschen fallen an diesem Zitat zwei Dinge auf:

(Peter Ritter, DIE LINKE: Da fallen Sie ja nicht drunter, Herr Borrmann.)

erstens "der größte Teil des beobachteten Anstiegs" der Welttemperatur. Was heißt "größter Teil"? 90 Prozent, 70 Prozent, 50,1 Prozent,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ja, da müssen Sie selber mal die Studien lesen, Herr Borrmann, und nicht so einen Unsinn erzählen.)

30 Prozent gegenüber anderen kleinen Prozentanteilen? Und worauf geht der andere, geringere Teil des beobachteten Anstiegs zurück? Was sind dessen Ursachen? Und wie kommt man darauf, dass diese Ursachen einen geringeren Anteil haben?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das wissen die Wissenschaftler, die haben das sogar erzählt.)

Der zweite Auffaller ist die Formulierung "sehr wahrscheinlich".

(Udo Pastörs, NPD: Ja, ja, Marxismus-Leninismus war ja auch Wissenschaften, Sie Dreimalschlauer!)

Das heißt, wir bewegen uns hier nicht im Bereich der exakten Wissenschaften, sondern auf dem Feld der Wahrscheinlichkeitstheorie.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ich glaube, der Borrmann ist noch klüger als Sie, er verwechselt nur manches.)

Wie wahrscheinlich aber sind die Aussagen des IPCC, die doch laut Landesregierung den Stand der aktuellen Wissenschaft darstellen?

(Peter Ritter, DIE LINKE: Vor allem hat Herr Borrmann doch ML studiert, der muss es ja wissen. – Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

90 Prozent, 70 Prozent, 50,1 Prozent? Ministerpräsident Erwin Sellering ist ein Mensch, alle Menschen sind sterblich.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Mit wissenschaftlicher Exaktheit lässt sich sagen, dass auch er wie wir alle sterben muss.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ach!)

Aber wann wird das sein? Männer sterben nach dem aktuellen Stand der Wissenschaft mit 74 Jahren, der größte Teil jedenfalls.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ich glaube, Sie sind wieder mal auf Abwegen, Herr Borrmann.)

Das ist sehr wahrscheinlich. Aber Erwin Sellering kann auch 100 Jahre alt werden.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Sie wandern wieder auf dem See herum jetzt.)

Mit so einer Wissenschaft kann niemand sagen,

(Heinz Müller, SPD: Er versucht rüberzuwandern, aber ist nicht.)

ob er noch die Rente erlebt oder steinalt wird. Bestenfalls die Versicherungen können ausrechnen, ab wann die Versicherungssumme für sie profitabel ist.

IPCC kann nicht einmal das. Die Kernaussage des IPCC ist also, wir haben höhere Welttemperaturen und die Hauptschuld daran trägt der Mensch. Wodurch? Mit seinen menschlichen Treibhausgasemissionen.

Meine Zusatzfrage im April 2010 war, Zitat: "Wie erklärt sich die Landesregierung den Widerspruch zwischen der vorindustriell erhöhten Temperatur" – gemeint waren die Mittelalterliche Warmzeit, das römische Klimaoptimum und die griechische Warmzeit – "und der heute niedriger liegenden Temperatur, obwohl wir heute" höhere "CO2-Emissionen haben?" Zitatende.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ich kann Ihnen einige Studien geben. Die können Sie lesen.)

Dr. Stefan Rudolph aus dem Wissenschaftsministerium gibt sich alle Mühe, meine Frage zu beantworten,

(Marc Reinhardt, CDU: Welches Ministerium?)

und wird auch hier beim Vierten Sachstandsbericht des IPCC fündig,

(Heinz Müller, SPD: Sie haben das Wirtschaftsministerium falsch abgelesen.)

Zitat: "Die derzeit verfügbaren Belege, lassen darauf schließen, dass die mittleren Temperaturen der Nordhemisphäre während der mittelalterliche Warmzeit (950-1100 n. C.), betrachtet man die letzten 2000 Jahre, tatsächlich warm waren. Ebenso gilt dies im Vergleich …"

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

"für weitverbreitete durchschnittlich kalte Bedingungen im 17. Jahrhundert."

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Wollen Sie jetzt das Klima retten oder sich lustig machen?)

"Nichtsdestotrotz sind die Nachweise nicht ausreichend um die Schlussfolgerung zu stützen, dass die hemisphärischen Durchschnittstemperaturen, zu irgend einer Zeit des Mittelalters, so warm waren, oder das Ausmaß warmer Regionen so groß war, wie dies im ... 20. Jh. der Fall gewesen ist."

(Peter Ritter, DIE LINKE: Eigentlich müsste er einen Friseur haben, dem er das erzählen kann, so, wie der aussieht.)

Zu Deutsch: Um das Jahr 1000 nach Christus war es wärmer als um 1700 nach Christus.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ach nee, wirklich, ja?)

Und heute ist es wärmer als um 1700 nach Christus.

(Michael Andrejewski, NPD: In unseren Regionen.)

Aber warum ist es um 1000 nach Christus wärmer als 1700 nach Christus? Darauf gibt Dr. Rudolph von der Landesregierung keine Antwort.

(Udo Pastörs, NPD: Kann er auch nicht.)

Hat er keine Antwort im IPCC-Bericht, Chapter 6 gefunden?

Alle sagen, Zitat: "Heute ist es wärmer als 1700 wegen der von Menschen freigesetzten Treibhausgase." Zitatende.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Und nachts ist es kälter als draußen.)

Das ist Stand der Wissenschaft. Punkt.

(Heinz Müller, SPD: Und übern Berg ist es weiter als zu Fuß.)

Wer zweifelt, ist ein Wissenschaftsleugner. Die Frage ist nur: Warum war es um 1000 wärmer als 1700? Wo liegt da die Ursache? Beim CO₂, für das wir 877 Euro Ablass berappen müssen? Hm, zur Zeit der Kreuzzüge ins Heilige Land gab es noch keine Industrie, also gab es eine andere, zweite Ursache,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

die nichts mit CO2 zu tun hatte.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ja, das ist bekannt.)

Aber wenn diese Ursache 2 und nicht CO2 um 1000 nach Christus das Klima erhitzt hat,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Nennen Sie doch mal ein paar Faktoren! Vielleicht kennen Sie welche. – Zuruf von Heinz Müller, SPD)

welchen Einfluss spielt Ursache 2 um 2000 nach Christus

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

und in welchem Wirkverhältnis steht sie zu der Ursache für den heutigen Klimawandel, das vom Menschen freigesetzte CO₂?

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ja, ja, darüber halten sie Vorträge, die Herren.)

IPCC behauptet, die Ursache CO₂ hat heute den größten Einfluss. Die Ursache 2, verantwortlich für das Warmklima um 1000 nach Christus, wird weder genannt noch mit den heutigen Ursachen für ein wärmeres Klima abgewogen.

Weiter sagt das Zitat des Dr. Stefan Rudolph von der Landesregierung auf Deutsch, um 1000 war es wärmer als im Jahr 1700. Aber es gibt keine Daten von Wetterstationen, die belegen, dass es um 1000 weltweit wärmer war als heute, 2000 Jahre nach Christus.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ja, es gab ein paar weniger Wetterstationen damals.)

Auch hier sind Zweifel angebracht. Dr. Stefan Rudolph hat nicht zitiert, dass Lem, ein Forscher, der auch im IPCC-Bericht genannt wird, schlussfolgerte, dass die Temperaturen der Mittelalterlichen Warmzeit wahrscheinlich um 1 bis 2 Grad Celsius höher lagen, als dies zu Beginn des 20. Jahrhunderts war, bei einer Klimaerwärmung von 1,2 Grad Celsius seit 1890 also etwa die Temperatur, in der wir heute leben. Später relativierte Lem diese Daten und sagte, dass man unterschiedliche Gebiete des Globus und unterschiedliche Jahreszeiten berücksichtigen müsse.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Aha!)

Angela Merkel fliegt heute nach Grönland und beklagt das Schmelzen des Eisschildes. Dies gilt als Beweis für die globale Klimaerwärmung. Was aber taugt dieser Beweis? Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass den Wikingern solche Anblicke erspart geblieben sind. Zu ihrer Zeit gab es keine Gletscher, sondern grünes Weideland, das sie für die Viehzucht nutzten. Auch das Nordpolareis war wesentlich kleinflächiger oder gar nicht vorhanden, in Großbritannien baute man Wein an – alles nur regionale Erwärmung, geben einige Wissenschaftler zur Auskunft. Während sich also Grönland, Kanada und Europa bis zum Ural eingeschlossen heißliefen, war es anderswo kälter?

(Udo Pastörs, NPD: Klimaschwindel. Das ist, um Geld zu machen.)

Das Oregon Institute führte im Saragossa-Meer, einem Teil der Karibik, Temperaturmessungen der Meeresoberfläche durch. Das Ergebnis ist verblüffend. Um 1000 vor Christus und um 500 vor Christus war die Meeresoberfläche um 2 Grad wärmer als heute. Sie betrug damals 25,2 Grad Celsius, während des Klimaoptimums im Mittelalter noch etwa 24,5 Grad Celsius. Heute liegt sie bei lediglich 22,9 Grad Celsius.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Das überrascht Sie wohl, oder was? – Zuruf von Dr. Marianne Linke, DIE LINKE)

Dabei ist die absolute Größe gar nicht von Belang, obwohl auch sie den Schrecken, der heute bei steigenden Temperaturen ausgelöst wird, relativiert. Viel entscheidender ist: Wie kam es überhaupt zu diesen Schwankungen ohne den vom Menschen freigesetzten Faktor CO₂?

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Welche CO₂-unabhängigen Ursachen spielten und spielen bei globalen Temperaturveränderungen eine Rolle? Darauf gibt der Vierte Sachstandsbericht des IPCC keine Antwort. Die Landesregierung stützt sich bei ihrem politischen Handeln vielmehr auf einen Bericht, der den Charakter einer biblischen Schöpfungsgeschichte angenommen hat. Am Anfang war das Paradies,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Und dann kamen Sie, ja.)

ein heiles Klima ohne von Menschen imitiertes CO₂. Aber dann kam die böse Schlange und reichte die Frucht der Erkenntnis. Der Mensch fing an, seine Welt zu industrialisieren.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Aber nicht gleich, ne?)

Das nun freigesetzte CO_2 wird ihm jetzt dieses Paradies zerstören.

Die Geschichte hat nur einen Haken: Wie die israelitische Bibel keine Welt vor der Schöpfung kennt, kann die IPCC-Bibel keinen Klimawandel vor der vom Menschen verursachten CO₂-Emission erklären.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Sie sind ja ein richtiger Ökoaktivist.)

Beide Deutungstheorien sind nur auf einen Sündenfall, eine Ursache fixiert, die die Welt, genauer gesagt den Menschen und seine Gesellschaft, ins Verderben stürzen. Ist es für den judaisch-christlichen Glauben die Erbsünde, die wir abzutragen haben, kennt die IPCC-Theorie nur die von Menschen freigesetzten Treibhausgase

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Nun sind Sie aber wirklich verwirrt.)

und hier allen voran das CO_2 -Gas als den Faktor, der unsere Erbsünde ist.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Verwirrt und verirrt.)

War im Mittelalter das Heil nur über das Bekenntnis zur Schuld und den Ablass zu erringen, so können wir heute nur durch die Einsicht über die Gefahren des CO_2 und die Steuern zur Bekämpfung des Klimawandels eine Zukunft nach dem Tode erretten.

Der mittelalterliche Ablasshandel ist im Zertifikatehandel der CO₂-Emissionen wieder auferstanden.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Wie lange hat denn der noch Zeit?)

Die Herkunft der Gebeine von Dinosauriern, die Kohleflöße als Überreste der Karbonwälder, die Flugsaurier der Kreidezeit, all dies war und ist mit der Schöpfungstheorie,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Da ist doch bei Ihnen was durcheinandergeraten, Herr Borrmann.)

genauer gesagt mit den beiden Schöpfungsmythen aus dem Buch der Genesis, nicht zu erklären.

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Revolutionstheorie sprengt Schöpfungsgeschichte.

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Die Klimaschwankungen, die höheren Klimatemperaturen vor der Industrialisierung, ja, vor der Menschheit, sind mit auf CO_2 basierten Klimasteuerungsmodellen nicht zu erklären,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ja, das ist bekannt.)

ohne sich in endlose Widersprüche zu verirren.

Wie sind Temperaturerhöhungen oder Temperaturminderungen zu erklären ohne das vom Menschen freigesetzte CO₂? Gab es noch andere CO₂-Quellen, wenn ja, welche? Welche Rolle spielen sie heute? Gab es CO₂-externe Quellen,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Darüber sind ganze Bücher geschrieben worden, Herr Borrmann.)

wenn ja, warum finden sie heute keine Beachtung? Die Fragen spielen sich nicht im akademischen Raum ab.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Es geht wie zu Johann Tetzels Zeiten um gesellschaftliche Mittel, die für bestimmte Zwecke benötigt und eingetrieben werden, mit kruden Theorien und angsteinflößenden Szenarien. Immerhin hat es seinerzeit gereicht, um den Petersdom zu errichten und die Reformation unter Luther und Melanchthon auszulösen. Und was ist heute? Milliarden Euro werden in Zertifikate-Emissionsgeschäften umgesetzt, Steuern werden erhoben. Während der Bürger murrt, wenn ihm sonst seine Geldbörse geschröpft wird, gibt er bereitwillig, wenn er mit dem Klima zugleich die Zukunft sichern kann, etwa so, wie der mittelalterliche Mensch unter den Abgaben und Frohnden stöhnte und rebellierte, wenn die Steuerlast stieg, aber er bereitwillig seine letzte Kupfermünze in den Kasten warf, damit die Seele in den Himmel sprang.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Sie zitieren doch sonst immer den BUND, das sollten Sie hier auch tun.)

Die vom IPCC vertretenen Auffassungen können nicht nur nicht erklären, warum es ohne die vom Menschen gemachten CO₂-Emissionen Perioden gab,

(Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

in denen die Temperatur um einiges höher lag als heute

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ja.)

und die Welt nicht gekocht wurde,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Die Frage stellen Sie jetzt zum zehnten Mal.)

sie können auch nicht begründen, warum in Vorzeiten die CO_2 -Konzentration in der Erdatmosphäre höher lag als heute, etwa bei 1000 ppm im Vergleich zu 380 ppm von heute, und es bei dieser Konzentration nicht zu einer Klimakatastrophe kam. Der Zweifel ist der Wurm, der nagt am Stamm des Irrglaubens, die Säure, die zersetzt den kostbaren Marmor, auf dem die Lüge thront.

Die Landesregierung bekennt sich zum wissenschaftlichen Bericht des IPCC wie einst die Bischöfe des Alten Reiches zum Aberglauben des Heiligen Stuhls in Rom.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Mit welchen Folgen? Ist das IPCC ein monolithischer Block, der die Wissenschaft der Welt vereint? Nein, es ist eine politische Vereinigung in Sachen Umweltreligion

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Erzählen Sie nicht so einen Unsinn!)

zum Zwecke der Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Wenn die wüssten, wie Sie über die reden!)

angesichts der von Karl Marx konstatierten Tendenz der sinkenden Profitrate durch die veränderte organische Zusammensetzung des Kapitals.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Was ist Glaube und was ist Wissenschaft? Ohne diese Klärung kommt die Landesregierung zu keiner Politik, bei der sinnlose Projekte vermieden werden. Wenn das geschieht, können wir die Steuern senken – um 877 Euro, Tendenz steigend.

Für meine Fraktion beantrage ich namentliche Abstimmung.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Oh Gott, oh Gott, worüber eigentlich? Worüber sprachen Sie eigentlich? – Udo Pastörs, NPD: Mancher Professor kriegt das eben gar nicht auf die Reihe.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Im Ältestenrat ist eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vereinbart worden. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erste hat das Wort für die Fraktion der FDP die Abgeordnete Frau Reese. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

(Gelächter bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Sigrun Reese, FDP: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

(Norbert Baunach, SPD: Wir lehnen ab.)

Sehr geehrte NPD-Abgeordnete!

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Nicht übertreiben! – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Der Überraschung aus Ihrer Richtung nicht genug: Nach den bisherigen Ausführungen in diesem Hause zu bereits geführten Debatten zum Klimawandel in der Vergangenheit und zur Landwirtschaft hätte ich gerade von Ihnen nicht erwartet, dass Sie solche Klimaskeptiker sind.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Herr Borrmann schien ja ein Ökologe zu sein. – Udo Pastörs, NPD: Ja, ist er auch. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Mit Ihrem Antrag wollen Sie jedwede wissenschaftliche Arbeit zu diesem Thema in Misskredit bringen und infrage stellen.

(Zurufe von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE, und Udo Pastörs, NPD)

Die von Ihnen aufgestellten Forderungen greifen entschieden zu kurz, um dieses Thema hinreichend zu bewerten.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Udo Pastörs, NPD: Aber Sie!)

Der CO₂-Ausstoß ist lediglich ein Faktor, der den Klimawandel beeinflusst. Klimawandel und Klimaschutz sind als offenes, ganzheitliches System zu sehen, welches eine Querschnittsaufgabe für Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und die gesamte Gesellschaft ist und von vielen verschiedenen Faktoren abhängig ist.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Klimawandel ist als zentrales Thema des 21. Jahrhunderts die Herausforderung für die Menschheit. Je länger gewartet wird, um dem Klimawandel zu begegnen, desto schwerer und teurer wird die Lösung dieser Aufgabe. Noch ist die Eingrenzung des Klimawandels auf 2 Grad möglich. Die Zeit, in der diese Möglichkeit besteht, wird aber immer knapper. Wir stehen zu dem 2-Grad-Ziel und zur Einsparung an Kohlendioxid um 40 Prozent bis 2020 und zur 80- bis 95-prozentigen Einsparung bis 2050.

Letztendlich bietet aber der Klimawandel auch die Chance, nachhaltiges und qualitatives Wachstum zu schaffen. Es ist offensichtlich, dass der Klimawandel zu einem Anstieg des Meeresspiegels, extremen Wetterereignissen und zu Dürreperioden führen kann. In einigen Staaten ist diese Bedrohung bereits greifbar.

In Ihrer ersten Forderung soll die Landesregierung ihre Auffassungen zum Klimawandel "auf eine breitere Grundlage" stellen. Es wäre doch einmal interessant zu erfahren, wie breit diese Grundlage Ihrer Meinung nach sein muss. Sie stellen es so dar, als wenn der Bericht des Weltklimarates die fixe Idee einiger weniger weltfremder Menschen wäre,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Weil er keine Ahnung hat.)

die Ihrer Meinung nach vielleicht im weitesten Sinne als Wissenschaftler zu bezeichnen wären.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Ahnung schon.)

Der Vierte Sachstandsbericht ist ein Konsenspapier der überwiegenden Mehrheit von mehr als 500 Fachautoren und mehr als 200 Fachgutachtern. Nach unserem Empfinden ist dieser Sachstandsbericht damit bereits auf eine sehr breite Grundlage gestellt. Der Bericht stellt den aktuellen Sachstand der Beteiligten dar. Zu seiner Erstellung wurden die verfügbar aktuellsten Veröffentlichungen ausgewertet. Eine breitere Grundlage, die noch objektiver ist und sowohl regionale als auch globale Entwicklungen einbezieht, ist unserer Auffassung nach weder möglich noch notwendig.

Kommen wir zu Punkt b) Ihres Antrages: Hier soll die Landesregierung von der Behauptung Abstand nehmen, dass "der erhebliche Einfluss des Menschen auf das Klima ... spätestens seit dem 4. IPCC-Bericht 2007 als wissenschaftlicher Fakt definiert (ist)".

Werte Herren, es mag einem passen oder auch nicht, aber eine Veränderung des Klimasystems ist eindeutig. Daran ändern auch ein bis zwei kältere Winter nichts. Dies ist aus Beobachtungen der Anstiege der mittleren globalen Luft- und Meerestemperaturen, dem ausgedehnten Abschmelzen von Schnee und Eis sowie dem Anstieg des mittleren globalen Meeresspiegels ersichtlich.

(Udo Pastörs, NPD: Sie wollen das Klima konservieren.)

Der größte Teil des beobachteten Anstiegs

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

der mittleren globalen Temperatur seit Mitte des 20. Jahrhunderts ist sehr wahrscheinlich durch die anthropogene Treibhausgaskonzentration mitverursacht. Demzufolge beruht die genannte Aussage auf dem Sachstandsbericht des Weltklimarates, der von allen Nationen – und somit auch Deutschland – mitgetragen wird.

Zusammenfassend ist zum Weltklimabericht 2007 zu sagen, dass es ein Sachstandsbericht ist, der auch von uns in einigen Punkten durchaus kritisch gesehen wird. Alles ist im Fluss und muss ständig kritisch hinterfragt werden. Wie Sie sicherlich wissen, hat der Weltklimarat eine unabhängige Kommission benannt, um den so heftig kritisierten 4. Sachstandsbericht zu überprüfen und dessen Ergebnisse kritisch zu hinterfragen.

Zwar ist es bedauerlich und auch zu kritisieren, dass im Nachhinein Fehler und auch angebliche Fehler im Bericht festgestellt wurden, ebenso ist aber auch zu kritisieren, dass diese Fehler, vermengt mit ein paar Verzerrungen, genutzt werden, um die gesamte Klimaforschung zu diskreditieren. Mit solch einem Verhalten wird die Arbeit der vielen Tausend Beteiligten schändlich an den Pranger gestellt.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Udo Pastörs, NPD: Wo ist denn das Ozonloch geblieben?)

Wichtig an dieser Stelle muss es sein – so medienwirksam die aufgezeigten Fehler, beispielsweise das Abtauen des Himalajas, auch sind –, diese Fehler zu analysieren und zu beheben. Solange man keine andere Datenlage hat, muss man auf diesen Bericht zurückgreifen, und deshalb sollte es in unser aller Interesse liegen, dass die realen Fehler in dem Bericht beseitigt werden, damit man wieder auf fundierte Daten zurückgreifen kann.

(Michael Roolf, FDP: Jawohl.)

Zum Punkt c) des Antrags bleibt zu sagen, dass die Absorptionsbanden des Kohlendioxids in Abhängigkeit von der Konzentration sowohl des Kohlendioxids als auch der anderen Treibhausgase in der Atmosphäre bei den Klimamodellen miteinbezogen werden. Dies gilt ebenso für Rückkoppelungen zwischen atmosphärischen Gasen, die Verdunstung und Wolkenbildung sowie für Flächennutzungen.

Wir vermuten, dass Sie mit dem ersten Zwischenbericht der Enquetekommission den ersten Zwischenbericht der Enquetekommission "Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre" meinen. Zu diesem ersten Zwischenbericht bleibt anzumerken, dass er bereits im Jahre 1988 vorgelegt wurde. Die von Ihnen zitierte Aussage und der Sachverhalt treffen jedoch nur für einen Teilbereich des Kohlendioxidspektrums zu. Sie gilt für die 15-Mikrometer-Bande des Kohlendioxids. In anderen, geringeren Banden mit 10 Mikrometer und 5 Mikrometer ist die Absorption geringer und kann durch zusätzlich in die Atmosphäre gelangtes Kohlendioxid noch erhöht werden

Sie sollten sich für Ihre Darstellungen nicht Bereiche herausgreifen, die ohne einen Hinweis auf die Wirkung in Teilbereichen als falsch zu bezeichnen sind. Allein damit liefern Sie schon wieder Gründe, den hier vorliegenden Antrag abzulehnen.

Die physikalischen Grundlagen wie beispielsweise die Absorptionsbanden, die Strahlungsbilanzänderung, die Absorptionswirkung, die turbulente Atmosphäre bis hin zur Quantenphysik sind den Klimatologen und Klimamodellentwicklern durchaus bewusst und werden von ihnen in den Modellen berücksichtigt.

Abschließend bleibt zu sagen, dass Ihr Antrag deutlich zeigt, dass Ihre Angaben auf Informationen nicht wissenschaftlicher Internetseiten beruhen. Auf diesen Seiten sind die Informationen oft bewusst falsch oder fehlerhaft wiedergegeben worden, und das wissen Sie ganz genau.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Immerhin. – Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Es werden falsche Literaturquellen angegeben und Zitate bewusst aus dem Zusammenhang herausgenommen. Dies alles geschieht mit dem Ziel, wissenschaftlich belegte Fakten unglaubwürdig zu machen. Um zu weiteren Informationen zu kommen, kann wiederum auf den Vierten Sachstandsbericht des IPCC verwiesen werden, in dem auch die physikalischen Grundlagen dargestellt sind. Man sollte auf seriöse Internetseiten zurückgreifen.

Es wird Sie sicherlich nicht verwundern, dass wir Ihren Antrag gemeinsam ablehnen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Sehr gut, Frau Reese, sehr gut.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Abgeordnete Reese.

Es hat jetzt noch einmal das Wort für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Borrmann. Bitte, Herr Abgeordneter

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Oh, die Sonne wieder. – Reinhard Dankert, SPD: Scheint die Sonne noch so schön, einmal muss Herr Borrmann gehn. – Zuruf von Michael Roolf, FDP)

Raimund Frank Borrmann, NPD: Herr Präsident! Bürger Abgeordnete! Bürger des Landes!

(Minister Dr. Till Backhaus: Oh, nicht schon wieder!)

Sehr geehrter Herr Backhaus, vielleicht könnte ich ja auch mal was von Ihnen vernehmen. Sie schweigen ja immer, wenn ich was sage. Aber das muss ja nicht sein.

> (allgemeine Heiterkeit – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das Beste, was er machen kann.)

Vielleicht fällt Ihnen ja nichts ein.

(Reinhard Dankert, SPD: Besser wäre es ja, wenn Sie schweigen würden.)

Sie brubbeln da nur hinten so ein bisschen auf der Bank herum, aber daraus werde ich auch nicht schlauer und die Bürger des Landes auch nicht.

(Zurufe von Wolf-Dieter Ringguth, CDU, und Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Ich glaube, es kann nichts schaden,

(Zuruf von Michael Roolf, FDP)

ich glaube, es kann nichts schaden, wenn man Skeptiker ist

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ja. – Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

in diesem System und in diesem Land

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

und mit offenen Augen durchs Leben geht und auch einmal andere Stimmen hört als immer nur die etablierten.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Dass Sie Stimmen hören, das glaube ich. – Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Ja, Ihre zum Beispiel, Herr Ritter! Nur sehr qualifiziert ist das nicht, was Sie so dazwischenrufen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ja, das trifft den Kern.)

Frau Reese, Sie sagen, CO₂ ist nur ein Faktor, das geben Sie zu, das sage ich auch. Das bestreite ich ja gar nicht

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Kennen Sie auch die anderen Faktoren, Herr Borrmann?)

oder das bestreiten auch die Klimaskeptiker gar nicht. Sie sagen nur, CO₂ ist nicht der einzige Faktor, und die ganze Politik der Landesregierung, der Bundesregierung, europäischer Institutionen, des Weltklimarates,

(Reinhard Dankert, SPD: Das ausländische CO₂.)

aller Konferenzen, die dazu stattfinden, von denen man hört, die drehen sich letztendlich nur ums CO₂.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Das ist doch Quatsch, was Sie erzählen.)

Die drehen sich letztendlich nur darum zu regeln, wie dieses CO₂ vermindert werden soll mit riesigem Aufwand. Es werden Milliarden dafür, Hunderte Milliarden dafür ausgegeben, um Industrie umzustellen,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ja, weil man das beeinflussen kann, Herr Borrmann.)

aber die anderen Faktoren, die werden weder genannt,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Wolfgang, gib's auf! Das begreift der eh nicht. – Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

noch kann man hier irgendwelche Maßnahmen ergreifen, die zu einer Verminderung führen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Nennen Sie die mal! Jetzt will ich das mal wissen.)

Und die Frage ist, und das wird überhaupt nicht thematisiert,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Na, zum Beispiel?)

in welchem Verhältnis CO₂ und die CO₂-Konzentration in dem Gesamtkonzept oder in dem Gesamtkonstrukt, in dem Gesamteinfluss der klimatischen Veränderungen,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Was denn nun?)

die ja von keinem bestritten werden, hier eine Rolle spielt.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Na, selbstverständlich gibt es dafür Kalkulationen.)

Und Ihre Politik oder die Politik der Etablierten geht einzig und allein darauf hinaus, dass Sie sagen, wir können nur CO_2 beeinflussen, und mit der Reduktion der CO_2 -Emissionen, der von Menschen gemachten CO_2 -Emissionen ...

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Welche Faktoren gibt's denn noch, Herr Borrmann?

Jetzt frage ich zum fünften Mal.)

Diese Reduktion, das schaffen wir, mit all dem Geld sind wir in der Lage, einen Anstieg zu verhindern von 2 Grad Celsius.

(Reinhard Dankert, SPD: Wenn Sie die Klappe halten würden, würden Sie viel weniger CO₂ produzieren.)

Und dies ist eben fraglich. Und das ist ja das Problem, was ich aufgeworfen habe und worauf keine Antwort gegeben wird. Wenn es zu anderen Zeiten Schwankungen gibt, die völlig unabhängig vom CO₂ ablaufen,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ja.)

die mehr als 2 Grad Celsius ausmachen,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ja.)

wer sagt denn, dass das, was heute passiert, nur auf CO₂ zurückzuführen ist? Und wenn es nicht auf CO₂ zurückzuführen ist, wer sagt, dass eine dramatische oder eine starke Veränderung des CO₂-Wertes überhaupt

(Reinhard Dankert, SPD: Wenn Sie die Klappe halten würden, würden Sie viel weniger CO₂ produzieren.) zu Wirkungen führt, die dann weniger als diese 2 Grad ermöglichen?

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Welche Faktoren kennen Sie denn noch, Herr Borrmann?)

Das ist nicht nachweisbar, sondern es wird nur monokausal, es wird immer nur in eine Richtung gedacht, es wird nicht komplex gedacht. All diese Faktoren, von denen Sie auch gesprochen haben, die werden ja nicht thematisiert

> (Torsten Koplin, DIE LINKE: Ein Glück, dass wir Sie haben, Herr Borrmann. – Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

und es wird auch nicht bewertet, welchen Einfluss die haben, sondern es wird immer nur streng auf CO_2 geguckt, alles dreht sich nur ums CO_2 .

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Dann müssen Sie mal Tagungen besuchen, da wird darüber auch anders gesprochen.)

Und diese einseitige Sicht auf das CO₂, die führt letztendlich zu einer Politik, die den Leuten das Geld aus der Tasche zieht.

> (Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Sie stehen doch im Nebel, Herr Borrmann! – Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

Denn wenn Sie über andere Faktoren reden würden, dann hätten Sie kein Mittel, um dafür Steuern eintreiben zu können.

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

Wenn Sie zum Beispiel über den Wasserdampf reden würden, der eine viel größere Bedeutung hat als das CO2,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ja, Wasserdampf kann man gut beeinflussen.)

ja, wie wollen Sie denn Wolkenbildung verhindern? Wollen Sie eine Wolkensteuer einführen oder wie soll das passieren? Das geht doch gar nicht, nicht?

(Udo Pastörs, NPD: Das machen die auch noch. Das kommt auf die Schieflage der Haushalte an.)

Es gibt diese anderen Faktoren. Oder wollen Sie Rinderherden schlachten wegen des Methans? Geht auch nicht. Das wird auch nicht durchgeführt.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ja. – Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

So.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Die Sonnenflecken müssen wir noch beeinflussen jetzt. – Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Sie sagen letztendlich, dass diese ganze CO₂-Zertifikateindustrie dazu führt, dass es ein nachhaltiges Wachstum gäbe und dass das Wachstum dadurch angeregt wurde. Natürlich ist doch im Mittelalter auch durch den Ablasshandel Wachstum hervorgerufen worden,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen der CDU und FDP)

es wurden Klöster gegründet, es wurde – das hatte ich schon erwähnt –, es wurde der Petersdom gebaut. Aber wurde damit die Sünde aus der Welt geschaffen? Ist das wirklich möglich?

(Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

Und diesen Nachweis erbringen diese Studien nicht.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Aha!)

Und wenn Sie sagen, ja, Sie müssen nur seriöse Internetseiten aufrufen und die anderen sind nicht so wahrhaftig –

(Udo Pastörs, NPD: Woran erkennt man die?)

wer legt denn das fest?

(Udo Pastörs, NPD: Richtig.)

Im Mittelalter gab es immerhin die Inquisition.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Da gab's kein Internet.)

Die Inquisition hat gesagt: Wenn ihr nicht an das und das und das glaubt, dann seid ihr Ketzer. Und wenn ihr ...

(Udo Pastörs, NPD: Die Erde ist eine Scheibe!)

Genau, die Erde ist eine Scheibe.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Sie haben 'ne Scheibe, ja. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Und wenn ihr sagt, das ist 'ne Kugel und die Erde dreht sich um die Sonne,

(Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

dann seid ihr Ketzer und dann werdet ihr verbrannt.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Und letztendlich werden die Leute heute zwar nicht auf den Scheiterhaufen geschmissen,

(Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

sondern ihnen werden die wissenschaftlichen Gelder entzogen, sie kriegen keine Projekte. Sie kriegen nur dann Geld,

(Udo Pastörs, NPD: Wenn sie mitmachen.)

wenn in ihrem Projekt steht: Bitte, ich will jetzt nachweisen, dass CO₂ einen Klimawandel bewirkt und dass das zum Weltuntergang führt.

(Udo Pastörs, NPD: Genauso ist das.)

Und wenn sie was anderes schreiben, kriegen sie kein Geld.

(Udo Pastörs, NPD: So ist das.)

Da wird ihnen das Geld entzogen. Aber das ist doch,

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

das sind doch dieselben Strukturen -

(Zuruf von Wolfgang Griese, DIE LINKE)

Machtstrukturen! – wie im Mittelalter. Und letztendlich haben Luther und Melanchthon mit ihrer Reformation genau davon unabhängig werden wollen.

(Reinhard Dankert, SPD: Dann müssen Sie uns bloß noch erklären, wie Sie jetzt ins Mittelalter zurückkommen. Das wäre mal ganz interessant.)

Und genauso ist es heute so, dass diese kritischen Stimmen im Internet – die es Gott sei Dank gibt –,

(Zurufe von Angelika Peters, SPD, und Udo Pastörs, NPD)

diese kritischen Stimmen versuchen, darauf hinzuweisen, dass es Fehler in diesen IPCC-Berichten gibt und dass es auch Zensur in diesem IPCC-Komitee gibt, dass alle diejenigen,

(Zuruf von Hans Kreher, FDP)

die diese Theorie nicht unterstützen, isoliert werden. Und es gibt diese anderen Stimmen, nicht?

(Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Und jetzt eine Zensur einzuführen und zu sagen,

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

nein, diese Seiten, die darf man nicht lesen, und diese Seiten, die sind erlaubt,

(Hans Kreher, FDP: Wir haben die alle gelesen. Wir wissen das wahrscheinlich besser als Sie.)

da sind wir doch wieder im Mittelalter und das lehnen wir ab.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Die Fraktion der NPD hat gemäß Paragraf 91 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung namentliche Abstimmung zu ihrem Antrag auf Drucksache 5/3481 beantragt.

Meine Damen und Herren, wir beginnen jetzt mit der Abstimmung. Dazu werden Sie hier vom Präsidium namentlich aufgerufen und gebeten, von Ihrem Platz aus mit Ja, Nein oder Enthaltung Ihre Stimme abzugeben. Ich bitte den Schriftführer zu meiner Linken, die Namen aufzurufen.

(Die namentliche Abstimmung wird durchgeführt.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat?

(Die Abgeordneten Lorenz Caffier, Harry Glawe und Gino Leonhard werden nachträglich zur Stimmabgabe aufgerufen.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat? – Das ist offensichtlich nicht der Fall.

Dann schließe ich die Abstimmung und unterbreche die Sitzung für zwei Minuten zur Feststellung des Ergebnisses. Die Sitzung ist unterbrochen.

Unterbrechung: 15.23 Uhr

Wiederbeginn: 15.24 Uhr

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich darf Ihnen das Ergebnis der Abstimmung bekannt geben. An der Abstimmung haben insgesamt 54 Abgeordnete teilgenommen. Mit Ja stimmten 5 Abgeordnete, mit Nein stimmten 49 Abgeordnete. Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3481 abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 30**: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Kindertagesförderung finanziell stärken – für eine chancengleiche Entwicklung der Kinder des Landes, auf der Drucksache 5/3495.

Antrag der Fraktion DIE LINKE: Kindertagesförderung finanziell stärken – für eine chancengleiche Entwicklung der Kinder des Landes – Drucksache 5/3495 –

Das Wort zur Einbringung des Antrages hat die Abgeordnete Frau Dr. Linke von der Fraktion DIE LINKE. Bitte schön, Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

Dr. Marianne Linke, DIE LINKE: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ich glaube, wir erinnern uns alle noch ganz gut an die Einführung des Kindertagesförderungsgesetzes im Jahr 2004. Es waren ja mit dieser Einführung sehr unterschiedliche Wirkungen verbunden. Der Anspruch auf vorschulische Bildung und gesunde Lebensweise wurde erstmals verbindlich geregelt und auch finanziell untersetzt. Es gab eine unerwartete mediale Begleitung dieses Prozesses, an der sich Kitas und Eltern, also Praxis und Wissenschaft gleichermaßen beteiligten.

Dieser offensive Umgang mit Fragen der frühkindlichen Persönlichkeitsentwicklung hatte einen sehr positiven Nebeneffekt. Die Inanspruchnahme der Kindertagesplätze erhöhte sich gravierend von 90,5 im Jahre 2003 auf 96 Prozent der entsprechenden Jahrgänge im Jahr 2004. Eltern wollten ihre Kinder an den Bildungsprozessen teilhaben lassen. Das war erfreulich und das forderte auch das Land in finanzieller Hinsicht.

2005 haben deshalb alle mit der Kindertagesbetreuung befassten Institutionen diese Situation analysiert. Und in den Haushaltsberatungen der Landesregierung einigte man sich damals mit Sozialpolitikern der SPD und PDS, in den Haushalt des Sozialministeriums für die Jahre 2006 und 2007 jeweils 2 Millionen Euro außergesetzliche Mittel zur Abfederung dieser erhöhten Inanspruchnahme einzustellen. Alle Beteiligten waren sich damals einig, also im Jahr 2005, dass dieser Prozess zu beobachten und bei anhaltenden höheren Kinderzahlen die im Gesetz vorgesehene Finanzausstattung entsprechend zu erhöhen ist.

(Harry Glawe, CDU: Das machen wir doch.)

Theoretisch, Herr Glawe,

(Vincent Kokert, CDU: Nicht nur theoretisch. Wir beseitigen den Murks, der vorher passiert ist. – Zurufe von Harry Glawe, CDU, und Torsten Renz, CDU)

hätte das Sozialministerium umgehend, also Ende 2006, eine entsprechende Sofortmaßnahme treffen müssen. Praktisch, und das wissen Sie ja nun ganz genau,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

lief alles ganz anders.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Der damalige Sozialminister Herr Sellering entdeckte die sozial Schwachen als haushalterische Verfügungsmasse und machte sie zur Zielscheibe seiner Sparmaßnahmen.

> (Harry Glawe, CDU: Das glaube ich jetzt nicht. – Torsten Renz, CDU: Das ist aber eine Unterstellung. – Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Mittel für Blindengeld, vorschulische Bildung wurden drastisch gekürzt und auch die 2 Millionen Euro für die erhöhte Inanspruchnahme in den Kitas

(Harry Glawe, CDU: Das Blindengeld wollten Sie schon 2003 kürzen.)

wurden nicht etwa aufgestockt, sondern ersatzlos gestrichen.

(Vincent Kokert, CDU: Ihr Gesetz ist auf ganzer Linie gescheitert. – Zurufe von Harry Glawe, CDU, und Torsten Renz, CDU)

Die 2008 wirksam werdenden Kürzungen der Mittel für die Kindertagesförderung haben sich dann auch, im Gegensatz zu allen Wahlversprechungen, in steigenden Elternbeiträgen, aber auch in erhöhten kommunalen Aufwendungen niedergeschlagen.

(Harry Glawe, CDU: Das wird doch korrigiert, Frau Dr. Linke.)

Nun hat das Landesparlament reagiert

(Harry Glawe, CDU: Genau, das ist schon mal positiv. – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

und mit dem geltenden Doppelhaushalt den Sockelbetrag des Landes endlich um ...

Vielleicht, Herr Präsident, könnten Sie bitte mal den Abgeordneten sagen, dass ich das Rederecht habe im Augenblick!

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der CDU – Vincent Kokert, CDU: Das entscheidet der Präsident ganz alleine, ob er eingreift. – Zurufe von Harry Glawe, CDU, und Torsten Renz, CDU)

Ja, Herr Glawe, ich wiederhole das noch einmal: Nun hat das Landesparlament reagiert und mit dem geltenden Doppelhaushalt den Sockelbetrag des Landes endlich um 5 Millionen Euro erhöht.

(Harry Glawe, CDU: Siehste! – Vincent Kokert, CDU: Ja, darum ist der Antrag überflüssig, den können Sie zurückziehen.)

Das ist vernünftig und findet unsere Zustimmung. Nur, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, die Leistungen, für die dieses Geld vorgesehen ist, werden bereits seit sechs Monaten erbracht und müssen von den Kommunen und den Eltern vorfinanziert werden.

(Harry Glawe, CDU: Wir gleichen es jetzt wieder aus, Frau Doktor.)

Wir halten es für unvertretbar, die Ausreichung dieser Mittel an die Verabschiedung des Kindertagesförderungsgesetzes zu knüpfen. Die Novelle ist in entscheidenden Passagen fragwürdig und veränderungsbedürftig.

(Harry Glawe, CDU: Ach! – Vincent Kokert, CDU: Beispiele! – Zuruf von Torsten Renz, CDU) Sollte seriös gearbeitet werden, ist der Termin der Verabschiedung im Landtag also eher strittig

(Harry Glawe, CDU: Unstrittig, unstrittig!)

und die Kommunen müssen weiter auf die bereits beschlossenen Finanzmittel warten.

Meine Fraktion fordert deshalb, dass den Kommunen unverzüglich, spätestens zum 01.07.2010, mindestens die bereits verausgabten Mittel, also die Hälfte der 5 Millionen Euro, zweckgebunden für die Kindertagesförderung ausgehändigt werden,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

was für die zweite Hälfte des Jahres endlich zu einer finanziellen Entspannung auf diesem sozial so bedeutsamen Feld führen wird.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Harry Glawe, CDU: Siehste, siehste! Danke für's Lob. – Vincent Kokert, CDU: Na, also! – Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Dr. Linke.

Im Ältestenrat ist eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 30 Minuten vereinbart worden. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erste hat ums Wort gebeten die Ministerin für Soziales und Gesundheit Frau Schwesig. Bitte schön, Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Ministerin Manuela Schwesig: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ich freue mich sehr, dass die Fraktion der LINKE das Vorhaben der Landesregierung unterstützt,

(Udo Pastörs, NPD: Fraktion DIE LINKE!)

schon in diesem Jahr den örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe 5 Millionen Euro zusätzlich für die Kindertagesförderung zur Verfügung zu stellen. Sie wissen, das ist ein wichtiger Punkt unseres Gesetzes, das wir am 29. April in Erster Lesung hier in den Landtag eingebracht haben. Danach sollen die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe noch in diesem Jahr 9,2 Millionen Euro erhalten und ab 2011 jedes Jahr 15 Millionen Euro. 5 Millionen Euro davon sind geplant für die erhöhte Inanspruchnahme. Dieses Geld soll auch nach dem bewährten System des Kindertagesförderungsgesetzes vergeben werden.

Allerdings, wenn man Ihrem Antrag folgen würde, würden wir genau dieses umgehen. Wir würden den Eltern nämlich keinen Gefallen tun,

(Torsten Renz, CDU: Aha!)

denn wir müssen die 5 Millionen ...

(Zurufe von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE, und Peter Ritter, DIE LINKE – Heinz Müller, SPD: Wer hat denn hier jetzt eigentlich das Wort?)

Herr Ritter, ich gehe davon aus, dass die Fraktion DIE LINKE noch einmal von ihrem Rederecht Gebrauch macht. Dann können Sie das sicherlich anders darstellen (Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Aber bitte geben Sie mir die Gelegenheit, die Fakten, die hier in Ihrem Antrag und eben im Redebeitrag von Frau Dr. Linke ziemlich durcheinandergebracht worden sind, klarzustellen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Deswegen, ich versuche es noch einmal zu erklären: Wir haben jetzt ein Gesetz, in dem ein Festbetrag drinsteht, wie viel Geld an die Kommunen geht. Und auf diesen Festbetrag wollen wir für dieses Jahr 5 Millionen Euro draufpacken.

(Dr. Marianne Linke, DIE LINKE: Das Jahr ist aber bald vorbei.)

Bei den Kommunen und vor allem bei den Kitas kommen dann nicht nur 5 Millionen Euro an, sondern – weil jetzt im Gesetz steht, dass auch die Landkreise und kreisfreien Städte was drauflegen müssen – noch mal 1,4 Millionen Euro zusätzlich. Das würde nicht passieren, wenn wir die 5 Millionen Euro jetzt einfach so ausreichen. Es macht auch viel mehr Sinn, 5 plus 1,4 Millionen Euro an die Kommunen auszureichen, als nur 5 Millionen Euro. Deswegen können wir diese Ausreichung nur machen, wenn wir das Gesetz im Landtag auch so beschließen. Das ist das eine.

Das andere ist, dass wir ein vom Landtag beschlossenes Leistungsgesetz – und das ist ja das KiföG – nicht einfach allein auf den Haushaltsplan gestützt durch einen Landtagsbeschluss umgehen können. Das empfehlen wir jedenfalls nicht dem Landtag. Deswegen ist es wichtig, dass wir die vorgesehene Zweckbindung der Ausgleichsmittel über das Gesetz regeln und nicht einfach durch einen Landtagsbeschluss. Ich empfehle, auch nicht zu suggerieren, dass diese 5 Millionen Euro zu erheblichen Elternbeitragssenkungen eingesetzt werden.

(Zuruf von Dr. Marianne Linke, DIE LINKE)

Das haben wir überhaupt nicht gesagt. Das haben wir niemals gesagt. Wir haben gesagt, diese 5 Millionen Euro stehen dafür zur Verfügung, dass die Mehrkinder, die derzeit in den Einrichtungen sind, seit 2004, seit dem Gesetz, was Sie auf den Weg gebracht haben, worin Sie keine Deckelung haben ...

(Vincent Kokert, CDU: Genau, das ist grandios in die Hose gegangen.)

Die Deckelung heben wir erstmalig auf, mit dem Gesetz, was jetzt im Landtag ist. Das ist der eigentliche Schlüssel dafür, dass die Elternbeiträge nicht mehr steigen.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Ritter?

Ministerin Manuela Schwesig: Selbstverständlich.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Ministerin, würden Sie mir zustimmen, dass wir bereits jetzt in der Situation leben, in der wir von einer gestiegenen Inanspruchnahme der Kita-Plätze reden müssen, dass bereits jetzt zusätzliche Ausgaben entstehen und dass bereits jetzt die Jugendämter der Kreise verpflichtet sind, auch diese Kosten zu begleichen? Und würden Sie mir auch bestätigen, dass es aus der kommunalen Ebene heraus Forderungen gibt, eben nicht bis zum Inkrafttreten des Gesetzes zu warten,

um diese Gelder zur Verfügung zu stellen, sondern jetzt, weil jetzt die Ausgaben fällig sind?

Ministerin Manuela Schwesig: Das kann ich nicht so komplett bestätigen. Ich kann mich nicht erinnern, dass Sie in Ihrer Regierungszeit jede Forderung, die kam, auch erfüllt haben.

(Vincent Kokert, CDU: Das haben Sie mit Ihrem KiföG zu verantworten, dass die Kommunen jetzt so dastehen.)

Und ich würde gerne bestätigen:

Punkt 1, die Inanspruchnahme ist gestiegen. Seit 2004 haben wir über 15.000 Kinder mehr in den Einrichtungen.

Punkt 2, das jetzige Gesetz, was 2004 auf den Weg gebracht und beschlossen worden ist, enthält eine Deckelung der Landesmittel. Das ist das eigentliche Problem. Deshalb hat sich das Land nicht mehr adäquat an dieser gestiegenen Inanspruchnahme beteiligt und dadurch sind die Elternbeiträge gestiegen. Das werden wir auch nicht alleine mit den 5 Millionen Euro auflösen, sondern das können wir nur auflösen, indem wir die Deckelung der Landesmittel aufheben. Das werden wir ab 01.01.2011 tun, indem wir eine Pro-Kopf-Förderung ausreichen. Und das ist der finanzpolitische und familienpolitische Erfolg des Gesetzes, was jetzt den Landtag erreicht hat. Das werden wir nur ändern können, wenn dieses Gesetz so schnell wie möglich beschlossen wird.

(Harry Glawe, CDU: Genau.)

Und dafür werbe ich. Das ist der richtige Weg. Damit haben die 5 Millionen Euro nur bedingt zu tun.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Und ein dritter Punkt: Ja, es ist richtig, dass die Kommunen sagen, bitte zahlt uns das Geld jetzt schon aus. Aber es ist auch richtig, Herr Ritter, dass es haushaltstechnisch nicht geht. Es ist auch richtig, dass, wenn wir es einfach am jetzigen Landesgesetz vorbei vorweg auszahlen, die Kommunen nicht verpflichtet sind, dann ihre 1,4 Millionen Euro draufzulegen. Ich finde, uns sollte jeder Euro für den Kita-Bereich Wert sein. Ich möchte die 1,4 Millionen Euro sehen, das haben wir übrigens auch so mit den Kommunen beschlossen.

Und dazu kommt außerdem, dass sie keine Verpflichtungen gegenüber den Kommunen haben, dass diese 5 Millionen Euro für Elternbeitragssenkungen eingesetzt werden, weil die Kommunen schon längst für diese Mehrkinder zahlen. Gute Kommunen werden sagen, dann werden wir es trotzdem weiter einsetzen, aber es kann auch Kommunen geben, die sagen, ja, schön, ich zahle schon für den Haushalt und deswegen werde ich es jetzt für die Haushaltssanierung nutzen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, eben, eben.)

Das, was Sie suggerieren, weil wir jetzt die 5 Millionen Euro nicht ausreichen, können die Elternbeiträge nicht gesenkt werden, ist schlichtweg falsch. Ich stehe nicht dafür zur Verfügung, den Eltern in diesem Land Sand in die Augen zu streuen. Ich habe immer gesagt, wie es wirklich ist. Wir müssen die Deckelung aufheben und dann können wir in Zukunft die Elternbeiträge einigermaßen stabil halten. Mehr zu versprechen, wäre unverantwortlich.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD – Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE) Vizepräsident Andreas Bluhm: Frau Ministerin, gestatten Sie noch eine Frage des Abgeordneten? (Zustimmung)

Bitte, Herr Ritter.

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Ministerin, Sie haben zu Recht oder zu Unrecht die Unzulänglichkeiten des KiföGs dargestellt, welches ich mit zu verantworten habe. Wenn Sie wissen, dass dieses Gesetz zu unzulänglich ist, wie Sie das ja auch immer in Ihren Reden beschreiben, warum hat es dann so lange gedauert bis zur Novelle oder bis zur jetzigen Gesetzesvorlage? Warum sind wir dann als Abgeordnete gezwungen, in einem Parcoursritt dieses Gesetz zu verabschieden?

Ministerin Manuela Schwesig: Herr Ritter, ich habe nie behauptet, dass dieses Gesetz unzulänglich ist. Ich habe immer gesagt, dass dieses Gesetz eine gute Basis ist, darauf aufzubauen, weitere Verbesserungen zu machen und die Dinge, die uns Schwierigkeiten bereitet haben, wie die Deckelung, aufzuheben. Das ist übrigens auch nicht mein persönlicher alleiniger Erfolg, dass wir das aufgehoben haben. Es ist durch die Unterstützung des Finanzministeriums und die Regierungsfraktionen entschieden worden, dass wir hier den wichtigsten finanzpolitischen Baustein setzen. Das ist Punkt 1.

Punkt 2. Ich finde nicht, dass die Erarbeitung des Gesetzes zu lange gedauert hat. Mir war es immer wichtig, dass ich nicht einfach als Ministerin Gesetze am grünen Tisch erarbeite, diese dann meinen Ressortkollegen vorlege, die davon noch nie etwas gesehen haben, irgendwann später meine Regierungsfraktion damit überrasche und die Verbände und Vereine und Eltern sowieso. Das ist nicht mein Politikstil. Ich habe mir einen anderen angeeignet,

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

und zwar den, dass ich frühzeitig mit allen Beteiligten rede.

Sie wissen es, ich habe eine Kita-Tour gemacht. Wir haben Gespräche mit dem Landesjugendhilfeausschuss und mit der Liga in großen Runden geführt. Wir haben das erste Mal davon Gebrauch gemacht, dass die neue Geschäftsordnung anbietet, Vereine und Verbände vor der ersten Kabinettsbefassung anzuhören. Das war auch sehr gut, weil wir dann noch mal Dinge ändern konnten. Also, wir haben uns für dieses Gesetz viel Zeit genommen, um es transparent zu machen, es gemeinsam zu beraten. Dafür sind wir übrigens, trotz der Kritik, die es natürlich an diesem Gesetz gibt, auch gelobt worden von allen Seiten. Das war mir wichtig und es hat diese Zeit in Anspruch genommen. Aber gerade, wenn es Ihnen so wichtig ist, dass dieses Geld zügig ankommt, dann muss es Ihnen doch auch wert sein, ruhig mal eine Extrasitzung zu machen, um dieses Gesetz so schnell wie möglich zu beraten und zu beschließen.

(Vincent Kokert, CDU: Genau.)

Ich möchte gerade Sie daran erinnern, ich bin auch sehr froh, dass Ihre Fraktion davon Gebrauch gemacht hat, dass ich als Ministerin von Anfang an frühzeitig zur Verfügung stand, dieses Gesetz vorzulegen, es in den Fraktionen vorzustellen und es auch gemeinsam zu beraten.

Dann setzen wir noch mal an den Beschlüssen der Kommunen an: Ich habe durchaus Verständnis dafür,

(allgemeine Unruhe)

dass die Kommunen sagen ...

Vizepräsident Andreas Bluhm: Frau Ministerin, bitte.

Ministerin Manuela Schwesig: Ich habe durchaus Verständnis dafür, dass die Kommunen sagen, wir wollen so schnell wie möglich das Geld sehen. Deswegen unternehmen wir ja alle diese Anstrengungen. Ist ja nicht so, dass wir alle bisher in der Hängematte gesessen und nichts gemacht haben. Alle, ob Ministerium oder Ausschüsse, haben sich bemüht, so schnell wie möglich die Sachen hier auf den Weg zu bringen. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir das bis Juli auch noch so hinbekommen.

Ich will aber noch einmal betonen, so, wie es sich die Kommunen vorstellen, geht es

- a) haushaltstechnisch nicht und
- b) wäre es sogar schlecht, weil wir dann nicht den kommunalen Anteil mit auf den Weg bringen.

Ich kann nicht als Mitglied der Landesregierung dafür zur Verfügung stehen, Dinge zu unterstützen, die schlichtweg am Recht vorbeigehen. Ich hoffe, dass Sie dafür Verständnis haben.

Was ich sehr schwierig finde, ist, dass in Ihrem Antrag behauptet wird – und Frau Linke hat es in ihrem Redebeitrag hier noch mal untermauert –, dass deswegen die Elternbeiträge gestiegen sind, weil wir 2 Millionen Euro aus dem Geld, was eigentlich für die Inanspruchnahme war, herausgenommen haben. Das ist schlichtweg falsch. Jeder, der den Haushalt der letzten Jahre kennt, sieht, dass das Land Jahr für Jahr mehr Geld für den Kita-Bereich ausgegeben hat. Die 2 Millionen Euro, die Sie ansprechen, wurden aus der vorschulischen Bildung genommen, die überhaupt gar keinen Bezug zu den Elternbeiträgen haben, das wissen Sie, vom Finanzierungssystem.

(Dr. Marianne Linke, DIE LINKE: Nein, nein, nein, nein, nein.)

Doch, es gibt eine Säule, die bezahlt die Kita-Plätze, und es gab eine Säule von 7 Millionen Euro vorschulische Bildung, die zusätzlich Fachberatungen bezahlt hat, zum Beispiel Spielzeuge et cetera.

(Zuruf von Dr. Marianne Linke, DIE LINKE)

Und hier hat sich die Große Koalition entschieden, 2 Millionen Euro herauszunehmen, weil die Große Koalition in 2008, das muss man hier mal sagen, auch wenn Sie es vielleicht nicht gerne hören, ein beispielloses Elternentlastungspaket auf den Weg gebracht hat, was dieses Land so noch nie gesehen hat. Ja, 15 Millionen Euro für Kinder aus finanziell schwachen Familien für ein kostenloses Mittagessen und für das fast beitragsfreie Kita-Jahr im letzten Jahr. Das sind 15 Millionen Euro, die so noch nie vorher als Elternentlastung auf den Weg gebracht worden sind. Und dann darf man nicht behaupten, wir hätten die Eltern geschröpft und belastet. Die Große Koalition in diesem Land hat die Eltern massiv entlastet.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

An dieser Stelle kann ich es nur noch mal unterstreichen: Um die Elternbeiträge zukünftig nicht explodieren zu lassen, muss man die Deckelung der Landesmittel aufheben. Das hat mit diesen anderen Millionen, die hier ständig durch die Gegend geschmissen werden, nicht viel zu tun.

Es ist richtig, dass sich Eltern und Verbände eine noch bessere Kita-Versorgung zu noch günstigeren finanziellen Bedingungen wünschen. Es wird Sie nicht wundern, dass ich das natürlich unterstütze. Aber wir müssen die finanzpolitische Großwetterlage auch mal zur Kenntnis nehmen. Andere Bundesländer kürzen letztendlich die Elternentlastung. In anderen Bundesländern wie in Hamburg steigen massiv die Beiträge für Essen und für Kitas. Viele Bundesländer halten längst die Betreuungsquote, die wir auch als Land mitfinanzieren, nicht vor. Deswegen finde ich es ehrlich gesagt nicht ganz so toll, dass Sie den Leuten einreden, dass die Eltern hier auf irgendwas verzichten müssen, was wir hätten schon längst auf den Weg bringen können. Das ist nicht der Fall. Im Gegenteil, Ihnen liegt ein Kita-Gesetz im Landtag vor, das die Kita-Betreuung in den Einrichtungen massiv verbessern wird, was zukünftig gesetzlich absichert, dass die Eltern auch weiterhin entlastet werden.

Ich finde, wir sollten die Ausschüsse nutzen – und ich habe hohes Verständnis, dass die Abgeordneten sagen, der Zeitdruck ist enorm –, hier noch gemeinsam das Beste herauszuholen. Für mich hat die Verabschiedung der KiföG-Novelle im Juli oberste Priorität. Und wenn wir gemeinsam daran arbeiten, dann wird ab Juli genauso schnell, wie Sie es sich gerne wünschen, die Sache freigegeben und dann kommt hoffentlich jeder Euro bei den Kindern an. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke, Frau Ministerin.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Kokert. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Vincent Kokert, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Zurufe von Harry Glawe, CDU, und Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Liebe Frau Borchardt, sehr geehrte Frau Linke, Ihr Antrag macht deutlich, dass Sie die Schwäche des Kindertagesförderungsgesetzes, was Sie damals auf den Weg gebracht haben, begriffen haben.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Drei Jahre brauchen Sie, um das zu heilen. Drei Jahre brauchen Sie, um das zu heilen.)

Das unter einer ...

Herr Ritter, Sie haben hier doch selbst eingestanden, dass das Gesetz fehlerhaft war. Nun krakeelen Sie doch nicht immer wieder davon rum.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Aber ihr seid doch die Besseren. Ihr seid doch die Besseren.)

Sie haben selbst bei Ihrer Fragestellung eben eingestanden, dass das ein fehlerhaftes Gesetz war.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Drei Jahre habe ihr gebraucht.)

Wenn Sie über die Brücke gehen, sind wir uns in dem Punkt schon mal beide sofort einig.

Dass dieses System zu wenig flexibel und zu unbürokratisch war, hat sich auch in der heutigen Debatte bereits erwiesen. Insbesondere ist der steigenden Nachfrage und der vermehrten Inanspruchnahme vor Ort nicht annähernd Rechnung getragen worden. Die im Gesetz gedeckelten Landeszuschüsse führten dazu, dass pro Kind immer weniger Geld eingesetzt wurde, um eine

gute Betreuung und Förderung zu sichern. Hier bessern wir jetzt nach. Gleichzeitig setzen wir klare Akzente für bessere Bildungsangebote.

Das Kindertagesförderungsgesetz wird noch vor der Sommerpause verabschiedet. Die notwendigen Gelder stehen bereits im Landeshaushalt. Das wissen die Träger der Kinderbetreuung. Und wenn Herr Ritter mehr unterwegs wäre, wüsste er auch, dass sie auf das Gesetz zwar ein wenig warten,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Hier spricht der Generalsekretär.)

aber im Großen und Ganzen doch damit zufrieden sind, anders als es bei Ihrem Gesetzentwurf damals gewesen ist. Wenn das neue Gesetz beschlossen ist, wird die Sozialministerin die Auszahlung der im Doppelhaushalt 2010/2011 bereitgestellten zusätzlichen Gelder veranlassen. Deshalb, meine Damen und Herren, ist Ihr Antrag eigentlich überflüssig.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Nee, nee, nee!)

Aber ich nehme ihn gern zum Anlass für einige Worte zur Politik der Großen Koalition, für die Jüngsten in unserem Land noch einmal zu werben.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Oh, der Generalsekretär!)

Es ist ganz klar, dass angesichts des demografischen Wandels in unserem Land jeder und jede gebraucht wird. Wir wollen und wir dürfen auch auf kein Kind verzichten. Deshalb muss von Anfang an für gute Bildungschancen gesorgt werden. Deshalb sind "Bildung von Anfang an" und "Keiner darf zurückgelassen werden" die zwei prägenden Elemente der Bildungspolitik,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Die haben ganz schön dazugelernt. – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

die die CDU auch in der Koalition gemeinsam mit dem Koalitionspartner durchgesetzt hat. Denn es musste sich, Herr Ritter, etwas ändern, das haben Sie ja heute auch schon zugestanden.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ich hätte dazu aber nicht drei Jahre gebraucht.)

Schon unter Rot-Rot war bekannt, dass bei den Vorschuluntersuchungen ein hoher Prozentsatz der Kinder, trotz Besuch von Kinderkrippe und Kindergarten, eine Empfehlung für die Förderschule erhielt. Im Schuljahr 2008/2009 hatten 10,1 Prozent der Schüler im Vergleich zur Gesamtschülerzahl sonderpädagogischen Förderbedarf. Der bundesweite Durchschnitt lag bei lediglich 4,91 Prozent. Auch der Anteil unserer Schulabgänger ohne Schulabschluss bewegt sich seit Jahren mit 10 bis 12 Prozent auf hohem Niveau. Konsequenter wäre es deshalb bereits damals gewesen, die Reserven im Bereich der vorschulischen Bildung in den Blickwinkel zu nehmen und hier konsequent zu handeln.

Ich weiß nicht, warum Sie das damals von den LINKEN nicht auf den Weg gebracht haben, warum Sie das eigentlich nicht hinbekommen haben und hier heute die große Kritikkeule schwingen, sehr geehrter Herr Kollege Ritter.

> (Peter Ritter, DIE LINKE: Und warum haben Sie jetzt drei Jahre geschlafen, wenn Sie so schlau sind? Drei Jahre!)

SPD und CDU waren sich einig, das Kindertagesförderungsgesetz grundlegend zu überarbeiten. Den finanziellen Rahmen hat der Landtag bereits gelegt. Im Jahr 2010 stellt das Land 9,2 Millionen Euro und im Jahr 2011 zunächst 15 Millionen Euro zusätzlich bereit, um die Betreuungsangebote zu verbessern und das Bildungsangebot auszubauen. Mecklenburg-Vorpommern hat bereits sehr gute Kinderbetreuungsangebote. Ich denke, wenigstens da werden Sie mir von den LINKEN zustimmen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Das ist bestimmt Ihr Erfolg. Das ist Ihr Erfolg.)

Wir verfügen über eine flächendeckende Versorgung mit Krippen-, Kindergarten- und Hortplätzen sowie eine Vielzahl an Tagesmüttern. Doch jedes Angebot ist noch weiter optimierbar und ausbaufähig. Die CDU wird weiter konsequent daran arbeiten,

> (Peter Ritter, DIE LINKE: So wie in den letzten drei Jahren.)

dass Mecklenburg-Vorpommern noch kinder- und familienfreundlicher wird. Deshalb werden wir Ihren Antrag ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke, Herr Kokert.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der FDP der Abgeordnete Herr Grabow. Bitte schön, Herr Grabow, Sie haben das Wort.

Ralf Grabow, FDP: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben ja schon eine ganze Menge gehört, deshalb werde ich es einfach auf ein paar sachliche Punkte bringen:

Das Erste ist, Frau Linke, das muss man deutlich sagen, 2004 waren wir in einer ähnlichen Situation wie jetzt.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Echt?!)

Auch 2004 haben alle Fachleute gesagt, ich war damals selbst dabei auf dem Rostocker Markt, wo wir Ihnen und Frau Gramkow damals schon gesagt haben, dass Sie falsche Zahlen haben und dass die Inanspruchnahme höher ist. Wir haben damals geredet wie ein Buch.

(Peter Ritter, DIE LINKE: So wie heute, ne?!)

Es hat uns nicht geholfen. Diesen Fehler haben wir lange genug mitgetragen. Das hat sich nicht gebessert, auch nicht in der heutigen Zeit. Es gibt die 5 Millionen Euro, die hier erwähnt werden, plus 1,6 oder 1,4 sind, glaube ich, immer noch nicht die Zahlen der Inanspruchnahme, die die Fachleute errechnet haben. Ich will mich jetzt nicht streiten, der Städte- und Gemeindetag hat eine Hochrechnung gehabt, ich habe neulich mit Kollegen der CDU gerechnet, sie haben Zahlen gehabt, und ich habe das einfach mal nachgerechnet, aber Fakt ist: Wir haben mehr Kinder im System, als diese 5 Millionen Euro dann decken. Insofern, Herr Ritter, haben Sie recht, diesen Fehler muss man jetzt endgültig mal irgendwann beheben.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Genau.)

Und wenn wir über die Einbindung der Fachleute reden, dann muss man auch so ehrlich sein und sagen, ja, die Fachleute sind eingebunden. Aber wenn ich sehe, und ich will gar nicht wissen, wie viele Stellungnahmen vorliegen, ich will nur eine Stellungnahme herausnehmen, obwohl viele vorliegen, und zwar die des Landesjugendhilfeausschusses. Der ist al pari gebildet worden. Da sind der Städte- und Gemeindetag, der Landkreistag und Verbände drin. Und wenn die diesen Entwurf ablehnen, dann muss da doch irgendetwas nicht stimmen. Also dann muss man doch auch irgendwann einmal auf die Fachleute hören.

Ich sage nichts mehr zum engen Fahrplan. Ich glaube, dazu habe ich als Ausschussvorsitzender genug gesagt. Ich hoffe, dass wir es hinbekommen, das sage ich dann doch noch mal, wenn wir hier Gesetze bezüglich der Gleichstellung beziehungsweise der Arbeitsbedingungen beschließen, denn wir haben eine Kollegin, die ist auf Hilfsmittel angewiesen, dass sie nicht 24 Stunden nachts tagen muss, denn auch sie hat ein Recht auf eine vernünftige Arbeitsweise.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Ich hoffe, dass man ihr diese Arbeitsweise auch einräumt. Ich verspreche an dieser Stelle, dass ich da ganz genau drauf aufpassen werde.

Und deswegen, weil wir eben noch so viele Unwägbarkeiten haben, sind wir als Fraktion für diesen Antrag, jetzt das Geld ins System zu geben und dafür zu sorgen, damit das Geld bei den Kommunen ankommt.

(Dr. Marianne Linke, DIE LINKE: Genau.)

Damit haben wir nichts verschenkt. Wir können immer noch an der KiföG-Novellierung arbeiten. Wir können Ideen einbringen, wie man die restlichen 10 Millionen Euro verplant. Ich habe gehört, dass die Koalition noch einen Schluck aus der Buddel draufpackt.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Wir können immer noch überlegen, wie man dieses sachlich hinbekommt. Auch das ist ja nicht neu. Wir hatten eine Anhörung, Herr Glawe, Sie waren damals dabei und Herr Scriba sitzt im Publikum, der Diakonie. Er hat damals in der Anhörung, als es um das kostenlose Kita-Jahr und um das Essen ging, vorgerechnet, wie man das Geld einsetzen kann, und zwar als Herr Sellering noch Sozialminister war. Man kann also nicht sagen, dass uns das Thema nicht beschäftigt hat.

(Vincent Kokert, CDU: Das behauptet ja auch keiner.)

Es hat einfach zu lange gedauert, denn wir haben 2006 schon gewusst, was verkehrt ist. Insofern wird die FDP-Fraktion dem Antrag zustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter Grabow.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Herr Köster. Bitte, Herr Abgeordneter.

Stefan Köster, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Für die SPD-Fraktion scheint das Thema Familienpolitik absolut uninteressant zu sein, denn die SPD-Fraktion ist nahezu vollständig nicht anwesend.

Mit dem vorliegenden Antrag will die Fraktion DIE LINKE also die Kosten durch die deutlich erhöhte Inanspruchnahme der Kindertageseinrichtungen im Land gedeckt wissen. Die Zahl der Kinder, die eine Kindertagesstätte besuchen, steigt bekanntlich. Und die gestiegene Anzahl von in Kindertagesstätten betreuten Kindern verursacht selbstverständlich bei den Einrichtungen steigende Kosten.

Gegenwärtig befindet sich ja der Gesetzentwurf der Landesregierung zur Überarbeitung des KiföGs, also des Kindertagesstättenfördergesetzes, in der mühevollen Ausschussbearbeitung. Ausgehend von den ungezählten Problemen in den Kitas im Land, die sicherlich nicht die Erzieherinnen zu verantworten haben, hat der Elternbund Mecklenburg-Vorpommern zur Gründung eines Kita-Landeselternrates aufgerufen. In der Kritik steht vor allem die Finanzausstattung der Kindertagesstätten durch das Land.

Fachleute, und damit sind sicherlich nicht die Mitglieder der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen hier im Hause gemeint, prangern zu Recht die Unterfinanzierung der Kitas im Land an. Auch der aktuelle KiföG-Gesetzentwurf sieht keine auskömmliche Finanzausstattung für die Kitas im Land vor. Die Träger benötigen zumindest jetzt dringend jene Finanzmittel, die im Haushalt für sie eingestellt sind. Die Träger können schließlich nichts dafür, dass das Ministerium den Gesetzentwurf dem Landtag so spät vorgelegt und im Grunde wirklich verschlafen hat. Es gibt immer Wege, wenn es die Landesregierung denn will, den finanziellen Verpflichtungen des Landes nachzukommen. Wir stimmen dem Antrag zu.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Heydorn. Bitte, Herr Abgeordneter.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Jörg Heydorn, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Man könnte auch sagen, just in time, denn es ist ja nicht das erste Mal, dass dieses Thema hier erörtert wird. Und wenn man sich den Antrag anguckt, dann sind darin ein paar Dinge enthalten,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

die man vielleicht an der Stelle noch einmal ansprechen muss. Es ist ja schon umfänglich hierzu geredet worden, aber zwei Dinge sind wichtig: Wenn man sich die Begründung des Antrages anguckt, dann versucht der Antrag zu vermitteln, dass Personalkostensteigerungen bei der Kindertagesstättenförderung darauf zurückzuführen sind, dass die Mittel für die individuelle Betreuung für das Thema Bildung von 7 Millionen Euro auf 5 Millionen Euro zurückzuführen sind. Das ist natürlich grober Unfug, denn Personalkostensteigerungen sind nicht darauf zurückzuführen, sondern Personalkostensteigerungen und die damit verbundene Steigerung der Elternbeiträge sind darauf zurückzuführen, dass die Personalkosten gestiegen sind.

(Rudolf Borchert, SPD: So ist es.)

Also die Personalkosten steigen, weil Tarifvertragsparteien sich hinsetzen und sagen, Erzieherinnen, die nehmen eine wichtige Aufgabe wahr,

(Rudolf Borchert, SPD: Völlig klar.)

das ist eine wesentliche Tätigkeit, die muss gut bezahlt werden.

(Rudolf Borchert, SPD: Ist doch gut so.)

Dann ist es natürlich zwangsläufig, dass sich das bei den Verhandlungen auch bemerkbar macht und gegebenenfalls auch die Elternbeiträge steigen.

(Rudolf Borchert, SPD: Na, das ist doch gut so.)

Ich will auf einen Punkt eingehen, der mir immer ganz wichtig ist, nämlich das Thema Gerechtigkeit, Gerechtigkeit für alle Kinder. Das ist ja der Oberbau, wenn man sich den Antrag ansieht. Dann muss man sich natürlich mal ansehen, wie die Situation bei uns im Lande ist: Wir haben bei den Kindern eine völlig unterschiedliche Gemengelage. Wir haben auf der einen Seite Kinder aus guten Verhältnissen, die von den Elternhäusern gut betreut werden und eine Menge Unterstützung erhalten, und wir haben auf der anderen Seite Kinder aus sozial schwierigen Verhältnissen, die sich häufig auf bestimmte Quartiere und auf bestimmte Regionen konzentrieren, die größere Probleme haben, ins Leben zu finden.

Und da ist es natürlich unser Ansinnen, auf die Art und Weise für Gerechtigkeit zu sorgen, dass wir sagen, wenn wir nur begrenzte finanzielle Möglichkeiten haben, dann nutzen wir sie dergestalt, dass wir uns zunächst auf die Kinder konzentrieren, die am meisten auf unsere Unterstützung angewiesen sind. Und das sind die Kinder aus sozialen Brennpunkten und das sind Kinder aus Familien, wo es ein bisschen schwieriger ist. Das ist unser Verständnis von Gerechtigkeit. Wir sind hier nicht bei "Wünsch dir was!".

Und eines muss man ja auch mal sehen, wir als Koalition in Mecklenburg-Vorpommern reden nicht über eine riesige Streichliste. Wir hauen nicht Sozialleistungen weg ohne Ende, wie das ja auf der Bundesebene gerade geschieht.

(Harry Glawe, CDU: Na, na, na, na!)

Das kann sich jeder ansehen, was da besprochen wird.

(Stefan Köster, NPD: Sie haben es doch genauso gemacht. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ja, ja, ja. Es ist gut.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Hören Sie weiter zu, dann können Sie etwas lernen! Lesen Sie Ihre Zeitungen oder machen Sie sonst etwas!

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Einen konstruktiven Beitrag haben Sie hier noch nicht geleistet.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine Herren von der NPD!

Herr Abgeordneter Heydorn, einen kleinen Moment. Ich muss jetzt eingreifen.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist die Realität.)

Zwischenrufe sind in einer parlamentarisch lebhaften Debatte ja zulässig, aber man muss den Redner verstehen können. Das war in diesem Fall nicht mehr so. Ich bitte Sie also, sich an die Ordnung des Hauses zu halten und auch das, was in den Zwischenrufen passiert, sozusagen der Würde des Hauses angemessen zu gestalten. In dem Sinne, bitte, Herr Heydorn, Sie haben das Wort.

Jörg Heydorn, SPD: Danke sehr.

Also wir machen das hier nicht, sondern wir legen zu. Wir legen 15 Millionen Euro zu bei dem Thema Kindertagesbetreuung und wir legen 15 Millionen Euro zu bei dem Thema Verbesserung in der Schule. Das sind riesige Leistungen für dieses kleine Bundesland. Anstatt das zu kritisieren, sollten Sie das würdigen und sagen, die Koalition und diese Regierung hier in Mecklenburg-Vorpommern, die machen anständige Sachen.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Dass wir uns dabei der Realität nicht entziehen können, ist eine ganz andere Geschichte.

(Udo Pastörs, NPD: Zum Lachen ist das.)

Der Einzige hier zum Lachen, das sind Sie, Herr Pastörs, aber zum Totlachen.

(Udo Pastörs, NPD: Das sagen Sie gerade. – Stefan Köster, NPD: Arbeiterverräter!)

Ruhig sein! Ruhig sein! Schön die Zeitung lesen! Oder gehen Sie nach Hause, Sie haben hier sowieso noch keinen konstruktiven Beitrag geleistet! Grüßen Sie schön!

(Michael Andrejewski, NPD: Das ist Ihr Versagen. – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Gehen Sie schön und lassen Sie sich nicht wegfangen! Sie braucht keiner hier.

(Udo Pastörs, NPD: Aber Sie sind unentbehrlich!)

Deswegen lehnen wir Ihren Antrag auch ab. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter Heydorn.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Schwebs. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Birgit Schwebs, DIE LINKE: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine Kollegin Frau Dr. Linke hat den Antrag meiner Fraktion in der Einbringung begründet und unser Anliegen umfassend vorgetragen. Herr Ritter hat mit seinen Fragen die Anforderungen des Antrages praktisch untersetzt.

Und Sie, Herr Heydorn, ich hatte den Eindruck, haben Sie den Antrag überhaupt gelesen?

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Die Debatte haben Sie jedenfalls nicht verfolgt, hatte ich den Eindruck.

Ich will an dieser Stelle deshalb nur noch einige Aspekte verstärken und auf einiges eingehen, was hier von der Koalition vorgetragen wurde.

Verehrte Frau Ministerin! Meine Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen! Ich kann es Ihnen, auch wenn Sie sagen, es ist nicht so, nicht ersparen. Sie selbst tragen eine wesentliche Verantwortung für die gestiegenen Elternbeiträge in den Kitas am Beginn dieses Jahres und im letzten Jahr.

(Vincent Kokert, CDU: Das sagen Sie?! Sie haben das KiföG verabschiedet.)

Sie haben, als Sie die Regierungsverantwortung im Herbst 2006 übernommen haben, gewusst, dass die Inanspruchnahme der Plätze in den Kindertagesstätten steigt. Und wenn es Ihnen so wichtig war, dann hatten Sie drei Jahre Zeit, das muss man mal sagen, Sie hatten drei Jahre Zeit, das Ding zu novellieren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen DIE LINKE und FDP – Zuruf von Vincent Kokert, CDU) Was wir vor acht Jahren novelliert haben, das haben Sie drei Jahre verstreichen lassen, ohne etwas zu tun.

(Vincent Kokert, CDU: Wir haben darauf schon hingewiesen. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und trotz dieses Wissens haben Sie zum Beispiel mit dem Haushalt für die Jahre 2008/2009 die 2 Millionen Euro an zusätzlichen Zuschüssen des Landes ersatzlos gestrichen.

(Vizepräsident Hans Kreher übernimmt den Vorsitz.)

Außerdem haben Sie in diesen beiden Jahren insgesamt 3 Millionen Euro gestrichen für die vorschulische Bildung.

(Vincent Kokert, CDU: Wir geben nächstes Jahr 15 Millionen Euro mehr aus, Frau Schwebs.)

Und mehr noch: Sie, auch Sie, Herr Kokert, und Ihre CDU-Fraktion haben nicht nur dieses Geld gestrichen, sondern wider besseres Wissen und entgegen den Empfehlungen der Fachleute Millionen in die Elternbeitragsentlastung gesteckt, was trotzdem nichts gebracht hat – eine völlig falsche Maßnahme zu einem völlig falschen Zeitpunkt und an völlig falscher Stelle angesetzt.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der CDU – Vincent Kokert, CDU: Das sehen die Träger ganz anders.)

Das ist kein verantwortungsvolles Handeln, sondern parteipolitischer Egoismus zu Lasten der Kinder und der Zukunft des Landes.

(allgemeine Unruhe – Harry Glawe, CDU: Das stimmt ja nicht.)

Sie tragen auch deshalb Verantwortung für steigende Elternbeiträge,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

weil Sie die zusätzlichen Mittel zum Ausgleich der Inanspruchnahme den Kommunen und damit den Eltern nicht so schnell als möglich nach dem Beschluss des Doppelhaushaltes 2010/2011 zukommen ließen, obwohl Sie wussten, dass die freien Träger und Jugendämter vor dem Dilemma der wachsenden Kosten standen. Es wäre ein Leichtes gewesen, dies bis zum 1. Januar 2010 auf den Weg zu bringen, und es sollte bis zum 01.07. doch wohl möglich sein.

Frau Ministerin, wer in einem Jugendhilfeausschuss arbeitet, der weiß, dass es dort Diskussionen darum gab. Auch in meinem Landkreis wurde der Kreistag faktisch durch alle Mitglieder des Jugendhilfeausschusses einschließlich der Mitglieder aus der CDU- und der SPD-Fraktion aufgefordert, dass der Kreistag bitte schön die 500.000 Euro, die im Jugendhilfebereich fehlten wegen der höheren Kinderzahl, aus eigenen Mitteln zu kompensieren habe.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ach so?!)

Abgewendet wurde das Ganze nur, weil es einen Brief aus dem Sozialministerium gab, der diese Mittel endlich für Oktober 2010 zur Verfügung stellt. Wo die Mittel herkommen bis dahin, das können Sie sich alle an Ihren zehn Fingern ausrechnen.

(Harry Glawe, CDU: Woher? – Zuruf von Andreas Bluhm, DIE LINKE)

Ja, woher? Na fragen Sie mal nach!

Meine Damen und Herren, ich will noch kurz auf den Gesetzentwurf eingehen, der von Ihnen zur Änderung des KiföG eingebracht wurde, den wir in Erster Lesung am vergangenen Donnerstag im Finanzausschuss beraten haben.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Es gibt ja einige Abgeordnete in den Reihen der Koalition, die unseren Vorwurf der unverantwortlichen zeitlichen Enge der Beratung nicht gelten lassen wollen. Weil das Gesetz so bedeutsam ist, müsse es schnell behandelt werden, heißt es.

(Vincent Kokert, CDU: Das fordern Sie doch die ganze Zeit. Das ist doch das Entscheidende dazwischen. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ja, auch Sie, Herr Kokert, argumentieren mit der Bedeutsamkeit des Gesetzes. Wenn es denn so wichtig ist für unser Land, dann wäre es Ihre Pflicht gewesen beziehungsweise die Pflicht der Landesregierung, dieses Gesetz so rechtzeitig einzubringen, dass der Zeitplan der Bedeutung des Gesetzes gerecht wird.

Transparenz hin und Kita-Tour her, Frau Ministerin, das Konfliktpotenzial der Novelle bleibt offensichtlich. Und es gibt einen ziemlich hohen Beratungsbedarf. Das ist auch im Finanzausschuss in der letzten Woche zum Ausdruck gekommen. Trotz eineinhalbstündiger Beratung haben wir nochmals Fragen formuliert, die wir gern durch das Sozialministerium beantwortet haben möchten. Das hat die Ministerin ja auch dankenswerterweise zugesagt, dass sie das tut. Aber aus fachlicher Sicht gibt es auch viele andere Lösungsvorschläge

(Vincent Kokert, CDU: Da würde ich Ihre Meinung aber noch einmal überdenken.)

und dafür braucht man eben Beratungszeit, es sei denn, man ignoriert diese Vorschläge und stützt, wie nannte es denn die CDU-Fraktion in der letzten Legislaturperiode, diese Koalitionsmehrheit. Ich glaube, das war die Diktatur der Mehrheit.

> (Heiterkeit bei Abgeordneten der der Fraktion CDU – Harry Glawe, CDU: Ja, das haben wir gesagt. Das stimmt auch.)

Man kann sich natürlich auf die Diktatur der Mehrheit verlassen und den Gesetzentwurf innerhalb von einer Woche durch das Parlament drücken.

(Reinhard Dankert, SPD: Wir müssen ja nur darüber reden.)

Nämlich am Montag ist die Anhörung im Sozialausschuss, dann tagt am Donnerstag der Finanzausschuss und am Freitag tagt abschließend der Sozialausschuss, damit das Gesetz noch in der regulären Julisitzung des Landtages beschlossen werden kann.

(Harry Glawe, CDU: Ja, das ist auch richtig so.)

Und das ist eine angemessene Beratung, meine Damen und Herren aus den Koalitionsfraktionen?

(Zurufe von Harry Glawe, CDU, und Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Da kann ich nur drüber lachen. - Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Zuruf von Ute Schildt, SPD)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Frau Schwebs.

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldung vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3495. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3495 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, der FDP und der NPD sowie Ablehnung der Fraktion der SPD und der CDU abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 31**: Beratung des Antrages der Fraktion der FDP – Streichung des § 16 Absatz 4 des Achten Buches Sozialgesetzbuch, Drucksache 5/3490.

Antrag der Fraktion der FDP: Streichung des § 16 Absatz 4 des Achten Buches Sozialgesetzbuch - Drucksache 5/3490 -

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Grabow von der Fraktion der FDP.

Ralf Grabow, FDP: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Finanzierbarkeit eines Betreuungsgeldes ist stark umstritten, aber ich möchte hier an dieser Stelle darauf nicht weiter eingehen. Ich vertraue vollumfänglich der FDP-Fraktion, in den Haushaltsberatungen mit Bedacht die Finanzierbarkeit einzelner Maßnahmen kritisch zu prüfen.

Vielmehr möchte ich heute mein Augenmerk auf die politischen Auswirkungen eines Betreuungsgeldes auf Mecklenburg-Vorpommern richten. Mit der Verabschiedung des Betreuungsgeldes hat die schwarz-rote Bundesregierung damals eine Zielvereinbarung in das SGB VIII eingebracht, deren Auswirkungen und Folgen stark umstritten sind. So sagte selbst Frau Ministerin von der Leyen im Bundestag, ich zitiere: "Mit dem Betreuungsgeld verstärken wir den Teufelskreis, in dem Kinder, die von zu Hause keine Chance auf frühe Bildung, gute Sprache, wenig Fernsehen, viel Bewegung haben, vom Kindergartenbesuch ausgeschlossen sind, weil ihre Eltern mit 150 Euro lieber ihre Haushaltskasse aufbessern." Zitatende. Also Frau von der Leyen, nicht jemand anders. Dies zeigt, dass die Auswirkungen eines Betreuungsgeldes differenzierter betrachtet werden sollten.

Nun mag es sein, dass die CSU bei ihren bayerischen Wählern durchweg zu dem Ergebnis kommt, dass solch ein Betreuungsgeld genau dem gewachsenen traditionellen Familienbild entspricht. Hier wird aber ein gewaltiger Unterschied zur Situation in Mecklenburg-Vorpommern deutlich. In Mecklenburg-Vorpommern haben wir eine Betreuungsquote von circa 95 Prozent im Bereich der Kitas. Dies zeigt deutlich, dass sich die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern für ein anderes Familienbild entschieden haben als die Menschen in Bayern.

Diesem Unterschied sollten wir Rechnung tragen. Die Kindertagesförderung ist eine Bildungsaufgabe und gehört damit in die Zuständigkeit der Länder. Daher sollte auch eine Entscheidung über ein mögliches Betreuungsgeld in der Hoheit der Länder liegen. Dann sind wir auch in der Lage, eigene Antworten für Eltern in Mecklenburg-

Vorpommern zu finden, die ihre Kinder nicht in eine Kita-Betreuung bringen wollen.

Und die FDP-Fraktion hat eine klare Vorstellung davon, diese Wahlfreiheit von Eltern für eine Betreuungsform umzusetzen. Hier stellen wir Liberalen uns in Mecklenburg-Vorpommern ein Gutscheinmodell für einzelne Projekte in den Kita-Einrichtungen vor. Dies gibt den Eltern die Möglichkeit, ihre Kinder zu Hause zu betreuen und dennoch an Projekten und Aktionen in Kitas partiell teilnehmen zu können. Mit solch einem Modell sind wir dann auch in der Lage, der gewachsenen Struktur der Familie in Mecklenburg-Vorpommern ausreichend Rechnung zu tragen. Daher bitten wir Sie, vertreten Sie mit mir die Interessen Mecklenburg-Vorpommerns und stimmen Sie unserem Antrag zu.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Und, Herr Glawe, wenn Sie noch Fragen haben,

(Zurufe von Harry Glawe, CDU, und Vincent Kokert, CDU)

können Sie die ja gerne am Mikrofon stellen. Ich werde sie dann auch gerne beantworten. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Harry Glawe, CDU: Das hat sich alles erledigt, Herr Grabow.)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Grabow.

Meine Damen und Herren, im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Um das Wort hat zunächst gebeten die Ministerin für Soziales und Gesundheit Frau Schwesig. Frau Schwesig, Sie haben das Wort.

Ministerin Manuela Schwesig: Sehr geehrter Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Sehr geehrter Herr Grabow, wir sind uns einig, dieses Betreuungsgeld ist schädlich. Ich persönlich halte es gerade dann, wenn es daran geknüpft wird, dass es nur gezahlt wird, wenn Kinder keine Kita besuchen können, für einen absoluten bildungspolitischen Super-GAU.

(Heinz Müller, SPD: Richtig.)

Es ist schlichtweg Schwachsinn. Es ist allerdings nicht so, dass es, wie Sie behaupten, mit der jetzigen gesetzlichen Regelung ...

(Stefan Köster, NPD: Da haben die Eltern keine Bildungskompetenz, oder wie? – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ja, aber bei manchen Eltern Ihrer Sorte würde ich die Bildungskompetenz ziemlich infrage stellen, aber wir brauchen es auch nicht weiter zu vertiefen.

(Stefan Köster, NPD: Sie können sich nur darstellen und mehr nicht. Mehr ist von Ihnen nicht zu erwarten. – Udo Pastörs, NPD: Showgirl.)

Ich halte nicht Ihre Ausführungen für richtig, dass jetzt schon mit Paragraf 16 Absatz 4 Achtes Sozialgesetzbuch

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

dieses Betreuungsgeld auf den Weg gebracht worden ist. Da steht lediglich drin, dass es eine Möglichkeit wäre,

und man war sich damals einig, dass es geprüft werden soll. Und alle Prüfungen in der Bundesrepublik haben ergeben – die Einzigen, die es nicht einsehen, ist die CSU, Sie haben es angesprochen –, dass dieses Betreuungsgeld ein Rückschritt wäre in der Bildungspolitik, auch in der Familienpolitik im Land.

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Wir wissen gerade aus Studien zum Beispiel in Norwegen, die ja so ein Betreuungsgeld eingesetzt haben, dass dann Familien, wo eben diese Betreuung auch in der Kita sehr wertvoll war für die Kinder, ihre Kinder da rausgekauft haben.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Rausgekauft! Die Eltern müssen schon Kinder rauskaufen, so schlimm ist es schon.)

Ich habe auch persönlich mit Erzieherinnen und Erziehern aus Thüringen gesprochen, die auch gesagt haben, sie hatten das Problem, nachdem das thüringische Betreuungsgeld eingeführt worden ist, dass Kinder dann im Grunde von der Kita abgemeldet worden sind.

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Auch die OECD schreibt Deutschland immer wieder ins Stammbuch, wir geben zwar sehr viel Geld für Familienleistungen aus, aber es kommt zu wenig bei den Kindern an. Dort, wo die Zukunftschancen bei Kindern eingeschränkt sind, müssen wir sie verbessern.

Ich bin gar nicht dagegen, die Elternzeit oder die Elternarbeit wertzuschätzen. Wogegen ich bin, ist, dass dieses Betreuungsgeld daran geknüpft wird, dass Kinder dann keine Kita besuchen dürfen. Und wenn wir es uns einfach mal für unser Land anschauen: Wir haben 50 Prozent der Kinder in unseren Krippen. Wir können uns vorstellen, dass, wenn dann gerade Familien angeboten wird, ihr kriegt aber 150 Euro mehr und dafür dürft ihr aber euer Kind nicht mehr in die Kita geben, dass dann davon Familien Gebrauch machen. Und wir wissen, dass da wieder Familien dabei sind, wo wir es gut finden, dass Kinder in Kitas sind.

Und warum finden wir das gut? Nicht, weil wir sagen, die Eltern sind zu doof, ihre Kinder zu erziehen, sondern weil Kinder unter Kindern sein müssen, weil Kinder in der Kita, gerade in den Kitas in unserem Land, die bildungspolitisch gut aufgestellt sind, ihre ersten Bildungsanreize erhalten. Und deswegen wollen wir nicht, dass die Kinder sozusagen aus den Kitas rausgekauft werden.

Es würde insbesondere einer Regelung total widersprechen, die wir jetzt mit der KiföG-Novellierung auf den Weg bringen. Wir haben eigentlich das Ziel, aber es ist zurzeit nicht ausfinanzierbar, dass jedes Kind in unserem Land einen Rechtsanspruch ab null Jahre auf einen Ganztagsplatz in einer Kita haben sollte – in einer Kita, wo Kinder unter Kindern sind, in einer Kita, wo frühzeitig Sport getrieben wird, wo frühzeitig Kulturangebote angeboten werden, wo Kinder Sprachen lernen, wo Kinder mit Kindern anderer Nationalitäten aufwachsen, wo kinder mit Kindern mit Behinderungen aufwachsen, wo sie letztendlich einfach im Leben ankommen und auch mehr erleben, als es alleine das Elternhaus zu bieten hat. Und das ist auch meine ganz persönliche Erfahrung, dass die Eltern alleine den Kindern nicht alles bieten können.

Und um diesen Bereich zu finanzieren, bräuchten wir viel, viel mehr Geld, was zurzeit nicht zur Verfügung steht.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Gott sei Dank!)

Wir haben uns entschieden, dass wenigstens die Kinder aus sozial schwachen Familien,

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Das ist das Beste, was den Kindern passieren kann, dass sie kein Geld bekommen.)

wo das Jugendamt sagt, dass diese Kinder Förderung brauchen, dass diese Kinder zukünftig in der Krippe einen Rechtsanspruch auf 30 Stunden bekommen. Das haben sie derzeit nicht. Das kostet unser Land alleine 1,1 Millionen Euro. Wir geben also von 15 Millionen Euro 1,1 Millionen für diese Kinder aus. Und ich kann es Ihnen sagen, ich habe das in jeder Kita, die ich in jedem Landkreis und kreisfreien Stadt besucht habe, gehört, dass die Erzieherinnen und Erzieher mir gesagt haben: Frau Schwesig, sorgen Sie dafür, dass die Kinder, die in einer Kita besonders gut aufgehoben sind, weil sie hier mehr Förderung bekommen als vielleicht in ihrem Elternhaus, dass diese Kinder auch wirklich Zugang zu unserer Kita haben, dass sie kommen können.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Und sorgen Sie aber auch dafür, dass diese Eltern starkgemacht werden, damit das, was dieses Kind vielleicht in der Kita erfährt,

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

eben auch zu Hause passieren kann. Auch das bringen wir mit dem neuen Kita-Gesetz auf den Weg.

Und jetzt kommt der Irrwitz: Wenn das Betreuungsgeld kommt, wäre das Problem, dass genau die Kinder unter Umständen, die wir jetzt teuer mit 1,1 Millionen Euro unterstützen, um sie in die Krippe zu bekommen, dass uns ausgerechnet diese Kinder, salopp gesagt, rausgekauft werden. Und das darf nicht sein.

(Udo Pastörs, NPD: Der Basar ist eröffnet.)

Deswegen ist es ganz klar, dass die Landesregierung dieses Betreuungsgeld ablehnt. Wir haben mehrfach die Forderung gestellt an die Bundesregierung, dieses Betreuungsgeld zu stoppen und die 2 Milliarden Euro, die dafür beabsichtigt sind, raufzulegen auf das 4-Milliarden-Euro-Kita-Programm, dann würde wieder mehr Geld ankommen für Kita und dann könnten wir einiges von dem mehr erfüllen, wo wir uns ja hier alle einig sind, dass es noch kommen sollte. Es ist ziemlicher Schwachsinn, dass wir uns immer streiten, wir haben nur 15 Millionen und haben hier Forderungen von 150 Millionen und in Berlin werden nachher 2 Milliarden Euro für dieses Betreuungsgeld ausgegeben.

(Udo Pastörs, NPD: Sie sollten als Ministerin etwas vorsichtiger sein mit solchen Feststellungen.)

Aber an der Stelle, muss ich Ihnen sagen, Herr Grabow, hätte ich mir sehr gewünscht, dass man sich klar zu diesem Betreuungsgeld im Koalitionsvertrag positioniert, und zwar sagt, dass dieses nicht eingeführt wird.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Weil die Gutachten auf dem Tisch liegen, dass es nichts bringt, könnte man jetzt sehr gut diese Regelung im Grunde aufheben. Das hätte man sehr gut im Koalitionsvertrag machen können. Und spätestens jetzt, als die Sparvorschläge auf den Weg gebracht worden sind, hätte man doch sagen können, wir sparen 2 Milliarden Euro Betreuungsgeld ein. Nein, stattdessen wird das Elterngeld gekürzt, stattdessen werden andere familienpolitische Maßnahmen angegriffen. Das verstehe ich nicht und das finde ich dann ein Stück weit schade. Da hätte die FDP nämlich die Möglichkeit, wirklich Flagge zu zeigen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Specht von der Fraktion der CDU.

André Specht, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die FDP dokumentiert mit diesem Antrag bedauerlicherweise ihre Konzeptlosigkeit in dieser politischen Frage.

Worum geht es hier? Wir reden über die Streichung von Paragraf 16 Absatz 4 des SGB VIII. Und was beinhaltet dieser Paragraf im Einzelnen? Es ist eine Sollbestimmung, in der es heißt, dass ab 2013 für diejenigen Eltern, die ihre Kinder von ein bis drei Jahren nicht in Einrichtungen betreuen lassen wollen oder können, eine monatliche Zahlung eingeführt werden soll. Nun gut, wir reden also über einen Zeitpunkt, der noch zwei Jahre vorausliegt, und wir ...

(Michael Roolf, FDP: "Zahlung ... eingeführt werden", zitieren Sie bitte richtig, "eingeführt werden".)

Herr Roolf, ich zitiere noch mal, Paragraf 16 Absatz 4 SGB VIII lautet: "Ab 2013 soll für diejenigen Eltern, die ihre Kinder von ein bis drei Jahren nicht in Einrichtungen betreuen lassen wollen und können, eine monatliche Zahlung … eingeführt werden."

(Michael Roolf, FDP: Genau, eingeführt werden.)

Soll.

(Michael Roolf, FDP: Nee, werden.)

Soll.

(Ralf Grabow, FDP: Werden, werden! – Michael Roolf, FDP: Zitieren Sie bitte nicht falsch!)

Herr Roolf!

(Michael Roolf, FDP: Zitieren Sie bitte nicht falsch!)

Dann lesen Sie sich bitte noch mal deutlich den Text durch, auch die Diskussion in den Landtagen, im Bundestag,

> (Ralf Grabow, FDP: Das ist ja eine andere Sache. Aber "werden", das haben wir festgestellt.)

und dann werden Sie feststellen, dass das eine reine Absichtserklärung war,

(Ralf Grabow, FDP: Werden!)

die bisher noch nicht politisch umgesetzt worden ist.

Auf die Vorbehalte, insbesondere auch in finanzieller Hinsicht, brauche ich hier nicht einzugehen, gerade zur jetzigen Zeit, das hat nämlich auch Herr Grabow bereits angedeutet. (Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Wir diskutieren also hier letztendlich, obwohl gar kein Handlungsbedarf ist und darüber hinaus das Thema auch nicht unseren Landtag betrifft, sondern in erster Linie den Bundestag. Und auf Bundesebene wurde nämlich genau diese Absicht, die für 2013 definiert wurde,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP konkretisiert. Und im Koalitionsvertrag, der übrigens auch die Unterschrift von Herrn Dr. Westerwelle trägt, heißt es also deutlich:

(Vincent Kokert, CDU: Nein.)

"Um Wahlfreiheit zu anderen öffentlichen Angeboten und Leistungen zu ermöglichen, soll ab dem Jahr 2013 ein Betreuungsgeld in Höhe von 150,- Euro, gegebenenfalls als Gutschein, für Kinder unter drei Jahren als Bundesleistung eingeführt werden."

> (Michael Roolf, FDP: Ja, soll eingeführt werden.)

Soll als Bundesleistung eingeführt werden -

(Ralf Grabow, FDP: Eingeführt werden.)

wir reden also auch hier wieder über eine Sollbestimmung,

(Michael Roolf, FDP: Nicht "kann", sondern "soll".)

die noch nicht umgesetzt ist.

(Ralf Grabow, FDP: Werden. Was ist denn "werden" und "soll"?)

Und jetzt zu der Frage der Konzeptlosigkeit der FDP. Also, Herr Grabow, auf der einen Seite wird auf Bundesebene –

(Ralf Grabow, FDP: Nee, in der Landeshauptstadt.)

und wir sind uns einig, dass es ein bundespolitisches Thema ist – auch von Ihrem Parteivorsitzenden gesagt, das ist also die Zielsetzung, die wir verfolgen,

(Zuruf von Ralf Grabow, FDP)

und auf der anderen Seite wird jetzt von Ihnen hier im Landtag gesagt, nun wollen wir das alles nicht.

(Zurufe von Harry Glawe, CDU, und Vincent Kokert, CDU)

Also da bitte ich doch erst mal, klären Sie mal parteiintern, was Sie eigentlich wollen.

(Ralf Grabow, FDP: Ja, was macht ihr denn bei der Kopfpauschale? Was macht ihr denn bei der Kopfpauschale? Da macht ihr doch genau das Gleiche. Tut doch nicht so! – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

In diesem Zusammenhang, Herr Grabow, denn Herr Roolf bezichtigte mich jetzt gerade, falsch zu zitieren, muss ich diesen Vorwurf an Sie zurückgeben, Herr Grabow.

(Ralf Grabow, FDP: Warum?)

Frau von der Leyen hat im Rahmen der Debatte im Bundestag am 26. September 2008 nicht ein Wort über das Betreuungsgeld verloren und hat insbesondere auch

nicht mit einer Silbe etwas erwähnt, was Sie hier vorhin zitiert haben. Insofern bitte ich auch Sie, das Protokoll noch mal deutlich zu lesen.

(Ralf Grabow, FDP: Wir prüfen. Dann kriegen Sie Antwort.)

Und die Quelle, das werden Sie dann sehen,

(Ralf Grabow, FDP: Prüfen wir. Machen wir.)

ist nämlich so nicht richtig.

(Ralf Grabow, FDP: Bei der nächsten Gelegenheit wird sich die Möglichkeit bieten, das zu prüfen. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Herr Grabow, die Absicht, ein Betreuungsgeld einzuführen, die Absicht, und das ist auch gerade im Koalitionsvertrag dann noch mal thematisiert worden,

(Ralf Grabow, FDP: Aber "sollen" und "werden" ...)

ist eine Frage der Wahlfreiheit,

(Zuruf von Ralf Grabow, FDP)

und genau das entspricht ja doch offensichtlich auch dem liberalen Geist Ihrer Partei, genau dies letztendlich zu wollen.

(Ralf Grabow, FDP: Dann haben Sie bei der Rede nicht zugehört. Wir haben doch die Wahlfreiheit auch gemacht.)

Insofern weiß offensichtlich in Ihrer Partei nicht die eine Hand, was die andere tut.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Jetzt haben wir ein Zwiegespräch. Das ist aber schick. – Zuruf von Ralf Grabow, FDP)

Ich kann das gerne ausweiten, aber lassen Sie mich noch auf einen Aspekt eingehen, der meines Erachtens auch nicht ganz unter den Tisch fallen darf. Die FDP nährt aus meiner Sicht mit diesem Antrag nicht zuletzt auch Zweifel an ihrer Regierungsfähigkeit.

(Ralf Grabow, FDP: Ja, was macht ihr denn die ganze Zeit?! Was macht ihr denn die ganze Zeit?!)

Denn das, was sich hier abspielt,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Das geht doch gar nicht. – Zuruf von Ralf Grabow, FDP)

ist doch offensichtlich ein Ausfluss der Streitereien zwischen FDP und CSU auf Bundesebene,

(Ralf Grabow, FDP: Ja und?)

die, und das mag hier auch mal deutlich gesagt werden,

(Ralf Grabow, FDP: Und das tut ihr nicht? Das tun eure nicht?!)

nun wirklich nicht länger erträglich sind.

(Ralf Grabow, FDP: Ach!)

Wenn Sie jetzt meinen, Ihre Streitigkeiten mit der CSU über die Länderparlamente ausführen zu wollen, dann werden wir dabei nicht mitspielen, Herr Grabow. Dann klären Sie das auf Bundesebene! Und klären Sie das auf Regierungsebene im Bund!

(Ralf Grabow, FDP: Was macht ihr denn? Was macht ihr denn? Was macht ihr denn bei der Gesundheitssache?)

Herr Grabow, wie gesagt, klären Sie das erst parteintern, und dann klären Sie es bitte auf Bundesebene, denn nur dahin gehört es. Hier im Land ...

(Ralf Grabow, FDP: Ach, ihr wart schuld! –
Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus –
Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Das ist aber ein schöner Antrag. –
Zuruf von Harry Glawe, CDU –
Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Na, Sie sind dran, Herr Grabow. –
Zuruf von Ralf Grabow, FDP)

Im Ergebnis kann man doch feststellen, dass wir hier keinen Handlungsbedarf haben.

(Ralf Grabow, FDP: Ach doch!)

Der Antrag stellt letztendlich oppositionellen Aktionismus dar und trotzt der Regierungsverantwortung der FDP im Bund. Und mit Verlaub, das halten wir für schizophren. Wir lehnen den Antrag deswegen auch ab.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU – Zuruf von Ralf Grabow, FDP)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Specht.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Dr. Linke von der Fraktion DIE LINKE.

(Vincent Kokert, CDU: Jetzt werden aber Gutscheine verteilt im Land, die kennt sich damit aus. – Ralf Grabow, FDP: Drucken lassen.)

Dr. Marianne Linke, DIE LINKE: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Es ist tatsächlich fraglich, ob der im SGB VIII eingeführte Paragraf 16 Absatz 4 dem Anliegen gerecht wird, Deutschland als kinderfreundliches Land weiterzuentwickeln. Das Betreuungsgeld soll an Eltern gezahlt werden, die ihr Kleinkind nicht in einer Kita betreuen lassen. Ab 2013 soll ihnen nach bisherigen Plänen monatlich 150 Euro gezahlt werden. Angesichts der sozialpolitischen Kürzungsprogramme, die zu Wochenbeginn bekannt wurden, hat die Regierungskoalition in Berlin gerade diese Maßnahme nicht thematisiert, bei der es ja immerhin um 2 Milliarden Euro geht, was einen schon stutzig machen muss und fragen lässt, ob dahinter tatsächlich eine kinderfreundliche Maßnahme steckt.

Dieser neue Absatz im SGB VIII geht auf Forderungen des Koalitionspartners CSU zurück, um, wie es so salomonisch heißt, Eltern im Zuge des geplanten Krippenausbaus für unter dreijährige Kinder eine Wahlfreiheit zwischen innerfamiliärer oder gemeinschaftlicher Betreuung einzuräumen.

Meine Fraktion vertritt gemeinsam mit Gewerkschaften, Familien und Kinderbündnissen die Auffassung, dass eine echte Wahlfreiheit für Eltern dadurch nicht hergestellt wird, dass ihnen für ihre Kinder eine qualitativ hochwertige und finanziell günstige Ganztagsbetreuung entzogen wird. Eine Entscheidung, wie Eltern ihr Kind betreuen, darf nicht prämiert, honoriert oder gar bestraft werden. Die Ausreichung von Gutscheinen gar an Eltern mit geringem Einkommen ist diskriminierend und wird von uns abgelehnt, weshalb wir also dem Antrag der

FDP auch nicht zustimmen können. Eltern mit geringem Einkommen wird unverschämterweise unterstellt, sie könnten nicht mit Geld umgehen, würden es versaufen oder sonst irgendwie um die Ecke bringen.

(Harry Glawe, CDU: Richtig.)

Das Betreuungsgeld setzt Frauen unter Druck, sich gegebenenfalls für dieses Honorar und gegen eine gute Kinderbetreuung beziehungsweise gegen eine eigene berufliche Entwicklung zu entscheiden. Wir wollen, dass sich alle Kinder entsprechend ihrer natürlichen Besonderheiten entfalten können. Das lässt sich über ein gutes Netz an Kinderbetreuungseinrichtungen mit hoch qualifizierten, gut bezahlten, hoch motivierten Erzieherinnen und Erziehern verwirklichen. In den Ausbau eines solchen Systems sollten unsere Steuern fließen.

Würde es der Bundesregierung nun tatsächlich um die Wahlfreiheit der Eltern und die Entwicklung der Kinder gehen, hätte sie mit den Kürzungsmaßnahmen im Zuge der Staatskrise nicht gerade beim Elterngeld von Hartz-IV-Leistungsempfängern angesetzt. Elterngeld wird für Kinder gezahlt.

Und uns sind alle Kinder gleich lieb und teuer. Deshalb sind wir gegen deren Ungleichbehandlung. Wir fordern auch im Interesse der Entwicklung von Kindern in Hartz-IV-Familien die Streichung des geplanten Betreuungsgeldes gemäß Paragraf 13 Absatz 4, stattdessen aber den Fortbestand des Elterngeldes und endlich die Zahlung eines Kindergeldes auch für diese Kinder. Daneben fordern wir für alle Kinder, deren Eltern es wünschen, wirklich einen Ganztagsplatz, eine gut qualifizierte Betreuung.

Na ja, nun wird mancher aufjaulen und rumwundern, dass die LINKEN schon wieder über so dreiste Forderungen sprechen, statt sich in bescheidener Demut zu üben.

(Vincent Kokert, CDU: Ich habe nichts gehört, dass einer gejault hat.)

Ja, wir stellen diese Forderung immer wieder, auch eben angesichts des Betreuungsgeldes, weil diese 400 Millionen Euro, die die Streichung des Elterngeldes für Hartz-IV-Leistungsempfänger in die Haushaltskasse spülen wird, für die Betroffenen dramatische Kürzungen darstellen, für den hoch verschuldeten Staatshaushalt aber geradezu lächerlich sind.

(Vincent Kokert, CDU: Das ist ja ein Widerspruch in sich.)

Allein die Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf das Niveau, wie es einst zu Zeiten von Altkanzler Kohl war – und ich erinnere noch mal, der war damals bei 53 Prozent, heute liegt er bei 43 Prozent –, allein die Erhöhung des Spitzensteuersatzes wieder auf dieses Niveau würde die Einnahmen des Staates in einer Weise stabilisieren, dass der Ausbau des Netzes der Kindertagesförderung, wie er ursprünglich konzipiert wurde und auch von meiner Fraktion mitgetragen wird, realisierbar bleibt.

Normen wie der Paragraf 16 Absatz 4 des Achten Sozialgesetzbuches gehören tatsächlich abgelehnt. Dem Antrag der FDP können wir nicht zustimmen, weil er sozialpolitisch in sich nicht schlüssig ist. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Frau Dr. Linke.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Heydorn von der Fraktion der SPD.

Jörg Heydorn, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich will es mal an dieser Stelle ganz deutlich sagen: Also wir von der SPD-Fraktion haben schon ein bisschen geschmunzelt, als dieser Antrag uns erreichte. Das fanden wir schon erheiterungswürdig,

(Harry Glawe, CDU: Wir schmunzeln auch.)

dass uns von der FDP ein derartiger Antrag präsentiert wird.

Ich will an dieser Stelle auch nicht näher darauf eingehen, dass das Betreuungsgeld fachlich letztendlich ein Schuss in den Ofen ist. Auf gut Deutsch gesagt, da kommt nichts bei raus. Also für uns wäre das total kontraproduktiv. Die Argumente sind geliefert worden. Aber es überrascht uns doch schon sehr, hier von der FDP einen derartigen Antrag präsentiert zu bekommen. Und wir sind jetzt so ein bisschen im Dilemma.

(Zuruf von Ralf Grabow, FDP)

Wir sind jetzt so ein bisschen im Dilemma. Ich kann an dieser Stelle ganz deutlich sagen, dass wir als SPD-Fraktion gegen eine Zustimmung zu diesem Antrag nichts einzuwenden hätten. Auf der anderen Seite sind wir ja hier in Mecklenburg-Vorpommern in der Koalition keine Gurkentruppe, sondern wir machen unsere Arbeit ordentlich und wir stehen zu vereinbarten Absprachen. Das heißt natürlich, dass auch hier die Absprache eingehalten wird. Das heißt, wir werden den Antrag ablehnen, weil die Zustimmung unseres Koalitionspartners zu diesem Antrag nicht zu bekommen ist, wobei ich das nicht so richtig verstehe.

Also der hiesige Innenminister hat ja gesagt, na ja, das, was da an Sparpaket vorgelegt worden ist, ist so richtig sozial ausgewogen nicht. Da muss man vielleicht noch drüber reden, wobei ich jetzt nicht richtig unterscheiden kann, an wem das liegt, dass das Sparpaket, was man auf der Bundesebene konzipiert hat, nicht richtig sozial ausgewogen ist, ob das Schuld der CDU ist oder die FDP da auch einen ganz entscheidenden Anteil dran hat, dass gerade Besserverdienende nicht stärker belastet werden. Also insofern kann ich das nicht verstehen, dass nicht auch die CDU hier in Mecklenburg-Vorpommern sich der Auffassung anschließen kann, wir stellen diesen Unfug ab,

(Zuruf von Ralf Grabow, FDP)

wir wollen das nicht, das macht aus unserer Sicht keinen Sinn. Man würde auf der einen Seite das Thema soziale Gerechtigkeit betonen.

(Egbert Liskow, CDU: Man kann doch nicht über ungelegte Eier sprechen, Herr Heydorn.)

Ich meine, Herr Specht hat zwar ausführlich versucht darzulegen,

(Egbert Liskow, CDU: Man kann doch nicht über ungelegte Eier sprechen, Herr Heydorn.)

dass "soll" "noch nicht umgesetzt" heißt, aber "soll" heißt ja ganz klar, grundsätzlich ist das so umzusetzen. Grundsätzlich ist das so umzusetzen, nur besondere Gründe können dazu führen, dass das Elterngeld in Höhe von 150 Euro 2013 dann nicht kommt. Und ob es solche besonderen Gründe gibt, das lassen wir mal dahingestellt sein. Wenn man jetzt schon dabei ist, die Dinge abzuräumen, die man sich nicht mehr leisten kann, dann

wäre es natürlich ausgesprochen zielführend gewesen, das gleich mit abzuräumen und für Klarheit zu sorgen, dass solche Anträge wie hier von der FDP und solche Forderungen gar nicht mehr gestellt werden können.

(Egbert Liskow, CDU: Das haben Sie doch mit dem Blindengeld auch gemacht.)

Insofern finden wir schon, da wird der richtige Hinweis gegeben.

Wir hätten uns gewünscht, dass diejenigen, die in Berlin die schwarz-gelbe Koalition bilden, auch dazu imstande gewesen wären, sich hier in Mecklenburg-Vorpommern zu verständigen.

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Es ist schon interessant zu sehen, wie man sich auch hier beharkt. Ich meine, zur Wildsau ist es nicht gekommen, aber man steht schon hier und dann gibt es Dialoge zwischen denen,

(Irene Müller, DIE LINKE: Das kommt vielleicht doch nicht so ganz hin. – Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

die jetzt versuchen, in Berlin die große Einigkeit nach außen vorzuzeigen.

Also wir haben schon den Spaß mit diesem Antrag gehabt, aber unsere Rolle hier in dieser Koalition zwingt uns, das ist ausgesprochen bedauerlich, dazu, diesen Antrag dann doch abzulehnen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Heydorn.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Köster von der Fraktion der NPD.

Stefan Köster, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dieser Antrag von der FDP ist eine absolute Frechheit und ein Schlag ins Gesicht aller Familien. Dennoch darf dieser Antrag als Beweis dafür herhalten, wie asozial der Liberalismus ist.

Die Landesregierung soll also Initiativen im Bundesrat starten, damit der Absatz 4 in Paragraf 16 des Achten Sozialgesetzbuches gestrichen wird. Was dieser Absatz 4 beinhaltet, das verschweigen die Liberalen sowohl im Antragstext als auch in der Begründung. Die sieben Abgeordneten der FDP-Fraktion wollen also das sogenannte Betreuungsgeld, das jenen Eltern ab 2013, die ihre Kinder von ein bis drei Jahren nicht in Einrichtungen betreuen lassen wollen oder können, eine monatliche Zahlung als Anerkennung für die Betreuungsleistung sicherstellen soll, ersatzlos streichen.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

So sieht also die Familienpolitik nach FDP-Manier aus.

(Michael Andrejewski, NPD: FDJ reloaded.)

Warum, meine Herren von der FDP, führen Sie nicht gleich auch die Zwangsarbeit für alle Mütter ein,

(Zuruf von Ralf Grabow, FDP)

Ihrem menschenfeindlichen Familien- und Wirtschaftspolitikverständnis folgend?

Mit Ihrem Antrag begeben Sie sich in eine Front mit den linken Weltverbesserern. Sicherlich haben Sie sich dieses von Ihren Parteigenossen aus Sachsen-Anhalt abgeguckt. Auch dort brachte die FDP-Fraktion einen Antrag zur Streichung des Paragrafen 16 Absatz 4 des Achten Sozialgesetzbuches ein. Auch dort erhielten Ihre Parteigenossen folgerichtig Unterstützung von den LINKEN.

(Zuruf von Ralf Grabow, FDP)

Die internationalistische Einheitsfront schließt sich langsam.

(Ralf Grabow, FDP: Die LINKEN lehnen ab.)

Unbestritten leisten die Erzieherinnen und Erzieher im Land in den vielen Einrichtungen eine hervorragende Arbeit. Sie sind fast ausnahmslos liebevoll zu den Kleinen. Den Erzieherinnen und Erziehern gebührt unser aller Hochachtung, müssen sie doch vielfach unter miserablen Bedingungen arbeiten, die die politisch Handelnden zu verantworten haben.

(Irene Müller, DIE LINKE: Nanu, ich denke, die Kindertagesstätten sind Teufelszeug?)

Diese gute Arbeit in den Kindertageseinrichtungen darf aber nicht dazu führen, dass die Eltern verpflichtet werden, dass sie ihre Kinder, wenn es nach Ihnen geht, vielleicht schon ab dem sechsten Lebensmonat in einer Kindertagesstätte abzugeben haben.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Gleich nach der Geburt abgeben.)

Dieser familienfeindlichen Politik,

(Ralf Grabow, FDP: Den Antrag haben Sie doch gar nicht gelesen.)

ausgeführt von den LINKEN bis hin zu den Liberalisten, setzen wir Nationalisten unseren erbitterten Widerstand entgegen. Nicht die Parteien und Möchtegernexperten haben zu entscheiden, ob und wann die Eltern ihre Kinder eine Kindertagesstätte besuchen lassen, nein, die Entscheidung liegt ganz alleine bei den Eltern.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Und jene Eltern, die sich für die Betreuung im häuslichen Umfeld entscheiden, hat der Staat mindestens ebenso zu unterstützen wie den Besuch einer Kindertagesstätte. Dies ist wahre Demokratie und Familienpolitik, die ihren Namen verdient.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Vizepräsident Hans Kreher: Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende und Abgeordnete Herr Roolf von der Fraktion der FDP.

Michael Roolf, FDP: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hätte mir gewünscht, wenn die Sozialministerin auch noch anwesend wäre, aber offensichtlich hat sie einen anderen ...

(Harry Glawe, CDU: Die ist anwesend!)

Wo ist sie?

(Harry Glawe, CDU: Bei den Zuschauern, Herr Kollege.)

Sorry, ich nehme alles zurück. Ich nehme alles zurück.

(Minister Dr. Till Backhaus: Immer schön vorsichtig, Herr Roolf.)

Ja.

(Heinz Müller, SPD: Augen auf im Straßenverkehr! – Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus) Ich will versuchen, es einmal zusammenzufassen.

(Zurufe von Ralf Grabow, FDP, und Raimund Frank Borrmann, NPD)

Die Ministerin hat am Eingang ihrer Rede ganz klar und sehr deutlich gesagt, das muss weg. Dieser Paragraf 16 Absatz 4 des Achten Buches Sozialgesetzbuch muss weg. Dieser Aussage unserer Sozialministerin gibt es nichts hinzuzufügen, das sehen wir genauso. Da sind wir uns einig.

Der zweite Punkt ist, Sie haben zu Recht – womöglich kritisch – gewürdigt, dass bei sozial Schwachen gekürzt wird. Dieses Geld, die 2 Milliarden Euro, über die wir gesprochen haben, ist nicht in die Kürzung mit reingefallen. Was liegt da näher, als sich darüber Gedanken zu machen, als Land Mecklenburg-Vorpommern, das für Bildung zuständig ist – und Kinderförderung ist eine Bildungsaufgabe –, alles dafür zu tun, dass dieses bereitgestellte Geld keiner Streichliste zum Opfer fällt, sondern für Mecklenburg-Vorpommern genutzt werden kann.

Genau das hat der Kollege Grabow Ihnen gemeinsam versucht zu erklären. Es ist unser Ansatz, dass wir uns im Bundesrat gemeinsam dafür einsetzen, dass dieses Geld, was dort bereitgestellt ist, auf die Länderebene übertragen wird, damit wir in den Ländern ab 2013 diese 2 Milliarden Euro anteilig für Mecklenburg-Vorpommern dafür nutzen können, um den Kindern, deren Eltern sich dafür entschieden haben, dass sie ihre Kinder zu Hause und nicht in einer Kindertagesstätte betreuen lassen, dass wir den Eltern die Möglichkeit geben, ihren Kindern zusätzliche Angebote für Bildung und für weitere Entwicklung zu geben.

Was liegt näher, als sich auf den Weg zu begeben in den nächsten zwei Jahren und zu sagen, ich mache hier Projekte an den vorhandenen Kindertagesstätten, die ich öffne für die Kinder, die heute noch nicht den Kindergarten besuchen, die ich mit Bundesmitteln finanziere, denn sie sind bereitgestellt, wo ich Kinder mit hinbeziehen kann, die bisher durch ihre Eltern nicht dafür sensibilisiert sind?

(Udo Pastörs, NPD: Hinbeziehen? Was meinen Sie damit?)

Die gehen dann zu einem Projekt, die gehen zum zweiten Projekt und die gehen zum dritten Projekt – von Bundesmitteln finanziert – und sagen: Mama, das ist toll in der Krippe, das ist toll im Kindergarten. Warum kann ich da nicht öfter hingehen? Und genau da, liebe Kollegen, genau da haben wir das erreicht, was wir mit unserem Antrag erreichen wollen.

Ich finde es zu einfach, sich darüber lustig zu machen, ob eine CDU sich mit einer CSU oder eine CSU sich mit einer FDP streitet. Ich finde es sehr wichtig und sehr sinnvoll, dass wir das Instrument, was wir für Mecklenburg-Vorpommern – und das hat auch der Kollege Grabow gesagt – als nicht geeignet ansehen, nicht verfallen lassen, dass wir uns dieses Instrument in Länderhoheit rüberholen.

Und, Herr Kollege Heydorn, das schätze ich an Ihrer klaren, deutlichen Aussage, die Sie hier getroffen haben. Es ist nämlich nicht die Frage, ob die Kollegen von der CDU jetzt sich nicht ganz sicher sind, ob wir noch in einer Soll-, einer Muss- oder in einer Kannbestimmung sind, denn unabhängig davon, ob wir in einer Soll-, Mussoder Kannbestimmung sind, wollen sie das Betreuungsgeld nicht aufgeben. Und da, finde ich, ist dann schade,

dass die CDU hier im Land dazu nicht die Kraft hat. Dann sagen Sie klar und deutlich: Wir wollen das, was wir mit CDU und SPD in der Koalition im Februar 2009 beschlossen haben, zwingend durchsetzen, wir wollen das, was im Koalitionsvertrag zwischen CDU und FDP vereinbart ist, zwingend durchsetzen.

Wir haben seinerzeit im Koalitionsvertrag von CDU und FDP auf Bundesebene schon gleich unsere kritische Würdigung als FDP angestrebt. Wir sind heute hier im Landtag Manns genug, um zu sagen, wir wollen, dass diese Fehlinstrumentalisierung nicht verloren geht. Wir wollen sie nach Mecklenburg-Vorpommern holen und hier eine positive Situation schaffen und ein positives Instrument finden. Deshalb finde ich es sehr schade, dass die CDU es nicht geschafft hat, über ihren eigenen Schatten zu springen

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Wer kann auch schon über seinen Schatten springen?!)

und den Kindern, die heute noch nicht in den Kindergarten gehen, eine Chance zu geben, diesen Kindergarten zukünftig zu besuchen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Harry Glawe, CDU: Solche Reden können Sie in Bayern halten, die brauchen Sie hier nicht zu halten.)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Roolf.

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/3490. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. –

(Harry Glawe, CDU: Drei Stimmen.)

Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Danke. Damit ist der Antrag der FDP-Fraktion auf der Drucksache 5/3490 bei Zustimmung der FDP-Fraktion und einer Zustimmung von der Fraktion DIE LINKE, ansonsten Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der CDU, der NPD und Enthaltung der Fraktion DIE LINKE abgelehnt.

Meine Damen und Herren, der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3482 zum Tagesordnungspunkt 32 ist zwischenzeitlich zurückgezogen worden. Damit entfällt die Beratung hierzu.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 33**: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Reform der Erzieherinnen- und Erzieherausbildung, Drucksache 5/3498. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/3547 vor.

Antrag der Fraktion DIE LINKE: Reform der Erzieherinnenund Erzieherausbildung – Drucksache 5/3498 –

Änderungsantrag der Fraktion der FDP – Drucksache 5/3547 –

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Dr. Linke von der Fraktion DIE LINKE.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Wollen wir mal gucken, ob der Minister kommt! – Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, gucken hilft nicht. Fordern! – Wolfgang Griese, DIE LINKE: Wo ist er denn? – Peter Ritter, DIE LINKE: Bestimmt in der Sonne. – Zuruf von Andreas Bluhm, DIE LINKE)

Dr. Marianne Linke, DIE LINKE: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Am 12. Juli 2007, also vor annähernd drei Jahren, hat der Landtag mit den Stimmen der Koalition den Beschluss gefasst, die Landesregierung aufzufordern, eine Reform der Erzieherinnen- und Erzieherausbildung bis spätestens 2009 einzuleiten. Mit der Reform sollten die Attraktivität des Berufsbildes erhöht und die Qualität und Praxisnähe verbessert werden. Die Reform der Struktur der Ausbildung sollte mit klarer Spezialisierung für den Elementarbereich einerseits und für Jugendpädagogik andererseits, engerer Verzahnung von theoretischer und praktischer Ausbildung ebenso einhergehen wie mit der Erhöhung des Anteils männlicher Erzieher in den Kindertageseinrichtungen. Die Landesregierung sollte diese Reform im Jahr 2009 einleiten, um so die Ergebnisse aus dem Bericht der Expertenkommission "Zukunft der Erziehung und Bildung unter Berücksichtigung des lebenslangen Lernens in Mecklenburg-Vorpommern" umzusetzen.

Minister Tesch nahm vor drei Jahren diesen Auftrag voller Begeisterung als unabdingbar an und nannte in seiner Rede seine selbst gesteckten Ziele für eine solche Reform. Er sei vollkommen für die Erneuerung der grundständigen Berufsausbildung, die Fort- und Weiterbildung in Schwerpunktbereichen und den Ausbau der Akademisierung, hieß es damals, zumal der Erzieherberuf in Deutschland lediglich ein dreijähriger Weiterbildungsberuf sei und für eine gute Qualifikation gut und gern sechs Jahre aufgewandt werden können. Mit Blick auf die Lebensplanung junger Menschen sei das – nach Auffassung des Ministers damals – wenig effektiv. Daneben wurden mangelnde Spezialisierung und Praxisnähe der Ausbildung ebenfalls vom Minister angesprochen.

Inzwischen liegen nun seit Juli 2008 der Bericht der Expertenkommission und daneben seit Monaten die verschiedenen Stellungnahmen von kommunalen und freien Trägern der Jugendhilfe zur Novellierung des Kindertagesförderungsgesetzes vor. Ja, was ist nun inzwischen passiert, verehrte Abgeordnete? Um es kurz zu machen: Ein inhaltliches Konzept zur Reform der Erzieherinnenund Erzieherausbildung fehlt nach wie vor, allerdings soll es ein wesentlicher Baustein der Bildungskonzeption für 0- bis 10-jährige Kinder sein. Die Bildungskonzeption, so erinnern wir uns, steht im Zentrum der Novelle des Kindertagesförderungsgesetzes, die den Landtag kürzlich erreichte.

So weit, so gut. Nur, das Kindertagesförderungsgesetz soll noch in diesem Herbst, die Bildungskonzeption aber erst Ende 2011 das Licht der Welt erblicken und dann eventuell Eingang in die Praxis finden. Die Ausbildungsdauer für Erzieherinnen und Erzieher soll mit dem Kindertagesförderungsgesetz auf vier Jahre festgeschrieben werden, ohne dass in diesem Zusammenhang jedoch eine inhaltliche Profilierung der Ausbildung, wie es die Expertenkommission empfohlen hat, an den staatlichen Schulen des Landes vorgenommen worden wäre, denn das Konzept kommt ja erst im Jahr 2011.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Und keiner weiß, was in den vier Jahren passiert.)

So bleibt als zwingende Voraussetzung für künftige Erzieherinnen und Erzieher die zweijährige Ausbildung als staatlich geprüfter Sozialassistent erhalten,

(Jörg Vierkant, CDU: Da wird konzeptionell gearbeitet.)

an die wie bisher die Ausbildung an einer Fachschule für Sozialwesen anknüpft.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Oh!)

Die Ausbildung zum Sozialassistenten wird unter Fachleuten seit Jahren kritisch gesehen, weil sie die Absolventen nicht ausreichend befähigt, als pädagogische Fachkräfte im Prozess der frühkindlichen Bildung tätig zu sein. Diese zweigeteilte Ausbildung, Sozialassistent und Erzieher, ist bildungspolitisch und bildungsökonomisch ineffektiv.

Das Kindertagesförderungsgesetz, das heißt die Novelle, hätte anders zu einer grundlegenden Umgestaltung der Ausbildung hin zu einem durchgängig konzipierten Ausbildungsberuf für Erzieherinnen und Erzieher werden können. Nein, das überholte System wird stattdessen beibehalten, wobei eben mit der vorliegenden Novelle des Kindertagesförderungsgesetzes kurzerhand Begriffe verändert werden, die in ihrer Konsequenz das pädagogische System drastisch beschädigen. Der Begriff "pädagogische Fachkraft" wird durch "pädagogisches Personal" ersetzt, wozu dann künftig auch die Sozialassistenten zählen.

(Zuruf von Minister Henry Tesch)

Der Personalschlüssel des noch geltenden Gesetzes, der eine Fachkraftquote darstellt, wurde nicht in der Größenordnung, aber dem Inhalt nach verändert, und das bedeutet ja dann letzten Endes nichts anderes als den Ausstieg aus der von allen Experten geforderten hohen Fachlichkeit in der Kindertagesbetreuung mit den dann künftig schlechtesten Personalschlüsseln bundesweit.

Die nunmehr nach dem KiföG in vier statt fünf Jahren zu absolvierende Ausbildung basiert lediglich auf einer Kürzung, aber nicht auf einer zeitgemäß durchdachten, wissenschaftlich begründeten Konzeption. Alle Experten der frühkindlichen Pädagogik wie der Schulpädagogik hierzulande, aber auch des Auslandes sehen einen bedeutsamen Bildungserfolg bei Kindern und Jugendlichen in einer spezialisierten Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher in den unterschiedlichen Entwicklungsphasen, also als Kleinkind, Schulkind beziehungsweise für den jungen Erwachsenen.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Auch für den Rentner.)

So lauteten auch die Empfehlungen der Expertenkommission. Mittlerweile fragen sich Eltern, Großeltern, kurz, die Steuerzahler im Land,

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Na, die fragen sich so manches, die Steuerzahler.)

zu welchem Zweck werden hier eigentlich von dieser Landesregierung regelmäßig Expertisen erarbeitet, wenn sie im Bildungsministerium weder verstanden noch umgesetzt werden.

Geradezu demotivierend für Lehrerinnen und Lehrer an den Fachschulen für Sozialpädagogik sind die zu Beginn dieses Jahres vom Bildungsminister vorgenommenen arbeitsvertraglichen Kürzungen für jene Lehrerinnen und Lehrer, die hier mit der Erzieher/-innenausbildung befasst sind. Zur Begründung wurde den Betroffenen mitgeteilt, die rückläufige Kinderzahl mache Derarti-

ges erforderlich. Das ist insofern vollkommen abwegig und unzutreffend, als die Geburtenzahlen seit Jahren in Mecklenburg-Vorpommern stabil bei 13.000 liegen.

Daneben hat Ende des vergangenen Jahres der Landtag eine Initiative meiner Fraktion aus dem Herbst aufgegriffen und die Einführung einer Bedarfsplanung für Erzieherinnen und Erzieher im Land Mecklenburg-Vorpommern beschlossen, um einem drohenden Fachkräftemangel auf planerischem Wege entgegenzuwirken. Der Landtag zumindest rechnet mit einem wachsenden Bedarf an Erzieherinnen und Erziehern im Land und die Landesregierung kürzt die staatlichen Ausbildungskapazitäten.

Da fällt eine andere Tendenz ins Auge. Private Weiterbildungsträger bieten sogenannte Nichtschülerprüfungen auf Basis von Umschulungen zum Erzieher an. In Ausnahmefällen gibt es in den meisten Bundesländern die Möglichkeit, eine sogenannte Externen- oder Nichtschülerprüfung abzulegen, wenn eine Ausbildung auf dem regulären Wege nicht möglich sein sollte. Nichtschüler erlangen die Berufsreife durch eine Prüfung ohne vorangegangenen Besuch einer entsprechenden Schule. Die Prüfungsvorbereitung erfolgt autodidaktisch oder durch die Teilnahme an Veranstaltungen externer Anbieter, also durch private Weiterbildungsträger, finanziert vom Arbeitsamt oder der Arge, auch auf der Grundlage von Bildungsgutscheinen. Das führt zwangsläufig zu einem weiteren Qualitätsverlust, denn derartige Schnellkurse konterkarieren den hohen pädagogischen Anspruch an die Ausbildung, vernichten anspruchsvolle und stark nachgefragte Ausbildungsplätze an den staatlichen Schulen und führen in der Praxis zur weiteren Verdrängung der pädagogischen Fachkräfte.

Gesetzlich abgesichert wird dieser weitere Qualitätsausstieg aus der frühkindlichen pädagogischen Arbeit durch die KiföG-Novelle, wonach das Landesjugendamt künftig über die Zulassung dieser Nichtfachkräfte seinen Segen geben darf. Hierbei ist immer zu bedenken, dass mit Unterstützung des Bildungsministers und der Sozialministerin diese Behörde im Zuge der Verwaltungsmodernisierung zur Scheinkommunalisierung freigegeben ist und beim KSV angesiedelt werden soll, also keinerlei fachlicher und demokratischer Kontrolle mehr unterliegen wird.

Meine Fraktion fordert angesichts dieser dramatischen Entwicklung auf dem Gebiet der Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern einen Bericht zur Reform der Ausbildung im Land sowie eine Kurskorrektur hin zu den Empfehlungen der Expertenkommission. In diesem Zusammenhang kann der Minister dann auch darlegen, was aus seinen zahlreichen blumigen Ankündigungen hin zu einer Qualitätsverbesserung und Akademisierung der Erzieherinnen- und Erzieherausbildung im Lande geworden ist.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Frau Dr. Linke.

Meine Damen und Herren, im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Um das Wort hat zunächst gebeten der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur Herr Tesch. Herr Tesch, Sie haben das Wort.

Minister Henry Tesch: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Der Landtag hat mit Beschluss vom 12. Juli 2007 die Landesregierung aufgefordert, eine Reform der Erzieherinnenund Erzieherausbildung bis spätestens 2009 einzuleiten. Dabei sind die umfassenden Herausforderungen an die Bildung, Erziehung und Betreuung in der Kindheit zu berücksichtigen.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel übernimmt den Vorsitz.)

Der Auftrag erfolgte mit der Zielstellung, die Attraktivität des Berufes zu erhöhen sowie die Qualität und Praxisnähe zu verbessern.

Und ich will es gern wiederholen, Frau Dr. Linke, ich habe im Juli 2007 deutlich gemacht, dass eine Reform in Mecklenburg-Vorpommern nur gelingen kann, wenn das neue Konzept bundesweit Anerkennung findet und seitens der Kultusministerkonferenz gebilligt wird. Wenn Ihnen das anders gelingt, dann will ich das gern zur Kenntnis nehmen. Ich bin mir aber auch nicht bewusst, ich habe nachgeschaut, dass Sie solche Konferenzbeschlüsse gerade wegen der bundesweiten Anerkennung an irgendeiner Stelle unterlaufen haben. Und insofern kann man auch nicht dazu auffordern, dass wir dies tun sollten. Denn als Kernpunkte des Reformprozesses wurden die Veränderung der Struktur der Ausbildung und eine Spezialisierung der Ausbildung genannt.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Das waren nicht wir, die Sie aufgefordert haben, das war die Koalition.)

Das habe ich gesagt, aber hier war ja die Frage auf den Redebeitrag bezogen.

> (Andreas Bluhm, DIE LINKE: Na, ich komme ja auch noch dran. – Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE, und Irene Müller, DIE LINKE)

Und daher ist die Reform der Erzieherinnen- und Erzieherausbildung sowohl auf eine Verbesserung der Qualifizierung auf Fachschulebene als auch auf eine Weiterentwicklung akademischer Qualifizierungswege an Hochschulen gerichtet.

Und um es ganz deutlich zu sagen, damit war klar, dass die anstehende Reform die gemeinsame Sache aller Länder ist. Sie muss auf der Ebene der Kultusministerkonferenz bewältigt werden. Ein Alleingang von Mecklenburg-Vorpommern zur Veränderung der Ausbildungsstruktur würde die Anerkennung der Erzieherinnen- und Erzieherabschlüsse gefährden und die Absolventen unseres Landes in ihrer Freizügigkeit auf dem europäischen und bundesweiten Arbeitsmarkt benachteiligen. Das nicht zur Kenntnis zu nehmen, ist abenteuerlich.

In den bisherigen Abstimmungen haben sich vorerst folgende vier vorrangig zu lösende Aufgaben und Schwerpunkte für den Reformprozess herauskristallisiert. Die will ich Ihnen gern nennen:

- Verständigung auf ein bundesweit abgestimmtes Qualifikationsprofil für das p\u00e4dagogische Personal f\u00fcr die Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern im Alter von null bis zehn Jahren
- Weiterentwicklung der Fachschule für Sozialpädagogik

- 3. Erhöhung des Anteils von Hochschulabsolventen in den Tageseinrichtungen für Kinder sowie
- 4. Verbesserung der Durchlässigkeit zwischen der Fachschul- und Hochschulausbildung

Ich will Sie darüber informieren, dass die Jugend- und Familienminister sowie die Kultusminister sich noch in diesem Jahr auf den Gemeinsamen Orientierungsrahmen "Bildung und Erziehung in der Kindheit" verständigen werden. Und ich glaube, das ist Grundlage für vieles, worüber wir hier heute reden. Dieser beschreibt Eckpunkte, die als Grundlage für die curriculare Umsetzung in den Fachschulbildungsgängen und in den Hochschulstudiengängen dienen, das Berufsprofil verdeutlichen und die Basis für die staatliche Anerkennung sind. Ohne die wird es nicht gehen.

Unabhängig von diesen unverzichtbaren Abstimmungsprozessen nutzt das Land alle Möglichkeiten, um notwendige Reformschritte bereits jetzt schon umzusetzen, allerdings – und dazu stehen wir auch, das können Sie natürlich öffentlich kritisieren – soweit dies die Kultusministerkonferenzrahmenvereinbarungen zulassen.

Drei Beispiele möchte ich nennen:

Erstens, Spezialisierung in der Ausbildung durch Schwerpunktsetzung.

Mit der Verständigung auf das Qualifikationsprofil für den Arbeitsbereich null bis zehn Jahre erfolgt eine Abgrenzung zur Tätigkeit von Erzieherinnen und Erziehern im Jugendbereich, sodass die Spezialisierung in der Ausbildung durch Schwerpunktsetzung praktiziert werden kann. Und ich finde, das ist gut. Die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher ist durch die Kultusministerkonferenzrahmenvereinbarung über Fachschulen geregelt. Sie bestimmt, dass diese Erziehungs-, Bildungsund Betreuungsaufgaben in allen sozialpädagogischen Bereichen selbstständig und eigenverantwortlich übernommen werden. Sie lässt aber die Bildung von Ausbildungsschwerpunkten nach Tätigkeitsfeldern zu. Und ich glaube, das ist auch in Ihrem Sinne.

Auf dieser Grundlage wurde für die Erzieherausbildung in Mecklenburg-Vorpommern eine Schwerpunktsetzung auf drei Tätigkeitsbereiche – Elementarbildung und Kinderbetreuung, Jugendarbeit sowie Hilfen zur Erziehung – in die Lehrpläne eingeführt. Neben den Besonderheiten der einzelnen Schwerpunkte sind übergreifende gemeinsame sozialpädagogische Inhalte vorhanden. Die Lehrpläne des sozialpädagogischen Fachbereichs werden daher zukünftig modular gestaltet. Es werden sowohl schwerpunktübergreifende als auch schwerpunktspezifische Module ausgewiesen. Der Einstieg in die modular gestalteten Rahmenpläne erfolgt zum nächsten Schuljahr mit dem ersten Ausbildungsjahr der höheren Berufsfachschule für Sozialassistenz.

Die Kultusministerkonferenzrahmenvereinbarung über Fachschulen bildet auch die Grundlage der gegenseitigen Anerkennung der Erzieherinnen- und Erzieherabschlüsse. Eine Arbeitsgruppe der Kultusministerkonferenz erarbeitet derzeit die Ergänzung der Rahmenvereinbarung über Fachschulen, um – und ich glaube, das unterstützen Sie auch – ein kompetenzorientiertes Qualifikationsprofil für die benannten Tätigkeitsbereiche der Erzieherinnen und Erzieher zu geben.

Ich komme zu meinem zweiten Punkt der Umsetzung, der bereits in der Debatte vor drei Jahren eine wichtige Rolle spielte, nämlich die Ausbildungsdauer. Sie haben es angesprochen. Sie wissen, dass die Regelausbildungszeit mit der dreijährigen Fachschule sowie der vorgelagerten zweijährigen Sozialassistentenausbildung fünf Jahre dauert. Das ist zu lang und für junge Menschen wenig attraktiv. Ich glaube, das haben wir gemeinsam festgestellt. Wir werden daher ab dem Schuljahr 2010/11 mit den neuen, modular aufgebauten Lehrplänen zugleich in eine vierjährige Gesamtausbildungszeit eintreten. Sie besteht aus der zweijährigen höheren Berufsfachschule für Sozialassistenz als erster Stufe und einer zweijährigen Fachschule für Sozialpädagogik als zweiter Stufe der Erzieherinnen- und Erzieherausbildung.

Die Verkürzung, die Sie angesprochen haben, erfolgt vorrangig durch inhaltliche Konzentration ohne Qualitätsabstriche, und das sagen die Experten so. Sie wird umgesetzt unter Einhaltung der derzeitigen Bestimmungen der Kultusministerkonferenzrahmenvereinbarung, was, wie ich finde, unerlässlich ist, sodass die bundesweite Anerkennung der Abschlüsse weiterhin gewährleistet wird. Alles andere können wir uns nicht leisten.

Darüber hinaus wird die berufliche Erstausbildung der Sozialassistentinnen und Sozialassistenten inhaltlich deutlich aufgewertet. Auch das, finde ich, ist ein überfälliger Schritt. Und dies ...

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Das haben Sie aber 2007 auch hier schon erklärt.)

Ja, Sie wollen doch auch wissen, was sozusagen passiert ist,

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Ja.)

was neu eingeleitet worden ist. Und das ist doch eingeleitet. Also insofern ist der Zwischenruf doch im Grunde genommen an dieser Stelle wirklich deplatziert.

Und dies soll bei der Novellierung ...

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Wo ist denn das Konzept?)

Herr Bluhm, hören Sie zu oder lesen Sie nach!

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Ach, Ihre Rede hier ist immer ganz was anderes als die Wirklichkeit.)

Das stimmt doch überhaupt nicht.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Ja, ja, ich komme ja noch mal. Ich habe ja noch Zeit.)

Dies soll auch bei der Novellierung des Kindertagesförderungsgesetzes bei den Bestimmungen für das pädagogische Personal in Kindertageseinrichtungen Berücksichtigung finden.

Und der Gesetzentwurf der Landesregierung sieht dazu vor:

Erstens. Für das pädagogische Personal in Kindertageseinrichtungen werden Assistenzkräfte nunmehr gesondert ausgewiesen. Sie müssen dann auch in den Leistungsvereinbarungen berücksichtigt werden. Damit wird anerkannt, dass Sozialassistentinnen und Sozialassistenten nach einer zweijährigen beruflichen Erstausbildung bereits über Kompetenzen in der Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern verfügen, die deutlich über die von Praktikantinnen und Praktikanten in der Berufsorientierung oder von anderen Unterstützungskräften hinausgehen.

Und zweitens. Die Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen sollen weiterhin über mindestens einen Abschluss der Fachschule oder sogar einen Abschluss der Hochschule verfügen. Seiteneinsteiger werden zukünftig in das zweite Jahr der Sozialassistentenausbildung aufgenommen, für die sich damit eine Gesamtausbildungszeit von drei Jahren bis zum Abschluss ergibt. Auch das finde ich richtig. Und die benannte Konzentration der sozialpädagogischen Ausbildung wird derzeit in zwei Schulversuchen am pädagogischen Kolleg in Rostock und in der Erzieherinnen- und Erzieherausbildung des Seminars für Kirchlichen Dienst in Greifswald und in Schwerin praktiziert, Herr Bluhm.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich komme zu meinem dritten und damit auch letzten Punkt, der Erhöhung der Akademisierung.

Bundesweit soll die Anzahl von derzeit circa 50 hochschulischen Studiengängen für die Bildung und Erziehung in der Kindheit erhöht werden. Neben den an den Fachschulen ausgebildeten Erzieherinnen und Erziehern benötigen wir zunehmend Fachpersonal mit einer stärkeren Wissenschaftsorientierung. Dies ist insbesondere zur Fachberatung bei der Umsetzung der Bildungspläne bis hin zur Ausbildung von Lehrkräften für den Berufsbereich Sozialwesen notwendig.

Daher haben wir an der Hochschule Neubrandenburg den Bachelorstudiengang Early Education im Jahr 2008 verstetigt. 2008! Und seit dem Sommersemester 2009 wird er auch berufsbegleitend angeboten – er ist sozusagen fast überrannt – für Studenten, die bereits als Erzieherinnen und Erzieher tätig sind. Er wird sehr, sehr gut angenommen. Und damit reagiert das Land auf einen stärkeren Bedarf an Führungskräften und Spezialisten in den Kindergärten.

Gemessen an den Zukunftsanforderungen ist es sinnvoll, dass außerhalb des Hochschulbereichs erworbene, nachgewiesene gleichwertige Kompetenzen und Fähigkeiten für den Bachelorstudiengang angerechnet werden können. Auch das ist wiederum vernünftig. Zur Verbesserung der Durchlässigkeit von der Fachschule zur Hochschule soll eine Anrechnung von beruflich erworbenen Kompetenzen in der Fachschulausbildung ebenfalls erfolgen.

(Präsidentin Sylvia Bretschneider übernimmt den Vorsitz.)

Ich glaube, das kann man nur unterstützen. Mecklenburg-Vorpommern wird bei der Entwicklung entsprechender bundesweiter Empfehlungen die Erfahrungen im Schulversuch am Pädagogischen Kolleg Rostock ebenfalls mit einbringen. Andere Länder sind daran schon interessiert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in der Kindertagesbetreuung und -förderung sind die Anforderungen an die pädagogische Arbeit in den vergangenen Jahren enorm gestiegen. Um den Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsauftrag in den Kindertageseinrichtungen in hoher Qualität umzusetzen, bedarf es gut ausgebildeter, motivierter Fachkräfte, Fachkräfte, die sich aufbauend auf die in der Ausbildung erworbenen Kompetenzen regelmäßig auch zu aktuellen Schwerpunkten in der Bildungs- und Erziehungsarbeit fort- und weiterbilden.

Mit dem neuen Kindertagesförderungsgesetz ist die Bildungskonzeption verbindliche Arbeitsgrundlage für alle Kindertageseinrichtungen und für die Kindertagespflege im Land. Diese Konzeption ist Leitbild und curriculare Grundlage. Schon jetzt haben viele Weiterbildungs- und Ausbildungseinrichtungen unseres Landes, mit denen mein Haus eine enge Zusammenarbeit pflegt, die oben genannten Themen in die Fort- und Weiterbildungsangebote aufgenommen.

Und ich werde dafür Sorge tragen, dass ein bedarfsgerechtes Weiterbildungskonzept entsteht und somit die pädagogische Qualität der Arbeit in den Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege weiterentwickelt wird. Dafür werde ich den konkreten Bedarf an Themen und Formen für die Weiterbildung der Fachkräfte in unserem Land erheben und die vorhandenen finanziellen Mittel dafür entsprechend einsetzen. Auch dies ist schon mitgeteilt.

Darüber hinaus geht es darum, landesweit einheitliche Qualitätsstandards für die Qualifizierung von Leiterinnen und Leitern von Kindertageseinrichtungen zu garantieren. Dazu habe ich die Hochschule Neubrandenburg beauftragt, ein entsprechendes Curriculum zu konzipieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Reform der Erzieherinnen- und Erzieherausbildung ist eine wirklich länderübergreifende Reform. Und Sie nehmen auch zur Kenntnis, wie hier alle Länder gemeinsam genau an diesem Punkt arbeiten, sowohl in der Familienministerkonferenz als auch in der Kultusministerkonferenz. Sie kann, und da sind sich alle Länder einig, nur als langfristiger Prozess aller Länder der Bundesrepublik gestaltet werden. Wir werden unsere Erfahrung in diesen Prozess einbringen und haben es bereits getan und ich werde gern die Gelegenheit nutzen, Ihnen hierzu erneut dann entsprechend zu berichten. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete und Vizepräsident Kreher für die Fraktion der FDP.

Hans Kreher, FDP: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Gut Ding braucht Weile, sagt der Volksmund.

(Irene Müller, DIE LINKE: Muss Weile haben.)

Aber hier hat die Fraktion DIE LINKE gut beobachtet und richtig festgestellt, dass das selbst gesteckte Ziel der Koalition im Jahr 2009 hätte erreicht werden müssen.

(Zuruf von Minister Henry Tesch)

Die berechtigte Forderung an die Landesregierung ist daher, die Karten endlich auf den Tisch zu legen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Und, Herr Minister, wenn Sie jetzt gesagt haben, dass das natürlich alles in der KMK relativ schwierig ist, das wissen wir.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

aber dann wäre es, wenn Sie den Auftrag Ihrer Parteien, der Koalition, hätten erfüllen wollen, doch zumindest richtig gewesen, wenn entsprechende Unterrichtungen von diesen Koalitionen dann auch hätten gefordert werden können.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Denn das merken wir immer, bei anderen Dingen, da stellen Sie Anträge hier, die wunderbar die Richtigkeit Ihrer Politik hier darstellen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Da wird das Schaufenster doch nicht groß genug.)

Wenn aber etwas wie in diesem Falle nicht so läuft, dann bleiben Sie still. Nichts ist von Ihnen gekommen, obwohl es Ihr Auftrag war, meine Damen und Herren.

> (Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig. – Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, wir werden mit unserem Änderungsantrag noch einmal an ein paar wesentliche Details erinnern, die schon in der Debatte im Jahr 2007 im Zentrum unseres Interesses lagen. Einigkeit bestand damals und auch hoffentlich heute, dass der Rolle und Qualifikation der Leitungskräfte in der Kindertagesbetreuung eine besondere Bedeutung zukommt. Es geht uns dabei nicht darum, allen Erzieherinnen und Erziehern eine akademische Bildung abzuverlangen. Der Zusammenhang zwischen Qualifikation der Leitung einer Kindertageseinrichtung und den Lernfortschritten der Kinder ist jedoch unbestreitbar. Auch der Zusammenhang zwischen der Betreuungsrelation und der pädagogischen Qualität von Kindertageseinrichtungen sowie das Verhältnis von Theorie und Praxis in der Ausbildung sind selbstverständlich von zentraler Bedeutung in der Erzieherinnen- und Erzieherausbildung.

Lieber Herr Bluhm, diese Punkte werden von der Fraktion DIE LINKE in der Begründung des Antrages bereits angerissen. Wir wollen hier lediglich mehr Schärfe ins Detail des Antragstextes bringen.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Schärfe ist immer gut.)

Im Dialog mit den Regierungsfraktionen und der Landesregierung ist dies, wie wir gesehen haben, ganz besonders wichtig. Schließlich gilt es, die teilweise widersprüchlichen Aussagen der Koalitionspartner etwas genauer zu betrachten. Die SPD war seinerzeit noch skeptisch, ob und in welchem Umfang eine Hochschulausbildung für Erzieherinnen und Erzieher notwendig ist. Herr Vierkant dagegen schwärmte von der französischen École maternelle, wo ein Hochschulabschluss für Erzieherinnen die Regel ist.

(Jörg Vierkant, CDU: Nach wie vor.)

Ein interessantes Detail, welches der Bildungsminister in seiner Rede damals ansprach, möchte ich gerne noch einmal beleuchtet sehen: Er wünschte sich den Vorschulpädagogen als Fachkraft für die frühkindliche Bildung und Erziehung. Was ist, Herr Minister, aus dieser Idee geworden

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist auf dem Weg, Herr Kreher.)

und wie beziehungsweise in welchem Umfang sollen Vorschulpädagogen eingesetzt werden?

Ein anderes Problem, welches auch vom Minister seinerzeit angesprochen wurde, ist die Dauer der Erzieherausbildung. Hier wurde richtigerweise nach einer kompakteren und zugleich qualitativ hochwertigen Lösung gesucht. Und ich sage auch hier dazu, es ist wichtig, dass die Verbindung von Praxis und Theorie dabei mit berücksichtigt werden muss.

Selbstverständlich, meine Damen und Herren von den LINKEN, stimmen wir dem Antrag der Fraktion zu, weil er auch unsere Vorstellungen trifft. Wir würden uns freuen, wenn Sie und auch Sie den Änderungsantrag als Ergänzung mit aufnehmen würden. Meine Damen und Herren, ich appelliere auch an Sie von der Koalition, denn eigentlich wollen wir das, was Sie damals mit auf den Weg gebracht haben, ja jetzt nur auf die richtige Bahn bringen, damit das endlich durchgesetzt wird. – Danke schön, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Kreher

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Reinhardt für die Fraktion der CDU.

Marc Reinhardt, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Kollegen von der LINKEN! Sehr geehrter Herr Kreher! DIE LINKE hat einen Antrag eingereicht, wo sie uns dazu auffordert.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das wissen wir, Herr Reinhardt.)

einen Bericht zu einem Landtagsantrag der Koalitionsfraktionen aus dem Jahr 2007 – wollte ich nur noch mal zusammenfassen, Herr Ritter, wenn es genehm ist – einzureichen.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Ja, so viel umfänglicher ist der Antrag ja gar nicht.)

Sie weisen darauf hin, dass schon eine Menge an Zeit vergangen ist. Das ist sicherlich auch Ihr gutes Recht, darauf hinzuweisen. Wir haben aber auch vom Minister gehört, dass so, wie es in unserem Antrag stand, mit dem Einstieg 2009 zu beginnen, dass dies auch erfolgt ist und man auf dem Wege ist.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Nee, nee, das stand hier nicht in dem Antrag.)

Ich führe es gerade aus. Gerade hat der Minister Henry Tesch sehr ausführlich berichtet.

(Irene Müller, DIE LINKE: Er hat so was anderes berichtet.)

Er hat Chancen aufgezeigt, welche von den von uns geforderten Punkten Möglichkeiten zur Umsetzung bieten, er hat genauso Punkte genannt, die für uns allein im Kanon der Bundesländer schwer umsetzbar sind. Hinzu kommen Punkte wie beispielsweise die verstärkte Förderung von Fort- und Weiterbildung der Beschäftigten in den Kindertageseinrichtungen, die von uns im vorliegenden Entwurf berücksichtigt wurden.

Mittlerweile vertrete ich dabei die persönliche Auffassung, dass wir im Rahmen der kommenden Anhörungen und Beratungen zum KiföG vermehrt auch die Erzieherinnen- und Erzieherausbildung weniger vom Inhalt, aber eher zu den folgenden Beschäftigungsmöglichkeiten beraten sollten.

(Irene Müller, DIE LINKE: Ach, gab es da nicht einen Antrag dazu?)

Dies wiederum können wir nur in guter Zusammenarbeit mit den Trägern der Einrichtungen schaffen. Letztendlich sind sie es, die darüber entscheiden, ob und welche Erzieher oder Mitarbeiter eingestellt werden. Da uns der Kultusminister heute schon ausführlich mündlich informiert hat und ich weiß, dass sich der Bericht bereits in der Ressortanhörung befindet

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wir haben noch mehr im Köcher.)

und wir davon ausgehen können, dass er uns auch demnächst hier im Landtag erreicht, habe ich meiner Fraktion vorgeschlagen, den Antrag der Fraktion DIE LINKE entweder für erledigt zu erklären oder abzulehnen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU – Peter Ritter, DIE LINKE: Sie machen Vorschläge!)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Reinhardt.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Köster für die Fraktion der NPD.

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Reform der Erzieherinnen- und Erzieherausbildung hat in den vergangenen Jahren mehrfach den Landtag mehr oder weniger intensiv beschäftigt. So reichten im Juni 2007 SPD und CDU einen Antrag zur Reform der Erzieherinnen- und Erzieherausbildung ein, mit dem sich die Landesregierung verpflichtete, bis spätestens 2009 eine Reform der Ausbildung von Erziehern einzuleiten. Hierfür haben sich dann die Regierungsfraktionen auf verschiedene Punkte festgelegt.

Jetzt stellt sich drei Jahre nach Verabschiedung des Antrages zu Recht die Frage, in welcher Art und Weise die Landesregierung die Reform umgesetzt hat. Zuletzt äußerte sich der Bildungsminister Tesch im November 2009 zu dem Sachverhalt der Erzieherinnen- und Erzieherausbildung, als ein weiterer Antrag von Rot-Schwarz verabschiedet wurde. Mit dem Antrag "Einführung einer Ausbildungsplatzplanung für Erzieherinnen und Erzieher in Mecklenburg-Vorpommern" hat sich die Regierung erneut selbst zum Handeln aufgefordert.

Es ist für uns Nationalisten offensichtlich, dass die Landesregierung nicht in vollem Umfang ihrer Pflicht nachkommt. Seit November 2009 hat sich in diesem Zusammenhang offenbar nur wenig geändert. Wir stimmen dem Antrag zu, denn ein Bericht über das Geschehene kann nicht falsch sein.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete und Vizepräsident Bluhm für die Fraktion DIE LINKE.

Andreas Bluhm, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich fange mit einem Zitat an: "Wir legen Ihnen deshalb unseren Antrag vor, die Landesregierung zu beauftragen, nach diesen Punkten eine Reform der Erzieherinnen- und Erzieherausbildung bis zum Jahr 2009 einzuleiten. Ich möchte Ihnen auch sagen, warum das Jahr 2009 gewählt wurde ... Denn, meine Damen und Herren, Sie wissen alle, beim Bildungsminister arbeitet eine Expertenkommission, und es wäre ... diesen Expertinnen und Experten gegenüber wahrscheinlich auch etwas unfair, wenn dieses Parlament zu detaillierte Festlegungen schon heute vornimmt, ohne die Ergebnisse der Expertenkommission abgewartet zu haben. Deswegen ist der Termin in diesem Antrag auf das Jahr 2009 gelegt. Dort soll die Reform der Erzieherinnen- und Erzieherausbildung eingeleitet werden ... " Ende des Zitats.

Meine Damen und Herren, so Herr Brodkorb bei der Einbringung des Antrages am 12. Juli 2007.

(Hans Kreher, FDP: Haben Sie gesagt. – Peter Ritter, DIE LINKE: Mal schauen.)

Ich habe damals in der Debatte gefragt, was der Antrag der Koalitionsfraktionen eigentlich solle, denn bereits in Ziffer 154 der Koalitionsvereinbarung aus dem Jahre 2006 ist dieser Auftrag formuliert. Ich fühle mich im Nachhinein mit dieser Feststellung doch relativ stark bestätigt,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wiederholung ist die Mutter der Weisheit.)

denn es liegt drei Jahre – ich betone: drei Jahre – hinter uns und es liegt eben weder ein Konzept noch eine Diskussionsgrundlage für ein in sich geschlossenes Konzept der Novellierung der Erzieherinnen- und Erzieherausbildung vor.

> (Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen DIE LINKE und FDP – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Nun hätte ich ja noch Verständnis, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn es ein Antrag der Opposition gewesen wäre, den man einfach ignoriert, aber hier werden die regierungstragenden Fraktionen von SPD und CDU vom Bildungsminister brüskiert. Und es ist bezeichnend, dass der Einbringer

(Hans Kreher, FDP: Nicht will.)

des damaligen Antrages hier heute offensichtlich nicht redet. Ich gehe mal davon aus, dass er diesem Antrag zustimmt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Na, schauen wir mal!)

Wenn wir Anträge mit Aufträgen, wenn wir, wenn wir als Fraktion Anträge mit Aufträgen an die Regierung stellen, werden sie in der Regel mit der Begründung, die Landesregierung arbeitet schon, es bedarf Ihrer Aufforderung nicht, abgelehnt. Offensichtlich, meine Damen und Herren von SPD und CDU, gilt das jetzt für Ihre Anträge auch.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nur dass die Regierung nicht arbeitet.)

Der Unterschied besteht nur darin, dass dies nicht offiziell erklärt wird, vielleicht noch nicht, noch werden sie einfach ignoriert. Dass diese Verfahrensweise kein Einzelfall ist, das werde ich Ihnen morgen im Rahmen einer anderen Debatte noch näher erläutern.

Dass die Reform der Erzieherinnen- und Erzieherausbildung ein wichtiges Thema ist, ist unstrittig. In der Debatte im Juli 2007 wurde mit großer Ernsthaftigkeit – und im Übrigen gab es dazu auch Änderungsanträge von zwei Oppositionsfraktionen – darüber gesprochen. Es wurden vom Bildungsminister in der damaligen Rede Eckpunkte vorgestellt, die weit über die Intention des Antrages hinausgingen und die ich als sehr zielführend bezeichnet habe. Umso unverständlicher ist es, warum es bis heute keinen Konzeptentwurf für dieses vielschichtige, in den unterschiedlichsten Ausgestaltungen zu berücksichtigende Problem gibt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Er arbeitet doch schon.)

Und der Grund, meine sehr verehrten Damen und Herren, 2009 eine Reform einzuleiten, war, die Ergebnisse der Bildungskommission abzuwarten. Richtig, kann ich nur sagen, denn die Hinweise waren auch in dieser Frage wichtig. Aber der Bericht der Bildungskommission liegt seit Juni 2008, also seit zwei Jahren vor. Man hätte, wollte man die Reform 2009 einführen, kurzfristig oder zumindest kurz danach beginnen müssen, ein Konzept zu erarbeiten und zur Diskussion zu stellen. Und dass man in der KMK über die Frage der gemeinsamen Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern sich einigen muss, ist doch in Ordnung, aber von dieser Entscheidung alleine hängen doch viele andere Fragen in unserem Land gar nicht ab.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Das haben Sie selbst in Ihrer Rede 2007 gesagt.

Und dann, meine sehr verehrten meine Damen und Herren, Herr Minister, wenn Sie jetzt im Herbst eine Einigung der KMK bekommen, dann läuft Ihnen die Zeit davon, dann sind noch neun Monate Landesparlament sozusagen auf der Tagesordnung, dann ist es sozusagen um.

(Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE, und Irene Müller, DIE LINKE)

Nun, offensichtlich haben auch die regierungstragenden Fraktionen eine parlamentarische Verantwortung, die sie wahrnehmen sollten und müssten. Ich kann Sie deshalb eigentlich nur auffordern, deutlich zu machen, wer Koch und wer Kellner in diesem Land ist und dass das Parlament Kontroll- und Auftragsrechte nach der Verfassung hat.

(Hans Kreher, FDP: Ja.)

Auch im Fall der Reform der Erzieherinnen- und Erzieherausbildung befinden wir uns also auf einer der vielen Baustellen des Bildungsministeriums, die auf eine Fertigstellung oder Weiterprojektierung warten. Ich gehe mal davon aus, dass Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der Koalitionsfraktionen, ein großes Eigeninteresse haben, dass auf dieser Baustelle die Arbeiten fortgesetzt und relativ kurzfristig zum Abschluss gebracht werden. Dies können Sie dokumentieren, indem Sie unserem Antrag zustimmen. Und selbst der Bildungsminister hat ja gesagt, dass er in Kürze die entsprechende Berichterstattung vorlegen möchte.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/3547 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/3547 bei Zustimmung der Fraktion der FDP, der LINKEN und der NPD, Gegenstimmen der Fraktion der SPD und der CDU und einer Stimmenthaltung bei der Fraktion der SPD abgelehnt.

Wer dem Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3498 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE

LINKE auf Drucksache 5/3498 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, der FDP, der NPD, Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der CDU und einer Stimmenthaltung aus der Fraktion der SPD abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 34**: Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Deutschlands Austritt aus dem Euro-Verbund umsetzen – die eigene Währungshoheit wieder herstellen, auf Drucksache 5/3483.

Antrag der Fraktion der NPD: Deutschlands Austritt aus dem Euro-Verbund umsetzen – die eigene Währungshoheit wieder herstellen – Drucksache 5/3483 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Köster für die Fraktion der NPD.

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zu Beginn meiner Ausführungen möchte ich eine Lesermeinung aus "Spiegel online" zu Wort kommen lassen, die die gegenwärtige Entwicklung nicht besser beschreiben kann, Zitat: "Im Übrigen ist es ja nicht so, dass die Wiedereinführung nationaler Währungen nicht auch ernsthaft diskutiert wird. Was anderes bliebe auch gar nicht übrig, wenn der Euro kollabiert."

(Vizepräsident Hans Kreher übernimmt den Vorsitz.)

"Schließlich kann Eurokrise nicht bedeuten, dass in jedem Fall der Euro bestehen bleibt. Wäre das so, wäre er nicht in der Krise. Also gibt es Alternativen. Kein Euro mehr, anstelle dessen was anderes also. So weit wird man noch denken dürfen. Es ist im Übrigen auch nicht so, dass in den letzten zwei Jahren ausschließlich Dinge passiert sind, die schon Jahre zuvor von jedem antizipiert worden waren. Wie viele Heute-Journal-Sendungen habe ich mittlerweile einleiten hören mit: Vor zwei Jahren hätte man Sie wohl noch ausgelacht, wenn Sie gesagt hätten, eine große amerikanische Bank geht pleite, die deutsche Regierung verstaatlicht eine Bank, ein Land der Eurozone ringt mit dem Staatsbankrott, Frau Merkel behauptet, Fan der Tobin-Steuer zu sein, und dieses ist beliebig fortsetzbar. Nur weil etwas unglaublich klingt, ist es in diesen Zeiten leider nicht mehr unwahrscheinlich." 7itatende.

Der Stabilität der sogenannten Eurozone droht Gefahr durch die Finanzbetrügereien beispielsweise in Griechenland, Spanien, Italien und Portugal. Nachdem eiligst für Griechenland ein angebliches Rettungspaket geschnürt wurde, bei dem der deutsche Steuerzahler wieder einmal die Hauptlast trägt – vielen Dank hierfür, Frau Merkel –, sehen namhafte Finanzfachleute eine viel größere Gefährdung der Eurostabilität durch Spanien. Die dortige Wirtschaft ist etwa viereinhalb mal so groß wie die griechische. Nach dem Platzen einer Immobilienblase sitzen die iberischen Kreditinstitute nicht nur auf einem riesigen Berg fauler Kredite,

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

nein, zahlreiche Sparkassen mussten bereits verstaatlicht werden beziehungsweise droht ihnen dieses. Laut der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich stehen deutsche Banken etwa mit 176 Milliarden Euro bei spanischen Schuldnern aus.

Vor diesem Hintergrund ist es zu begrüßen, dass immer mehr Fachleute in den Medien Gehör finden, die schon seit Jahren vor der Euroblase warnen. So erklärte Wirtschaftswissenschaftler und Währungsspezialist Professor Wilhelm Hankel vor wenigen Wochen in einer Fernsehdiskussion sehr anschaulich, dass die Finanzspritze der EU die Probleme Griechenlands nicht beseitigen kann. Erst wenn Griechenland wieder seinen eigenen wirtschaftlichen Binnenkreislauf wiederherstelle, könne dessen Volkswirtschaft wieder gesunden.

Zusammen mit namhaften Wirtschafts- und Rechtsprofessoren wie Professor Schachtschneider, Joachim Starbatty und Wilhelm Nölling hatte Professor Hankel schon in den 90er-Jahren, leider vergeblich, gegen die Einführung des Euros, gegen den Amsterdamer Vertrag geklagt.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Hankel hat die jetzige Krise des Euros schon vor rund zehn Jahren vorhergesagt und er hat recht, wenn er feststellt, dass der Euro nicht das Opfer, sondern die Ursache der sogenannten Eurokrise ist.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Was aber sind die Ursachen der gegenwärtigen Staatskrisen, die sich systematisch gleichen? Denn die finanzpolitischen Gaunereien und Verfehlungen sind nur Auslöser der augenblicklichen Krise, so Hankel. Ursächlich verantwortlich ist aber die Vernachlässigung der volkswirtschaftlichen Integrität des Landes und der notwendigen inneren Vernetzung zwischen dem Geld- und Kapitalkreislauf auf der einen Seite und der nationalen Volkswirtschaft sowie Leistungsgemeinschaft auf der anderen Seite.

Bereits vor der Einführung des Euros warnten viele Wirtschaftswissenschaftler vor den immensen Nachteilen, die jetzt offenkundig werden, zum Beispiel:

Erstens, zu den Gefahren einer Einheitswährung für eine so große und heterogene Wirtschaftszone wie das Euroland, insbesondere bei asynchronen Konjunkturzyklen, bereitete eine angemessene Geldpolitik Schwierigkeiten.

Und zweitens die Festlegung der Wechselkurse der an der Einheitswährung beteiligten Währungen stelle ein wesentliches volkswirtschaftliches Problem dar.

So ist es nicht von der Hand zu weisen, dass eine Volkswirtschaft, die mit überwerteter Währung der Einheitswährung beitritt, im Vergleich ein höheres Vermögen, jedoch auch höhere Kosten und Preise aufweisen wird als Staaten, die unterbewertet oder reell bewertet der Einheitswährung beitreten. In der Folge ist ein volkswirtschaftlicher Ausgleich der Überbewertung nur schwer erreichbar.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: So ist es.)

Diese beiden Gründe reichen aus, um den Euroirrsinn zu verdeutlichen.

Warum aber wurde angesichts der großen Risiken eine europäische Einheitswährung eingeführt beziehungsweise den europäischen Völkern aufgezwungen? Unweigerlich landet man in diesem Zusammenhang bei einem französischen Zeitungskommentar in "Le Figaro" aus dem Jahre 1992, Zitat: "Maastricht, das ist der Versailler Vertrag ohne Krieg." Zitatende.

Viele Wirtschaftswissenschaftler raufen sich sprichwörtlich die Haare, wenn sie die Geld- und Wirtschaftspolitik der herrschenden Klasse erklären müssen. Einfachste wissenschaftliche Erkenntnisse werden von diesen außer Acht gelassen. So haben die Regierenden in Berlin und

auch hier in Schwerin offenbar noch nie etwas von der monetären Theorie und Politik gehört. Die Kenntnis hierüber ist aber wichtig, um die Funktion des Geldes und seine Wirkung zu verstehen.

Die monetäre Theorie wird auch als Geld- und Kredittheorie bezeichnet und sie erklärt, welche Rolle die einzelnen Größen wie zum Beispiel Geld, Kredit und Zins im Wirtschaftsablauf spielen. Die monetäre Politik, also Geld- und Kreditpolitik, hingegen stellt auf die Gesamtheit aller Maßnahmen ab, die aufgrund der geldtheoretischen Erkenntnisse zur Verwirklichung der gesamtwirtschaftlichen Ziele ergriffen werden, insbesondere Maßnahmen der Zentralbanken, die darauf gerichtet sind, die Versorgung der Wirtschaft mit Geld und Kredit zu bestimmten Bedingungen zu lenken. Nachzulesen ist dieses unter anderem im Gabler Wirtschaftslexikon.

(Zurufe von Heinz Müller, SPD, und Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Ureigenstes Wesen des Geldes ist die Tauschfunktion. Im Laufe der Zeit hat das Geld auch die Funktionen als Wertaufbewahrungsmittel und Recheneinheit erhalten. Heutzutage wird dem Geld eine weitere Funktion aufgezwungen, die aber grundsätzlich den Funktionen des Geldes zuwiderläuft, Geld als Spekulationsobjekt. Geld als Zahlungsmittel ist aus unserem Leben nicht mehr wegzudenken,

(Heinz Müller, SPD: Aha!)

Geld ist aber auch immer eine Sache des Vertrauens. Die Geldillusion bleibt bei den Handelnden in Politik und Finanzwirtschaft immer häufiger unbeachtet, die psychologisch begründete Einstellung zum Geldwert mit dem besonderen Vertrauen in seine scheinbar objektive Gegebenheit und Stabilität, das heißt dem Vertrauen der Wirtschaftssubjekte zum umlaufenden Geld. Für eine funktionierende Geldwirtschaft heutiger Prägung mit den multiplen Geldschöpfungsmechanismen ist die Geldillusion Voraussetzung. Hiermit ist das Vertrauen der Bürger in die durch den Staat geschaffene und durch seine Autorität abgesicherte Geldordnung gemeint. Vertrauen in das Geld mit all seinen Funktionen ist die Grundlage einer funktionierenden Geldwirtschaft.

Oberstes Gebot ist es aber auch, dass die erzeugten Waren und Dienstleistungen in dem Wirtschaftskreislauf einen nachvollziehbaren Gegenwert darstellen müssen. Und hier spiegelt sich auch die Ursache der gegenwärtigen Krise wider, denn in der EU spiegelt die Währung nicht die Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft und somit des Volkes wider, stattdessen haben wir es in der EU mit vielen unterschiedlichen Volkswirtschaften und somit unterschiedlichen Leistungsfähigkeiten zu tun,

(Udo Pastörs, NPD: So ist es.)

die eine gemeinsame Währungspolitik unmöglich machen. Der Euro ist deshalb zweifellos eine Kunstwährung, der man nicht vertrauen kann.

Viele Wirtschaftswissenschaftler haben die Entwicklungen frühzeitig erkannt, nur die Politik scheint sowohl blind als auch taub zu sein. Die Europäische Union steht vor dem Scheideweg: Entweder muss sie, um den Euro im Besonderen und die EU im Allgemeinen vor dem Untergang zu retten, eine EU-weit einheitliche Wirtschaftspolitik im Sinne eines europäischen Wirtschaftsregimes einführen,

(Michael Andrejewski, NPD: Das schaffen die nie. – Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

in deren Folge die nationalen Volkswirtschaften sich auflösen und die Nationalstaaten somit ihre Handlungsfähigkeit vollkommen aufgeben, oder die nationalen Volkswirtschaften gewinnen wieder ihre Souveränität,

(Udo Pastörs, NPD: Hoffentlich.)

indem die Nationalstaaten unter anderem wieder ihre Währungshoheit erhalten. Da wir Nationalisten zuerst die Sorgen und Nöte unseres eigenen Volkes im Blick haben

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ha, ha!)

und somit Politik für unser Volk Primat unseres Handelns darstellt, folgern wir folgerichtig: Raus aus dem Euro! Gebt uns unsere D-Mark zurück!

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Lieber ein Ende mit Schrecken als ein fortlaufender Schrecken ohne Ende. Die politische Klasse hat gar keine andere Wahl, als einzugestehen, dass die europäische Einheitswährung endgültig gescheitert ist.

(Irene Müller, DIE LINKE: Könnten wir nicht auch die Reichsmark wieder einführen?)

Auch der angesehene Tübinger Ökonom Joachim Starbatty stellte die Systemkrise in den Medien unmissverständlich fest, und ich gebe seine Aussagen im Zusammenhang aus einer Netzseite wieder.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Er sagt, dass wir es mit einer existenziellen Krise des Euros zu tun haben, die durch die aktuellen Milliardenbürgschaften nur überdeckt, das heißt, mit Geld zugeschüttet, aber nicht gelöst wird. Griechenland müsse zur Drachme zurückkehren,

(Heinz Müller, SPD: Und wir zum römischen Denar.)

um seine Währung dann bedürfnisspezifisch abwerten zu können. Es bestehe keine andere Möglichkeit. Auch Portugal werde aus dem europäischen Währungsverband ausscheiden müssen. Immer mehr Länder werden folgen, so Starbatty, aber das sei dann ein Ende mit Schrecken, statt ein Schrecken ohne Ende.

Es sei schlicht unglaublich, wie hier in Deutschland mit den Bürgern umgegangen wird. Erst werde uns erzählt, dass das Griechenlandgeschäft den Steuerzahlern sogar eine Rendite bringt,

> (Michael Andrejewski, NPD: Das ist nur zu seinem Vorteil. – Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

jetzt sagt Ackermann, dass mit der vollständigen Rückzahlung nicht zu rechnen sei. Es wird gesagt, dass wir Griechenland helfen, in Wirklichkeit aber helfen wir den Banken, so Starbatty. Durch den laut Lissabon-Vertrag verbotenen Ankauf von Staatsanleihen werden die Banken Risiken los und übertragen sie auf die Steuerzahler.

(Udo Pastörs, NPD: Das war nie so vereinbart.)

Die Zentralbank hat jetzt Ramschanleihen abgekauft. Dieser Ramsch wird irgendwann abgewertet und dann ist der Steuerzahler derjenige, der dafür geradestehen muss.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Und dieses krude Vorgehen ist laut Bundeskanzlerin Merkel alternativlos, so eine Zusammenfassung der Aussagen des Professors im Zuge der weltweiten Krisen, die mittlerweile nicht mehr nur als Finanz- und Wirtschaftskrisen, sondern als Systemkrisen bezeichnet werden müssen.

Es wird deutlich, wie gefährlich diese Währung für die Völker Europas ist. Wir sind mittlerweile total von der Haushaltssituation der anderen Euroländer abhängig. Diesem Teufelskreis, der sich mit der Einführung des Euros enorm verschärfte, können wir Deutschen nur entkommen, wenn die Bundesrepublik aus der EU austritt

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

und somit die Hoheit über die eigene Währungspolitik zurückerhält.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Wir Nationalisten wollen die Souveränität Deutschlands zurück und wir Nationalisten wollen, dass das deutsche Volk die Fähigkeit zurückerhält, seine eigene Zukunft zu gestalten. Deshalb fordern wir den Austritt der Bundesrepublik aus dem Euroverbund und die Wiedereinführung der Deutschen Mark ohne Enteignung der arbeitenden Bürger. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Vizepräsident Hans Kreher: Meine Damen und Herren, im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst die Abgeordnete Frau Borchardt von der Fraktion DIE LINKE.

Barbara Borchardt, DIE LINKE: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich gehe davon aus, dass niemand von Ihnen über den nun vorliegenden Antrag der NPD zum Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus dem Euroverbund überrascht war, denn mittlerweile hätten wir uns daran gewöhnen können, dass die NPD-Fraktion keine Gelegenheit auslässt, um ihre Haltung zur Europäischen Union zum Ausdruck zu bringen.

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Nun könnte man ja wenigstens davon ausgehen, dass sich die Qualität der Anträge verbessern könnte, aber auch hier weit gefehlt.

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Im Gegenteil, in gewohnter Art und Weise versucht die NPD-Fraktion, uns, aber insbesondere den Bürgerinnen und Bürgern zu vermitteln, dass einzig und allein der Euro, die Europäische Union an der Entwicklung schuld seien.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, ist sie. Das ist das Hauptproblem. – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

mit dem Austritt aus der Eurozone alle vorhandenen Probleme vom Tisch seien.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Das ist mehr als populistisch, zeigt aber auch, dass die NPD-Fraktion keine eigenen Lösungsansätze entwickeln kann.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Stefan Köster, NPD: Holt die D-Mark zurück! – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Und auch das haben wir ganz deutlich hören können: Die Mitglieder der NPD-Fraktion nehmen von allen möglichen Auseinandersetzungen, die in der Presse zu finden sind,

(Zurufe von Heinz Müller, SPD, und Raimund Frank Borrmann, NPD)

Zitate, die ihnen in den Kram passen, setzen sich aber mit der Problematik insgesamt nicht auseinander.

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und Raimund Frank Borrmann, NPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir an dieser Stelle einen kurzen Rückblick. Als der Deutsche Bundestag im April 1998 mehrheitlich für die Einführung des Euros stimmte, gab es zahlreiche Ökonomen, weite Teile der Bevölkerung, die vor der Einführung des Euros gewarnt hatten.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Das war die Mehrheit.)

Auch Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion, der SPD-Fraktion und ein Mitglied der FDP-Fraktion

(Udo Pastörs, NPD: Das war nicht das Volk. – Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

sowie Mitglieder der PDS-Gruppe hatten sich gegen die Einführung des Euros gewendet. Die Gründe waren aus Sicht der PDS-Gruppe vor allem, weil man zunächst hätte den Angleichungsprozess in Bezug auf die Löhne und Gehälter,

(Stefan Köster, NPD: Sie hätten am liebsten den Rubel, was?)

die Steuern sowie auch soziale, ökologische und juristische Standards meistern sollen.

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Erst danach hätte eine europäische Einheitswährung eingeführt werden können.

Wissen Sie, Herr Borrmann, Sie können da quietschen, wie Sie wollen, das Mikrofon habe ich im Moment.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Ich quietsche nicht.)

Hören Sie sich doch mal die Argumente an! Aber das wollen Sie gar nicht

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

und das zeigt doch ganz genau,

(Irene Müller, DIE LINKE: Er hat ja eigentlich Marxismus studiert.)

dass Sie überhaupt nicht inhaltlich debattieren wollen,

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

sondern Sie wollen nur populistisch vom Prinzip her Ihren Antrag hier durchbringen.

(Stefan Köster, NPD: Wir wollen die D-Mark zurück.)

Erst danach hätte eine europäische Einheitswährung eingeführt werden können. Die Kritiken der anderen Abge-

ordneten gingen im Wesentlichen in die gleiche Richtung. Trotz der bestehenden Kritiken wurde der Euro eingeführt. Er hat sich etabliert und hat an Zustimmung bei den Bürgerinnen und Bürgern gewonnen.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Ja, besonders bei Ihnen, ja.)

Laut Eurobarometer 2006 war die Mehrheit von 46 Prozent der deutschen Bevölkerung der Meinung, der Euro ist gut für uns, er stärkt uns für die Zukunft,

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Dann fragen Sie mal heute! – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

während 44 Prozent der Meinung waren, der Euro schwächt das Land eher.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ich bin fest davon überzeugt, dass eine Befragung 2008 noch besser ausgefallen wäre. Ja, auch das soll gesagt werden, das Stimmungsbild hat sich in den letzten vier Wochen verändert,

(Michael Andrejewski, NPD: Wie kam das denn?)

verändert durch Stimmungsmache, schüren von Ängsten.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Der Ruf nach der D-Mark ist lauter geworden. Und Sie von der NPD-Fraktion greifen dieses Stimmungsbild auf,

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

um die Ängste weiter zu schüren und Ihre eigene nationalistische Suppe zu kochen.

(Udo Pastörs, NPD: Nein, wir greifen nicht auf, sondern wir bestätigen das, was wir immer schon gesagt haben.)

Oder anders gesagt: Um ihre rassistisch motivierten Ziele zu verwirklichen, ist der NPD-Fraktion jedes Mittel recht.

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Ja, es ist unbestritten, die EU und die Eurozone befinden sich derzeit in der schwersten Krise seit Bestehen der Europäischen Union. Ursache der Krise ist aber nicht die gemeinsame Währungseinheit. Die Ursachen liegen ganz woanders.

(Stefan Köster, NPD: Die Politik ist schuld.)

Darüber haben wir zum Beispiel auf der Basis unseres Antrages heute bereits debattiert. Ja, wir müssen leider zur Kenntnis nehmen, dass Deutschland im Jahr 2010 80 Milliarden Euro neue Schulden aufnehmen muss, unbestritten.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Leider.)

Diese Neuverschuldung fällt damit in diesem Jahr so hoch aus wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Arme BRD! Nein, so was!)

Ja, dies sind Auswirkungen der Finanzkrise. Wir müssen aber doch auch zur Kenntnis nehmen, es sind nicht mehr die Schulden der Banken, die die Welt bedrohen,

sondern die Schulden der Staaten, auch jener, mit denen nach wie vor vor einem Jahr die Banken gerettet werden mussten.

> (Michael Andrejewski, NPD: Aus manipulierten Zahlen. – Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Aus der Bankenkrise ist eine Staatenkrise, eine Krise, die die Bürgerinnen und Bürger belastet, geworden. Und wie Sie, meine Herren von der NPD, mit diesem Problem umgehen, zeigt der vorliegende Antrag deutlich. Aber es kommt noch schlimmer. Sie verschweigen auch, welchen Schaden Sie mit einem Ausstieg

(Stefan Köster, NPD: Welchen denn?)

aus der Eurozone den Bürgerinnen und Bürgern zufügen würden.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Schlimmer kann es nicht werden.)

Denn was würde geschehen? Kein Wort war davon zu hören von Ihnen.

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Irene Müller, DIE LINKE: Das stand leider nicht bei Wikipedia, deswegen konnte er es nicht aufschreiben.)

Zum einen würden gewachsene Verflechtungen und Beziehungen beeinträchtigt und zerstört werden. Damit könnte man vielleicht noch leben, aber ökonomisch würde Folgendes geschehen:

Erstens. Ein Einbruch von Exporten von mehr als acht Prozent

(Stefan Köster, NPD: Das ist absoluter Unsinn.)

würde insbesondere in Deutschland die Arbeitslosigkeit drastisch ansteigen lassen und damit die Armut verstärken.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Betroffen wären die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Bundesrepublik Deutschland.

(Michael Andrejewski, NPD: Das sind alles Märchen.)

Das nimmt die NPD billigend in Kauf.

Zweitens. Das Haushaltsdefizit würde sich durch sinkendes Auslandsvermögen ebenfalls erhöhen.

Drittens. Die Kosten für den Währungsumtausch und Wechsel sowie die Kursabsicherung von mindestens 24 Milliarden Euro würden auf uns zukommen.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Sie vergessen die Bundesbankgewinne. Die sind viel höher.)

Auch das nehmen Sie billigend in Kauf.

(Michael Andrejewski, NPD: Und Sie wollen Europa großfüttern. – Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Aber all das interessiert Sie nicht, im Gegenteil, und das ist nicht zum ersten Mal so. Ein Blick in die vergangenen Reden hier im Landtag sprechen ihre eigene Sprache. Zum Beispiel ein Zitat aus der 52. Landtagssitzung, ich zitiere: "Es ist schon schlimm genug,"

(Stefan Köster, NPD: Richtig.)

"dass von den Besatzungsmächten erlassene Gesetze zum Teil heute noch in Kraft sind, aber permanent neues, fremdes Recht gesetzt wird. Und dass das bisschen Souveränität, das Deutschland noch hat, sich Tag für Tag immer mehr verringert, ist unerträglich."

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Das können wir alles unterschreiben.)

"Wir wollen keine Befehle aus dem Ausland entgegennehmen, …" Zitatende.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Ja. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Oder ein Zitat aus der 32. Sitzung, wo Sie sagen: "Kein Cent für übernationale Kunstgebilde, raus aus der EU!" Zitatende.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Ja. Richtig.)

Ich könnte das an dieser Stelle fortsetzen,

(Udo Pastörs, NPD: Machen Sie ruhig weiter! Das ist Musik für meine Ohren. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

will aber den Abgeordneten der demokratischen Fraktionen Ihr immer wiederkehrendes inhaltsloses und fremdenfeindliches Gedüse und von Hass gegenüber anderen Völkern geprägtes Gelaber nicht weiter zumuten.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Ja, ja, lesen Sie mal weiter, Frau Borchardt! – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Eines will ich zum Schluss dann doch noch sagen: Sie können hier noch so viele Anträge stellen, wie Sie wollen, die sich gegen die Europäische Union wenden, wir werden sie alle, auch bei unterschiedlichen Positionen zu den Einzelfragen ablehnen.

(Stefan Köster, NPD: Dann heiraten Sie doch die EU!)

Das war so und das wird auch in Zukunft so bleiben.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Frau Borchardt.

Das Wort hat jetzt noch einmal der Abgeordnete Herr Köster von der Fraktion der NPD.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Jetzt kommt noch mal der Weltrekordler.)

Stefan Köster, NPD: Ich habe zumindest Wirtschaft studiert, im Gegensatz zu Ihnen.

(Heinz Müller, SPD: Gastronomie! – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Ich habe Betriebswirtschaft studiert, Sie Sandkastenpuller.

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Und anschließend Frauen vermöbeln, oder was?! – Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Viele Vermögende flüchten bereits jetzt vor dem Euro in Sachwerte wie Gold, Silber, Immobilien sowie Grund und Boden, alles, bloß keinen Euro.

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Das Vertrauen in die Kunstwährung Euro hat den Nullpunkt erreicht. Viele Deutsche sehnen sich daher zu Recht nach der deutschen Mark zurück. Während der Euro für Lug und Trug, Missbrauchs- sowie volkswirtschaftliches Ungleichgewicht steht, ist die D-Mark, die Deutsche Mark das Symbol für Leistungsfähigkeit, Solidität und Seriosität.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sie sind doch vollkommen gaga! Sie sind doch vollkommen gaga!)

Das Euroexperiment ist schon längst gescheitert. Wir Nationalisten bezweifeln, dass die vielen Milliarden ausreichen, um das Eurosystem zu stabilisieren.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Frau Borchardt spendiert noch ein bisschen.)

Bereits jetzt haben die Euroländer unfassbare 7,738 Billionen Euro Schulden,

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

für die Euroländer zumindest indirekt einzustehen haben.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sie auch, Herr Köster.)

Deswegen wollen wir raus aus diesem verrückten Euro.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Das nächste Rettungspaket ist doch bereits jetzt in Planung. Innerhalb von nur sechs Monaten hat der Euro, gemessen am US-Dollar mehr als 20 Prozent seines Wertes eingebüßt. Für die Wirtschaft der BRD bedeutet dieses nur einen kurzfristigen Glücksmoment. Ein abstürzender Euro hat für uns Deutsche mittel- und langfristig verheerende Folgen, verteuern sich doch dann die Importe. Bereits im April haben sich im Vergleich zum Vorjahr die Importe um acht Prozent verteuert – vielleicht haben Sie sich mit der Zahl vertan, Frau Borchardt, das ist bei Ihnen aber auch nichts Ungewöhnliches - und die Inflationsgefahr wird dadurch nur allzu deutlich. Der Euro ist am Ende und wir Deutsche brauchen zwingend eine Wende, nicht nur währungspolitisch. Wir brauchen dringend eine Währungsumstellung vom Euro auf die Deutsche Mark.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Genau. – Barbara Borchardt, DIE LINKE: Sie können ja Ihre Euros da vorne abgeben, gleich da vorne. – Wolfgang Griese, DIE LINKE: Ja, spenden. – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Sicherlich birgt auch eine Währungsumstellung Risiken und sie verursacht zu Beginn für die heimische Wirtschaft einige Umstellungen. Wechselkurse und Wechselkosten würden beispielsweise entstehen. Auch die exportorientierten Unternehmen hätten eventuell für einen kurzen Zeitraum mit Exportproblemen zu kämpfen. Doch – und daran zweifeln wir Nationalisten in keinster Weise – wird sich die deutsche Qualität auch international behaupten. Und es ist sicher, dass viele andere Euroländer – das kündigt sich ja jetzt schon an – uns Deutschen folgen würden. Die gegenwärtige Eurokrise bereitet den Herrschenden zu Recht nicht nur starke Kopfschmerzen.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Aber nicht nur das, die politische Klasse will das Ausmaß der Eurokrise den Bürgern bewusst vorenthalten. Ihnen ist doch sicherlich bekannt, dass die Bundeskanz-

lerin der BRD die BRD-Medien dazu aufgefordert haben soll, uns Deutsche nicht über die wahre Lage und den zu erwartenden Sturz des Euros zu unterrichten.

Meine Damen und Herren, Sie und Ihresgleichen in Bund und anderen Ländern sind fertig und Ihr Offenbarungseid naht.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Ja. – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Träum weiter!)

Für Deutschland könnte es daher nur heißen, die eigene Währungs- und Handlungshoheit zurückzuerhalten.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Autarkie, haben wir alles schon mal probiert. Hat nicht geklappt, Herr Köster.)

Und die Rückkehr zur D-Mark ist somit nur schlüssig und möglich. Mehr als die Hälfte der Deutschen wünschen sich

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Freiheit für Deutschland.)

gegenwärtig zusätzlich die Rückkehr zu unserer Deutschen Mark.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das Einzige, was funktioniert, ist der Abtritt der NPD. – Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Die politischen Verwerfungen, die durch den Austritt aus dem Euroverbund entstehen könnten, würden sich sicherlich sehr schnell widerlegen. Durch die zu erwartende Aufwertung der Deutschen Mark könnten wie bereits gesagt leichte Probleme auftreten. Einen dramatischen Einbruch erwarten Fachleute aber nicht. Ökonometrische Studien belegen, dass für die deutschen Exporte der Wechselkurs heutzutage keine zentrale Bedeutung mehr hat.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Wertet der reale effektive Außenwert um ein Prozent auf, gehen die Exporte lediglich um 0,5 Prozent zurück. Das sind die Zahlen, Frau Borchardt, und die belegen, Sie haben überhaupt keine Ahnung.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Sie haben überhaupt überall was rausgesucht, was Sie wollen.)

Sie sind nur eine Eurofanatikerin, die einfach hier populistisch den ganzen internationalen Müll von sich lässt, und das werden wir den Leuten auf der Straße sagen.

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ja, ja.)

Mehr als 50 Prozent der Deutschen wollen die Deutsche Mark. Das verkennen Sie.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Erzählen Sie das mal den Leuten auf der Straße!)

Zusätzlich verbilligt eine starke Währung die Importe

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das verstehen Sie ja nicht mal selber! – Zuruf von Heinz Müller, SPD – Glocke des Vizepräsidenten) und davon 42 Prozent der deutschen Exporte. Aus importierten Vorleistungsbedingungen ergeben sich Preismöglichkeiten für die deutschen Unternehmen.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Ihr System ist am Ende, meine Damen und Herren.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nein, ist es nicht, Herr Köster! Nein! – Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Sie sind absolut fertig und deshalb kann es nur heißen: D-Mark statt Teuro!

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU – Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Ich beantrage im Namen meiner Fraktion namentliche Abstimmung.

(allgemeine Unruhe)

Vizepräsident Hans Kreher: Meine Damen und Herren, es wurde soeben die namentliche Abstimmung beantragt. Wir bereiten das hier kurz vor und werden dann die namentliche Abstimmung durchführen.

Meine Damen und Herren, die Fraktion der NPD hat gemäß Paragraf 91 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung zum Tagesordnungspunkt 34 eine namentliche Abstimmung beantragt. Wir beginnen nun mit der Abstimmung. Dazu werden Sie hier vom Präsidium namentlich aufgerufen und gebeten, vom Platz aus Ihre Stimme mit Ja, Nein oder Enthaltung abzugeben. Ich bitte den Schriftführer, die Namen aufzurufen.

(Die namentliche Abstimmung wird durchgeführt.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat? –

(Die Abgeordneten Norbert Baunach, Ralf Grabow, Vincent Kokert und Dr. Klaus-Michael Körner werden nachträglich zur Stimmabgabe aufgerufen.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Abstimmung.

Ich bitte die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Ich unterbreche die Sitzung für zwei Minuten.

Unterbrechung: 17.47 Uhr

Wiederbeginn: 17.48 Uhr

Vizepräsident Hans Kreher: Meine Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Ich gebe das Ergebnis der Abstimmung bekannt. An der Abstimmung haben insgesamt 57 Abgeordnete teilgenommen. Mit Ja stimmten 5 Abgeordnete, mit Nein stimmten 52 Abgeordnete, es enthielt sich keiner. Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3483 abgelehnt.

Meine Damen und Herren, ich rufe auf den **Tagesord-nungspunkt 35**: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Wohnungswirtschaft von den Altschulden entlasten – Zukunft unserer Städte und Gemeinden sichern, Drucksache 5/3499.

Antrag der Fraktion DIE LINKE: Wohnungswirtschaft von den Altschulden entlasten – Zukunft unserer Städte und Gemeinden sichern – Drucksache 5/3499 –

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Lück von der Fraktion DIE LINKE.

Regine Lück, DIE LINKE: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben uns hier das letzte Mal im Landtag vor gut einem Jahr mit diesem wichtigen Thema der Wohnungswirtschaft befasst. Auch auf Bundesebene ist diese Problematik regelmäßig Gegenstand der Debatte, zuletzt am 19. Mai im Fachausschuss. Ich erinnere mit Nachdruck daran, dass die schwarz-gelbe Koalition bei ihrem Amtsantritt Hilfe versprach. Und nun gab das zuständige Bundesministerium jüngst endlich ein Gutachten in Auftrag. Das nenne ich angesichts der Sorgen der Wohnungsunternehmen einen Tropfen auf den inzwischen glühenden Stein.

In der Praxis hat sich nichts bewegt, rein gar nichts. Und langsam reißt nicht nur den betroffenen Wohnungsunternehmen der Geduldsfaden, sondern auch den Politikern, wie folgende Beispiele zeigen. So verlangte der Präsident des GdW Bundesverbandes deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen am 19. Mai die Altschuldenentlastung für alle abgerissenen Wohnungen, unabhängig von der Leerstandsquote im Unternehmen, denn nur so kann der Stadtumbau Ost erfolgreich umgesetzt werden. Auch Minister Schlotmann machte sich bereits am 23. April Luft und forderte die zügige Umsetzung der vom Bund in Aussicht gestellten Lösung. In Thüringen brachte die schwarz-rote Koalition am 19. Mai sogar einen eigenen Antrag ein. Er wird in der kommenden Landtagssitzung auf der Tagesordnung stehen.

Das alles und die zahlreichen Notrufe der Wohnungswirtschaft sind für meine Fraktion Grund genug dafür, dass sich der Landtag wieder einmal diesem Thema widmet. Ich fürchte nur, dass es sehr lange dauern wird, bis überhaupt Taten folgen. Außerdem ist anzunehmen, dass das, was dann unternommen wird, nicht wirklich hilft, und ich finde, das wäre fatal.

Worauf gründen sich meine Befürchtungen? Erste Ergebnisse wie ein vom Bundesbauministerium in Auftrag gegebenes Gutachten, das prüfen soll, ob es einer Anschlussregelung für die Altschuldenhilfe bedarf, werden bis Ende August 2010 erwartet. Vollständig wird dieses Gutachten wohl erst im Januar 2011 vorliegen. Ich bin mir ganz sicher, bis dahin wird sich nichts tun. Und ob angesichts der Haushaltslage des Bundes überhaupt Mittel für die Altschuldenentlastung eingestellt werden können, ist mit Blick auf das milliardenschwere Defizit und dem sich daraus ergebenden Sparzwang mehr als fraglich.

Außerdem sucht man lediglich nach einer Anschlussregelung nach Auslaufen der Altschuldenentlastung nach Paragraf 6a des Altschuldenhilfegesetzes. Ich erinnere noch mal: Paragraf 6a Altschuldenhilfegesetz, besser als sogenannte Härtefallregelung bekannt, ist an Bedingungen geknüpft. Nur Wohnungsunternehmen, die zum Stichtag 31.12.2003 einen Leerstand von mindestens 15 Prozent aufwiesen und in ihrer Existenz bedroht waren, erhielten eine zusätzliche Altschuldenhilfe bei Rückbau.

Genau das ist der Knackpunkt. Wir brauchen eine Lösung, die ohne Bedingungen auskommt. Für absolut alle dauerhaft leer stehenden und rückgebauten Wohnungen müssen die Altschulden erlassen werden. Das ist doch wohl logisch. Für Wohnungen ohne Mieteinnahmen können auch keine Kredite mehr für Altschulden abgezahlt werden.

Erinnern wir uns: Politische Entscheidungsgrundlage war seinerzeit die Annahme, dass die zusammen mit dem ehemals volkseigenen Wohnungsvermögen auf die Wohnungsgesellschaften und Wohnungsgenossenschaften übertragene Schuldenlast durch Erträge aus diesem Wohnungsvermögen abgetragen wird. Jeder der damaligen Entscheidungsträger ging davon aus, dass das machbar ist. Niemand konnte sich angesichts der damals bestehenden Wohnungsnot vorstellen, dass wir einmal Wohnungen abreißen müssen, um den massiven Leerstand zu beseitigen.

Heute brauchen wir die Beteiligung aller Wohnungsunternehmen im Stadtumbau Ost, um nicht die Leerstände wieder stark ansteigen zu lassen. Der demografische Wandel stellt jedes Wohnungsunternehmen und jeden Vermieter vor große Herausforderungen. Bundesweit sind 90 Prozent aller Wohnungen, die bisher vom Markt genommen wurden, von Wohnungsunternehmen mit Altschuldenhilfe nach der Härtefallregelung abgerissen oder rückgebaut worden.

Wir haben in Mecklenburg-Vorpommern eine Besonderheit. Bei uns beträgt die Abrissquote dieser Unternehmen nur 50 Prozent. Die anderen 50 Prozent der vom Markt genommenen Wohnungen erfolgten durch Wohnungsunternehmen ohne Altschuldenentlastung. Das hat Ursachen: Erstens wurde nur 27 von rund 150 kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen im Land Altschuldenhilfe nach der Härtefallregelung des Paragrafen 6a Altschuldengesetz bewilligt und zweitens sind wir vom demografischen Wandel ja auch besonders betroffen. Und auch die Verlängerung der Galgenfrist für die sogenannten 6a-Unternehmen, die bereits bewilligten Hilfen noch bis zum Jahr 2013 abrufen zu können, ändert nichts an dem Problem.

Lassen Sie mich noch einmal auf den Antrag der Thüringer Regierungskoalition zurückkommen. Dort wird die Landesregierung unter anderem auch gebeten, gegenüber der Bundesregierung auf eine abschließende Regelung zu den Altschulden der Wohnungsunternehmen in den neuen Bundesländern hinzuwirken. Diese Regelung soll auch Hilfen für Wohnungsunternehmen, die in ihrer Existenz nicht gefährdet sind und die sich am Stadtumbau beteiligen, berücksichtigen. Also auch in Thüringen hält man eine bloße Neuauflage einer Härtefallregelung für nicht ausreichend. Fakt ist: Für alle ab 2010 neu abzureißenden Wohnungen fehlt die unverzichtbare Anschlussregelung für die Altschuldentilgung.

Kolleginnen und Kollegen, ich gehe davon aus, dass alle froh darüber wären, dass das Programm Stadtumbau Ost weitergeht, auch froh sind, dass es weitergeht. Die Bundesmittel dafür wurden gegenüber dem Vorjahr um mehr als 25 Millionen Euro auf 95 Millionen Euro gekürzt. Das kritisiere ich auch, aber ein Erfolg ist schon, dass dieses befristete Programm verlängert wird.

Gegenwärtig sind die Länder dabei, die am 28. April von Bundesminister Ramsauer unterzeichnete Verwaltungsvereinbarung "Städtebauförderung 2010" gegenzuzeichnen. Ein Bestandteil dieser Verwaltungsverordnung ist das Programm Stadtumbau Ost. Wenn wir dieses Programm umsetzen und mit Leben erfüllen wollen, ist das

große Hindernis der Altschulden ein für allemal zu beseitigen.

Kolleginnen und Kollegen, kommen Sie mir jetzt nicht mit der alten Leier und erzählen, dass der Antrag populistisch sei oder dass alles Nötige schon unternommen wurde. Lesen Sie einfach! In Punkt I wird die außerordentlich wichtige Rolle der Wohnungsgesellschaften und Wohnungsgenossenschaften bei der Erneuerung der Städte und Gemeinden und bei der Versorgung mit angemessenem und bezahlbarem Wohnraum bekräftigt. In Punkt II soll auf eine baldige Lösung der Altschuldenfrage hingewirkt werden, ohne den Spielraum für Lösungswege einzuengen. Mit dem Antragsinhalt kann also politischer Konsens zwischen allen demokratischen Parteien erreicht werden, wenn wir es nur wollen. Ich bitte um Zustimmung zu diesem Antrag.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Frau Lück.

Meine Damen und Herren, im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Um das Wort hat zunächst gebeten der Minister für Verkehr, Bau und Landesentwicklung Herr Schlotmann. Herr Schlotmann, Sie haben das Wort.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Minister Volker Schlotmann: Ja, Herr Pastörs, ein Binnenschiffer ist ein ehrenwerter Beruf, aber von so etwas haben Sie keine Ahnung.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Ja, aber es gibt auch Hochseefischer.)

Meine Güte, nein, das ist wirklich nicht mehr auszuhalten mit den Typen.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen,

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich möchte jetzt etwas Wasser in den Wein schütten. Seit relativ kurzer Zeit bin ich damit konfrontiert, dass die schwarz-gelbe Bundesregierung eine Entscheidung getroffen hat, die das, was Sie gerade hier vorgetragen haben, liebe Kollegin Lück, eigentlich in den Hintergrund drängt. Die Bundesregierung, in persona Bundesminister Ramsauer, hat nach Abstimmung in der Bundesregierung verkündet, dass die Städtebauförderung des Bundes komplett um die Hälfte gestrichen wird. Um die Hälfte, meine Damen und Herren, das betrifft jeden Einzelnen von Ihnen in den Wahlkreisen, in den Kommunen, in den Dörfern, in den Städten bei uns im Land.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Das macht doch nichts.)

Darüber hinaus ...

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Ich rede mit den Demokraten und nicht mit Ihnen, und mit Ihnen Schreihals sowieso nicht.

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Darüber hinaus hat der Bund uns mitgeteilt, dass die energetische Sanierung, das Programm des Bundes dazu, ebenfalls um die Hälfte gekürzt wird.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Meine Damen und Herren, ich sage noch mal, das rückt eigentlich alle anderen Probleme als Teilprobleme in den Hintergrund.

(Zurufe von Heinz Müller, SPD, und Regine Lück, DIE LINKE)

Das sind die Befürchtungen, die auch Frau Lück hier gerade angesprochen hat in Bezug auf das Sparpaket.

Meine Damen und Herren, ich weiß nicht, wie wir als Land damit umgehen können, wie wir damit umgehen müssen. Ich kann nur an alle appellieren, auch die kommunale Familie darüber so schnell es geht zu informieren. Wir werden die entsprechende Öffentlichkeitsarbeit machen und ich kann nur an Sie alle appellieren, Ihre Möglichkeiten des Einflusses, den Sie vielleicht auf Ihre Bundestagsfraktion haben, auszuüben, damit dieses Rad zurückgedreht wird.

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Ich kann Ihnen sagen, wir haben einen Bedarf im Land gehabt für dieses Jahr von rund 160 Millionen Euro für Städtebau.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, ja.)

Wir haben Mittel gehabt von knapp 90 Millionen. Jetzt rechnen Sie sich aus, was passiert, wenn diese 90 Millionen um die Hälfte reduziert werden.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Dann sind wir bei 45 Millionen Euro ...

Ich rede von Städtebauförderung.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, ja, ich rede von den Straßen.)

Das haben Sie nicht kapiert.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Das haben Sie einfach nicht kapiert.

Meine Damen und Herren, ich würde trotzdem etwas zu dem Antrag jetzt noch sagen:

Liebe Kollegin Lück, liebe Kollegen der Fraktion DIE LINKE, Sie haben es ja angedeutet und ich tue das auch noch mal: Sie wissen, dass dieses Thema bei mir sozusagen als Dauerauftrag auf dem Tisch liegt und ich alle Möglichkeiten nutze, über die Bauministerkonferenz, über Gespräche mit dem Bauministerium auf Bundesebene das Thema Altschuldenproblematik endlich einer Lösung zuzuführen, die wir hier eigentlich gemeinsam seit 20 Jahren wollen – ich sage das mal so drastisch –, dem man sich immer wieder verweigert hat, einfach auch in Anbetracht der Tatsache, dass, so, wie Frau Lück das hier dargestellt hat, unsere Unternehmen hier für Wohnungen bezahlen sollen, die abgerissen werden, die gar nicht mehr existent wären. Und das kann sich kein Unternehmen leisten. Ergo fallen sie auch nicht unter die Härtefallregel, ergo können sie die Hilfen nicht in Anspruch nehmen. Und was das bedeutet für den Wohnungsbestand hier bei uns im Land, das kennen Sie alles selber.

> (Raimund Frank Borrmann, NPD: Fragen Sie doch mal die Spanier! Die haben jede Menge Erfahrung mit leer stehenden Wohnungen.)

Meine Damen und Herren, ich kann nur an Sie alle appellieren, nicht an alle, an Sie hier appellieren: Lassen Sie uns gemeinsam beim ersten Thema, das ich angesprochen habe, dagegenhalten. Da kann ich wirklich nur noch mal ganz ernsthaft appellieren. Und zum anderen lassen Sie uns gemeinsam den Weg bei dem Thema Altschuldenhilfe gehen. Wir wollen eine endgültige Lösung und keine weitere Fortsetzung der Härtefallregelung. Wir wollen eine grundsätzliche Lösung, weil ich denke, es ist an der Zeit, 20 Jahre nach der Wende dieses Thema endlich abzuarbeiten. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende der FDP Herr Roolf.

Michael Roolf, FDP: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Altschuldenproblematik in der Wohnungswirtschaft, der Minister hat es ganz richtig gesagt, ist ein Problem, das uns seit geraumer Zeit schwer im Magen liegt. Wir haben aber auch die Situation, dass wir zur Kenntnis nehmen müssen, dass in den letzten Jahren sehr viel gemacht worden ist. Wenn meine Informationen richtig sind, dann sind von den ursprünglich 30 Milliarden Euro Altschulden in dem Bereich bereits 14 Milliarden Euro.

(Egbert Liskow, CDU: 17!)

17 Milliarden Euro erlassen worden. Und wenn meine Informationen richtig sind, dann müsste es nach Ihrer Rechnung, Herr Liskow, jetzt Ende 2009 noch ein Altschuldenbestand von 14 oder 13 Milliarden Euro sein. Da kommt es, da bin ich nicht zynisch, da kommt es auf 1 Milliarde Euro mehr oder weniger im Ergebnis dann auch nicht an. Das heißt, es gibt eine Altschuldenlast von 13 Milliarden Euro. Wir wollen und müssen eine Lösung finden, dass unsere Wohnungsunternehmen in der Lage sind, ihre Wohnungen auch zukünftig ertragbringend zu verkaufen und zu vermarkten.

Aber, liebe Kollegen von der Fraktion DIE LINKE, Sie haben ja vor einem Jahr schon mal einen ähnlichen Antrag gestellt. Damals haben wir uns enthalten. Heute frage ich Sie mehr denn je: Wo wollen Sie die 13 Milliarden Euro für die Entschuldung hernehmen? Machen Sie einen Vorschlag,

(Gino Leonhard, FDP: Ganz genau.)

wo 13 Milliarden Euro herkommen sollen,

(Zurufe von Raimund Frank Borrmann, NPD, und Udo Pastörs, NPD)

um die Altschulden im Prinzip dann auf die Bundesebene zu übernehmen! Darauf geben Sie keine Antwort.

Und deshalb ist es zu einfach zu sagen, wir brauchen eine endgültige Lösung. Ja, wir brauchen Planungssicherheit. Aber wenn unsere Informationen richtig sind, sind die Wohnungswirtschaftsunternehmen im Land im Augenblick nicht von Insolvenz bedroht. Die haben schwierige Zeiten gehabt.

(Regine Lück, DIE LINKE: Die sind doch gar nicht angenommen worden, die 13 Millionen. Die existieren doch gar nicht.)

Die haben es geschafft, auf eigenständigen Beinen zu stehen, und die haben es auch geschafft, Erträge zu erwirtschaften. Und ich glaube, es ist kein Einzelfall, dass Unternehmen auch in ihrer Substanz nicht immer alle Räumlichkeiten und alle Betriebsmittel zu 100 Prozent in der Auslastung haben. Das ist nun einfach in der Marktwirtschaft mal so. Der Unternehmer, dem sei Glückwunsch gezollt, der seine Betriebsmittel - und hier sage ich mal, im Wohnungsbau sind das dann die Wohnungen - zu 100 Prozent in der Auslastung hat. Das heißt, es gibt auch ein unternehmerisches Risiko, eine unternehmerische Vorhaltung und einen unternehmerischen Rahmen, wo ich dann mit solchen Dingen und mit solchen Rahmenbedingungen auch leben muss. Und wenn ich dem einen - wo Sie 13 Milliarden Euro auch immer hernehmen wollen die Entlastung gebe, dann muss ich mir auch die Frage stellen, was mit dem gesamten Wohnungsmarkt an dieser Stelle wird.

Deshalb kann ich nur dafür plädieren – und die Kollegin Lück hat die Antwort ja selber gegeben, allerdings mit einem falschen Ansatz – zu warten, was das Gutachten aussagt, reden wir wirklich über 13 Milliarden Euro, zu schauen, welche Schlussfolgerungen die Bundesregierung daraus zieht, und dann die richtigen Entscheidungen zu treffen. Aber heute zu sagen, wir fordern die Bundesregierung auf, endgültig dafür zu sorgen, und noch mal, ob 13 oder 14 Milliarden Euro, sei dahingestellt, derjenige, der diese Forderung aufstellt, muss auch die Finanzierung mitbringen

(Gino Leonhard, FDP: Genauso ist es.)

und muss sagen, wo im Gegenzug dafür gekürzt werden soll.

Und, Herr Minister Schlotmann, die angekündigten Kürzungen, die Sie hier andiskutiert haben, die vermeintlich von der Bundesregierung beschlossen sind, sind mir in diesem Augenblick neu. Ich kann nicht beurteilen, ob sie eine Ankündigung, eine Planung oder eine Diskussion sind. Das, was mir zumindest nicht bekannt ist, ist, dass es dazu eine Beschlusslage gibt. Und was mir auch nicht bekannt ist, ist, dass es schon einen Beschluss über den Haushalt 2011 und 2012 der Bundesregierung gibt, denn dann würde das ja darin festgestellt werden.

Also ich würde vor Panikmache warnen. Wir sind an Ihrer Seite. Wenn wirklich gekürzt werden soll,

(Udo Pastörs, NPD: Ach, Sie sind an ihrer Seite.)

werden wir uns dafür einsetzen, dass diese Kürzung nicht so ausfällt, wie sie von Ihnen hier andiskutiert ist.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Welche Kämpfer!)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Roolf.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Welche Kämpfer haben Sie um sich versammelt!)

Es hat jetzt das Wort die Abgeordnete Frau Tegtmeier von der Fraktion der SPD.

Martina Tegtmeier, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Sehr geehrte Frau Lück, letztes Jahr zu Ihrem Antrag an dieser Stelle habe ich auch gesprochen. Heute ist die Situation vom Grundsatz her dieselbe, weil in einem unbefriedigenden Stadium, aber doch ein wenig anders. Die Worte, die der Verkehrsminister hier eben sagen musste zu den Ankündigungen von Herrn Ramsauer, und das ist eine Ankündigung, das ist erst vor Minuten hier überhaupt publik geworden,

(Michael Roolf, FDP: Eben.)

ich denke mal, die stellt uns noch mal vor ganz neue Probleme.

Für die SPD-Fraktion jedoch kann ich natürlich sagen, das Thema Altschulden, Wohnungsleerstände, Umstrukturierung unserer Wohnungslandschaft, Sanierungsbedarfe und so weiter, das begleitet uns tatsächlich seit Anfang der 90er-Jahre, also seit der Wende, kann man praktisch sagen. Ich weiß noch, wie wir Arbeitskreise Anfang der 90er-Jahre in der SPD hatten,

(Heinz Müller, SPD: Richtig.)

die sich schon damit auseinandersetzten, ganz intensiv im großen Rahmen, mit vielen Spezialisten

(Regine Lück, DIE LINKE: Nur verändert wurde nichts.)

und Leuten aus allen Gremien, die damit zu tun hatten, aus der Wohnungswirtschaft, vom Mieterbund und, und, und. Das war uns immer ein besonderes Anliegen.

Herr Schlotmann hat eben gerade hier noch mal gesagt, dass seit 20 Jahren das Auftrag dieser Regierung ist und in ihrem Stammbuch praktisch als Auftrag steht, diese Ziele weiterzuverfolgen, um unsere Wohnungswirtschaft auch zu entlasten und konkurrenzfähig zu machen. Nicht umsonst steht das auch in Ziffer 89 unseres Koalitionsvertrages, wie Sie in Ihrer Begründung des Antrages ja auch ausgeführt haben.

Und, Frau Lück, Sie haben einen Antrag aus einem Nachbarbundesland zitiert. Da kann ich ja eigentlich nicht entgegenhalten, sondern ergänzen, dass sich der Deutsche Bundestag mit einem Antrag – federführend der SPD-Fraktion – auseinandersetzt, der genau diese Problematik aufgreift und in sieben Punkten Forderungen stellt, wie zu verfahren ist, auch ganz speziell zu dieser Problematik. Auch dieser Antrag ist in den federführenden Ausschuss Verkehr, Bau und Stadtentwicklung überwiesen worden. Ich nehme mal an, das wissen Sie. Er bildet die Problematik, um die es hier geht, insgesamt ab. Also von daher, Sie sagen zwar immer wieder zu uns, wir würden behaupten, warum unsere Regierung auffordern für etwas, was sie sowieso schon tut,

(Regine Lück, DIE LINKE: Das tut sie ja nicht. Das ist ja das Problem.)

ich glaube mal, in diesem Stadium, in dem wir hier sind, und tatsächlich nicht nur so ein pauschales Drängeln unserer Landesregierung, sich dafür einzusetzen, sondern das Ganze auch schon in ausgefeiltem Antragstext für die Einzelproblematiken, die sich dahinter verbergen, gegossen, an dieser Stelle noch mal diese pauschale Aufforderung, hier einzudringen, finde ich ehrlich gesagt ein bisschen platt. Da Sie sich eigentlich immer sehr ernsthaft mit dieser Thematik auseinandersetzen, hätte ich es an dieser Stelle wirklich für entbehrlich gefunden. Ich hoffe, dass unser Verkehrsminister noch mal das Wort ergreift und auf die Frage von Herrn Roolf, wo denn nun diese plötzliche Erkenntnis herkommt, vielleicht ein, zwei Worte wechselt.

(Michael Roolf, FDP: Das hat er eben schon gesagt.)

Das würde ich mir wünschen. Ansonsten werden wir Ihren Antrag ablehnen und das Problem selbstverständlich weiterhin begleiten, unsererseits unterstützen und unsere Forderung auch über die Bundestagsfraktion einbringen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Frau Tegtmeier.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende Herr Pastörs von der Fraktion der NPD.

Udo Pastörs, NPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ihren Antrag zum Anlass nehmend, habe ich mir einmal die Arbeit gemacht nachzuschauen, welche Dummheiten Sie während Ihrer Zeit, als Sie den Minister für Arbeit und Bau sowie Minister für Arbeit, Bau und Landesentwicklung stellten, gemacht ...

(Regine Lück, DIE LINKE: Hauptsache, Sie machen keine Dummheiten, Herr Pastörs.)

Ab und zu mache ich das auch.

... gemacht haben.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Echt?)

Während dieser Zeit wurden nach dem Gießkannenprinzip auf Teufel komm raus Fördergelder in die kommunale und genossenschaftliche Wohnungswirtschaft gepumpt,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: So, so.)

Programm Stadtumbau Ost als Stichwort.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das hat vielen Städten geholfen, Herr Pastörs. – Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Viele dieser Maßnahmen fallen den kommunalen Unternehmen heute regelrecht auf den Kopf, Stichwort: Abriss Ost – Altschuldenproblem, Leerstände, Abriss von sogar sanierten Gebäuden.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Alter Quatsch.)

Die Vergangenheit holt Sie ein.

(Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

Sie versuchen, alle Probleme in nahezu allen Bereichen auf die Überalterung der Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern abzuwälzen. Den Begriff "demografischer Wandel" als Generalabsolution zu verwenden, lassen wir von der NPD Ihnen nicht durchgehen.

(Zurufe von Irene Müller, DIE LINKE, und Peter Ritter, DIE LINKE)

Nicht das Durchschnittsalter der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern ist für das Desaster im Bereich der Wohnungswirtschaft verantwortlich, sondern Ihre verfehlte Politik und Ihr stümperhaftes Versagen auch während der Zeit, in der Sie mitregierten. Fast 30 Prozent – und da sollte vielleicht die FDP auch mal hinhören, weil die eben etwas anderes behauptet haben – aller Wohnungsunternehmen im genossenschaftlich kommunalen Bereich stehen vor dem Bankrott oder haben ganz massive Liquiditätsschwierigkeiten.

Und die Begründung Ihres Antrages liest sich wie ein Bettelbrief an den Bund. Betteln und Hausieren jedoch haben noch nie zur wirtschaftlichen Stabilisierung oder Gesundung geführt.

(Irene Müller, DIE LINKE: Meine Güte!)

Meine Lieben von den LINKEN!

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Wir sind nicht Ihre Lieben!)

Wenn Sie es wagen sollten, bei den nächsten Landtagswahlen dieses Thema als Stimmköder dem Volk vor die Nase zu halten, so versichern wir von der NPD Ihnen, dies gern aufzunehmen,

(Regine Lück, DIE LINKE: Sprechen Sie uns gegenüber mal keine Warnungen aus!)

um Ihre Rolle und die daraus resultierende Katastrophenbilanz den Menschen näherzubringen.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Erlauben Sie mir noch eine Anmerkung zu dem, was der Herr Schlotmann hier eben gesagt hat,

(Zurufe von Wolfgang Griese, DIE LINKE, und Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

indem ich sage, dass das Bekleben von Betonbunkern mit Styroporplatten als energetische und Heizkosten sparende Sanierungsmaßnahme nichts anderes ist als Steuergeldverschwendung. Schon jetzt ist klar erkennbar, so Fachleute, dass diese mit zig Millionen finanzierten Maßnahmen klare Fehlinvestitionen sind: Pilz- und Schimmelbildung im Inneren und von außen, sobald der dünne Schutzanstrich verwittert ist, regelrechtes Auswaschen und Auflösen des ungeeigneten Billigmaterials.

(Zuruf von Wolfgang Griese, DIE LINKE)

Schon heute kratzt man die vor acht oder zehn Jahren aufgeklebten Dämmplatten von den Fassaden, um einer fachgerechten Lösung Platz zu machen, wenn denn noch Geld vorhanden ist.

Meine Damen und Herren, auch in diesem Falle trifft es den Nagel auf den Kopf, wenn man sagt, Sie wissen alles und können nichts. Ihrem Antrag stimmen wir selbstverständlich nicht zu. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Vizepräsident Hans Kreher: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Liskow von der Fraktion der CDU.

Egbert Liskow, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Fraktion DIE LINKE hat ein Thema aufgegriffen, welches wir ja auch in unserem Koalitionsvertrag, Frau Tegtmeier hat das schon gesagt, im Punkt 89 aufgegriffen haben. Auch im Koalitionsvertrag des Bundes gibt es dazu eine entsprechende Regelung im Absatz 4.4.2 "Bauen und Wohnen", "Städtebauförderung".

(Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

Aber gleichzeitig muss ich noch mal sagen, Frau Lück, Sie haben ja als Linksfraktion im Bundestag dieses Thema schon am 25. März in einer Debatte aufgegriffen. Da wurde ja schon ausführlich darüber diskutiert und beraten und da hat auch der Parlamentarische Staatssekretär Jan Mücke verhältnismäßig deutlich gesagt,

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Verhältnismäßig.)

dass wir und der Bund überlegen, diese Härtefallregelung bis 2016 weiter fortzuführen.

(Regine Lück, DIE LINKE: Das ist auch nicht die Lösung.)

Da sollen immerhin noch mal 800 Millionen hineinfließen.

Uns ist ja bekannt, dass natürlich die Wohnungsunternehmen teilweise unter den Leerstandsquoten leiden, aber wir hatten ja eine Regelung, und darauf hat ja der Kollege Roolf auch schon aufmerksam gemacht, wo immerhin 14 Milliarden Euro erst einmal direkt an die Unternehmen geflossen sind und noch mal 2,6 Milliarden Zinsen, sodass wirklich auch schon ein Großteil geleistet worden ist. Und da ging es ja immer darum, dass auch eine gewisse Leerstandsquote da sein musste, um entsprechende Gelder zu bekommen.

Wir können natürlich nicht mit öffentlichen Geldern, die an anderer Stelle dann fehlen, auch Unwirtschaftlichkeit unterstützen. Es gibt ja wirklich Wohnungsunternehmen, die nicht durch die Leerstandsquote in Schwierigkeiten kommen, sondern durch nicht wirtschaftliches Wirtschaften. Aber ich denke mal, dies ist nicht unser Hauptziel, sondern wir wollen den kommunalen oder genossenschaftlichen Wohnungsbauunternehmen helfen, die hier betroffen sind.

Das größte Problem, welches wir haben, hat der Minister Schlotmann schon angesprochen, dass der Stadtumbau Ost eigentlich das Entscheidende ist, wo wir weitergehen müssen und wo wir uns auch starkmachen müssen, dass dieser weitergeht. Wir sehen ja auch alle, dass die Städte in Mecklenburg-Vorpommern sich in den letzten Jahren wirklich herausgemacht haben, und nicht nur in den Innenstädten, sondern auch in den Neubaugebieten. Da gibt es wirklich sehr viel Vorzeigbares.

Es gibt aber auch andere Meinungen, die sich zu den Altschulden positionieren, das ist nämlich ganz speziell "Haus & Grund". Die fordern, und da gibt es auch einen Artikel dazu, das Ende der Altschuldenhilfe, weil sie der Meinung sind, dass auch Private und die Innenstädte im Grunde genommen damit eine Wettbewerbsverzerrung sehen und dass nach 20 Jahren deutscher Einheit jetzt endlich Schluss sein muss mit diesen Altschuldenhilfen.

Ich denke mal, wir sind uns eigentlich alle einig, dass der Stadtumbau Ost weitergehen muss, dass die Sanierung von Innenstädten weitergehen muss, aber dieser Antrag zu dieser Zeit ist aus unserer Sicht nicht der richtige Weg dazu. Wir sollten uns wirklich darum kümmern, dass wir die entsprechenden Städtebaugelder für die Zukunft bereitstellen. Deswegen lehnen wir diesen Antrag in dieser Form heute hier ab. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Liskow.

Das Wort hat jetzt noch einmal die Abgeordnete Frau Lück von der Fraktion DIE LINKE.

Regine Lück, DIE LINKE: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihr Stichwort "Stadtumbau Ost" aufnehmen. Minister Schlotmann sprach unlängst von 20.000 Wohnungen, die mit dem Programm Stadtumbau Ost bis 2016 in Mecklenburg-Vorpommern vom Markt genommen werden müssen.

Der Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen beziffert den Rückbaubedarf sogar auf 5.000 Wohnungen pro Jahr über den Zeitraum der nächsten zehn Jahre. Der GdW Bundesverband deutscher Wohnungsund Immobilienunternehmen schätzt, dass Wohnungen aus den Altverbindlichkeiten noch mit einer Restschuld von durchschnittlich 4.000 Euro je Wohnung belastet werden. Der Verband geht außerdem davon aus, dass beim Abriss ohne Altschuldenstreichung von den Wohnungsunternehmen noch weitere 25 bis 30 Jahre Kapitaldienst zu leisten ist.

Kolleginnen und Kollegen, das heißt für die Wohnungsunternehmen, dass sie noch weitere 25 bis 30 Jahre zu zahlen hätten, ohne dass sie irgendeine Einnahme hätten, denn die Wohnungen existieren ja nicht mehr. Und nun stellen wir uns das mal für 20.000 bis 50.000 Wohnungen vor! Da braucht man nicht höhere Mathematik studiert zu haben, um zu sehen, dass das für die kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen schlichtweg unmöglich ist.

Für viele kommunale und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen steht die Existenz auf dem Spiel. Bislang sind in den neuen Bundesländern zwar kaum Insolvenzen angezeigt worden, aus Mecklenburg-Vorpommern ist mir zum Beispiel persönlich kein Fall bekannt, aber der Schein trügt leider. Erst vor Kurzem behandelten wir den Kommunalfinanzbericht 2009, liebe Kolleginnen und Kollegen, den Teil 2 des Jahresberichtes des Landesrechnungshofes, in den Ausschüssen. Darin heißt es, dass die Berichte über die Jahresabschlüsse zeigen, dass sich die kommunalen Unternehmen der Wohnungswirtschaft zunehmend in einer wirtschaftlichen Krise befinden und in ihrer Existenz bedroht sind.

(Zuruf von Michael Roolf, FDP)

Das habe ich aus dem Bericht. Das habe ich aus dem Bericht.

Was bedeutet das im Klartext? Zur Rettung von Wohnungsunternehmen werden zunehmend Sanierungskonzepte gebraucht. Und wie sehen solche Sanierungsmaßnahmen aus? Die Gesellschafter, also die Kommunen, werden gezwungen, Eigenkapital nachzuschieben. Personalabbau wird stattfinden und damit natürlich auch Serviceabbau. Mit den Banken wäre über bessere Konditionen und Umschuldungen zu verhandeln. Aber geht das überhaupt in Zukunft, frage ich Sie.

Den Kommunen steht das Wasser bis zum Hals. Wie sollen sie wohl dann die Wohnungsgesellschaften stützen? Bislang ist es doch vielfach andersherum. Die Wohnungsgesellschaften stützen doch die Kommunen. Und wir wissen alle, wie sich die Banken bei angeschlagenen Unternehmen verhalten. Kurzum, etwa die Hälfte der kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen sind wirtschaftlich in unruhigem Fahrwasser und steuern auf einen Sturm zu. Deshalb sagt DIE LINKE, die Altschulden müssen weg.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Wir stehen außerdem vor der großen Herausforderung, den Wohnungsbestand den geänderten Bedarfen anzupassen. Zum Beispiel nenne ich einfach den Trend zu den Singlehaushalten. Der zunehmende Bedarf auch an barrierefreien Wohnungen, geänderte Lebensgewohnheiten und damit auch sich wandelnde Wohnungsbedürfnisse und vor allem auch die Senkung des Energiebedarfs für Gebäude und die Umstellung auf erneuerbare Energien erfordern in den kommenden Jahrzehnten erhebliche Investitionen. Dafür wird Geld gebraucht.

Wir fordern, dieses Geld darf nicht weiter für die Bedienung von willkürlich festgelegten Altschulden eingesetzt werden. Das Geld wird gebraucht, um die Zukunftsfähigkeit der Wohnungsunternehmen und somit die Zukunft der Städte und Gemeinden zu sichern. Und deshalb fordere ich Sie noch einmal auf: Stimmen Sie unserem Antrag zu!

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Harry Glawe, CDU: Heute nicht.)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Frau Lück.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Heydorn von der Fraktion der SPD.

Jörg Heydorn, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Frau Lück, die Fraktion der SPD stimmt Ihnen in der Sache voll zu. Wir stimmen Ihnen in der Sache voll zu. Gleichwohl werden wir dem Antrag nicht zustimmen, weil wir wissen, dass sowohl unser Bauminister als auch die anderen ostdeutschen Bauminister an dem Thema dran sind und dass das beim Bund ständig beackert wird. Nur, ich habe den Eindruck, dass einige von den Leuten, die heute hier ans Mikrofon gegangen sind, nicht so richtig wissen, wie die Welt an der Stelle funktioniert.

(Udo Pastörs, NPD: Hauptsache, Sie wissen das, Herr Heydorn.)

Ja, Sie treten immer auf: ahnungslos in der Sache, dezidiert in der Auffassung und harsch im Ton.

(Udo Pastörs, NPD: Hauptsache, Sie wissen das.)

Anderes haben Sie doch hier nicht zustande gebracht.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Sie haben doch hier noch nichts anderes zustande gebracht,

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

außer hier den Larry geben und ansonsten passiert doch nichts. Sie reden hier von "hohl". Die Einzigen, die hohl sind, sind doch Sie.

(Udo Pastörs, NPD: Was ist ein Larry? Erklären Sie mir mal, was ist ein Larry?!)

Also, man muss doch einfach mal ganz deutlich sagen, die Altschulden sind \dots

Vizepräsident Hans Kreher: Herr Abgeordneter Heydorn

Jörg Heydorn, SPD: ... Schulden der Wohnungswirtschaft, an deren Zustandekommen ...

Vizepräsident Hans Kreher: Herr Abgeordneter Heydorn!

(Stefan Köster, NPD: Kommen Sie mal wieder runter!)

Auch Sie müssen sich hier an den parlamentarischen Brauch halten.

(Stefan Köster, NPD: Auch Sie!)

Ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf.

(Michael Andrejewski, NPD: Oh, starke Leistung. – Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Jörg Heydorn, SPD: Also noch mal: Die hiesige Wohnungswirtschaft hat an dem Zustandekommen der Altschulden keinen Anteil.

(Regine Lück, DIE LINKE: So ist es.)

Das sind Schulden aus der ehemaligen DDR.

(Harry Glawe, CDU: Richtig.)

Die hatten wir an der Backe, dann war das da und man musste damit fertigwerden.

(Michael Andrejewski, NPD: Das waren dieselben Blockparteien wie heute.)

Und wenn heute darüber geredet wird, der Stadtumbau Ost muss weitergehen,

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

dann besteht der zum großen Teil auch aus Abriss. Und jetzt stellen Sie sich mal vor, da haben Sie einen Haufen Buden stehen, die wollen Sie abreißen und da sind noch Altschulden drauf. Wie soll das funktionieren? Ich reiße das Gebäude weg und habe dann die Schulden zu bedienen.

(Udo Pastörs, NPD: Die haben Sie auch noch zu bedienen, wenn Sie sie nicht wegreißen, Sie Spezialist.)

Das ist doch ...

Die habe ich nicht mehr zu bedienen, wenn die Altschulden nicht mehr da sind. Das müssten doch selbst Sie verstehen.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Das ist doch der kardinale Punkt.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Durch die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion.)

Stadtumbau geht doch nur, wenn das Thema Altschulden auch beackert wird, ansonsten wird das nicht funktionieren.

Frau Lück hat doch völlig recht, wenn sie darauf aufmerksam macht, dass wir noch große Investitionen werden vornehmen müssen in Wohnungsbestände, wenn wir sie demografiefest machen wollen. Wie soll das denn laufen? Das geht doch nur, wenn wir das an der Stelle abschließend regeln.

Ein Hinweis noch: Wer ist denn der Eigentümer von kommunalen Wohnungsunternehmen? Das sind die Kommunen. Was passiert denn, wer hat denn die Lasten an der Backe, wenn diese Unternehmen den Bach runtergehen würden? Das tobt sich doch in den kommunalen Haushalten aus. Das kann doch in Wirklichkeit keiner wollen. Das heißt also, inhaltlich ist doch der Antrag völlig zielführend.

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Da muss sich doch jeder drüber im Klaren sein.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Aber wie gesagt, ich glaube nicht, dass wir, wenn wir diesem Antrag hier zustimmen, wirklich Effekte erzielen in Berlin. Die erzielen wir nur, wenn unser Minister und die anderen Minister aus den ostdeutschen Ländern permanent das Thema beackern und da dranbleiben. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD – Zurufe von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE, und Raimund Frank Borrmann, NPD) **Vizepräsident Hans Kreher:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3499. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3499 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, aber Ablehnung der Fraktion der SPD, der CDU, der FDP und der NPD abgelehnt.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Freitag, den 11. Juni 2010, 9.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18.25 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Dr. Armin Jäger, Gabriele Měšťan, Tino Müller, Sebastian Ratjen, Jochen Schulte, Dr. Margret Seemann und Erwin Sellering.

.

Schriftliche Beantwortung

zu den Fragen 7, 11, 12, 15, 16, 19 und 20 der Fragestunde

- Drucksache 5/3527 -

Geschäftsbereich des Ministers für Verkehr, Bau und Landesentwicklung

Zu Frage 7

"Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,

im Rahmen der o. g. Fragestunde bin ich gebeten worden, die Zusatzfrage des Abgeordneten Torsten Koplin schriftlich zu beantworten. Hiermit übersende ich Ihnen die Antwort

Zusatzfrage zu Frage 7

Will die Landesregierung auf Bundesebene für eine Anpassung der Immissionsschutzrichtlinie eintreten und, wenn ja, wie?

Antwort

Da es keine Immissionsschutzrichtlinie des Bundes gibt, kann die Frage nur dem Sinn nach beantwortet werden. Weil weder das Bundes-Immissionsschutzgesetz (BlmschG) noch die Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA Luft) konkrete Werte für die Beurteilung von Geruchsimmissionen – z. B. aus Tierproduktionsanlagen – beinhaltet, hat die Länderarbeitsgemeinschaft für Immissionsschutz (LAI) eine entsprechende Geruchsimmissions-Richtlinie (GIRL) verabschiedet. Deren Umsetzung in Landesrecht wird gegenwärtig aktualisiert. Die Ressortabstimmung ist abgeschlossen. Zurzeit erfolgt zur Novelle der Richtlinie zur Feststellung und Beurteilung von Geruchsimmissionen in Mecklenburg-Vorpommern (GIRL M-V) die Anhörung der Verbände.

Mit freundlichen Grüßen

Volker Schlotmann"

Zu den Fragen 11 und 12

"Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,

im Rahmen der o. g. Fragestunde bin ich gebeten worden, die Fragen 11 und 12 des Abgeordneten Tino Müller schriftlich zu beantworten. Hiermit übersende ich Ihnen die Antworten.

Frage 11

Für die Kreistagssitzung am 14.6.2010 im Landkreis Uecker-Randow stellt die SPD-Kreistagsfraktion einen Antrag zur Tonnagebegrenzung auf der B 104. Demnach soll der Landrat beauftragt werden, auf der Grundlage i. S. § 45 (4) eine Tonnagebegrenzung zur Befahrung der B 104 ab Einsatzort Löcknitz bis Kreisgrenze Uecker-Randow in Richtung Strasburg zu veranlassen.

Welche Auswirkungen hätte die Umsetzung des Antrages aus Sicht der Landesregierung?

Antwort

Wird die Tonnage begrenzt, kommt dies einem Durchfahrtsverbot für schwere LKW gleich. Diese müssten

dann andere Strecken nutzen. Über eine Tonnagebegrenzung auf der Bundesstraße 104 entscheidet der Landrat des Landkreises Uecker-Randow als unterer Straßenverkehrsbehörde in seinem Zuständigkeitsbereich.

Frage 12

Der Minister für Verkehr, Bau und Landesentwicklung teilte der Tagespresse gegenüber mit, dass ein Antrag für die Bemautung des Bundesstraßenabschnitts Linken – A 20 für die B 104 gestellt worden sei.

Wann kann voraussichtlich die Einführung einer Maut für den Bundesstraßenabschnitt Linken – A 20 der B 104 realisiert werden?

Antwort

Die Bemautung der Bundesstraße 104 liegt nach § 1 Absatz 4 des Autobahnmautgesetzes für schwere Nutzfahrzeuge in den Händen des Bundes mit Zustimmung des Bundesrates. Ein Zeitplan liegt der Landesregierung nicht vor.

Mit freundlichen Grüßen

Volker Schlotmann"

Geschäftsbereich des Innenministers

Zu den Fragen 15 und 16

"Sehr geehrter Herr Pommerening,

im Auftrag des Innenministers, Herrn Caffier, übersende ich Ihnen die Beantwortung der Fragen 15 und 16 der Landtagsdrucksache 5/3527.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Steffen Raithel

Fragestunde in der 97. Landtagssitzung am 10. Juni 2010

Frage des Abgeordneten Sebastian Ratjen (FDP)

Frage 15

Ist der Landesregierung das Schreiben des Prof. hc. mult. Dr. hc. mult. Berthold Beitz (Vorsitzender und geschäftsführendes Mitglied des Kuratoriums der Alfred Krupp von Bohlen und Heilbach-Stiftung) vom 31.3.2010 in Bezug auf die Kreisfreiheit von Greifswald bekannt?

Antwort:

Sehr geehrter Herr Ratjen,

die Antwort lautet ,Ja'.

Es handelt sich zwar um ein Schreiben des Herrn Professor Beitz vom 30. – und nicht vom 31. – März 2010 und Herr Professor Beitz ist Vorsitzender des Kuratoriums der Alfred von Bohlen und Halbach-Stiftung – und nicht der von Bohlen und Heilbach-Stiftung –, aber vermutlich meinen Sie dieses Schreiben.

Fragestunde in der 97. Landtagssitzung am 10. Juni 2010

Frage des Abgeordneten Sebastian Ratjen (FDP)

Frage 16

Wurde seitens der Landesregierung Einfluss auf die Landtagspräsidentin, Frau Sylvia Bretschneider genommen, um die Weiterleitung des o. g. Briefes zu verzögern bzw. erst Ende Mai 2010 an die Mitglieder des Landtages weiterzuleiten?

Antwort:

Sehr geehrter Herr Ratjen,

die Antwort lautet ,Nein'.

Die Landesregierung nimmt generell keinen Einfluss auf die Weiterleitung von Briefen durch die Landtagspräsidentin."

Geschäftsbereich der Justizministerin

Zu Frage 19

"Sehr geehrter Herr Pommerening,

als Anlage übersende ich die Antwort von Frau Justizministerin Uta-Maria Kuder in schriftlicher Form.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Dr. Sascha Ott

Koordinierungsreferent

Fragen für die Fragestunde in der Sitzung des Landtages

Frage der Abgeordneten Barbara Borchardt, Fraktion DIE LINKE

Zusatzfrage zu Frage 19:

Ist damit zu rechnen, dass der Landtag in diesen Prozess mit einbezogen wird und wenn ja, wie?

Antwort:

Wie bereits in der Vergangenheit zu anderen rechtspolitischen Fragen ist die Justizministerin jederzeit gern bereit, den Europa- und Rechtsausschuss des Landtages auch in dieser rechtspolitischen Frage über aktuelle Entwicklungen und die Vorstellungen des Justizministeriums zu unterrichten."

Zu Frage 20

"Sehr geehrter Herr Pommerening,

als Anlage übersende ich die Antwort von Frau Justizministerin Uta-Maria Kuder in schriftlicher Form.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Dr. Sascha Ott

Koordinierungsreferent

Fragen für die Fragestunde in der Sitzung des Landtages

Frage des Abgeordneten Stefan Köster, Fraktion der NPD

Zusatzfrage zu Frage 20:

In welchem Umfang sollen die Gerichtsvollzieher denn weiterhin in Sorgerechtsstreitereien oder -streitigkeiten tätig werden?

Antwort:

Nach dem Gesetzentwurf zur Reform des Gerichtsvollzieherwesens wird auch der beliehene Gerichtsvollzieher mit jenen Aufgaben betraut sein, die bisher den Gerichtsvollziehern oblagen. Gemäß § 2 des Gesetzentwurfes sind die Gerichtsvollzieher damit auch zukünftig für die Vollstreckung gerichtlicher Anordnungen nach Maßgabe der §§ 89 ff. des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG) zuständig."

Namentliche Abstimmung

über den Antrag der Fraktion der NPD Diskriminierung von Geringverdienern bei Werbungskosten beenden

- Drucksache 5/3480 -

	– biu	acksactie 5/3460 –			
Jastimmen		Dingguth Wolf Diotor			
Jastiiiiiieii		Ringguth, Wolf-Dieter			
NPD		Rühs, Günter			
		Schlupp, Beate			
	Andrejewski, Michael	Seidel, Jürgen			
	Borrmann, Raimund Frank	Specht, André			
	Köster, Stefan	Stein, Peter			
	Lüssow, Birger	Dr. von Storch, Henning			
	Pastörs, Udo	Timm, Udo			
		Vierkant, Jörg			
Neinstimmen		Waldmüller, Wolfgang			
CDD					
SPD	DIE LINKE				
	Dr. Backhaus, Till				
	Baunach, Norbert	Bluhm, Andreas			
	Borchert, Rudolf	Borchardt, Barbara			
	Bretschneider, Sylvia	Koplin, Torsten			
	Brodkorb, Mathias	Dr. Linke, Marianne			
	Dankert, Reinhard	Lück, Regine			
	Heydorn, Jörg	Dr. Methling, Wolfgang			
	Dr. Körner, Klaus-Michael	Müller, Irene			
	Müller, Detlef	Ritter, Peter			
	Müller, Heinz	Schwebs, Birgit			
	Dr. Nieszery, Norbert Peters, Angelika	Dr. Tack, Fritz			
	Polzin, Heike				
	Schildt, Ute	FDP			
	Schlotmann, Volker				
	Tegtmeier, Martina	Grabow, Ralf			
	Dr. Zielenkiewitz, Gerd	Kreher, Hans			
		Reese, Sigrun			
CDU		Roolf, Michael			
		Schnur, Toralf			
	Dr. Born, Ulrich	Schildr, Totali			
	Clave Harry				
	Glawe, Harry Holznagel, Renate	Fodu(Itimos Functoria)			
	Kokert, Vincent	Endgültiges Ergebnis:			
	Lenz, Burkhard				
	Liskow, Egbert	Abgegebene Stimmen			
	Löttge, Mathias	Gültige Stimmen 57 Jastimmen 5			
	Dainhardt Mara	N. J. D.			

Neinstimmen 52

Enthaltungen -

Reinhardt, Marc

Renz, Torsten

Namentliche Abstimmung

über den Antrag der Fraktion der NPD Klimawandel

- Drucksache 5/3481 -

1		Dave Teacher	
Jastimmen		Renz, Torsten	
NDD		Ringguth, Wolf-Dieter	
NPD		Seidel, Jürgen	
	Amelia waki Miaka al	Stein, Peter	
	Andrejewski, Michael	Dr. von Storch, Henning	
	Borrmann, Raimund Frank	Timm, Udo	
	Köster, Stefan	Vierkant, Jörg	
	Lüssow, Birger	DIE LINKE	
	Pastörs, Udo	DIE LINKE	
Neinstimmen		Bluhm, Andreas	
		Borchardt, Barbara	
SPD		Griese, Wolfgang	
		Holter, Helmut	
	Dr. Backhaus, Till	Koplin, Torsten	
	Baunach, Norbert	Dr. Linke, Marianne	
	Borchert, Rudolf	Lück, Regine	
	Bretschneider, Sylvia	Dr. Methling, Wolfgang	
	Dankert, Reinhard	Ritter, Peter	
	Dr. Körner, Klaus-Michael	Schwebs, Birgit	
	Müller, Detlef	Dr. Tack, Fritz	
	Müller, Heinz		
	Peters, Angelika	FDP	
	Polzin, Heike		
	Dr. Ringstorff, Harald	Grabow, Ralf	
	Schildt, Ute	Kreher, Hans	
	Schlotmann, Volker	Leonhard, Gino	
	Schwarz, Thomas	Reese, Sigrun	
	Dr. Timm, Gottfried	Roolf, Michael	
	Dr. Zielenkiewitz, Gerd	Schnur, Toralf	
CDU			
	Dr. Born, Ulrich		
	Caffier, Lorenz		
	Glawe, Harry		
	Holznagel, Renate	Endgültiges Ergebnis:	
	Kokert, Vincent		
	Lenz, Burkhard	Abgegebene Stimmen	54
	Liskow, Egbert	Gültige Stimmen	
	Löttge, Mathias	Jastimmen	
	Lottgo, Matilias	Neinstimmen	49

Enthaltungen -

Reinhardt, Marc

Namentliche Abstimmung

über den

Antrag der Fraktion der NPD

Deutschlands Austritt aus dem Euro-Verbund umsetzen die eigene Währungshoheit wieder herstellen

	- Drucksache 5/3483 -		
Jastimmen NPD	Andrejewski, Michael Borrmann, Raimund Frank Köster, Stefan Lüssow, Birger Pastörs, Udo		Löttge, Mathias Reinhardt, Marc Renz, Torsten Ringguth, Wolf-Dieter Rühs, Günter Schlupp, Beate Specht, André Stein, Peter Timm, Udo Vierkant, Jörg
Neinstimmen		DIE I II	NUZE
SPD		DIE LI	NKE
	Baunach, Norbert Borchert, Rudolf Bretschneider, Sylvia Brodkorb, Mathias Dankert, Reinhard Heydorn, Jörg Dr. Körner, Klaus-Michael Müller, Detlef Müller, Heinz Dr. Nieszery, Norbert Peters, Angelika Polzin, Heike Dr. Ringstorff, Harald Schildt, Ute Schlotmann, Volker Schwarz, Thomas	FDP	Bluhm, Andreas Borchardt, Barbara Griese, Wolfgang Koplin, Torsten Dr. Linke, Marianne Lück, Regine Dr. Methling, Wolfgang Müller, Irene Ritter, Peter Schwebs, Birgit Dr. Tack, Fritz Grabow, Ralf
	Tegtmeier, Martina Dr. Timm, Gottfried Dr. Zielenkiewitz, Gerd		Kreher, Hans Leonhard, Gino Roolf, Michael Schnur, Toralf
CDU	Dr. Born, Ulrich Caffier, Lorenz	Endgültiges Eı	rgebnis:
	Glawe, Harry	Abaeaebene St	immen

Holznagel, Renate

Kokert, Vincent

Lenz, Burkhard

Liskow, Egbert

Abgegebene Stimmen 57

Gültige Stimmen 57

Jastimmen 5

Neinstimmen 52

Enthaltungen -